Anna Sander: Politische Gefängnisbriefe 1935

Zwischen dem 22. Oktober 2015 und dem 31. Januar 2016 präsentierte das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln die selbstproduzierte Ausstellung

August Sanders unbeugsamer Sohn.

Erich Sander als Häftling und Gefängnisfotograf im Zuchthaus Siegburg 1935-1944

Für diejenigen, die die Ausstellung nicht vor Ort selbst sehen konnten oder gern noch einmal darin stöbern möchten, gibt es auf der Website des NS-Dokumentationszentrums einen virtuellen Rundgang.

Ende April 2016 veröffentlichte der Berliner Metropol-Verlag den vom NS-Dokumentationszentrum und der SK Stiftung Kultur herausgegebenen Band mit Gefängnisbriefen von Anna, August und Erich Sander 1935 bis 1944. In diesen Band wurden aus Platzgründen 29 Briefe, die das weltpolitische Tagesgeschehen zusammenfassten, nicht aufgenommen. Sie werden nun hiermit der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Diese Briefe sind nicht nur eine historische Quelle über die Wahrnehmung und Interpretation der ‚großen' Politik durch die Zeitgenossen, sondern durchaus von aktueller Bedeutung, vergleicht man den Inhalt mit den Entwicklungen der gegenwärtigen Weltpolitik. Wenn man die Passagen über die Verhandlungen des Völkerbunds über das italienische Vorgehen in Abessinien liest, denkt man unwillkürlich an den Umgang der Internationalen Gemeinschaft mit dem Syrischen und dem Ukrainischen Bürgerkrieg. Einige Mechanismen der internationalen Diplomatie haben offenbar alle Krisen und Umbrüche des 20. Jahrhunderts unbeschadet überstanden. Außerdem erhält

die Leserin/der Leser einen Einblick in die Phase der Entstehung der so verhängnisvollen späteren Appeasementpolitik.

Zwischen Oktober 1935 und der zweiten Augustwoche 1936 erhielt Erich Sander von seiner Mutter insgesamt 29 „politische Briefe“ über die weltpolitische Lage. Die ersten beiden Briefe vom 5. und 20. November 1935 hatte Anna Sander noch mit der Hand geschrieben. Da diese auch persönliche Mitteilungen enthalten, haben wir die persönlichen Textstellen in unsere gedruckte Edition aufgenommen. Die politischen Abschnitte finden sich hier. Am 20. November 1935 schrieb Anna Sander: „Wenn ich schneller mit der Maschine schreiben könnte, dann würde ich diese benutzen.“ Dies tat sie – oder möglicherweise ein Lehrling der Firma August Sander – dann ab dem 13. Dezember 1936. Die 27 maschinengeschriebenen politischen Briefe wurden nicht in die gedruckte Edition mit aufgenommen, da sie nur aus Presseberichten zitierten oder diese zusammenfassten, und keine persönlichen Mitteilungen enthielten.

Die Hintergründe der Briefe – die Umstände ihrer Erstellung wie auch die Umstände ihrer Zustellung – liegen noch weitgehend im Dunkeln. Die Inhalte der Briefe entstammen zu großen Teilen – zwischen 40 und 60 Prozent einzelner Stichproben – der „Kölnischen Zeitung“ und dem „Westdeutschen Beobachter“. Die dort entnommenen Inhalte wurden teilweise durch die Autoren der Briefe sprachlich leicht umgestellt, oft aber auch wörtlich abgeschrieben. Weitere Quellen dürfte andere Tageszeitungen – Sanders hielten wohl zeitweise die Frankfurter Zeitung – und das Radio gewesen sein.

Die Beteiligung Anna Sanders an der Erstellung der politischen Briefe steht außer Frage, schließlich sind die ersten beiden Briefe in ihrer Handschrift geschrieben und es finden sich auch ihre handschriftlichen Anmerkungen auf einigen maschinengeschriebenen Briefen. Dort finden sich aber auch Anmerkungen in mindestens zwei weiteren Handschriften. Wer diese Personen waren, wissen wir nicht, es gibt auch keine Anhaltspunkte, um darüber Vermutungen anzustellen. Leider ist Anna Sander, wie so viele andere Künstlerehefrauen in der Geschichte, für uns ein recht unbeschriebenes Blatt. Wir

wissen daher nicht, ob ihr politisches Interesse groß genug war, um aus der Menge an Informationen das herauszufiltern, was für Erich Sander wichtig war. Möglicherweise hatte sie Gehilfen aus den Kreisen von Erichs Mitstreitern, die sich politisch besser auskannten als seine Mutter.

Ebenfalls noch rätselhaft sind für uns die Hintergründe der Erlaubnis seitens der Gefängnisdirektion, dass Erich Sander diese Briefe erhalten durfte. Normalerweise hätte er alle zwei Wochen einen Brief bekommen dürfen. Er erhielt aber über ein halbes Jahr lang *jede Woche* einen Brief. Der Gefangenenakte Sanders entnehmen wir nur, dass ihm am 14. April 1936 der Strafanstaltsdirektor erlaubte, sich mit „wissenschaftlichen Werken im zulässigen Rahmen [zu] beschäftigen“, da hatte er aber schon fünf Monate lang die Briefe erhalten. Unklar ist ebenfalls, warum er ab August 1936 keine politischen Briefe mehr erhalten durfte. Am 10. August schrieb er: „Leider muß ich Euch mitteilen, daß Ihr mir solche Briefe wie den letzten (mit Schreibmaschine) nicht mehr schicken dürft; sie werden mir nicht ausgehändigt, da es nicht statthaft ist. Daß mir das sehr leid tut, könnt Ihr Euch denken, aber es hat keinen Zweck, irgendwelche Worte darüber zu verlieren. Also haltet Euch bitte in Zukunft daran und schreibt keine politischen Briefe.“

Auch wenn die hier versammelten Briefe nur Auszüge aus der deutschen Presse wiedergeben, sind sie – allein schon auf Grund der Umstände – einmalige und lesenswerte Dokumente. Dass ein politischer Gefangener des nationalsozialistischen Regimes über mehr als ein halbes Jahr trotz der strengen Regeln der Strafanstalt, in der er einsaß, ausführliche Briefe über die nationale und internationale politische Lage erhalten durfte, war eine höchstwahrscheinlich einmalige Konstellation.

Der Text der Briefe entspricht bis in die Schreibfehler dem Original, nur *einzelne* falsch geschriebene Buchstaben wurden stillschweigend korrigiert, längere Fehler aber stehengelassen. Der Satz entspricht mit allen Streichungen und Ergänzungen am Rand dem der Briefe. Fehlende einzelne Wörter wurden in eckigen Klammern ergänzt, wenn sie offensichtlich waren. Die Zeichensetzung wurde beibehalten, aber Leerstellen vor Kommata und in

Klammerausdrücken getilgt und bei Großschreibung nach Komma das Komma in einen Punkt verwandelt. Abkürzungen wurden, so weit möglich, in eckigen Klammern aufgelöst. Die mit der **Maschine geschriebenen** Textstellen unterscheiden sich durch den Schrifttyp von den handgeschriebenen Ergänzungen.

Die Briefe sind in der chronologischen Reihenfolge der angegebenen Daten abgedruckt. Die Nummerierung bezieht sich auf den Gesamtkorpus der Gefängnisbriefe.

Danksagung

Wie immer bei solchen Publikationsprojekten haben eine ganze Reihe von Institutionen und Einzelpersonen zum Erfolg beigetragen, vor allem im Rahmen der Recherchen nach Personen, die in den Briefen genannt werden.

Dem Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Bundesarchiv in Berlin und Koblenz verdanken wir wertvolle Hinweise.

Dr. Jens Becker, Prof. Dr. Günter Bers, Dr. Fritz Bilz, Sven Haarmann (Friedrich-Ebert-Stiftung), Gerd Sander, Julian Sander, Dr. Reiner Tosstorff und Angelika Voß-Louis (Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg) waren freundlicherweise bereit, ihre Unterlagen, Fähigkeiten oder Kompetenzen zum Gelingen des Projekts beizusteuern.

Inhalt

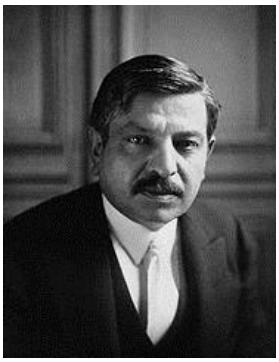
16 Anna Sander an Erich Sander 5.11.1935 6
17 Anna Sander an Erich Sander 20.11.1935 11
19 Anna Sander an Erich Sander 13.12.1935 17
20 Anna Sander an Erich Sander 20.12.1935 27
21 Anna Sander an Erich Sander 27.12.1935 35
22 Anna Sander an Erich Sander 2.1.1936 43
23 Anna Sander an Erich Sander 9.1.1936 47
24 Anna Sander an Erich Sander 16.1.1936 53
25 Anna Sander an Erich Sander 24.1.1936 62
26 Anna Sander an Erich Sander 30.1.1936 67
27 Anna Sander an Erich Sander 7.2.1936 72
29 Anna Sander an Erich Sander 13.2.1936 78
30 Anna Sander an Erich Sander 20.2.1936 85
31 Anna Sander an Erich Sander 27.2.1936 96
32 Anna Sander an Erich Sander 5.3.1936 104
33 Anna Sander an Erich Sander 12.3.1936 111
34 Anna Sander an Erich Sander 19.3.1936 120
35 Anna Sander an Erich Sander 26.3.1936 132
37 Anna Sander an Erich Sander 2.4.1936 143
38 Anna Sander an Erich Sander 9.4.1936 157
39 Anna Sander an Erich Sander 16.4.1936 168
40 Anna Sander an Erich Sander 23.4.1936 186
41 Anna Sander an Erich Sander 30.4.1936 197
42 Anna Sander an Erich Sander 7.5.1936 202
43 Anna Sander an Erich Sander 14.5.1936 207
44 Anna Sander an Erich Sander 21.5.1936 219
45 Anna Sander an Erich Sander 28.5.1936 226
47 Anna Sander an Erich Sander 18.7.1936 231
48 Anna Sander an Erich Sander 10-14.8.1936 243

16 Anna Sander an Erich Sander 5.11.1935

[…]

Zu den Ereignissen in der Welt muß ich allerdings auf einige Wochen zurückgreifen, aber ich denke, es wird Dich alles interessieren, da mein Bericht so ziemlich die Fortsetzung des letzten Briefes ist und was so hier in der Zeitung steht. Das Hauptereignis im it[alienisch].-abess[inischen]. Konflikt in den letzten 14 Tagen ist eine starke Befestigung der engl[isch].-franz[ösischen]. Einheitsfront. Am 15.10. beschloß die Sanktionskon[ferenz]. des Völkerbundes das Verbot aller Finanzgeschäfte mit It[alien]., wie Gewährung von direkten und indirekten Anleihen u. Bankkrediten an Regierung, öffentl[iche]. Körperschaften u. Privatpersonen. Am 19.10. wurde der Warenboykott und die Sperrung der Zufuhr einiger kriegswichtiger Rohstoffe (Gummi, Metalle, Kohle, Benzin, Petroleum u. Baumwolle stehen <u>nicht</u> auf der Liste) beschlossen. Auf Betreiben Lavals wurde von der sofortigen Durchführung dieses Beschlusses einstweilen Abstand genommen, um die Vermittlungsbemühungen nicht zu stören. Die Sanktionskonf[erenz]. wurde vertagt und trat erst am 31.10. wieder zusammen. Am 2.11. beschloß die S[anktions].-Konferenz bei Anwesenheit Lavals, Hoares und Edens ab 18.11. die Wirtschaftssanktionen in Kraft treten zu lassen. Die Periode zwischen den Tagungen der S[anktions].-Konferenz war ausgefüllt mit einer lebhaften Tätigkeit der Diplomaten in Paris, Rom u. London. Lavals Zögern hatte die Engl[änder]. sehr verschnupft u. umgekehrt waren die Franzosen von dem stürmischen Vorgehen der Engl[änder]. nicht sehr erbaut. Die ital[ienisch].-engl[ischen]. Beziehungen erfuhren eine unerhörte Verschärfung. Italien verstärkte die Truppenkontingente in Lybien [sic!] **beträchtlich (auf ca. 70000 Mann) und England verstärkte die Flotte im Mittelmeer durch Streitkräfte aus Ostasien und Australien. Wilde Angriffe der ital[ienischen]. Presse setzten ein. Engl[and]. verfolge nur seine selbstsüchtigen imperial[istischen]. Interessen. es wolle den Krieg, um den Faschismus zu stürzen. Gleichzeitig wartete die franz[ösische]. Rechtspresse mit mehr oder minder offenen Angriffen gegen Engl[and]. auf, während**

Pierre Etienne Laval, 1931/32, 1935/36 und 1942-44 französischer Ministerpräsident



Samuel John Gurney Hoare, britischer Außenminister 7.6.-18.12.1935

Robert Anthony Eden, war 1935-38, 1940-45 und 1951-55 britischer Außenminister

die Linkspresse vollste Unterstützung des Völkerb[undes]. und Engl[ands]. forderte.

Lavals Friedensbemühungen setzten ein. Er verlangte von den Engl[ändern] eine Verringerung der Mittelmeerflotte und von den Ital[ienern]. die Verminderung der in Lybien [sic!] **angesammelten Truppen. Zugleich suchte Laval Klarheit über die ital[ienischen]. Ansprüche in Abessinien zu erlangen. Jetzt zeigte die engl[ische]. Regierung der franz[ösischen]. die Zähne. Die Verringerung der Mittelmeerflotte wurde abgelehnt, solange die ital[ienischen]. Truppen den in Ägypten stationierten engl[ischen]. Truppen überlegen seien. Hoare forderte von der franz[ösischen]. Regierung ein klares Bekenntnis zu den vom Völkerbund ergriffenen Maßnahmen u. zur militärischen Zusammenarbeit im Falle eines ital[ienischen]. Angriffes auf die engl[ische]. Flotte. Austen Chamberlain erklärte in einem Interview klar und deutlich, daß Frankreich im Falle eines europäischen Konfliktes <u>nicht</u> auf engl[ische]. Hilfe rechnen brauche, wenn es nicht von der ital[ienischen]. Freundschaft abließe. Nunmehr erklärte die franz[ösische]. Regierung, den Völkerbund rückhaltlos zu unterstützen u. die Zusammenarbeit der engl[ischen]. u franz[ösischen]. Flotten im Mittelmeer zu fördern. Flottensachverständige wurden nach Engl[and]. gesandt, die im Verlaufe der Besprechungen auch eine Zusammenarbeit der Luftflotten anregten.**

Sir Joseph Austen Chamberlain, konservativer Parlamentarier, britischer ex-Außenminister

Laval hatte unterdessen Klarheit über die ital[ienischen]. Absichten in Abess[inien]. erlangt. Italien fordert die Abtretung der Provinzen Tigre u. Ogaden, verschleiert durch eine Volksabstimmung in den besetzten Gebieten u. Behandlung des restlichen Abessinien nach den Vorschlägen des Fünferausschusses des Völkerbundes, wobei der ital[ienische]. Einfluß zu vergrößern sei. Mit diesen Vorschlägen beschäftigten sich engl[ische] u. franz[ösische]. Sachverständige. Sie schlugen eine elastische Gestaltung der Vorschläge des Fünferausschusses vor, d.h. vermutlich die Vergrößerung der ital[ienischen]. Einflußnahme auf die Geschicke Abessiniens.

Pompeo Baron Aloisi, Büroleiter des italienischen Außenministeriums

Noch vor dem Zusammentritt der Sanktionskonferenz zog übrigens Italien eine Division Truppen aus Lybien [sic!] **zurück. Während der Sanktionskonf[erenz]. fand dann eine Unterredung am 2.11. zwischen Hoare u. Aloisi statt. Hoare erklärte dem ital[ienischen]. Vertreter, daß keine Plattform für eine Vermittlung vorhanden sei. (Engl[and]. lehnte also die Vorschläge der engl[isch].-franz[ösischen]. Sachverständigen ab.) Vorschläge, die als Grundlage von Verhandlungen dienen könnten, müßten den Negus u. den Völkerbund befriedigen. An eine Verminderung der engl[ischen]. Flotte im Mittelmeer könne erst gedacht werden, wenn Italien 3 Divisionen aus Lybien** [sic!] **abberufe. Die Rede Hoares auf der Sanktionskonf[erenz]. war im ähnlichen Sinne gehalten. Laval betonte, daß die Friedensbemühungen fortgesetzt werden müßten. Über die Haltung Rußlands zum ital[ienisch].-abess[inischen]. Konflikt orientierte eine Rede Litwinoffs in Genf, in der die Maßnahmen des Völkerbundes als unzureichend bezeichnet werden.**

Negus war der Titel des Kaisers von Abessinien, 1930-74 war es Haile Selassie I. (hier 1934)

Maxim Maximowitsch Litwinow, 1930-39 sowjetischer Außenminister

Über die militärischen Ereignisse in Abessinien ist nicht viel zu berichten Die Ital[iener]. haben im Norden jetzt ein Gebiet von 50 km. Tiefe u ca 100 km. Breite besetzt. Am 2.10. begann hier ein neuer Vormarsch in einer Frontbreite von 80 km. Es geht aber nur langsam vorwärts, obwohl die Abess[inier]. fast keinen Widerstand leisten. Im Süden wird der Vormarsch durch Regengüsse gehemmt ~~wird~~.

Inzwischen fand auch, vom 23-25.10., die letzte Tagung des engl[ischen]. Unterhauses statt. Neuwahlen finden am 14. Nov. statt. Die ~~Außung~~ Aussprache drehte sich um Außenpolitik. Die Konservativen gefielen sich in der Rolle als Friedensschützer. Energisch setzten sie sich für die Aufrüstung ein, natürlich <u>auch</u> um den Frieden zu sichern, dann aber auch, um den Arbeitslosen Brot zu verschaffen. Der Sprecher der Arbeiterpartei Mayor Attlee kritisierte die Hinausschiebung der Wirtschaftssanktionen u. trat für schärfstes Vorgehen gegen Italien ein. Die Aussichten der Arbeiterpartei sind ungünstig.

Clement Richard Attlee, 1919 Bürgermeister des Londoner Stadtteils Stepney, 1935-55 Vorsitzender der Labour Party

Stadtverordnetenwahlen in der vergangenen Woche brachten der Arbeiterpartei ziemliche Verluste u. den Konservativen Gewinn. Die Kommunisten verfolgen eine Politik des Zusammengehens mit der Arbeiterpartei. Sie wollen der Arbeiterpartei die Mehrheit verschaffen. Die Bildung einer Arbeiterregierung so erklären sie, sei ihr nächstes Ziel. Die Faschisten (Mosleybewegung) stellen keine Kandidaten auf.

Dr. jur. Anton Winkelnkemper, 1933 NSDAP-Gaupropagandaleiter Köln-Aachen

Zur Beantwortung der Anfragen in Deinem letzten Brief zunächst ein Abschnitt aus einem Artikel des Gaupropagandaleiters Toni Winkelnkemper im „Westd[eutschen]. Beobachter". Es heißt da: [„]So ist im Augenblick eine Knappheit vorhanden an Butter, Schweinefleisch, Eiern, Obst u. Gemüsen. Woher kommt diese Knappheit? Sie hat im Wesentlichen drei Ursachen: 1. die aus wirtschaftlichen Gründen notwendige Devisenbewirtschaftung; 2. der größere Verbrauch an diesen Lebensmitteln; der unterschiedliche Erfolg der Ernte. Eine gesunde Devisenbewirtschaftung ist für einen national-soz[ialistischen]. Staat unerläßlich. Bei unserer Einfuhr müssen wir darauf bedacht sein, daß wir für unsere kostbaren Devisen solche Rohstoffe nach Deutschland einführen, die wir im eigenen Lande nicht haben. Leichtsinnig und töricht wäre es gewesen, planlos Butter, Schweine, Eier, Obst oder Delikatessen für unsere Devisen zu kaufen." In einem anderen Artikel „Einkaufsdisziplin" überschrieben, steht: „Wir leben zurzeit nicht im Überfluß. Das ist zuzugeben. Aber weil das so ist, muß zur richtigen handelspolitischen Wahl Vernunft und Einkaufsdisziplin beim Verbraucher treten. Auch was knapp ist, ist immer noch in zureichenden Mengen vorhanden, wenn jeder sich damit begnügt, das zu kaufen, was er wirklich nötig hat, und wenn jeder darauf verzichtet, seine, die Volksgemeinschaft schädigende Vorratswirtschaft durch Hamsterei zu betreiben. Schon machen sich jene Parasiten, die aus der krankhaften Hamsterneigung Gewinn ziehen wollen, die Torheit der Verbraucher zu nutze. Der „Schwarzhandel" fängt wieder an. Dieser Schwarzhandel führt naturgemäß zu einer Überschreitung der Höchstpreise. Die Regierung hat inzwischen für eine

vernünftige Rationierung der verknappten Lebensmittel gesorgt. Butter, Schmalz u. Speck darf nur noch ½ u. ¼ Pfd.weise verkauft werden. Daß es Leute gibt, die den ganzen Tag von einem Geschäft zum anderen laufen, um sich genügend einzudecken, ist recht bezeichnend. Weiterhin hat die Regierung angeordnet, daß die Schlagsahneherstellung um 40 % und die Schweineschlachtungen um 30 % eingeschränkt werden. Aus dem Bezirk Hannover wurde ein Sinken der Butterproduktion um 10 %. gemeldet.[“]

Was die Steigerung der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt anbetrifft, so zeigen sich Auswirkungen im Inland vor allem in der Textil- u. Gummiindustrie. Die Preise der Textilwaren sind nun annähernd 20 % gestiegen. Jedoch muß man hier, außer der Verteuerung der Rohstoffe auf dem Weltmarkt, auch noch die besondere Verteuerung durch die Art der deutschen Handelsgeschäfte, Tauschabkommen in Anschlag bringen. Damit für heute genug. Demnächst werde ich Dir etwas ausführlicher über die innenpolitische Entwicklung in Frankreich schreiben.
[..]

17 Anna Sander an Erich Sander 20.11.1935

[…]

Nun zunächst die Wahlen in England, auf deren Ergebnis Du wohl sehr gespannt bist. Für die 615 Sitze sind bisher 611 Abg[eordnete]. gewählt worden, von denen 430 dem Reg[ierungs].-Block und 181 der Opposition angehören. Die Mandate der Arbeiterpartei sind von 62 auf 160 gestiegen, die der Oppositionellen Liberalen von 34 auf 20 gesunken. Die Kommunisten brachten 1 Abg[eordneten]. durch. Von 31 Mill. Wählern übten ca 22 Mill. das Wahlrecht aus. Für den Reg[ierungs].-block wurden 11 709 000 Stimmen abgegeben, für die Oppositionellen 10 150 000. Die Arbeiterpartei erhielt annähernd 9 Mill. Stimmen. Die Schlußfolgerungen bleiben Dir überlassen. Mac-Donald wurde nicht wiedergewählt. Er erhielt in seinem Wahlkreis nur 17 500 Stimmen, der Arbeiterpartei-Gegenkandidat 38 000. Sein Sohn, der im jetzigen Cabinet Kolonialminister ist fiel ebenfalls durch. Die engl[ische]. Presse beklagte bitter, daß der Wahlkampf in den Londoner und Industrie-Wahlkreisen ungewohnte Formen angenommen hätte. Mehrfach seien konservative Kandidaten ausgepfiffen und niedergeschrien worden. MacDonald sei in mehren [sic!] **Versammlungen überhaupt nicht zu Worte gekommen. Unruhen gab es auch am 12, 13. und 14 Nov. in Ägypten. In Kairo, Alexandrien, Gizeh und einigen anderen Städten fanden anti-engl[ische]. Kundgebungen und Demonstrationen statt, die zu Zusammenstößen mit der von engl[ischen]. Offizieren geführten Polizei führten. Ergebnis etwa 10 Tote und 250 Verletzte, davon die Hälfte Polizisten. Veranlaßt wurden diese Unruhen durch eine Wahlrede Hoares, in der er den Ägyptern empfahl, einstweilen die Verhältnisse so zu belassen, wie sie jetzt sind; d.h. die durch den ital[ienisch].-abess[inischen]. Konflikt verstärkte Vorherrschaft England** [sic!] **zu dulden und auf eine demokratische Verfassung zu verzichten. Die jetzige ägyptische Regierung hatte bei ihrem Amtsantritt versprochen eine demokratische Verfassung in Kraft zu setzen u. das engl[isch].-ägypt[ische]. Verhältnis zu bereinigen. Sie wurde**

Ramsay MacDonald, 1924 erster britischer Labour-Premierminister, 1929-35 erneut Premierminister

Malcolm MacDonald, 1935 Staatssekretär für Kolonien bzw. das britische Dominion

Nationalistische Partei Ägyptens

Mustafa an-Nahhas Pascha, 1924-52 mehrfach Vorsitzender der Wafd-Partei

auf dieses Versprechen hin von der (nationalen) Wafd-Partei unterstützt, unternahm aber keinen Schritt, das Versprechen einzulösen. Wenige Tage nach der Rede Hoares begann in Kairo ein Streik der Studenten u. war für Ägypten ungewöhnlich, auch ein Streik der Studentinnen, Alexandrien folgte. Am 13. hielt der Führer der Wafdpartei Nahas Pascha in einer riesigen Versammlung eine aufrüttelnde Rede, worauf das Volkshaus in Kairo von der Polizei gestürmt wurde. Hierbei wurde ein Ägypter getötet u. über 100 verwundet. Bei einem Demonstrationsmarsch nationaldemokratischer Massen von Gizah nach Kairo gab die Polizei mehrere Salven ab. Ein engl[ischer]. Offizier schoß mit dem Revolver 4 Demonstranten nieder. Tote und Verwundete gab es ferner bei einer Studentendemonstration in Kairo am 14. Nov. Hier wurden Rufe laut wie: „Nieder mit dem Verräter Hoare! Hoch Ägypten! Her mit der Verfassung!“ Die ägypt[ische]. Regierung behauptete, Herr der Lage zu sein. Baldwin erklärte, daß an den Verhältnissen in Ägypten vorläufig nichts geändert würde und sprach die Erwartung aus, daß die Erregung sich, wie schon oft, rasch legen werde.

Stanley Baldwin, britischer Premierminister 7.6.1935-28.5.1937

In Abessinien begannen die Italiener vor 12 Tagen an der Eryträerfront [sic!] **[Eritrea] (Norden) den 2. Teil ihres Vormarsches. Sie drangen erneut fast kampflos 50 km. tief ein, in einer Breite von 80 km. u. besetzten Makalla. In den letzten Tagen unternahmen die Abess[inier]. mehrmals Überfälle auf die Verbindungslinien hinter der Front. An der Somalifront** [sic!] **(Süden) rückten die Italiener ebenfalls weiter vor, hier aber öfters aufgehalten durch verlustreiche erbitterte Gefechte. Der Kriegsplan der Abess[inier]. sieht jedenfalls vor, einstweilen jeder Schlacht auszuweichen; die Ital[iener]. in das unwegsame Land tief eindringen zu lassen und sie durch Gefechte und Überfälle zu zermürben. Hierbei rechnen die Abess[inier]. natürlich auch mit den Auswirkungen der Sanktionen. Den Ital[ienern]. ist es nicht sehr wohl zu Mute. Sie möchten gerne vernichtende Schlachten schlagen. Es geht zu langsam vorwärts; in 6 Wochen im Norden nur 100 km. Der Oberkomman-**

Makalla = Mek’ele, Hauptstadt der äthiopischen Region Tigray

Emilio de Bono, Oberbefehlshaber der italienischen Truppen

deur de Bono, der für langsames, gesichertes Vorrücken ist, wurde Ende vergangener Woche seiner Ämter enthoben.

Pietro Badoglio, italienischer General, seit 1926 „Marschall von Italien“, 1943 Nachfolger von Mussolini als postfaschistischer Ministerpräsident

Badaglio [sic!] **ersetzt ihn. Er soll den Vormarsch beschleunigen u. und** [sic!] **eine Vereinigung der Nord- und Südarmee herbeiführen. Die Zeit drängt. Der Krieg frißt Geld und die Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen stehen bevor. Zwar hat der Große faschistische Rat Ende der Woche die Bevölkerung aufgefordert, „dem Krieg der 50 Nationen mit Ruhe und Disziplintiertheit entgegenzusehen und beschlossen, dessen Ungerechtigkeit durch an die Rathäuser anzubringende Gedenksteine der Nachwelt zu verkünden, aber man sieht den Dingen doch mit großem Bangen entgegen. Und dies zumal, da eine an alle, an den Sanktionen teilnehmenden Länder gerichtete ital[ienische]. Note, in der die Berechtigung des Völkerbundverfahrens bestritten wird, kollektiv beantwortet werden soll. Indessen hat Staatssekr[ekretär]. Hull, im Einvernehmen mit Roosevelt, eine äußerst scharfe Warnung an die amerik[anischen]. Petrol[-], Baumwoll- und Buntmetall[-] und Eisenlieferanten erlassen, an die kriegführenden Länder noch weiter diese Produkte zu liefern. Derartige Erzeugnisse seien Kriegsmaterial. Es ist beabsichtigt, die Namen „derer, die sich am Blutvergießen bereichern“ zu veröffentlichen. Obwohl also Amerika sich nicht unmittelbar an den Sanktionen des Völkerbundes beteiligt, geht es faktisch noch über die vom Völkerbund festgesetzten Maßnahmen hinaus.**

Cordell Hull, 1933-44 Außenminister der USA (=Secretary of State)

Franklin Delano Roosevelt (1882-1945), 1933-45 demokratischer US-Präsident

Nun noch einige Mitteilungen über unser Heimatland: Am 16.11. trat ein Ausfuhrverbot für Speisefette u. Öle, Kartoffeln, Rohstoffe der Textil-Buntmetall- Eisen[-] und Gummiindustrie, Häute, Felle, Fette und Öle aller Art in Kraft. Das Lebensmittel- und Rohstoffausfuhrverbot erfolgte aus „innerwirtschaftlichen Gründen“ (nicht reichliche Kartoffelernte, steigende Devisenbeschaffung bei steigenden Rohstoffpreisen). Das Ausfuhrverbot für Eisenhalbzeug u. Walzwerkerzeugnisse um „die Durchführung der internationalen Industrievereinbarungen der Privatwirtschaft zu sichern.“ Weiterhin wurde am 15.11. ein

Gesetz über die Ausfuhr von Kriegsmaterial erlassen. Kriegsmaterial darf nur mit besonderer Erlaubnis des Reichskommissars für Ein- u. Ausfuhr im Einvernehmen mit dem Reichskriegsminister ausgeführt werden.

Über die Wirtschaftslage informiert ein Bericht des Instituts für Konjunkturforschung. Danach ist die Produktion seit Mai nicht mehr gestiegen, nach rascher Zunahme in den ersten Monaten des Jahres. Die Zahl der Beschäftigten hat sich jedoch bis August vergrößert. Im Sept. waren 17 Mill. regulär u. zusätzlich" beschäftigt, gegen 15,9 Mill. im Sept. 1934. Die Arbeitsbeschaffungsprogramme 1933 u. 34 sind so gut wie erfüllt. „An ihre Stelle sind die Aufgaben getreten, die sich aus der Wiederherstellung der Wehrfreiheit ergaben. Hinzu kommen Investitionen zur Verbreiterung der heimischen Rohstoffgrundlage." Die Produktionsmittelindustrie erzeugte 1/3 mehr als 1934; die Konsumtionsmittelind. hält sich auf dem alten Stand. Von Interesse ist eine Rede des Herrn [Peter] Klöckner auf der H.V. [Hauptversammlung] des Klöcknerkonzerns. Zu der Dividendenerhöhung von 3 auf 3 ½ % erklärte er, daß leider eine weitere Erhöhung wegen großer Belastungen nicht möglich gewesen sei. Außerdem sei das Exportgeschäft ein Verlustgeschäft, das aber aus devisenpolitischen Gründen gemacht werden müßte. Innenwirtschaftlich sei die Entwicklung unsicher. Die Reichsbahn habe ihre Aufträge erheblich eingeschränkt und werde diese Linie auch künftig einhalten, die großen Bauten seien fertiggestellt u. ob im Frühjahr neue Vorhaben in Angriff genommen würden, sei fraglich. Wahrscheinlich sei nur eine Exportsteigerung da ein Aufschwung der Weltwirtschaft vorliege. Über die Verschuldung orientiert ebenfalls im Bericht des Substituts [sic!] **für Konjunkturforschung. Die gesamte <u>fundierte</u> Schuld der öffentl. [öffentliche] Verwaltung betrug am 30. Juni 1935 25,8 Milliarden RM, dazu kommen 5 Milliarden kurzfristige Verpflichtungen (Steuergutscheine, Arbeitsbeschaffungswechsel, Zinsvergütungsscheine) und 1 Milliarde Arbeitsbeschaffungswechsel der Reichsbahn und Reichspost. Da in den 25,8 Milliarden fundierter**

Institut für Konjunkturforschung Berlin

Schuld ca 700 Mill[ionen]. Arbeitswechsel enthalten sind, beträgt die Zunahme der Schuld seit 1933 4,3 Milliarden; die Gesamtschuld etwa 30 Milliarden RM. (ohne die 1 Milliarde Reichsbahn u. Reichspost). Der Zuwachs der Verschuldung in dieser Zeit wäre allerdings größer gewesen wenn nicht aus den erhöhten Steuerbeträgen ein Teil der kurzfristigen Verschuldung hätte getilgt werden können, und wenn es nicht möglich gewesen wäre, seit 1933/34 einige Milliarden RMk. [Reichsmark] mehr aus zusätzlich verfügbaren Haushaltsmitteln, (höhere Steuereinnahmen, geringere Krisenausgaben) für die neuen Aufgaben aufzuwenden. Außerdem sind die Auslandschulden infolge von Entwertung der Währungen von 4,5 Millard. im März 1935, also um rund 1,9 Millard. zurückgegangen.“ Die kurzfristigen Verpflichtungen umfassen die Finanzierung der Arbeitsbeschaffungsprogramme, des Reichsautostraßenbaues, und des Wiederaufbaues der Wehrmacht. Bis zur Einlösung laufen die Papiere zwischen den Beteiligten.

Auf der Tagung des Reichsnährstandes in Goslar wurde in den Reden erwähnt, daß die Agrarbilanz einen Fehlbetrag von 1 Million Tonnen Fett, 1 Mill. Tonnen Eiweiß (davon 10% Futtereiweiß) und einen sehr großen Mangel an Faserstoffen aufweise. Diese Lücken sollen langsam geschlossen werden, wobei man nicht vergessen dürfe, daß jahrzehntelange Versäumnisse nicht in 2 Jahren gutgemacht werden könnten. Die Verknappungen müßten darum in Kauf genommen werden. Eine Verlagerung der Einfuhr nach der Lebensmittelseite hin käme nicht in Betracht, da sonst die Beschäftigung wegen Rohstoffmangel sinken würde. Nunmehr erfolgen auch des öfteren Verhaftungen von Metzgermeistern wegen Schleichhandels und Schwarzschlachtungen und von Landwirten wegen Überschreitung der Höchstpreise.

Nach Italien beginnt nun auch Japan die Welt zu beunruhigen. Nachdem vor etwa 14 Tagen die Unabhängigkeit der inneren Mongolei unter japan[ischer]. Vorherrschaft verkündet wurde, geht es diesmal um Nordchina. Japan[ische]. Agenten entfach-

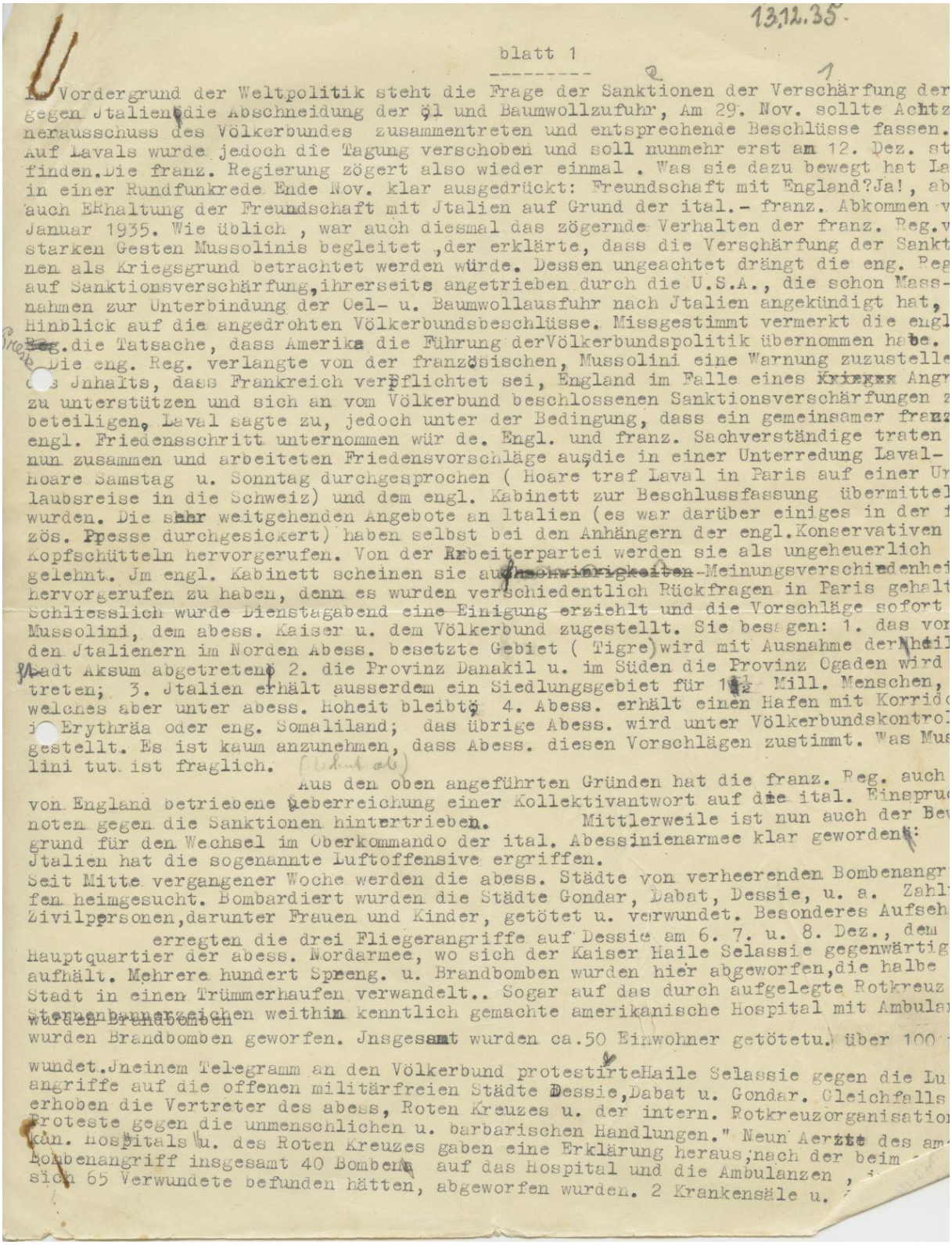
ten in der entmilitarisierten Zone Autonomistenaufstände, worauf der japan[ische]. Sondergesandte General [Kenji] Doihara von den Gouverneuren der Provinzen Hopei [Hubei], Tschachar [Qahar] u. Schantung [Shandong] die Proklamierung der Unabhängigkeit von der Nankingregierung forderte. Gleichzeitig wurden an der großen Mauer japanische Truppen zusammengezogen. Nach tagelangem Hin und Her, Verhandlungen mit der Nankingregierung soll nunmehr die japan[ische]. Forderung erfüllt werden. Anfang dieser Woche schlossen sich die Provinzen Schansi [Shaanxi] und Suijuan [Sichuan] der Autonomiebewegung an. Japan[ische]. Truppen sollen die „autonome" Regierung unterstützen. Die Folgen dieser Entwicklung sind vorläufig noch nicht abzusehen. In den chinesischen Volksmassen nimmt jedenfalls die japanfeindliche Stimmung zu. Auf die Häupter der vor Japan dauernd zurückweichenden Nankingregierung Tschang Kaischek [Chiang Kaischek] und Wangtschinwai [Wang Jingwei] wurde kürzlich ein Attentat von linken Kuomintang-Leuten verübt; Wangtschinwei wurde hierbei getötet. – Über Frankreich kommt wegen Materialanhäufung das nächste Mal ein Bericht.

1927 in Nanjing etablierte Regierung von Chiang Kai-shek, die einen Teil Chinas beherrschte.

Kuomintang = Nationalistische Partei China unter Führung von Chiang Kai-shek

Für heute kannst Du Dich ja wieder etwas über die Ereignisse orientieren und ich hoffe, daß Du meine Schrift in etwa entziffern kannst. Wenn ich schneller mit der Maschine schreiben könnte, dann würde ich diese benutzen. Aber so gehts mit der Hand schneller.

19 Anna Sander an Erich Sander 13.12.1935



13.12.35.

blatt 1

Im Vordergrund der Weltpolitik steht die Frage der Sanktionen der Verschärfung der gegen Jtalien die Abschneidung der Öl und Baumwollzufuhr, Am 29. Nov. sollte Achtz nerausschuss des Völkerbundes zusammentreten und entsprechende Beschlüsse fassen. Auf Lavals wurde jedoch die Tagung verschoben und soll nunmehr erst am 12. Dez. st finden. Die franz. Regierung zögert also wieder einmal . Was sie dazu bewegt hat La in einer Rundfunkrede Ende Nov. klar ausgedrückt: Freundschaft mit England? Ja!, ab auch Erhaltung der Freundschaft mit Jtalien auf Grund der ital.- franz. Abkommen v Januar 1935. Wie üblich , war auch diesmal das zögernde Verhalten der franz. Reg. v starken Gesten Mussolinis begleitet ,der erklärte, dass die Verschärfung der Sankt nen als Kriegsgrund betrachtet werden würde. Dessen ungeachtet drängt die eng. Reg auf Sanktionsverschärfung, ihrerseits angetrieben durch die U.S.A., die schon Mass- nahmen zur Unterbindung der Oel- u. Baumwollausfuhr nach Jtalien angekündigt hat, Hinblick auf die angedrohten Völkerbundsbeschlüsse. Missgestimmt vermerkt die engl Reg. die Tatsache, dass Amerika die Führung der Völkerbundspolitik übernommen habe. Die eng. Reg. verlangte von der französischen, Mussolini eine Warnung zuzustelle des Jnhalts, dass Frankreich verpflichtet sei, England im Falle eines Angr zu unterstützen und sich an vom Völkerbund beschlossenen Sanktionsverschärfungen z beteiligen, Laval sagte zu, jedoch unter der Bedingung, dass ein gemeinsamer franz engl. Friedensschritt unternommen würde. Engl. und franz. Sachverständige traten nun zusammen und arbeiteten Friedensvorschläge aus, die in einer Unterredung Laval- Hoare Samstag u. Sonntag durchgesprochen (Hoare traf Laval in Paris auf einer Ur laubsreise in die Schweiz) und dem engl. Kabinett zur Beschlussfassung übermittel wurden. Die sehr weitgehenden Angebote an Italien (es war darüber einiges in der f zös. Presse durchgesickert) haben selbst bei den Anhängern der engl. Konservativen Kopfschütteln hervorgerufen. Von der Arbeiterpartei werden sie als ungeheuerlich gelehnt. Jm engl. Kabinett scheinen sie auch Meinungsverschiedenhei hervorgerufen zu haben, denn es wurden verschiedentlich Rückfragen in Paris gehalt Schliesslich wurde Dienstagabend eine Einigung erzielt und die Vorschläge sofort Mussolini, dem abess. Kaiser u. dem Völkerbund zugestellt. Sie besagen: 1. das von den Jtalienern im Norden Abess. besetzte Gebiet (Tigre) wird mit Ausnahme der Stadt Aksum abgetreten; 2. die Provinz Danakil u. im Süden die Provinz Ogaden wird treten; 3. Jtalien erhält ausserdem ein Siedlungsgebiet für 1½ Mill. Menschen, welches aber unter abess. Hoheit bleibt; 4. Abess. erhält einen Hafen mit Korrido in Erythräa oder eng. Somaliland; das übrige Abess. wird unter Völkerbundskontrol gestellt. Es ist kaum anzunehmen, dass Abess. diesen Vorschlägen zustimmt. Was Mus lini tut ist fraglich.

Aus den oben angeführten Gründen hat die franz. Reg. auch von England betriebene Ueberreichung einer Kollektivantwort auf die ital. Einspru noten gegen die Sanktionen hintertrieben. Mittlerweile ist nun auch der Be grund für den Wechsel im Oberkommando der ital. Abessinienarmee klar geworden: Jtalien hat die sogenannte Luftoffensive ergriffen.

Seit Mitte vergangener Woche werden die abess. Städte von verheerenden Bombenangr fen heimgesucht. Bombardiert wurden die Städte Gondar, Dabat, Dessie, u. a. Zahl Zivilpersonen, darunter Frauen und Kinder, getötet u. verwundet. Besonderes Aufseh erregten die drei Fliegerangriffe auf Dessie am 6. 7. u. 8. Dez., dem Hauptquartier der abess. Nordarmee, wo sich der Kaiser Haile Selassie gegenwärtig aufhält. Mehrere hundert Spreng. u. Brandbomben wurden hier abgeworfen, die halbe Stadt in einen Trümmerhaufen verwandelt.. Sogar auf das durch aufgelegte Rotkreuz Sternenbanner zeichen weithin kenntlich gemachte amerikanische Hospital mit Ambula wurden Brandbomben wurden Brandbomben geworfen. Jnsgesamt wurden ca. 50 Einwohner getötet, über 100 wundet. Jn einem Telegramm an den Völkerbund protestierte Haile Selassie gegen die Lu angriffe auf die offenen militärfreien Städte Dessie, Dabat u. Gondar. Gleichfalls erhoben die Vertreter des abess, Roten Kreuzes u. der intern. Rotkreuzorganisatio Proteste gegen die unmenschlichen u. barbarischen Handlungen." Neun Aerzte des am kan. Hospitals u. des Roten Kreuzes gaben eine Erklärung heraus, nach der beim Bombenangriff insgesamt 40 Bomben auf das Hospital und die Ambulanzen , sich 65 Verwundete befunden hätten, abgeworfen wurden. 2 Krankensäle u.

blatt 1

Im Vordergrund der Weltpolitik steht die Frage der Verschärfung der Sanktionen gegen Italien, die Abschneidung der Öl- und Baumwollzufuhr. Am 29. Nov. sollte Achtzehnerausschuss des Völkerbundes zusammentreten und entsprechende Beschlüsse fassen. Auf Lavals [sic!] **wurde jedoch die Tagung verschoben und soll nunmehr erst am 12. Dez. stattfinden. Die franz[ösische]. Regierung zögert also wieder einmal. Was sie dazu bewegt hat Laval in einer Rundfunkrede Ende Nov[ember]. klar ausgedrückt: Freundschaft mit England? Ja!, aber auch Erhaltung der Freundschaft mit Italien auf Grund der ital[ienisch].-franz[ösischen]. Abkommen vom Januar 1935. Wie üblich, war auch diesmal das zögernde Verhalten der franz[ösischen]. Reg[ierung]. von starken Gesten Mussolinis begleitet, der erklärte, dass die Verschärfung der Sanktionen als Kriegsgrund betrachtet werden würde. Dessen ungeachtet drängt die engl[ische]. Reg[ierung]. auf Sanktionsverschärfung, ihrerseits angetrieben durch die U.S.A., die schon Massnahmen zur Unterbindung der Öl- u. Baumwollausfuhr nach Italien angekündigt hat, im Hinblick auf die angedrohten Völkerbundsbeschlüsse. Missgestimmt vermerkt die engl[ische]. Reg[ierungs].-Presse die Tatsache, dass Amerika die Führung der Völkerbundspolitik übernommen habe. Die engl[ische]. Reg[ierung]. verlangte von der französischen, Mussolini eine Warnung zuzustellen des Inhalts, dass Frankreich verpflichtet sei, England im Falle eines Krieges Angriffs zu unterstützen und sich an vom Völkerbund beschlossenen Sanktionsverschärfungen zu beteiligen. Laval sagte zu, jedoch unter der Bedingung, dass ein gemeinsamer franz[ösisch].-engl[ischer]. Friedensschritt unternommen würde. Engl[ische]. und franz[ösische]. Sachverständige traten nun zusammen und arbeiteten Friedensvorschläge aus, die in einer Unterredung Laval-Hoare Samstag u. Sonntag durchgesprochen (Hoare traf Laval in Paris auf einer Urlaubsreise in die Schweiz) und dem engl[ischen]. Kabinett zur Beschlussfassung übermittelt wurden. Die sehr weitgehenden Angebote an Italien (es war darüber einiges in der französ[ischen]. Presse durchgesi-**

Benito Mussolini (1883-1945), 1922-1943 Chef der faschistischen Regierung Italiens

ckert) haben selbst bei den Anhängern der engl[ischen]. Konservativen Kopfschütteln hervorgerufen. Von der Arbeiterpartei werden sie als ungeheuerlich abgelehnt. Im engl[ischen]. Kabinett scheinen sie auf [sic!] **Schwierigkeiten Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen zu haben, denn es wurden verschiedentlich Rückfragen in Paris gehalten. Schliesslich wurde Dienstagabend eine Einigung erzielt und die Vorschläge sofort Mussolini, dem abess[inischen]. Kaiser u. dem Völkerbund zugestellt. Sie besagen: 1. das von den Italienern im Norden Abess[iniens]. besetzte Gebiet (Tigre) wird mit Ausnahme der heiligen Stadt Aksum abgetreten. 2. die Provinz Danakil u. im Süden die Provinz Ogaden wird abgetreten; 3. Italien erhält ausserdem ein Siedlungsgebiet für 1½ Mill. Menschen, welches aber unter abess[inischer]. Hoheit bleibt. 4. Abess[inien]. erhält einen Hafen mit Korridor in Erythräa oder engl[isch]. Somaliland; das übrige Abess[inien]. wird unter Völkerbundskontrolle gestellt. Es ist kaum anzunehmen, dass Abess[inien]. diesen Vorschlägen zustimmt. Was Mussolini tut ist fraglich.** (lehnt ab)

Heute: Eritrea, unabhängiger Staat im Nordosten Äthiopiens

Aus den oben angeführten Gründen hat die franz[ösisch]. Reg[ierung]. auch die von England betriebene Überreichung einer Kollektivantwort auf die ital[ienisch]. Einspruchnoten gegen die Sanktionen hintertrieben. Mittlerweile ist nun auch der Beweggrund für den Wechsel im Oberkommando der ital[ienischen]. Abessinienarmee klar geworden: Italien hat die sogenannte Luftoffensive ergriffen.

Seit Mitte vergangener Woche werden die abess[inischen]. Städte von verheerenden Bombenangriffen heimgesucht. Bombardiert wurden die Städte Gondar, Dabat, Dessie, u. a. Zahlreiche Zivilpersonen, darunter Frauen und Kinder, getötet u. verwundet. Besonderes Aufsehen erregten die drei Fliegerangriffe auf Dessie am 6. 7. u. 8. Dez., dem Hauptquartier der abess[inischen]. Nordarmee, wo sich der Kaiser Haile Selassie gegenwärtig aufhält. Mehrere hundert Spreng- u. Brandbomben wurden hier abgeworfen, die halbe Stadt in einen Trüm-

merhaufen verwandelt. Sogar auf das durch aufgelegte Rotkreuz- u. Sternenbannerzeichen weithin kenntlich gemachte amerikanische Hospital mit Ambulanzen wurden Brandbomben geworfen. Insgesamt wurden ca. 50 Einwohner getötet, über 100 verwundet. In einem Telegramm an den Völkerbund protestierte Haile Selassie gegen die Luftangriffe auf die offenen militärfreien Städte Dessie, Dabat und Gondar. Gleichfalls erhoben die Vertreter des abess[inischen]. Roten Kreuzes und der intern[ationalen]. Rotkreuzorganisation Proteste gegen die unmenschlichen und barbarischen Handlungen. Neun Ärzte des amerikanischen Hospitals u. des Roten Kreuzes gaben eine Erklärung heraus, nach der beim ersten Bombenangriff insgesamt 40 Bomben auf das Hospital und die Ambulanzen, in welchem sich 65 Verwundete befunden hätten, abgeworfen wurden. 2 Krankensäle u. der Instru-

CGT = Sozialdem. Gewerksch.Bund, ca 800[000] Mg.
CGTU = Rote Gewerkschaften, ca 300[000] Mitgl.
In der Schweiz gleichfalls Verschmelzung der Roten u. der freien Gewerkschaften durchgeführt

Instrumentensaal seien ausgebrannt, eine Krankenschwester schwer verwundet. Die Italiener rechtfertigten die Bombardierung des Krankenhauses damit, dass das Rote-Kreuz-Zeichen von den Abessiniern als Täuschungsmittel gebraucht würde. Diesen Ereignissen zufolge ist Badoglio, der neue ital[ienische]. Oberkommandeur, ein unbedingter Anfänger der neuen Kriegslehre des Generals Douchet, die als Offensivwaffe die Luftwaffe empfiehlt u. die moralische wirtschaftliche Zermürbung des Gegners durch die Luftoffensive vorsieht. Ende Nov[ember]. richtete übrigens der Zentralrat der russ[ischen]. Gewerkschaften einen Brief an I.G.B.* u. R.G.I. mit dem Vorschlag, einen gemeinsamen, Kongress einzuberufen der sich mit der Organisierung einer Aktion gegen den Krieg beschäftigen solle. In einer öffentlichen Verlautbarung erklärte sich das Vollzugsbüro der R.G.I. damit einverstanden.

IGB = Internationaler Gewerkschaftsbund, der Sozialdemokratie nahestehende Vereinigung freier Gewerkschaften.

RGI = Rote Gewerkschafts-Internationale, kommunistischer Gewerkschaftsbund

Die innerpolitische Lage Frankreichs ist gekennzeichnet durch die Verschärfung der Gegensätze zwischen den rechtsstehenden Bünden und der sich mehr u. mehr radikalisierenden Linken. Blutige Zusammenstösse zwischen diesen Gruppen sind nichts Aussergewöhnliches. Die Linksparteien (Radikalsoz[ialisten]., Sozialdem[okraten]. u. Kommunisten) haben sich wie du wohl schon wissen wirst, zum Kampf gegen die Bünde zur sogenannten „Volksfront" zusammengeschlossen. Die Volksfront organisiert gemeinsame Versammlungen u. Demonstrationen, ihre Kammerabgeordneten verständigen sich fallweise über das Vorgehen in der Kammer. Die Kommunisten haben verschiedentlich erklärt, dass sie eine radikalsoz[ialistische]. Regierung unterstützen würden, wenn diese die demokratischen Freiheiten schützen u. einen scharfen Kampf gegen die die Bünde führen wurde. Weiterhin haben sie auf gewerkschaftlichem Gebiet Anfang Oktober den Zusammenschluss der C.C.T. u. C.C.T.U. zu einer Einheitsgewerkschaft herbeigeführt. Das Resultat dieser Politik ist ein Anwachsen des kommunistischen Einflusses, wie du das aus den Wahlergebnissen im vergangenen Sommer ersehen haben wirst. Die Stimmenzahlen der Sozialdemokratie sind ja gleichfalls gestiegen. Ein weiteres Resultat ist die Radikalisierung der radikalsoz[ialistischen]. Partei.

Parti républicain, radical et radical-socialiste, gegründet 1901, erste französische Massenpartei, in den 1930er-Jahren an zahlreichen Regierungen beteiligt

Gemeint sind wahrscheinlich die CGT (Confédération générale du travail), von der sich 1921 die radikalere CGTU (Confédération Générale du Travail Unitaire) abgespalten hatte, die sich im März 1936 wiedervereinigten

Der linke Flügel, geführt von Daladier, beeinflusste die Beschlüsse des Ende Oktober stattgefundenen Parteitages in starkem Masse. Daladier fand stürmischen Beifall, als er die Volksfront für das Bündnis des dritten Standes mit dem Proletariat erklärte und die Auflösung der Bünde forderte. Herriot wurde nur deshalb wieder zum Vorsitzenden gewählt, weil er eine äusserst versöhnliche Rede hielt. Herriot weigert sich übrigens vor den Kammerneuwahlen, die im nächsten Jahre stattfinden, an einer Linksregierung teilzunehmen – u. ohne den rechten Flügel der Radikalsozialisten ist eine Linksregierung nicht möglich. So hat denn Laval bei geschicktem Manövrieren die Möglichkeit, sich am Ruder zu halten. Ohne

Edouard Daladier (1884-1970), Parlamentarier der Parti Radicale Socialiste, französischer Ministerpräsident 1933, 1934, 1938-40.

Édouard Herriot (1872-1957), Mitglied der Parti Radicale Socialiste, mehrfach Ministerpräsident

Konzessionen an die Linken geht das aber nicht. So wurden im Oktober drei Gesetze zur Befriedung des innerpolitischen Lebens erlassen: 1. Anmeldung des Waffenbesitzes u. Kontrolle des Waffenverkaufes; 2. Anmeldepflicht für Kundgebungen 3. Verschärfung der Bestimmungen für die staatsfeindlichen Verbände. Diese Verordnungen wirkten aber keinesfalls beruhigend, im Gegenteil, im Zusammenhang mit einigen blutigen Zusammenstössen zwischen „Volksfront" und Bünden wurde die Forderung auf völliges Verbot der Bünde immer lauter. Die Kammer musste sich erneut mit der Frage beschäftigen und ich gebe dir einen kurzen Ueberblick über die Debatten:

Croix de Feu, 1927-36, rechtsextreme Organisation

Franz[ösische]. Kammer 3.12. Der Kommunist Ranette spricht zu seiner „Grossen Anfrage über die Gefährlichkeit der Bünde". Er bezeichnet die Feuerkreuzler als die gefährlichsten u. gibt der Regierung schuld an den Zwischenfällen in Limoges. (Hier hatten die Feuerkreuzler auf Gegendemonstranten der Volksfront kommandierte Salven abgegeben). Der sozialradikale Guernut (Mittelgruppe der S.R.) verlangte von der Regierung die Herausforderungen der Bünde nicht zuzulassen. Er verlas Auszüge aus der „Action Francaise" , die Todesdrohungen gegen Linkspolitiker enthielten.

Action française,1898 gegründete rechtsextreme Organisation

Der Justizminister habe dagegen nichts unternommen. Die Linke verlange seinen Rücktritt. Der sozialradikale R u c a r t (Linke der S.R.) warf der Reg[ierung]. Ermutigung der Bünde vor. Die Reg[ierung]. habe Aufforderungen zum Mord u. Gewalttaten u. Vorbereitungen zum Bürgerkrieg zugelassen. Er führte mehrere Fälle an, wo Angriffe auf politische Persönlichkeiten nicht zur Verantwortung gezogen wurden u. a. den Fall des Abgeordneten Ebbel, der ein Auge eingebüsst hat. (Die Linke fordert stürmisch den Rücktritt des Justizministers). Als Laval erklärte, dass im Fall Ebbel eine Untersuchung darüber eingeleitet sei, ob sich der Angreifer im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte befinde, schwoll der Lärm so an, dass sich Laval nicht mehr verständlich machen konnte.

*) Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale

– Blatt 3 –

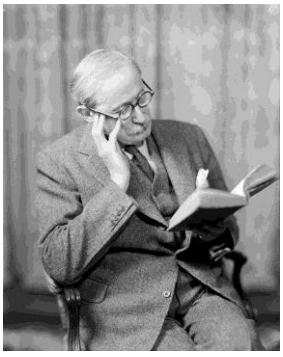
auch die Rechtfertigungsrede des Justizministers ging im Lärm unter.

5.12. Unter andauernden Lärm u. grosser Unruhe kamen die Vertreter der Bünde zu Wort. Der Abg[eordnete]. Bardon sah als Schuldigen an den Vorfällen in Limoges die marxistische Stadtverwaltung an, denn sie habe die Gegenkundgebung gegen die Versammlung der Feuerkreuzler zugelassen. Er führte dann eine Reihe von Ueberfällen der Linken auf Rechtsstehende an. Der Vorsitzende der vaterländischen Jugend, Taittinger, wies auf die bewaffneten kommunistischen Verbände hin. Der Feuerkreuzler, Vallat, erklärte dass sich die Feuerkreuzler in Limoges zum erstenmale energisch gewehrt hätten. Ueberraschende Vorgänge ereigneten sich in der Sitzung vom 6.12. Der vertraute Freund des Obersten de la Rocque (Führer der Feuerkreuzler) Ybarnegaray erklärte, dass de la Rocque kein Feind der politischen Einrichtungen Frankreichs sei. Kein Franzose wünsche den Bürgerkrieg. Eine Vereinigung aller Franzosen unter der Hand des Gesetzes sei durchaus möglich. Die Auflösung der Bünde sei ein zweideutiges Mittel. Dagegen sei die Entwaffnung der Bünde u. der Privatpersonen eine grundlegende Lösung. Er schlug einen Erlass vor, nachdem jeder Bürger, der bewaffnet angetroffen wird, verhaftet und mit 1-3 Jahren Gefängnis bestraft werden sollte. Léon Blum bekundete hierauf die Bereitschaft der Soz[ialistischen]. Partei ihre militärisch organis[ierten]. Selbstschutzverbände aufzugeben u. richtete an Ybarnegaray die Frage, ob die Feuerkreuzler gewillt seien, ihre militärischen Verbände aufzulösen. Der Kommunist Thorez erklärte, dass seine Partei gewillt sei, ihre Verteidigungsformationen aufzulösen, in dem Masse, wie die militärischen Bünde aufgelöst würden. Ybarnegaray bemerkte, dass die Feuerkreuzler bereit seien, ihren Bund in dem Masse aufzulösen, in dem er militärisch organisiert sei. Laval brachte nun drei Gesetzvorschläge ein: 1. Auflösung der mili-

Jeunesse patriotes, 1924 gegründete rechtsextreme Organisation, 1936 verboten

Jean Ybarnegaray (1883-1956), konservativer Parlamentarier, Vichy-Minister

Léon Blum (1872-1950), Sozialist, französischer Ministerpräsident 1936-38



Section française de l'Internationale ouvrière, sozialistische Partei Frankreichs 1905-69

tärähnlichen Organisationen der Bünde; 2. Verschärfung der Strafen für Waffentragen; 3. Schwere Bestrafung der Aufforderung zum Mord durch die Presse. Nunmehr forderte Laval das Vertrauen, was ihm mit 351 gegen 319 Stimmen gewährt wurde. Die Sozialradik[alen]. zerfielen bei der Abstimmung in 3 Richtungen. Piot (rechter Flügel) sprach sich für die Zustimmung aus, da keine Möglichkeit für die Bildung einer Linksregierung bestehe. Guernut (Mittelgruppe) war für Stimmenthaltung, da erst die Taten der Regierung abgewartet werden mussten. Rucart (linker Flügel) sprach gegen das Vertrauensvotum.

In der Nachtsitzung der Kammer vom 6.-7. Dez. wurden die Lavalschen Gesetzvorschläge beraten. Die Kommunisten beantragten, dass die zu verbietenden Bünde namentlich aufgeführt wurden: Feuerkreuzler, Franz[ösische]. Solidarität, Jungpatrioten, Action Francaise. Der Antrag wurde mit 380 gegen 148 Stimmen abgelehnt. Ein Zusatzantrag des Sozialisten Thiolas, dass der Innenminister die Bünde auf dem Verordnungswege auflöst, wurde mit 320 gegen 266 Stimmen angenommen. (der Antrag bedeutet eine Abänderung des Regierungsvorschlages, der die Auflösung der Bünde durch die Gerichte vorsah). Ein weiterer Zusatzantrag Rucarts dass das bewegliche und unbewegliche Vermögen der aufgelösten Bünde zu beschlagnahmen sei, wurde mit 332 gegen 258 Stimmen angenommen. Auch hier blieb die Regierung in der Minderheit. Der Justizminister erklärte, dass er die Regierungsgesetze in der Kammer nicht mehr wiedererkenne.

Ein Redner der Rechten beklagte sich darüber, dass die Linke das Versöhnungsangebot der Bünde mit einer Kriegserklärung beantwortet habe, Die Gesetze wurden dann mit 408 gegen 179 Stimmen angenommen. Die Rechte fühlt sich, wie das aus ihrer Presse ersichtlich, durch die Regierung Laval hereingelegt. Der Innenminister hatte nämlich vor der Kammersitzung am 6.12. mit den Feuerkreuzlern verhandelt und diesen wahrscheinlich das Verbot des Bundes angedroht, wenn sie nicht

auf ihre militärischen Organisationen verzichteten. Die kleineren Bünde rückten von dem Versöhnungsangebot der Feuerkreuzler ab und erklären de la Rocque für einen Verräter. Auch bei den Feuerkreuzlern selbst macht sich heftiger Widerstand bemerkbar. Es hat eine Austrittsbewegung begonnen. De la Rocque beabsichtigt den Bund in eine parlamentarische Partei zu verwandeln. Die Linke feiert das Resultat der Kammerdebatte als Erfolg.

Ende Oktober brach in Nordbrasilien ein Militäraufstand aus. Teile mehrer [sic!] Regimenter setzten sich in den öffentlichen Gebäuden der Städte Natal u. Pernambuco fest. Regierungstreue Truppen griffen die Aufständischen mit Feldartillerie an. Während der Kämpfe griff der Aufstand auch auf Rio de Janeiro über. Hier verschanzten sich

Gemeint ist die Fortaleza de São João im Stadtteil Urca.

meuternden Truppen in einigen Kasernen u. dem Fort Sao Foas. Der Stadtteil Urca (hier lagen die Kasernen) musste von der Bevölkerung geräumt werden u. wurde durch Abwurf von Fliegerbomben in einen Trümmerhaufen verwandelt. Insgesamt dauerten die Kämpfe 3 Tage. Es wurde gemeldet, dass der Aufstand von Kommunisten organisiert oder zu mindestens von Kommunisten beeinflusst sei. Aus Furcht vor unliebsamen Folgen hat Japan den nordchinesischen Apfel nicht direkt verzehrt, knabbert aber weiter daran herum. Einen Tag vor der geplanten Autonomieerklärung der Nordprovinzen fanden Verhandlungen des japan[ischen]. Botschafters mit der Nankingregierung statt. Der japan[ische]. Sondergesandte Doihara ein Anhänger der Militärpartei, wurde vom jap[a]n[ischen]. Auswärtigen Amt (zivile Partei) fallen gelassen. Doihara habe „keinen amtlichen Auftrag“, wurde der Nankinreg[ierung]. erklärt, worauf denn auch prompt die Provinzgouverneure von der Autonomiebewegung abfielen und die Autonomieerklärung ausblieb. Nur in Osthopei (entmilitärisierte Zone) wurde eine autonome Regierung (Rat zur Unterdrückung des Kommunismus) vom Verwaltungsdirektor Sin-

Yin Ju-Keng (1885-1947), 1935 Präsident einer japanischen Marionettenregierung in Ost-Hopei.

jukeng gebildet. Die Plakate dieser Regierung wurden jedoch von der Bevölkerung abgerissen. Gleichzeitig brach in Tientsin ein Putsch aus. Die Autonomistenarmee bestand aus gemieteten Kulis, die auseinanderliefen als sich der j[a]p[a]n[ische]. Konsul weigerte den Sold auszuzahlen. Hierauf erklärte die Nankingreg[ierung]. Sinjukeng für einen verrückten Rebellen u. setzte ihn in Anklagezustand. Der Kriegsrat in Peking wurde als Autonomistenherd aufgelöst u. ein Sonderbeauftragter nach dem Norden gesandt. Um die völlige Niederschlagung der Autonomiebewegung zu verhindern, besetzten japan[ische]. Truppen die Bahnhöfe in Peking u. Tientsin u. den Eisenbahnknotenpunkt Fengtao. Gleichzeitig unterrichtete der japan[isch]. Botschafter die englische Regierung davon, dass die Autonomiebestrebungen im Norden Chinas eine innerpolitische Angelegenheit seien. Es finden zurzeit Verhandlungen zwischen Japan und der Nankingreg[ierung]. Statt. Die Nankingreg[ierung]. soll bereit sein den Nordprovinzen ein gewisses autonomes Regime zu gewähren.

Kurz teile ich dir noch mit, dass in Aegypten (Kairo) erneut Unruhen ausgebrochen sind. Vom 6.12. ab fanden täglich Demonstrationen der Wafdanhänger statt. Autobusse u. Strassenbahnen wurden angehalten u. teilweise in Brand gesteckt. Die Polizei wurde mit Steinen beworfen u. machte von der Schusswaffe Gebrauch. Es gab wieder Tote und Verletzte.

Fortsetzung folgt.

20 Anna Sander an Erich Sander 20.12.1935

– Blatt 1 –

Die Friedensvorschläge Lavals u. Hoares haben in der ganzen Welt einen Sturm der Entrüstung entfacht. Es herrscht Krisenstimmung im Völkerbund, in England u. Frankreich.

Gemeint ist die Sowjetunion als Bund der sozialistischen Räterepubliken

Die Opposition im Völkerbund wird getragen vom Rätebund u. den kleinen Staaten, die in dem Friedensplan das Angebot einer Belohnung für den Paktbrecher u. Angreifer u. und eine Strafe für das kleine Abessinien sehen. Die kleinen Staaten fürchten dass ihnen in gleicher Lage gleiches widerfahren könnte u. ihre Angreifer ebenfalls Dank ernten würden. Besonders erbost sind sie über England, dessen Führung sie sich im Sanktionskampf willig unterordneten und von dem sie nun, nachdem sie ihre teilweise guten Handelsbeziehungen zu Italien radikal abgebrochen und dafür grosse Opfer gebracht haben, einen unsanften Fusstritt einstecken sollen. In der Presse der skandinavischen Staaten, auf deren Freundschaft England grossen Wert legt, taucht das Wort vom „perfiden Albion“ auf. Noch schwerer ist das Vertrauen zum Völkerbund und bei sogenannten halbzivilisierten Staaten wie Persien u. Afghanistan erschüttert. Die erklären, dass ihnen in einem solchen Falle nichts anderes übrig bleiben würde, als bei einer starken Grossmacht Schutz zu suchen – und diese ist zweifelsohne der Rätebund. Nachdem jetzt das Völkerbundssekretariat den genauen Wortlaut der Grundlage für eine friedliche Beilegung des ital[ienisch].-abess[inischen]. Streitfalles veröffentlicht hat, kann man die Befürchtungen der kleinen Staaten durchaus verstehen. Sie sieht vor:

1793 geprägter Ausdruck, der eine angeblich hinterhältige britische Außenpolitik bezeichnet

1. **Die Abtretung des östlichen Teiles der Provinz Tigre mit Ausschluss von Aksum, Teiles der Provinz Danakil u. der Prov[inz]. Ogaden an Italien.**
2. **Die Abtretung des Hafens Assab mit Korridor von ital[ienisch]. Eryträa an Abessinien.**

3. **Errichtung einer Siedlungszone für Italien im Süden von Abessinien, begrenzt im Norden vom 8. Breitengrad (ungefähr auf dem 10. liegt Addis Abeba.) In diesem Gebiet gehören alle Wirtschaftsrechte ausschliesslich Italien, jedoch muss es das schon erworbene Eigentum anderer Ausländer u. Abess[inier]. achten. Verwaltet wird das Gebiet von einer intern[ationalen]. Kommission mit überwiegenden ital[ienischem]. Einfluss unter der Kontrolle des Negus.**
4. **Der Rest Abessiniens wird der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt, nach den seinerzeitigen Vorschlägen des Fünferausschusses, die bekanntlich Teilnahme ital[ienischer]. Ratgeber an der Verwaltung vorsahen.**

Den wahren Sinn dieser Friedensvorschläge hat der Negus in einer Note an den Völkerbund klar aufgezeigt: Abessinien soll dem Angreifer unter dem Vorwand des Gebietsaustausches ungefähr die Hälfte seines Staates abtreten, u. ihm in versteckter Form über die andere Hälfte die Kontrolle einräumen. Deshalb verlange er die Einberufung einer Völkerbundversammlung. Von der ist nun ja einstweilen noch nicht die Rede. Dafür soll ab Mittwoch, den 18. Dez[ember]., eine Tagung des Völkerbundes stattfinden, um Erklärungen über den ital[ienisch].-abess[inischen]. Streitfall entgegenzunehmen. Die Sitzung des Achtzehnerausschusses am 12. Dez. dauerte nur eine Stunde. Eden erklärte, dass dass [sic!] **es sich bei den Friedensvorschlägen nur um Anregungen zur Einleitung von Verhandlungen handele. Wenn der Völkerbund Einwendungen erhebe und Verbesserungen vorschlage, würde England keine Schwierigkeiten machen. Von Oelsanktionen war keine Rede mehr.**

Geradezu aufrührerisch haben die Friedensvorschläge in England gewirkt. Nicht nur die Arbeiterpartei bläst zum schärfsten Angriff, bis tief in die Reihen der Konservativen geht die Gegnerschaft gegen die Politik des Kabinetts. Das Kabinett selbst ist gespalten. Wortführer der Kabinettsopposition ist Eden. Wie man jetzt erfährt, bestanden von Anfang an tiefe Meinungsverschiedenheiten. Das ganze Kabinett soll erschüttert

gewesen sein, als ihm der Wortlaut der Vereinbarung Laval-Hoare übermittelt wurde. Eden soll mit dem Rücktritt gedroht haben. Baldwin soll auch nicht erfreut gewesen sein, wollte aber seinen Aussenminister nicht fallen lassen. Mit Ach u. Krach soll man dann übereingekommen sein, den Friedensplan dem Völkerbund als „Anregung“ zu übermitteln. Mittwoch den 11.12. begann der Angriff der Arbeiterpartei im Unterhaus. Ihr Sprecher Jess-Smith kennzeichnete die Vorschläge als Bruch der Völkerbundssatzung, als Verrat an den Versprechungen, die die Reg[ierung]. bei den Wahlen gegeben habe. Die Reg[ierung]. wolle einen Sturz Mussolinis vermeiden u. doch den Völkerbund unterstützen; deshalb übernehme sie die Politik Frankreichs. Baldwin bedauerte in der Antwortrede, dass sein Mund verschlossen bleiben müsse. Donnerstag den 12. setzte die Kritik der konservativen Presse ein. Die Times forderte, dass keine Regelung getroffen werde, die eine Prämie für den Angreifer darstelle.

gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass stündlich hunderte Telegramme u. Briefe einliefen, die die Friedensvorschläge als Verletzung des Reg[ierung].-Wahlprogramms bezeichneten. Auch die Abgeordneten würden mit Briefen aus ihren Wahlkreisen überschüttet. Sogar aus den Dominions gingen Telegramme über Telegramme ein. Jedes Nachlassen in der Unterstützung des Völkerbundes, schrieb die „Times“ weiter, müsste die tiefste u. bitterste Enttäuschung hervorrufen. Der gute Ruf und das Vertrauen in die brit[ische]. Ehrlichkeit würde geschädigt. Unter dem Druck dieser Stimmung brachten 7 Abgeordnete der Reg[ierungs]. Parteien eine Entschliessung im Unterhaus ein, die fordert, dass die Reg[ierung]. keiner Regelung zustimme, die die intern[ationalen]. Verpflichtungen Englands auf Grund der Völkerbundssatzungen missachte, indem sie dem Angreiferstaat grössere Zugeständnisse gewähre als vor dem Angriff geboten worden seien. Ihr schlossen sich später eine Reihe weiterer konservativer Abgeordneter an. Die Oppositionsliberalen brachten hierauf eine Entschliessung im Un-

Dominions hießen die selbstverwalteten Kolonien innerhalb des Britischen Empires

ter- u. Oberhaus ein, die eine Regelung auf der Grundlage der Friedensvorschläge als Verrat am Völkerbund u. eine nationale Ehrlosigkeit ansieht. Jetzt verschärfte sich der Angriff der Arbeiterpartei. „Daily Herald“ frug, ob Hoare oder Laval britischer Minister des Auswärtigen sei. In ein paar Stunden habe die Regierung den Völkerbund, Abessinien und das eng[lische]. Volk betrogen. Schliesslich wurde der Rücktritt Hoares gefordert. Baldwin sah sich genötigt für Donnerstag, den 19. Dez. eine Aussprache im Unterhaus zuzusagen und am Sonntag, den 15. ein Weissbuch zu veröffentlichen. Im franz[ösischen]. Kabinett gab es gleichfalls Auseinandersetzungen, wie erst jetzt verlautet. Herriot u. die anderen radikalsoz[ialistischen]. Minister wandten sich gegen die Vorschläge. Herriot soll erklärt haben, dass er das Kabinett sofort verlassen wurde, wenn Laval auf einer Zustimmung der Reg[ierung]. zu den Vorschlägen beharre. Hierauf soll sich Laval ohne diese Zustimmung nach Genf begeben haben. Inzwischen haben die Radikalsoz[ialisten]., Soz[ialisten]. u. Kommunisten Anfragen in der Kammer eingebracht. Eine Fraktionssitzung der Radikalsoz[ialisten]., der Herriot u. die anderen Minister fernblieben, lehnte die Vorschläge ab. Sie seien eine Schädigung des moralischen Frankreich. Herriot hielt um Sonntag eine Rede, in der er die Vorschläge sanft kritisierte. Die soz[ialistische]. Kammerfraktion nahm eine Entschliessung an, in der es heisst: „Es hat nicht an der soz[ialistischen]. Kammerfraktion gelegen, wenn das Land nicht von einer Reg[ierung]. befreit worden ist, die von einem Manne geführt wird, dessen Handlungen seit Monaten bewiesen haben, dass er mit allen faschistischen Kräften des In- u. Auslandes unter einer Decke steckt u. der eine schwere Gefahr für die Republik u. den Frieden darstellt. Die Angriffe der Linkenpresse werden immer massiver u. es ist durchaus möglich, dass Laval über diese Frage stürzt. Starke Entrüstung zeigt auch die Presse der U.S.A. Mussolini dagegen lässt sich Zeit bei der Prüfung des Friedensplanes. Offenbar wartet er die Entwicklung der Dinge im Völkerbund ab, hofft durch das Zunichtewerden des Planes um eine eindeutige Antwort herumzukommen. Erst

Sonntag bequemte sich die ital[ienische]. Presse dazu, einige kritische Bemerkungen laut werden zu lassen. Nach ihr entsprechen die Vorschläge nicht den wirtschaftlichen, politischen u. den militärischen Belangen. Die Abtretung des Hafens Assab mit Korridor u. die Rückgabe Aksums seien unmöglich. Die Siedlungszone bringe keine direkte Verbindung zwischen ital[ienisch].-Somalia u. Erythräa. Ausserden sei die Frage des militärischen Schutzes der Siedlungszone ganz ungeklärt. Die nationaldemokratische Bewegung in Aegypten hat einen bedeutenden Erfolg errungen. König Fuad stimmte am 12. Dez. der Wiedereinführung der Verfassung vom Jahre 1923 zu. Die eng[lische]. Reg[ierung]. hatte ihr Einverständnis durch den Oberkommissar ausgesprochen. Das Kabinett Nessim Pascha führt die Geschäfte weiter bis zur Neuwahl. Wie ich Dir im letzten Briefe kurz mitteilte, finden täglich Demonstrationen der Kairoer Studenten statt. Die Polizei hatte nach den blutigen Vorfällen vor einigen Wochen Schiessverbot, das aber zwischendurch mal wieder aufgehoben wurde. Nebenher liefen Verhandlungen zwischen Wafd und Liberalen über ein gemeinsames Vorgehen. Nachdem Studenten die Wohnung des Führers im Sturm genommen und die Wohnungseinrichtung demoliert hatten, zeigte sich dieser nachgiebiger u. so kam denn am 9.12. eine Einheitsfront beider Parteien zustande. Gefordert wurde die Wiederherstellung der Verfassung von 1923 und die Abschliessung des Vertrages mit Eng[land]. vom Jahre 1930. Die Verfassung von 1923 erklärte Aegypten zur konstitutionellen Monarchie mit Zweikammersystem: Senat u. Kammer. Die Minister waren der Kammer verantwortlich. Stimmrecht allgemein. Senatsmitglieder wurden zu 2/5 ernannt u. 3/5 gewählt. Diese Verfassung wurde im Laufe der Jahre mehrmals abgeändert u. 1934 ganz aufgehoben. Nessim Pascha regierte ohne Verfassung u. Parlament. Der Vertrag von 1930

Gemeint ist Muhammad Tawfiq Nasim Pascha, 1920-21, 1922-23 und 1934-36 ägyptischer Ministerpräsident

(von Nessim Pascha u. Henderson ausgehandelt) sieht vor:

1. Aufhebung der militärischen Besetzung durch England,

2. Beitritt Aegyptens zum Völkerbund als unabhäng[iger]. Staat.

3. Abschluss eines Bündnisses mit England, entsprechende beiderseitige Aussenpolitik u. Hilfeleistung im Kriegsfalle;

4. Schutz des Suezkanals durch engl[ische]. Truppen, solange Aegypten hierzu nicht imstande ist.

Die Verhandlungen scheiterten damals an der Sudanfrage. Aegypten forderte Freigabe des Sudans für uneingeschränkte Einwanderung u. das wollte die damalige Arbeiterreg[ierung]. nicht zugeben. Seit Freitag finden in Kairo wieder täglich Demonstrationen statt, an denen sich zum erstenmale auch Arbeiter beteiligen. Der Führer der Wafd Nahas Pascha forderte die Studentenschaft auf, die Kundgebungen einzustellen. Die Arbeit müsse jetzt den Aelteren überlassen werden. Trotzdem dauern die Kundgebungen an. Die Einheitsfront hat der eng[lischen]. Reg[ierung]. eine Denkschrift zur Frage der Unabhängigkeit überreicht.

Mustafa an-Nahhas Pascha, 1924-52 mehrfach Vorsitzender der Wafd-Partei

Tomáš Masaryk (1850-1937), Mitbegründer und erster Präsident der Tschechoslowakei (1918-35)

Edvard Beneš, tschechoslowakischer Staatspräsident 1935–1938 und 1945–1948

Der tschechoslowakische Staatspräsident Masaryk ist am Samstag zurückgetreten. Als Nachfolger schlug er Dr. Benesch vor. Für ihn tritt die gesamte Linke ein. Die Kommunisten wollen ebenfalls für ihn stimmen, unter der Bedingung, dass eine Einheitsfront der Linksparteien zum Kampfe gegen den Faschismus gebildet wird. Die Rechte tritt für die Wahl des Prof. Nemetsch ein. Die Wahl findet am 18. Dez. statt. Den Ausschlag gaben die Parteien der nationalen Minderheiten, die von beiden Seiten umworben werden. Was die Stellung Deutschlands zu den internationalen Fragen anbetrifft, so wird in der deutschen Presse strikte Neutralität bewahrt. Es ist in ihr […] weder für noch gegen Italien oder Abessinien zu finden. Sie beschränkt sich darauf, die Berichte wiederzugeben. Wenn Du Dir alles reiflich überlegst, wirst Du diese Haltung

Bezieht sich auf britische Abmachungen mit Belgien und Frankreich über die Anlage und Benutzung von Flugplätzen in diesen Ländern, durch die sich Frankreich und Großbritannien aus deutscher Sicht über den Locarno-Vertrag von 1925 hinaus militärisch aneinander gebunden hatten

verständlich finden. In der vergangenen Woche empfing der Führer den eng[lischen]. Botschafter. Nach der kurzen Mitteilung wurde über die Abrüstungsfrage und über das Luftlocarno gesprochen. Franz[ösische]. Blätter wollen wissen, dass auch die ostasiatische Frage zur Sprache gekommen sei. In den letzten Tagen wurde ein Verbot der Einfuhr von Reichsmarknoten erlassen. In der Begründung heisst es, dass trotz des Ausfuhrverbotes für Reichsmarknoten das Angebot im Ausland infolge Schmuggels, überaus stark sei. Das hohe Disagio führe mehr und mehr dazu, dass die Abnehmer deutscher Waren mit Reichsmarknoten zahlen. Auch im Dienstleistungs- u. Kapitalverkehr würden mehr u. mehr Reichsmarknoten angeboten. Das für die Rohstoffbeschaffung erforderliche Deviseneinkommen sei dadurch gefährdet. Während der Fertigstellung des Briefes trafen einige Neuigkeiten ein. Der engl[ische]. Minister des Äussern Hoare ist Mittwoch zurückgetreten. Die Opposition im engl[ischen]. Kabinett hat damit gesiegt, die Friedensvorschläge sind damit erledigt. Hoare beabsichtigte seine Politik im Unterhaus zu verteidigen und wurde vom Kabinett aufgefordert, die Rede schriftlich niederzulegen. Sie wurde jedoch vom Kabinett abgelehnt. Gleichzeitig wurde Eden beauftragt auf der Tagung des Völkerbundrates am Mittwoch zu erklären, dass die Friedensvorschläge nur Anregungen gewesen seien, an denen England bei Einwendungen nicht festhalten würde. Dies geschah denn auch. Die Sitzung des Völkerbundrates dauerte nur eine Stunde. Ausser Eden sprach Laval. Der empfahl vorläufig keine Stellung zu den Vorschlägen zu nehmen, sie vielmehr erst gründlich zu prüfen. Donnerstag wurde dann auch ein entsprechender Entschluss gefasst. Im engl[ischen]. Unterhaus am Donnerstag verteidigte Hoare seine Politik. Er habe, sagte er, eine europäische Feuersbrunst einen Krieg zwischen England und Italien verhüten wollen. Baldwin erklärte, dass er in der Frage des Pariser Friedensplans einem Irrtum erlegen sei. Die Vorschläge seien dem Kabinett von vornherein zu weit gegangen, er habe aber Hoare nicht desavouieren wollen. Es sei klar, dass jetzt die Vorschläge absolut und völlig tot seien. Der Sprecher

der Arbeiterpartei, Major Attlee, forderte den Rücktritt des gesamten Kabinetts und brachte einen Misstrauensantrag ein. In der französischen Kammer fand Dienstag und Mittwoch ebenfalls eine Aussprache statt über die Aussenpolitik Lavals. Auch Laval verteidigte sich mit dem Hinweis auf einen zu erwartenden europäischen Krieg. Die Kammer sprach der Reg[ierung]. schliesslich mit 304 gegen 252 Stimmen das Vertrauen aus. Von [den] Radikalsoz[ialisten]. stimmten die Hälfte gegen Laval und nur ein Viertel dafür, das andere Viertel hatte sich verdrückt. Diese Linksschwenkung der Kammerfraktion hat Herriot so verschnupft, dass er in einer Vollzugsausschussitzung am Donnerstag vom Vorsitz der Partei zurücktrat. Die Tschechische Nationalversammlung wählte am Mittwoch Dr. Benesch mit 340 gegen 24 Stimmen zum Staatspräsidenten.

76 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Benesch ist Anhänger des engsten Anschlusses an den Rätebund.

Rudolf Claus (1893-1935) wurde im Juni 1934 als Mitglied der Reichsleitung der Roten Hilfe Deutschlands verhaftet und 25. Juli 1935 zum Tode verurteilt.

In Berlin wurde der wegen Verbreitung [Vorbereitung] zum Hochverrat zum Tode verurteilte Kommunist Klaus (ein Freund Max Hölz) hingerichtet. Der ebenfalls wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilte Kommunist Albert Kaiser wurde zu lebenslänglich Zuchthaus begnadigt.

21 Anna Sander an Erich Sander 27.12.1935

Zu den im letzten Briefe kurz gestreiften Ereignissen im engl[ischen]. Unterhaus und der franz[ösischen]. Kammer noch einige Ergänzungen. Die Rolle der engl[ischen]. Regier[ung]. bei den Friedensbemühungen im ital[ienisch].-abess[inischen]. Konflikt, wird von der engl[ischen]. Presse, gerade im Hinblick auf die Unterhausdebatte, als wenig erhebend empfunden. Man hatte von Baldwin mehr erwartet als das blosse Eingeständnis, einem Irrtum erlegen zu sein, zumal er eine Woche vorher grossprecherisch erklärt hatte, dass er furchtbare Geheimnisse zu offenbaren hatte. Diese „furchtbaren Geheimnisse“ auf die Furcht vor einem Kriege mit Italien reduziert zu sehen, ist für den Briten allerdings eine starke Zumutung. Es wird die Vermutung ausgesprochen, dass die Regierung in ihrer Gesamtheit schon vor der endgültigen Fixierung der Friedensvorschläge über den wesentlichen Inhalt unterrichtet gewesen sei, und dass deshalb dem Aussenminister keineswegs die Alleinschuld an den Prestigeverlust England zugeschoben werden könne. Geirrt habe sich Baldwin nur über die Stimmung im englischen Volke, dass eine rückhaltlose Stimmung [sic!] **des Völkerbundes und die Bändigung des Angreifers unter allen Umständen verlange. Das Resultat der Friedensbemühungen ist also letzten Endes eine tiefgehende Erschütterung des Vertrauens zu Baldwin. Die künftige Politik der engl[ischen]. Regier[ung]. hat der Schatzkanzler Neville Chamberlain in einer Rede in Birmingham klar umrissen. Für den Augenblick, so führte er aus, müssen alle Versuche einer friedl[ichen]. Regelung als beendigt betrachtet werden. Wir müssen daher zur Sanktionspolitik zurückkehren. Welche Art von Druck auch der Völkerbund in Zukunft auf den Angreifer ausüben mag – das letzte Hilfsmittel und die Tatsache, die den Ausschlag gibt, ist die Tatsache der Gewalt und nichts anderes. Solange ein Angreifer nicht überzeugt ist, dass ihm eine Gewalt gegenüber steht, solange wird es niemals Sicherheit geben. Inzwischen hat die**

engl[ische]. Regier[ung]. an die im Mittelmeerraum liegenden Völkerbundstaaten eine Anfrage gerichtet, ob sie bereit sei[en], England im Falle eines Angriffes zu unterstützen. Die Türkei, Jugoslawien und Griechenland haben bedingungslose Hilfe zugesagt. Zwischen der eng[lischen]. und franz[ösischen]. Admiralität sind ebenfalls wieder Verhandlungen über gemeinsame Aktionen der Flotten- und Flugwaffe in Gange. Unterstrichen wurde die Rückkehr zur Politik der Sanktionen schliesslich noch durch die Ernennung Edens zum Aussenminister.

Gran Consiglio Del Fascismo, Hauptinstrument von Mussolinis Herrschaft

In der franz[ösischen]. Kammer verteidigte Laval seine Politik ebenfalls mit dem Hinweis auf die Gefahr eines europ[äischen]. Krieges. Nichtsdestoweniger schrumpfte seine Mehrheit von 77 Stimmen beim letzten Vertrauensvotum auf 52 Stimmen zusammen. Uebrigens hat der grosse faschistische Rat beschlossen, auf den Friedensplan keine offizielle Antwort zu erteilen, und den Kampf bis zu Ende fortzusetzen. Darüber ist sogar die italienfreundliche franz[ösische]. Presse entrüstet. Sie spricht von übersteigertem Patriotismus und Mussolinis Geschmack an Abenteuern.

Vom Kriegsschauplatz ist zu berichten, dass die Abess[inier]. im Norden zum Angriff übergegangen sind und einige Erfolge erzielt haben. Sie sind bis auf 6 Kilometer vor Makalle vorgedrungen.

Nunmehr die Ziffern über den deutsch[en]. Aussenhandel im November. Die Einfuhr ist von 336,2 Mill. Rentenm[ark]. im Okt. auf 346,2 Mill. Rentenm[ark] gestiegen; Die Ausfuhr stieg von 390,5 Mill auf 397,5 Mill. Rentenm[ark]. Der Ausfuhrüberschuss beträgt also 51 Mill. RM gegenüber 54,5 Mill. RM im Oktober. Die Steigerung der Einfuhr ist z.T. auf eine Erhöhung der Preise zurückzuführen. Zugenommen hat die Einfuhr von lebenden Tieren und Lebensmitteln, während die Rohstoffeinfuhr rückgängig ist. Die Zunahme der Ausfuhr beruht auf einer Vermehrung der Ausfuhrmenge insbesondere Fertigwa-

ren; jedoch hat auch die Ausfuhr von Rohstoffen u. Lebensmitteln zugenommen, also auch der Erzeugnisse, deren Ausfuhr seit Mitte Nov[ember]. verboten ist. Bedacht werden muss, so führte das Institut für Konjunkturforschung in einem Bericht aus, dass Deutschland bei steigenden Rohstoffpreisen u. gleichbleibenden Fertigwarenpreisen, mengenmässig mehr eigene Erzeugnisse an das Ausland liefern muss als es lebensnotwendige Rohstoffe erhält. Daraus, heisst es weiter, erwachsen gewisse Gefahren für den Devisenausgleich und auch für die aktive Konjunk-

turpolitik.

Nach dem Reichbankausweis für die 2. Dez[ember]. Woche betrug der Zahlungsmittelumlauf am 14. Dez. 6135 Mill[ionen] RM. gegenüber 5939 Mill im Vormonat und 5678 Mill. im Vorjahr. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen sind um 5,85 Mill. auf 87,7 Mill zurückgegangen. Die Verminderung erfolgte zum Zwecke der Ernährung.

In seinem Bericht über die Konjunkturentwicklung in Deutschland stellte das Institut für Konjunkturforschung fest, dass sich die Wirtschaftslage während der Sommer- und Herbstmonate im Ganzen auf gleicher Höhe gehalten hat. Verhältnismässig stark haben die Umsätze im Nahrungsmittel- und Genusswesen zugenommen. Dabei muss man jedoch die Preiserhöhung bestimmter Lebensmittel, ferner die Verschiebung in den Qualitäten u. Sortimenten berücksichtigen, sodass die Mengenumsätze an Nahrungs- u. Genussmitteln gegenüber dem Vorjahr nur wenig zugenommen haben dürften. Wenn für die Versorgung mit Nahrungsmitteln mehr Einkommen ausgegeben [wird] als bisher, bleibt für andere Verkaufsgüter weniger zur Verfügung. Nach wie vor bestehen unter diesen Umständen erhöhte Lagerbestände beim Handel. In einzelnen Zweigen des Handels und der Verbrauchsgüterindustrien ist sogar eine leichte Zunahme der Insolvenzen festzustellen. In diesem Zusammenhange einige Mitteilungen aus

Dr. Robert Ley (1890-1945), 1928 NSDAP-Gauleiter Köln-Aachen, 1933-45 Leiter der Deutschen Arbeitsfront

DNB war das Deutsche Nachrichtenbüro, eine Nachrichtenagentur.

einer Rede des Führers der Arbeitsfront Dr. Ley auf dem 5. Arbeits- und Schulungstag der AdAF. Dr. Ley verglich Deutschland mit einer belagerten Festung. Die Lage sei ernst. Darüber dürfe man sich nicht im Begeisterungsrausch hinwegtäuschen. Dem Volke müsse man die Wahrheit sagen. Als Volk ohne Raum habe man nicht genügend Nahrung und Kleidung. Auf eigenem Boden könne nur 60 % des Fettbedarfs produziert werden. Ebenso stehe es mit der Kleidung. Die Gold- und Devisendecke sei zu gering, um den Zuschussbedarf zu kaufen; wenn Fette eingeführt werden, könnten keine Rohstoffe eingeführt werden und es würden dann 4½ Mill. Arbeiter erwerbslos.

DNB verbreitete Anfang dieser Woche eine Mitteilung des Milchwirtschaftsverbandes, in der vor Sabotage der Milchablieferung an die Molkereien gewarnt wird. Nichtablieferung der Milch sei Verrat am Volk und Vaterland. Trotz belehrender Aufklärungen hätten einige Bauern passiven Widerstand geleistet. Der Verband habe sich deshalb gezwungen gesehen, die geheime Staatspolizei in Anspruch zu nehmen. Ein Bauer sei zur Warnung in Schutzhaft genommen worden.

Über den Stand der Reichsfinanzen orientiert eine Rede des Reichsfinanzministers. Das Gesamtaufkommen der Reichssteuern hat sich von 1932-35 um 2½ Milliarden RM erhöht, trotzdem ist der Reichshaushalt nicht ausgeglichen.

Japan verfolgt seine Ziele in Nordchina konsequent, wenn auch in etwas verlangsamtem Tempo weiter. Nach der Bildung des autonomen Rates in Osthopei durch Yingjukeng haben dessen Truppen mit jap[anischer]. u. mandschur[ischer]. Hilfe Tschachar und das restliche Hopei besetzt. Es wurde für diese Gebiete ein autonomer Rat mit dem Sitz in Peking gebildet. Gegen die Autonomiebestrebungen fangen in Peking grosse Studentendemonstrationen statt, bei denen ca 70 Studenten getötet und über hundert verwundet wurden. Die Studenten fordern den Massenkampf gegen Japan.

Heute wird gemeldet, dass sich die Studentenbewegung auch über das übrige China ausgedehnt hat. In Nanking, Shanghai und anderen Städten wurde der Belagerungszustand verhängt.

Die Zahl der Schulen für Flieger, Tankführer, Artilleristen und Infantristen sei stark gestiegen; in 13 Kriegsakademien würden 16000 Schüler ausgebildet; ausserdem gebe es 6 Militärfakultäten. Das ganze Land sei mit einem Netz von Flughäfen, Schiessständen und Übungsfeldern durchzogen.

Der Staatshaushalt des Rätebundes für 1936 sieht an Einnahmen und Ausgaben 82,9 Milld. Rubel vor. Hiervon sollen 40,7 Milld. in Unternehmungen der Volkswirtschaft investiert werden; 14,8 Milld. sind für Heeresausgaben vorgesehen.
Das sind 7,4 Mrd RM!
1 Rbl = 0,50 RM =3 Frcs

Die Deutsche Aussenhandelsbilanz für das Jahr 1935 schliesst mit einem Ausfuhrüberschuss von 110 Millionen RM ab. Die Regelung des Aussenhandels durch den Neuen Plan, der einen Ausgleich der Ein- und Ausfuhr bezweckt, wurde ergänzt durch den Ausbau der Devisenbewirtschaftung, der Einengung der Kompensationsgeschäfte und durch Ausfuhrverbote. Die Gesamteinfuhr 1935 betrug 4160 Mill. (1934 gleich 4452 Mill), die Gesamtausfuhr 4270 Mill. (4167 Mill.), sodass sich, wie oben angegeben, ein Ausfuhrüberschuss von 110 Mill. RM. ergibt. Der Ausfuhrüberschuss bedeutet jedoch keinen Devisenüberschuss, da alte Schulden abzudecken und der Zinsendienst für die Dawes- und Young-Anleihen zu leisten waren. Ein Ausgleich der Zahlungsbilanz erfolgte nicht. Die Aussenhandelsumsätze, so heisst es in dem Bericht, haben einen derart tiefen Stand erreicht, dass eine weitere Schrumpfung vermieden werden muss. Die Einfuhr ist 1935 um 7 % gesunken, die Ausfuhr wertmässig um

2½ [%] **gestiegen, mengenmässig jedoch um 11 %, woraus sich ergibt, dass die Ausfuhrdurchschnittswerte um 8 % gesunken sind. Die Steigerung der Ausfuhr entfällt ausschliesslich auf Fertigwaren, während die Aus fuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen gesunken ist. Die Rohstoffeinfuhr ist um 50 Mill. zurückgegangen, wodurch sich die Rohstoffvorräte im Inland weiter vermindert haben. Die Einfuhr von Lebensmitteln ist von 1067 Mill. 1934 auf 997 Mill. zurückgegangen.**

Im Dezember ist die Einfuhr gegenüber November wertmässig um 8 % gestiegen, mengenmässig aber nur um 5 %. Hier macht sich das Anziehen der Rohstoffpreise bemerkbar. Was die Aussichten des Aussenhandels angeht, so hat Deutschland bisher grosse Preisopfer bringen müssen, um den Wettbewerb mit den Abwertungsländern auszuhalten u. an eine Besserung ist auch vorläufig nicht zu denken. Da die Rohstoffpreise anziehen und die Fertigwarenpreise vorläufig noch sinken, ergibt sich ein neues erschwerendes Moment für die Handelsbilanz 1936. Die Fertigwarenpreise waren im 2. Halbjahr 1935 20% niedriger als 1932. Deutschland muss also ein gegebenes Quantum Rohstoffe mit einer noch grösseren Menge von Fertigprodukten bezahlen.

Nun einige Angaben über die Wirtschaftsentwicklung. Die industrielle Produktion stieg von 84,7 im November 1934 (Indexziffer 100 bezieht sich auf das Jahr 1928) auf 101 im November 1935. Die Gesamtproduktion (Industrie- u. Lebensmittel) weist eine Zunahme von 16 % auf. Seit 1932 ist die industrielle Produktion um 60 % gestiegen. Die Industriepreise sind seit Frühjahr 1933 (Tiefpunkt) um 7 % gestiegen, sind aber immer [noch] **25 % niedriger als 1928. Der Umsatzwert der Gesamtproduktion ist mit 56-58 Milld RM noch ein 1/3 niedriger als 1928. Die Stütze des Aufschwungs im Jahre 1935 war die Anlagebedarfsindustrie. Die Verbrauchsindustrie ist zurückgeblieben. Das Tempo des industriellen Wachstums hat sich 1935 im Vergleich zu 1934 verlangsamt. In Preisen von 1928 hat das Produktionsvolumen zugenommen: 1932/33 um 7**

Milld.; 1933/34 um 14 Milld.; 1954/35 um 9-10 Milld.
(Im Jan. 36 auf ca 3,8 Mill.)

Die Erwerbslosenziffer ist im Dezember von 1,95 Mill[ionen]. auf 2,5 Mill. gestiegen. Der Goldbestand der Reichsbank hat Mitte Januar erneut um etwa 5 Mill. abgenommen.

Zur Erläuterung unserer Innen- und Aussenpolitik bringe ich einen Auszug aus der Rede Dr. Göbbels auf dem Gautag Berlin am Freitag den 17.1. Dr. Göbbels führte aus: vor 2 oder 3 Monaten hat alles nach Butter geschrieen und glaubte wegen der Butter werde die Nation sterben. Auch ohne Butter werden wir fertig, aber wir werden beispielsweise nicht fertig fertig [sic!] **ohne Kanonen. Der Saarsieg, die Wehrfreiheit und der Flottenvertrag mit England sind geschichtliche Leistungen. Der Spiesser aber sieht nichts davon. Wir müssen uns dagegen zur Wehr setzen, sonst werden wir mit unserer Anständigkeit allmählich an die Wand gedrängt. Die Erhöhung der Arbeitslosigkeit im Dezember ist auf die unangenehme Witterung, die die** [sic!] **Bautätigkeit, und den Devisen- und Rohstoffschwierigkeiten zurückzuführen. Wir haben keine Devisen, weil wir im erhöhten Umfang Rohstoffe für die Wehrhaftmachung notwendig hatten.**

Die Abstimmung der Bewohner des Saargebiets über die Rückkehr des Mandatsgebietes des Völkerbundes zu Deutschland, die am 13. Januar 1935 ein Votum von 90,5 Prozent Ja-Stimmen ergab
Deutsch-britischer Flottenvertrag vom 18. Juni 1935

Diese Devisen müssten an anderen Stellen eingespart werden. Das Deutsche Volk hat keine Kolonien und Rohstoffe, es ist ein wirklich armes Volk. Und es wird einmal der Zeitpunkt kommen, da wir von der Welt fordern müssen. Die Welt schwimmt im Überfluss, und das deutsche Volk ist ein armer Habenichts. Wenn wir im italienisch-abessinischen Konflikt jetzt völlige Neutralität wahren, so verstehen wir doch, dass das italienische Volk Leben will und muss. Ob die Methoden richtig sind, darüber enthalte ich mich jeder Äusserung. Bei uns gibt es Probleme, die die Andern, die im Überfluss schwimmen, überhaupt nicht kennen und deshalb auch nicht

verstehen können. Wir sind Proletarier unter den Völkern und bemühen uns, uns ehrlich anständig emporzuarbeiten.

Die italien[ische]. Presse berichtete im Laufe der Woche über einen grossen Sieg an der Somalifront. Aus den vielfach sich einander widersprechenden Meldungen ergibt sich: um einem Angriff der Abessinischen Armee bei Dolo vorzubeugen, leiteten die Italiener eine Gegenoffensive ein. Als die Abessinier davon erfuhren, traten sie am 11. Januar den Rückzug an. Am 12. Januar rückten die Italiener im Tale des Ganale Doria vor und stiessen am 13. Januar auf eine starke abessinische Verteidigungsstellung. Die Abessinier hatten eine Hügelkette mit Verschanzungen und Blockhäusern befestigt und ihre Truppen unter Ausnutzung aller Geländevorteile teilweise verdeckt aufgestellt. 3 Tage berannten die Italiener diese Stellung wobei es zu erbitterten Nahkämpfen kam, und wurde immer wieder zurückgeschlagen. Nun wurden die italien[ischen]. Truppen etwas zurückgenommen. Ein abessinischer Gegenangriff wurde nach 2 stündigem Nahkampfe abgeschlagen. Am andern Tage wurde die abessinische Stellung durch ein mörderisches Luftbombardement sturmreif gemacht. Noch während des Luftangriffes machten die Abessinier kleinere Gegenangriffe, dann traten sie den Rückzug an. Die Italiener machten einige hundert Gefangene und erbeuteten 2 M.G. Insgesamt rückten die Italiener im Tale Ganale Doria 230 Klm vor, dann kam der Vormarsch zum Stillstand. Nach italienischen Meldungen sollen die Abessinier 5000 Tote verloren haben. Das wird jedoch von abessinischer Seite bestritten. Über die italienischen Verluste schweigen die Heeresberichte. Lediglich im Heeresbericht 99 heisst es: „Unsere Verluste bei den Verbänden der Heimatarmee sind gering“. Das ist schon anzunehmen, da in den Kämpfen in der Hauptsache Eingeborenen Truppen und angeworbene Araber verwandt wurden. Die italienischen Verluste dürfen im Grossen und Ganzen nicht niedriger sein als die abessinischen.

Gemeint ist der äthiopische Fluss Ganale

22 Anna Sander an Erich Sander 2.1.1936

– 1 –

Eine grosse aussenpolitische Aussprache fand am 27. u. 28. Dez. in der franz[ösischen]. Kammer statt. Die Linke hatte alles aufgeboten, um Laval zu stürzen. Die Eröffnungsrede Lavals brachte keine neuen Gesichtspunkte u. wurde sogar von der Mitte u. der Rechten nur mit mässigem Beifall bedacht. Auf der Linken herrschte eisiges Schweigen. In der Debatte wurde Laval von den Rednern der Linken heftig angegriffen u. von denen der Mitte u. Rechten nur mässig verteidigt. Der Hauptvorwurf der Linken war dass Laval durch seine Vermittlungspolitik im ital[ienisch].-abbes[sinischen]. Konflikt das gute Einvernehmen mit England gefährdet ~~habe~~ und den Völkerbundspakt verletzt habe. Die Schärfe des Angriffs zwang Laval am Samstag in einer zweiten Rede die Karten aufzudecken. Frankreich, so führte er aus, sei den Völkerbundssatzungen treu geblieben u. werde ihnen auch künftig treu bleiben. Nach Ausbruch des ital[ienisch].-abess[inischen]. Krieges seien er und die eng[lischen]. Minister einig gewesen, dass militärische Massnahmen, die Schliessung des Suezkanals u. eine Blockadeverhängung nicht durchgeführt werden dürften. Die guten Beziehungen zu England seien durch ihn nicht gefährdet worden, denn der Vermittlungsvorschlag sei im engsten Einvernehmen mit dem engl[ischen]. Aussenminister Hoare u. dessen Unterstaatssekretär ausgearbeitet worden. Frankreich habe England im Falle eines Angriffes zugesagt. Gegenwärtig seien Verhandlungen zwischen den Admiralsstäben im Gange, die auch das Landheer und auch die Luftwaffe einbezögen. Auf die Frage, ob Frankreich den Erdölsanktionen zustimmen werde, könne er jetzt noch keine Antwort geben. Die Frage werde erst dann aktuell, wenn der amerik[anische]. Kongress ein Ölausfuhrverbot beschlossen habe. Sei dies geschehen, müsse die Kammer Stellung zu dieser Frage nehmen. Solange keine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland erfolgt sei, gebe es keine Friedensgarantie in Europa. Er denke hierbei nicht an die Sonderabkommen mit Deutschland, sondern an

Józef Piłsudski (1867-1935), Marschall der Zweiten Polnischen Republik und de-facto-Staatsoberhaupt.

Hermann Göring (1893-1946), führender Nationalsozialist, 1932 Reichstagspräsident, 1933 preußischer Ministerpräsident, 1936 Beauftragter für den Vierjahresplan

eine Verständigung im Rahmen der kollektiven Sicherheit. Wenn eine Verständigung mit Deutschland erzielt sei, könne Deutschland wieder in den Völkerbund gebracht werden. Während der Bestattung Pilsudskis habe er eine dreistündige Unterredung mit General Göring gehabt. Er habe mit ihm über die Möglichkeiten gesprochen, wie beide Länder versuchen könnten, sich zu nähern. Es sei unrichtig, dass in der Unterredung des [französischen] **Botschafters Poncet mit Hitler der Plan eines gemeinsamen Vorgehens gegen einen östlichen Staat erwähnt worden sei. Poncet habe Hitler davon in Kenntnis gesetzt, dass der franz[ösisch].-russische Beistandspakt demnächst von der Kammer ratifiziert werden würde, u. dass das Abkommen sich keineswegs gegen Deutschland richte. Es handle sich bei dem Abkommen nicht um ein militärisches Bündnis. Poncet habe Hitler weiter erklärt, dass die franz[ösische]. Reg[ierung]. bedaure, dass sich Deutschland** nicht **an dem Beistandspakt beteilige. Nach dieser Rede wurde ein rad[ikal].-soz[ialistischer]. Antrag, der die Friedensvorschläge missbilligt, mit 296 gegen 276 Stimmen abgelehnt. Der Reg[ierung]. Laval wurde dann das Vertrauen mit 304 gegen 261 Stimmen ausgesprochen. Die Mehrheit Lavals ist also weiter bedenklich zurückgegangen.**

Am 30. Dez. beschäftigte sich der ital[ienische]. Ministerrat mit der politischen und wirtschaftlichen Lage. Mussolini erklärte, dass Italien keinerlei Schuld an den Scheitern der Vermittlungsaktion trage. Die Friedensvorschläge seien zu Fall gebracht worden, ehe der grosse faschistische Rat Stellung dazu nehmen konnte. Zu dem Stillstand der militärischen Operationen in Abess[inien]. bemerkte Mussolini, dass eine grössere Pause unbedingt erforderlich sei, um das besetzte Gebiet für eine neue gewaltige Offensive auszubauen. Schliesslich wurde noch erwähnt, dass das Defizit im Haushalt 2 Milliarden Lire betrage. Ob der Stillstand der militärischen Operationen tatsächlich durch die Vorbereitung einer neuen gewaltigen Offensive verursacht ist, muss stark bezweifelt werden. Die Abessinier haben nämlich im Verfolge ihres Angriffs grosse

Erfolge davongetragen. Sie sind in eine Lücke der ital[ienischen]. Front eingedrungen, haben in erbitterten Kämpfen Addis Abeba erobert, die Italiener zum Rückzug gezwungen und bedrohen jetzt die ital[ienisch]. Verbindungslinien. Die Kämpfe waren für die Italiener sehr verlustreich; die Abessinier erbeuteten viel Kriegsmaterial. Es handelt sich hierbei noch nicht einmal um eine abess[inische]. Generaloffensive, sondern nur um Vorstösse kleinerer Kontingente. Hinter der ital[ienischen]. Front finden andauernd Kleinkämpfe statt, was darauf schliessen lässt, dass die ital[ienischen]. Meldungen von

Unterwerfung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten zumindestens [sic!] **stark übertrieben waren. Die abess[inischen]. Vorstösse dienen nicht zuletzt dem Zwecke, den Guerillakrieg hinter der ital[ienischen]. Front zu beleben.**

Grosses Aufsehen hat der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Uruguays zur Sowjetunion erregt. Dem räteruss[ischen]. Gesandten Minkin wurden Anfang der Woche die Pässe zugestellt. Begründet wurde diese Massnahme damit, dass die rätebündische Gesandtschaft in Montevideo ein Zentrum der bolschewistischen Wühlarbeit in Südamerika sei. Der brasilianische Aufstand sei von hier aus organisiert u. finanziert worden, denn Minkin habe Schecks auf Hunderttausende Pesos ausgestellt, auszahlbar an unbekannte Personen. In Uruguay hätten die Kommunisten mit den linksdemokratischen Parteien eine Einheitsfront gebildet u. einen Plan zum Aufstand gegen die Reg[ierung]. ausgearbeitet. Das Land sei dadurch sehr beunruhigt. Minkin legte gegen die Zustellung der Pässe Protest ein und erklärte die Anschuldigungen als unwahr. Die Note wurde jedoch von der Regierung nicht angenommen. Die uruguayische Oppositionspresse lehnt das Vorgehen der Reg[ierung]. scharf ab u. erklärt, dass die Aktion nur dem Zwecke diene, die Bevölkerung gegen die Linksparteien aufzuputschen.

Zur Charakterisierung der bolschewikischen Wühlarbeit in den Balkanländern veröffentlicht die Belgrader Polizei ein Rundschreiben der kommunistischen Zentralstelle. Hierin wird zur Bildung einer Volksfront der Freiheit aufgefordert. In dem hierzu aufgestellten Programm werden radikaldemokratische Forderungen, wie Auflösung des Parlaments, Neuwahlen, Pressefreiheit usw., verbunden mit sozialen Forderungen wie Arbeitszeitverkürzung, Gewährung von Arbeitslosenunterstützung usw. und Bauernforderungen, wie Streichung aller Schulden usw. Gefordert wird weiter die Selbstregierung der nationalen Minderheiten u. der Abschluss eines Bündnisses mit der Rätemacht.

Kürzlich war auch der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei genötigt sich mit der kommun[istischen]. Einheitsfronttaktik zu beschäftigen, da in verschiedenen Bezirken Belgiens eine Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zustande gekommen ist. Der Referent verwarf das Zusammengehen mit den Kommunisten, denn der im Sommer 1935 stattgefundene 8. Kongress der Komintern habe erneut bestätigt, dass die Kommunisten mit der Taktik der Einheitsfront nur die Verwirklichung ihrer revolutionären Ziele bezweckten. Der Widerstand gegen die Ablehnung des Zusammengehens war aber stark, dass kein endgültiger Beschluss zustande kam. Die Bezirke wurden aufgefordert, zu der Frage Stellung zu nehmen.

Was die Entwicklung der Weltwirtschaft anbetrifft, so war unlängst in der „Köln[ischen]. Zeitung“ zu lesen, dass der Kapitalverkehr zwischen den einzelnen Ländern stark zusammengeschrumpft sei. Die Gläubigerländer setzten alle Hebel in Bewegung, um die Schulden einzutreiben. Anleihen aufzunehmen sei fast ein Ding der Unmöglichkeit. Im Zusammenhang mit dem starken Zurückbleiben des Welthandels hinter den Produktionsziffern der einzelnen Länder ist ein charakteristisches Merkmal für den Zerfall der weltwirtschaftlichen Bindungen

23 Anna Sander an Erich Sander 9.1.1936

– 1 –

Amerikanische Blätter ~~berichten~~ brachten vor wenigen Tagen sensationelle Meldungen über die Ergebnisse der englisch-franz[ösischen]. Beistandsverhandlungen. Diesen Meldungen zufolge wurde von den Generalstäben für den Fall eines ital[ienischen]. Angriffes vereinbart:

1. die sofortige Mobilmachung des Landheeres, der Marine und der Luftstreitkräfte;

2. die Benutzung der französischen Lager, Flugplätze, Flottenstützpunkte und Waffenarsenale durch England;

3. die Uebernahme des Schutzes der franz[ösischen]. Nordküste durch die engl[ische]. Flotte, sowie Uebernahme des Luftschutzes einiger franz[ösischer]. Industriezentren durch die engl[ische]. Luftflotte;

4. die Entsendung engl[ischer]. motorisierter Truppen an die franz[ösische]. Ostgrenze.

Amtliche franz[ösische]. Stellen bezeichneten diese Angaben als phantastisch, wobei sie sich aber nur auf den vierten Punkt, Entsendung engl[ischer]. Truppen nach Frankreich, bezogen. Die technischen Vereinbarungen über die gegenseitige Hilfeleistung erklärten hierzu noch engl[ische]. Stellen, stellten ein Geheimdokument dar, das nicht als Militärbündnis zu werten sei und nur Gültigkeit habe für die Anwendung des Artikels 16, Absatz 3 des Völkerbundpaktes.

Andere Meldungen aus Oesterreich besagen, dass auch die Verhandlungen zwischen England einerseits, der Türkei, Jugoslawien, Griechenland und Rumänien andererseits zum Abschluss gebracht worden sind. Es soll ein gemeinsames Vorgehen der See- u. Luftstreitkräfte der Balkanstaaten, sowie der Benutzung ihrer Flottenstützpunkte, Flugplätze und Arsenale durch England vereinbart worden sein. Als Gegenleistung soll England der Türkei die Wiederbefestigung der Dardanellen, Griechenland die Abtretung der Insel Cypern, Jugoslawien

und Rumänien den Ersatz der durch die Sanktionen verursachten Goldverluste zugesichert haben.

Dass unser Land von diesen nicht sehr erbaut sein kann, ist selbstverständlich und wird auch in der Presse mehr oder minder deutlich zum Ausdruck gebracht. So schreibt die „Köln[ische]. Zeitung“ vom 9.1.36: „Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass zwischen den engl[ischen]. und franz[ösischen]. Stäben weitgehende Vereinbarungen getroffen worden sind, die nicht nur für Italien, sondern auch für die intern[ationale]. Politik überhaupt von größter Bedeutung sind. Derartige Abmachungen pflegen meist ein längeres Leben zu haben als man ihnen ursprünglich hat geben wollen. Jedenfalls muss man diese Vereinbarungen zwischen England und Frankreich mit grösster Aufmerksamkeit verfolgen ..., weil durch derartige zweiseitige Abkommen die Rechtssicherheit im Westen, die durch den Locarnovertrag geschaffen werden sollte, nicht erhöht wird. Im Gegenteil. Wenn die Meldungen über die engl[isch].-franz[ösische]. Zusammenarbeit in ihrem Kern zutreffen, woran man kaum zweifeln kann, dann sind also Vereinbarungen von zwei Ländern getroffen worden, von denen das eine im Locarnovertrag eine garantische [sic!] **Macht (Frankr[eich].) und das andere neben Italien ein Garant (Engl[and].) ist. ... Deutschland, eines der wichtigsten Länder, die den Locarnovertrag unterschrieben haben, hat sich in dem abess[inischen]. Konflikt vollkommen neutral gehalten ... Es kann dann aber auch verlangen, dass die andern Locarnomächte vollkommene Loyalität zeigen, zumal Frankreich nicht müde wird, zweiseitige Verträge, an denen Deutschland beteiligt ist, zu missbilligen, anderseits aber selbst immer wieder solche Verträge abschliesst, jedoch nicht mit Deutschland, das auf den Weg über den Völkerbund verwiesen wird. Was das ital[ienisch].-franz[ösische]. Verhältnis angeht, so wird jetzt ganz klar, dass sich Frankreich von Italien weitgehend gelöst hat. Somit ist auch der Schluss sicher nicht abwegig, dass es dagegen eine andere Sicherheit eingehandelt, also mit England ein Gegengeschäft gemacht hat. Was liegt aber bei**

In den Verträgen von Locarno (Schweiz), die 1925 unterzeichnet wurden und 1926 in Kraft traten, verzichteten Deutschland, Frankreich und Belgien auf jegliche Revision des Versailler Friedensvertrags von 1918. England und Italien waren die Garantiemächte

seiner bekannten Einstellung näher, als dass sich dies Gegengeschäft auf seine Ostgrenze bezieht? Deutschland muss diese Entwicklung nicht nur mit Aufmerksamkeit verfolgen, sondern auch mit einer gewissen Sorge. Ein gutes Verhältnis zwischen England und Frankreich sieht man in Deutschland nicht mit neidischen Augen an. Ein solches Verhältnis braucht eigentlich auch keine Spitze gegen Deutschland zu haben. Das deutsch-engl[ische]. Flottenabkommen hat einen Weg gezeigt, den man im Interesse Europas und seiner Bewohner weitergehen sollte. Auf diesem Weg können gefährliche Entwicklungen vermieden werden."

In diesem Zusammenhang noch gleich die Mitteilung, dass hier der franz[ösisch].-russ[ische]. Beistandspakt als eine Verletzung des Locarnovertrages angesehen wird.

– 2 –

Allgemeine Entrüstung in der ganzen Welt haben die ital[ienischen]. Luftangriffe auf Rote-Kreuz-Stationen hervorgerufen. Am 31.12.35 belegten ital[ienische]. Flieger die schwedische Rot-Kreuzstation bei Dolo mit Brand- und Gasbomben und Maschinengewehrfeuer. 50 verwundete und kranke Abessinier und Wärter und ein schwedischer Assistent wurden getötet, weitere 30 Wärter verletzt. Schwerverletzt wurde auch der schwedische Chefarzt. In der ersten amtlichen ital[ienischen]. Rechtfertigung hiess es, dass es sich bei diesem Angriff um eine Vergeltungsmassnahme gehandelt habe. Die Abessinier hätten zwei in Dagabur abgeschossenen Fliegern die Köpfe abgeschnitten und diese im Triumpf nach Harrar getragen. Es sei zudem festgestellt worden, dass sich die abess[inischen]. Führer bei Luftangriffen in die Rot Kreuzstationen flüchteten. In einer späteren Meldung von der Südfront wurde dagegen berichtet, dass nur ein gefangener ital[ienischer]. Flieger von den Abessiniern getötet – von Kopfabschneiden ist darin nicht die Rede – worden sei. Die Flieger hätten zuerst über der Rot-Kreuzstation Flugblätter abgeworfen: „Da habt ihr nun was ihr verdient", und dann ha-

be das Bombardement begonnen. Die ital[ienische]. Presse findet das Vorgehen der Heeresleitung ganz in der Ordnung. Das „Giornale d'Italia" schrieb: „Das Bombardement der Rot-Kreuzstation ist eine Episode, die sich [sic!] **als normale Zwischenfälle im Kriege zu ereignen pflegen. Die „Zevere" brachte in dicken Lettern am Kopf: „Ein Zelt voll von Schweden oder Engländern oder auch Beamten des Völkerbundes, ein ganzes Lager von Zelten des Roten Kreuzes, und wenn man will, die ganze verbrecherische Genossenschaft der 52 Sanktionsstaaten, alles das hat nicht den Wert eines Haares des abgeschnittenen Kopfes eines ital[ienischen]. Soldaten. Unsere Bombenabwerfer wissen das und werden es wissen lassen." Gleichzeitig sprach die ganze ital[ienische]. Presse von einer Verschärfung der Kriegführung. Es habe sich als notwendig erwiesen, die modernsten und mörderischsten Kriegsmittel anzuwenden. Und nun erfolgte am 5.1.36 ein Fliegerangriff auf die engl[isch].-ägypt[ische]. Rote-Kreuzstation bei Dagabur, wobei es 20 Verwundete gab. Die engl[ische]. Reg[ierung]. hat die Untersuchung des Falles in die Hände genommen.**

Vermutlich ist die faschistische Zeitung „Il Tevere" gemeint, die 1924 bis 1943 erschien

In Aegypten fanden grosse italienfeindliche Kundgebungen statt. Vom internationalen Roten Kreuz wird erwogen, ob nicht der Verzicht auf Kennzeichnung der Stationen durch das Rotkreuz-Abzeichen und der Schutz durch einfache Tarnung gegen Fliegersicht angebracht seien. In den Völkerbundskreisen hat sich [durch] **diese Vorfälle die Stimmung gegen Italien sehr verschärft. In Frankreich ist gleichfalls ein Stimmungsumschwung in bisher ital[ienisch].freundlichen Kreisen unverkennbar, zumal ital[ienische]. Zeitungen dazu noch unverhüllte Drohungen gegen England und Frankreich ausgesprochen haben. Laval soll dem ital[ienischen]. Botschafter auf die Mitteilung, dass Mussolini neue Vorschläge erwarte, erklärt haben, dass er keinen Versöhnungsschritt mehr unternehmen werde, bevor er nicht die schriftliche Zusicherung Mussolinis habe, die Vorschläge ernsthaft zu erwägen.**

Vom Kriegsschauplatz ist sonst noch zu berichten, dass die Bombenangriffe auf abess[inischen]. Städte verstärkt fortgesetzt werden, und dass in steigendem Masse Giftgase verwendet werden. Im Norden Abessiniens haben starke Regenfälle eingesetzt, sodass dort Kriegshandlungen tageweise unmöglich sind. Im Süden haben die Italiener die Ogadenprovinz fast ganz geräumt und sind damit beschäftigt, ihre Truppen umzugruppieren.

Grosses Aufsehen hat die Jahresbotschaft Roosevelts an den amerik[anischen]. Bundeskongress erregt. Die Aussichten für die Erhaltung des Weltfriedens, erklärte er, seien recht trübe, ein Weltkrieg liege nicht im Bereich der Unmöglichkeit. 15 % der Erdbewohner seien die Friedensstörer, während die andern 85 % dem Kriege abgeneigt wären. Es gäbe da Autokraten in Europa und Asien, die ihren Völkern die Segnungen der Demokratie vorenthielten, sie versklavten und zum Kriege trieben. Diesen Ländern, die glaubten Forderungen stellen zu müssen oder sich durch den Friedensschluss nach dem Kriege ins Unrecht gesetzt fühlten, möchte er anraten, ihre Ansprüche auf friedlichem Wege durch Verhandlungen durchzusetzen. Amerika werde in einem kommenden Kriege seine Neutralitat wahren. Was die innerpolitische Entwicklung anbetreffe, so versuchten gewinngierige Ausbeuter erneut die alten Wege zu beschreiten. Es habe aber in der amerik[anischen]. Geschichte ein neues Kapitel begonnen und für Autokraten gebe es keinen Platz

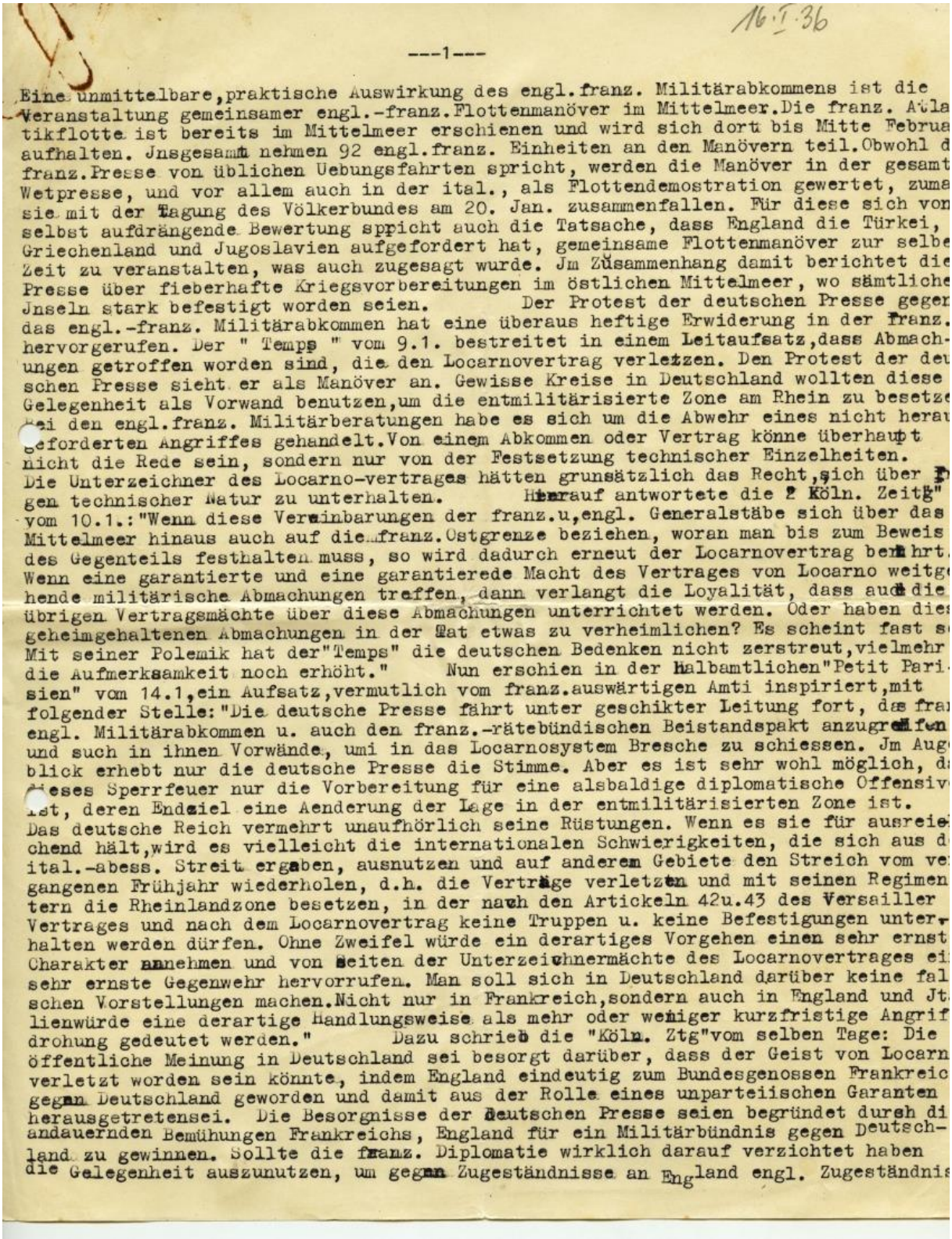
(Wenige Tage später am 6.1.36 erklärte das oberste Bundesgericht die planmässige Regelung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse als verfassungswidrig.)

Bei der Eröffnung des Bundeskongresses wurde ein unbefristetes verschärftes Neutralitätsgesetz eingebracht, da das jetzt geltende am 29.2.36 abläuft. Wie das alte spricht auch das neue Gesetz ein Ausfuhrverbot für Waffen und Munition aus.

Das neue Gesetz geht aber über das alte hinaus, indem es den Präsidenten ermächtigt, die Ausfuhr anderer Erzeugnisse zu verbieten, soweit diese den normalen Friedensstand übersteigt. Ausgeschlossen sind nur Lebensmittel und Medikamente. Weiterhin ist der Präsident befugt, finanzielle Transaktionen mit den kriegführenden Ländern zu untersagen. Verboten wird ferner die Benutzung von Schiffen kriegführender Länder von amerik[anischen]. Bürgern und das Anlaufen amerik[anischer]. Häfen für Handels- und Kriegsschiffe der kriegführenden Länder. Im Falle [dass] **dritte Staaten in den Krieg hineingezogen werden sind die Verbote auf diese auszudehnen, jedoch kann der Präsident beim Bundeskongress die Abänderung dieser Bestimmung beantragen.**

Der Rätebund hat mittlerweile beim Völkerbund Beschwerde über den Abbruch der dipl[omatischen]. Beziehungen durch Uruguay erhoben. In der Beschwerdeschrift werden die Beschuldigungen der uruguayischen Reg[ierung]. als unwahr bezeichnet. Es wird weiter darauf hingewiesen, dass die Reg[ierung] Uruguays nie Vorstellungen in Moskau erhoben hat, sodass von einem Streite bis zum Abbruch der Beziehungen nicht die Rede sein könne. Die Beschwerde wurde in die Tagesordnung der im Januar stattfindenden Völkerbundstagung aufgenommen.

24 Anna Sander an Erich Sander 16.1.1936



16.I.36

---1---

Eine unmittelbare,praktische Auswirkung des engl.franz. Militärabkommens ist die Veranstaltung gemeinsamer engl.-franz.Flottenmanöver im Mittelmeer.Die franz. Atla tikflotte ist bereits im Mittelmeer erschienen und wird sich dort bis Mitte Februa aufhalten. Insgesamt nehmen 92 engl.franz. Einheiten an den Manövern teil.Obwohl d franz.Presse von üblichen Uebungsfahrten spricht, werden die Manöver in der gesamt Wetpresse, und vor allem auch in der ital., als Flottendemostration gewertet, zuma sie mit der Tagung des Völkerbundes am 20. Jan. zusammenfallen. Für diese sich von selbst aufdrängende Bewertung spricht auch die Tatsache, dass England die Türkei, Griechenland und Jugoslavien aufgefordert hat, gemeinsame Flottenmanöver zur selbe Zeit zu veranstalten, was auch zugesagt wurde. Im Zusammenhang damit berichtet die Presse über fieberhafte Kriegsvorbereitungen im östlichen Mittelmeer, wo sämtliche Inseln stark befestigt worden seien. Der Protest der deutschen Presse gegen das engl.-franz. Militärabkommen hat eine überaus heftige Erwiderung in der franz. hervorgerufen. Der " Temps " vom 9.1. bestreitet in einem Leitaufsatz,dass Abmach- ungen getroffen worden sind, die den Locarnovertrag verletzen. Den Protest der deu schen Presse sieht er als Manöver an. Gewisse Kreise in Deutschland wollten diese Gelegenheit als Vorwand benutzen,um die entmilitärisierte Zone am Rhein zu besetze Bei den engl.franz. Militärberatungen habe es sich um die Abwehr eines nicht herau geforderten Angriffes gehandelt.Von einem Abkommen oder Vertrag könne überhaupt nicht die Rede sein, sondern nur von der Festsetzung technischer Einzelheiten. Die Unterzeichner des Locarno-vertrages hätten grunsätzlich das Recht,sich über F gen technischer Natur zu unterhalten. Hierauf antwortete die " Köln. Zeitg" vom 10.1.:"Wenn diese Vereinbarungen der franz.u,engl. Generalstäbe sich über das Mittelmeer hinaus auch auf die franz.Ostgrenze beziehen, woran man bis zum Beweis des Gegenteils festhalten muss, so wird dadurch erneut der Locarnovertrag berührt. Wenn eine garantierte und eine garantierede Macht des Vertrages von Locarno weitg hende militärische Abmachungen treffen, dann verlangt die Loyalität, dass auch die übrigen Vertragsmächte über diese Abmachungen unterrichtet werden. Oder haben die geheimgehaltenen Abmachungen in der Tat etwas zu verheimlichen? Es scheint fast s Mit seiner Polemik hat der"Temps" die deutschen Bedenken nicht zerstreut,vielmehr die Aufmerksamkeit noch erhöht." Nun erschien in der halbamtlichen"Petit Pari- sien" vom 14.1,ein Aufsatz,vermutlich vom franz.auswärtigen Amti inspiriert,mit folgender Stelle:"Die deutsche Presse fährt unter geschikter Leitung fort, das fra engl. Militärabkommen u. auch den franz.-rätebündischen Beistandspakt anzugreifen und such in ihnen Vorwände, umi in das Locarnosystem Bresche zu schiessen. Im Aug blick erhebt nur die deutsche Presse die Stimme. Aber es ist sehr wohl möglich, d dieses Sperrfeuer nur die Vorbereitung für eine alsbaldige diplomatische Offensiv ist, deren Endziel eine Aenderung der Lage in der entmilitärisierten Zone ist. Das deutsche Reich vermehrt unaufhörlich seine Rüstungen. Wenn es sie für ausreic chend hält,wird es vielleicht die internationalen Schwierigkeiten, die sich aus d ital.-abess. Streit ergaben, ausnutzen und auf anderem Gebiete den Streich vom ve gangenen Frühjahr wiederholen, d.h. die Verträge verletzen und mit seinen Regimen tern die Rheinlandzone besetzen, in der nach den Artickeln 42u.43 des Versailler Vertrages und nach dem Locarnovertrag keine Truppen u. keine Befestigungen unter- halten werden dürfen. Ohne Zweifel würde ein derartiges Vorgehen einen sehr ernst Charakter annehmen und von Seiten der Unterzeichnermächte des Locarnovertrages ei sehr ernste Gegenwehr hervorrufen. Man soll sich in Deutschland darüber keine fal schen Vorstellungen machen.Nicht nur in Frankreich,sondern auch in England und It lienwürde eine derartige Handlungsweise als mehr oder weniger kurzfristige Angrif drohung gedeutet werden." Dazu schrieb die "Köln. Ztg"vom selben Tage: Die öffentliche Meinung in Deutschland sei besorgt darüber, dass der Geist von Locarn verletzt worden sein könnte, indem England eindeutig zum Bundesgenossen Frankreic gegen Deutschland geworden und damit aus der Rolle eines unparteiischen Garanten herausgetretensei. Die Besorgnisse der deutschen Presse seien begründet durch di andauernden Bemühungen Frankreichs, England für ein Militärbündnis gegen Deutsch- land zu gewinnen. Sollte die franz. Diplomatie wirklich darauf verzichtet haben die Gelegenheit auszunutzen, um gegen Zugeständnisse an England engl. Zugeständnis

Eine unmmittelbare, praktische Auswirkung des engl[isch].-franz[ösischen]. Militärabkommens ist die Veranstaltung gemeinsamer engl[isch].-franz[ösischer]. Flottenmanöver im Mittelmeer. Die franz[ösische]. Atlantikflotte ist bereits im Mittelmeer erschienen und wird sich dort bis Mitte Februar aufhalten. Insgesamt nehmen 92 engl[isch].-franz[ösische]. Einheiten an den Manövern teil. Obwohl die franz[ösische]. Presse von üblichen Uebungsfahrten spricht, werden die Manöver in der gesamten Weltpresse, und vor allem auch in der ital[ienischen]., als Flottendemonstration gewertet, zumal sie mit der Tagung des Völkerbundes am 20. Jan[uar]. zusammenfallen. Für diese sich von selbst aufdrängende Bewertung spricht auch die Tatsache, dass England die Türkei, Griechenland und Jugoslawien aufgefordert hat, gemeinsame Flottenmanöver zur selben Zeit zu veranstalten, was auch zugesagt wurde. Im Zusammenhang damit berichtet die Presse über fieberhafte Kriegsvorbereitungen im östlichen Mittelmeer, wo sämtliche Inseln stark befestigt worden seien. Der Protest der deutschen Presse gegen das engl[isch].-franz[ösische]. Militärabkommen hat eine überaus heftige Erwiderung in der franz[ösischen]. [Presse] **hervorgerufen. Der „Temps“ vom 9.1. bestreitet in einem Leitaufsatz, dass Abmachungen getroffen worden sind, die den Locarnovertrag verletzen. Den Protest der deutschen Presse sieht er als Manöver an. Gewisse Kreise in Deutschland wollten diese Gelegenheit als Vorwand benutzen, um die entmilitärisierte Zone am Rhein zu besetzen. Bei den engl[isch].-franz[ösischen]. Militärberatungen habe es sich um die Abwehr eines nicht herausgeforderten Angriffes gehandelt. Von einem Abkommen oder Vertrag könne überhaupt nicht die Rede sein, sondern nur von der Festsetzung technischer Einzelheiten.**

Die Unterzeichner des Locarno-Vertrages hätten grundsätzlich das Recht, sich über Fragen technischer Natur zu unterhalten. Hierauf antwortete die „Köln[ische]. Zeit[un]g“ vom 10.1.: „Wenn diese Vereinbarungen der franz[ösischen]. u.

engl[ischen]. Generalstäbe sich über das Mittelmeer hinaus auch auf die franz[ösische]. Ostgrenze beziehen, woran man bis zum Beweis des Gegenteils festhalten muss, so wird dadurch erneut der Locarnovertrag berührt. Wenn eine garantierte und eine garantierende Macht des Vertrages von Locarno weitgehende militärische Abmachungen treffen, dann verlangt die Loyalität, dass auch die übrigen Vertragsmächte über diese Abmachungen unterrichtet werden. Oder haben die geheimgehaltenen Abmachungen in der Tat etwas zu verheimlichen? Es scheint fast so. Mit seiner Polemik hat der „Temps" die deutschen Bedenken nicht zerstreut, vielmehr die Aufmerksamkeit noch erhöht." Nun erschien in der halbamtlichen „Petit Parisien" vom 14.1, ein Aufsatz, vermutlich vom franz[ösischen]. auswärtigen Amt inspiriert, mit folgender Stelle: „Die deutsche Presse fährt unter geschickter Leitung fort, das franz[ösisch].-engl[ische]. Militärabkommen u. auch den franz[ösisch].-rätebündischen Beistandspakt anzugreifen und sucht in ihnen Vorwände, um in das Locarnosystem [eine] **Bresche zu schiessen. Im Augenblick erhebt nur die deutsche Presse die Stimme. Aber es ist sehr wohl möglich, dass dieses Sperrfeuer nur die Vorbereitung für eine alsbaldige diplomatische Offensive ist, deren Endziel eine Aenderung der Lage in der entmilitärisierten Zone ist.**

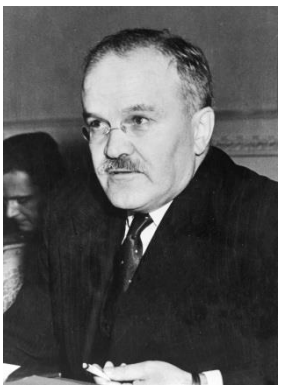
Dies geschah am 7. März 1936

Das Deutsche Reich vermehrt unaufhörlich seine Rüstungen. Wenn es sie für ausreichend hält, wird es vielleicht die internationalen Schwierigkeiten, die sich aus dem ital[ienisch].-abess[inischen]. Streit ergaben, ausnutzen und auf anderem Gebiete den Streich vom vergangenen Frühjahr wiederholen, d.h. die Verträge verletzen und mit seinen Regimentern die Rheinlandzone besetzen, in der nach den Artikeln 42 u. 43 des Versailler Vertrages und nach dem Locarnovertrag keine Truppen u. keine Befestigungen unterhalten werden dürfen. Ohne Zweifel würde ein derartiges Vorgehen einen sehr ernsten Charakter annehmen und von Seiten der Unterzeichnermächte des Locarnovertrages eine sehr ernste Gegenwehr hervorrufen. Man soll sich in Deutschland darüber keine fal-

schen Vorstellungen machen. Nicht nur in Frankreich, sondern auch in England und Italien würde eine derartige Handlungsweise als mehr oder weniger kurzfristige Angriffsdrohung gedeutet werden.“ Dazu schrieb die „Köln[ische]. Z[ei]t[un]g“ vom selben Tage: Die öffentliche Meinung in Deutschland sei besorgt darüber, dass der Geist von Locarno verletzt worden sein könnte, indem England eindeutig zum Bundesgenossen Frankreichs gegen Deutschland geworden und damit aus der Rolle eines unparteiischen Garanten herausgetreten sei. Die Besorgnisse der Deutschen Presse seien begründet durch die andauernden Bemühungen Frankreichs, England für ein Militärbündnis gegen Deutschland zu gewinnen. Sollte die franz[ösische]. Diplomatie wirklich darauf verzichtet haben die Gelegenheit auszunutzen, um gegen Zugeständnisse an England engl[ische]. Zugeständnisse

– 2 –

an Frankreich einzuhandeln? Die engl[ische]. Presse („Times“, „Daily Telegraf“) [sic!] **nennt die engl[isch].-franz[ösischen]. Abmachungen „magere technische Vereinbarungen“, ohne sich in den Streit der deutschen u. franz[ösischen]. Zeitungen einzumischen.**



Wjatscheslaw Molotow (1890-1986), 1930-41 Regierungschef (Vorsitzender des Rates der Volkskommissare) der Sowjetunion

Ende vergangener Woche begann in Moskau die Tagung des Zentralexekutivkomitees. Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotoff hielt eine bedeutsame aussenpolitische Rede, der ich nach dem Bericht des „Deutschen Nachrichtenbüros“ folgendes entnehme: nach wie vor verknüpfen den Rätebund starke Freundschaftsbande mit der Türkei. Mit Frankreich u. der Tschechoslowakei wurden militärische Beistandspakte abgeschlossen. Edens Besuch in Moskau erlaube die Feststellung, dass es „gegenwärtig keinerlei Gegensätze in den Interessen beider Regierungen auf dem Gebiete internationaler Politik“ gäbe. Für eine stärkere Annäherung Englands an den Rätebund seien die günstigsten Vorbedingungen gegeben. Zu den U.S.A. seien die Beziehungen normal, wenn auch reaktionäre, zum Faschismus neigende Kräfte

Kampagnen entfachten, um die Annäherung zu untergraben. Neue diplomatische Beziehungen wurden aufgenommen zu Belgien, Luxemburg und Kolumbien. Abgebrochen wurden die Beziehungen zu Uruguay. Wenn man Uruguay Glauben schenkte, habe der Rätebund nichts anderes zu tun, als sich um Uruguay und Brasilien zu kümmern. Mache man sich den Zusammenhang des Vorgehens Uruguays mit der Käseangelegenheit klar (der Rätebund hat zu wenig Käse von Urug. gekauft), brauche man sich mit der Sache nicht weiter aufzuhalten. Trotzdem habe der Rätebund beim Völkerbund Beschwerde erhoben, weil es sich um eine Verletzung des Völkerbundpaktes durch Urug[uay]. handele. Bessere Beziehungen wünsche der Rätebund zu Deutschland, grade weil in der Aussenpolitik Deutschlands aggressive Absichten u. Eroberungspläne, die sich oftmals zu Angriffsplänen verdichteten, durchschimmerten. Der Ostpreussenpakt sei infolge des Entgegenwirkens Deutschlands u. Polens gescheitert. Deutschland bereite sich vor, aufgemuntert durch andere auswärtige Mächte, die Vorherrschaft in der Ostsee einzunehmen. Trotzdem seien die Handelsbeziehungen zu Deutschland normal. Das Reich habe dem Rätebund im April 1935 einen Kredit von 200 Million. [RM] mit 5jähr. Laufzeit eingeräumt. Zur Zeit habe die deutsche Reg[ierung]. die Frage eines neuen Kredits aufgeworfen. Was die Beziehungen zu Japan angehe, so habe der Rätebund seine Friedensliebe durch den Verkauf der ostchinesischen Bahn und eine Verständigungsbereitschaft in allen anderen praktischen Fragen bewiesen. Jedoch sei Japan dem Vorschlag des Abschlusses eines Nichtangriffspaktes ausgewichen und das mache es verdächtig. Die Zwischenfälle an der mandschurischen Grenze trügen einen herausfordernden Charakter u. die japan[ische]. Reg[ierung]. antworte nicht auf den Vorschlag ein gemeinsames Grenzkomitee zu bilden. Das Spiel mit dem Feuer höre an der fernöstl[ichen]. Grenze nicht auf. Japan und Deutschland seien aus dem Völkerbund ausgetreten, um die Hände frei zu haben. Deshalb müsse der Rätebund seine Verteidigung auf gebührender Höhe halten, die Militärausgaben vergrössern u. die rote Armee verstärken.

Gleichzeitig müssten die Werktätigen aller Länder über die prinzipielle Friedenspolitik des Rätebundes aufgeklärt werden. Der Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund bedeute keine Aufhebung des radikalen Unterschiedes zwischen der Politik des Rätebundes und der kapitalistischen Mächte. Die zeige der ital[ienisch].-abess[inische]. Krieg. Italien wolle Abessinien in eine Kolonie verwandeln und trete als Vorkämpfer für eine Neuaufteilung der Welt auf. Es handele sich hier um einen typischen imperialistischen Krieg von Seiten Italiens. Was den Kolonialraub anbetreffe, so gäbe es keinerlei prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zwischen den kapital[istischen]. Mächten. Die Grossmächte seien nur in verschiedener Weise an dem Grad der Verstärkung der imp[erialistischen]. Macht Italiens interessiert. Kein kapital[istischer]. Raubstaat wolle ehrlich und aufrichtig die Unabhängigkeit Abessiniens. Nur der Rätebund lehne prinzipiell ab. Diese Politik trenne den Rätebund von den anderen Völkerbundsmitgliedern. Der Rätebund nütze den Völkerbund aus um seine prinzipielle Friedenspolitik durchzuführen und in dieser Hinsicht habe die Entwicklung gezeigt, dass der Beitritt zum Völkerbund richtig gewesen sei. Es bestehe viel Anlass zur Kritik am Völkerbund. Zur Verhütung des ostafrikanischen Krieges habe er nichts getan. Man müsse aber anerkennen, dass der Völkerbund diejenigen nicht behindert habe, die dem Frieden dienten, sondern diejenigen, die dem Angreifer helfen wollten. Der ital[ienisch].-abess[inische]. Krieg zeige

dass die Gefahr eines neuen Weltkrieges wachse. Länder wie Japan, Italien und Deutschland stünden im Vordergrund eines neuen Zusammenstosses der imperialistischen Mächte. Die Hoffnung auf die Passivität der Volksmassen könne jedoch im unerwartetem Augenblick zusammenbrechen und die imperial. Cliquen noch vor der Verwirklichung ihrer Ziele sich den Hals brechen. Die alte Welt müsse einer neuen Platz machen.

In der Diskussion erklärte der Vorsitzende des westsibiri-

schen Verwaltungsbezirkes: „Falls die Japaner uns im Fernen Osten angreifen sollten, werden wir ihnen auf ihrem eigenem Boden ein Grab bereiten.“ Der Kommandeur Weissrusslands berichtete, dass im Jahre 1935 8 Millrd. Rubel für Verteidigungszwecke ausgegeben worden seien, und dass 1936 für Militärausgaben 14 Mllrd Rubel vorgesehen seien.

Die seit Anfang Dez. 1935 in London tagende Flottenkonferenz, an der England, Amerika, Japan, Frankreich u. Italien teilnehmen, ist durch den Beschluss der japan[ischen]. Delegation, die Konferenz zu verlassen, als gescheitert anzusehen. Zwar haben die Japaner noch keine öffentliche Erklärung abgegeben; sie haben aber die engl[ische]. Reg[ierung]. über ihren Entschluss verständigt. Die Japaner verlangten von Anfang an eine „gemeinsame obere Grenze für die Flottenrüstungen“, d.h. die Flottengleichheit. Man einigte sich aber zunächst dahin, den Punkt zurückzustellen, bis eine Klärung der anderen Fragen (tech[nische].) Begrenzung der Stärke der einzelnen Schiffsklassen usw. erfolgt sei. Den Vorschlag, ‚die Flottenbauprogramme auszutauschen, lehnten die Japaner ab. Ende vergangener Woche forderten sie die sofortige Beratung des zurückgestellten Punktes. Das jap[anische]. Kabinett beschloss an der Forderung auf Flottengleichheit festzuhalten u. effektive Abrüstung der Angriffswaffen vorzuschlagen. Das lehnten nun die Engländer u. Amerikaner aus strategischen Erwägungen ab. Sie liessen die Japaner wissen, dass das Verlassen der Flottenkonferenz von ihnen mit dem Ausbau der alten und der Schaffung von neuen Flottenstützpunkten im Stillen Ozean beantwortet werden würde. Die Flottenkonferenz offenbarte überhaupt eine starke engl[isch].-amerik[anische]. Annäherung. Um die gelockerten Beziehungen zu Japan wieder etwas zu festigen, hat England den Japanern Verhandlungen angeboten, worauf die Japaner verlangten, dass nicht nur die chinesische Frage, sondern auch die Flotten- und Wirtschaftsfragen Gegenstand der Beratungen sein müssten. In diesem Zusammenhang waren in der japanischen Presse scharfe Angriffe auf das polit[isch]. u.

militärisch schwache England zu finden. Ohne Zweifel ist auch die Annäherung an Russland mit der Lockerung der japan[isch].-engl[ischen]. Beziehungen in Verbindung zu bringen. Es finden zur Zeit Verhandlungen in England über eine Anleihe an den Rätebund statt. Gesprochen wird von 20 Mill. Pfund zum Zinssatz von 6-7%. Die Russen haben abgelehnt, in dem Vertrag eine Klausel über eine Abfindung der Inhaber zaristischer Schuldscheine aufzunehmen. Ob die Japaner als Beobachter der Flottenkonferenz die auch nach ~~dem~~ ihrem Ausscheiden fortgeführt werden soll, in London bleiben werden steht noch nicht fest. Vom Kriegsschauplatz in Abessinien ist zu berichten, dass die Abessinier am 6. Jan. in einem allgemeinen Angriff die Provinz Tembien (Norden) zurück erobert haben. Der Angriff erfolgte im Regen, wodurch die Italiener überrascht wurden. Die Abessinier sollen viel Kriegsmaterial, darunter etliche Tanks erbeutet und viele Gefangene gemacht haben. Gegenwärtig sind die Italiener damit beschäftigt, die Abessinier wieder zu vertreiben, was ihnen aber, nach ihren eigenen Berichten, noch nicht gelungen ist. Was die Bombardierung der Rot-Kreuz-Stationen angeht, so war im ital[ienischen]. Heeresbericht vom 8.1. zu lesen, dass Italien das Recht auf Schutz des Roten Kreuzes auf abess[inischem]. Boden nicht anerkennen würde, da die Abessinier das Zeichen missbrauchten. Ein wenig anders lautete dagegen die Antwort der ital[ienischen]. Reg[ierung]. auf den Protest des schwedischen Gesandten. Suvich stellte die Sache als einen Unglücksfall hin, an dem die ital[ienischen]. Flieger keine Schuld trügen und bedauerte, dass unter den Opfern Schweden seien. Die schwedische Reg[ierung]. verlangte von der ital[ienischen]. strengste Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen. Inzwischen hat es sich herausgestellt, dass der ital[ienische]. Flieger, der hinter der abess[inischen]. Front notlandete, nicht geköpft, sondern erschlagen wurde, weil er sich nicht ergab und weiter feuerte.

Fulvio Suvich (1887-1980), 1932-36 Untersekretär des italienischen Außenministeriums, de-facto-Außenminister

In Italien tauchen nunmehr auch innerpolitische Schwierigkeiten in grösserem Umfange auf. Die Stimmung der Volksmas-

sen ist ausgesprochen pessimistisch, wozu die wenig zuversichtlichen Nachrichten vom Kriegsschauplatz erheblich beitragen. Die Enttäuschung über Badoglio ist allgemein. Die Auswirkungen der Sanktionen werden immer

stärker fühlbar. Es fehlt an allem. Viele Waren sind überhaupt nicht zu haben, da die Einfuhr stark gedrosselt worden ist, um Devisen zu sparen. Gross ist die Futtermittelnot. Die Futtermittelpreise haben sich verdoppelt, während die Viehpreise sinken, da viele Abschlachtungen vorgenommen werden. Eier gibt es nur wenige. Grosser Mangel herrscht an Getreide. Für Weizen, Mais usw. sind Höchstpreise festgesetzt. Die Bauern verkaufen deshalb nur ungern. Dafür blüht der Schleichhandel. Zu Truppenmeutereien ist es auch schon gekommen. Beim Abtransport des Alpinregiments Meran verweigerten die Soldaten den Gehorsam und zertrümmerten die Kaserneneinrichtung. Sie wurden entwaffnet und so zum Zug gebracht. 3 Verhaftungen erfolgten. Zu Störungen kam es auch beim Abtransport der Reserveoffiziere. Viele wurden verhaftet. Die sozialradikale „Oeuvre" meldete, dass in Lugo (Romagna) Infanteristen gemeutert hätten. Die einschreitende Miliz sei von der Bevölkerung angegriffen worden, wobei ein Centurio getötet wurde und mehrere Soldaten und Zivilpersonen verwundet worden seien. Ueberaus gross ist die Zahl der Deserteure, die bisher die öster[reichische]. u. jugoslaw[ische]. Grenze überschritten haben. Ueber 10 000 Mann sind in die Liste der Nothilfeverbände eingetragen, darunter 1700 deutschsprachige. In einem Dorf in Nordtirol hat sich eine ganze ital[ienische]. Abteilung mit Gewehren und Maschinengewehren gemeldet. Gerüchte gehen um über Differenzen zwischen Mussolini und dem Königshaus, besondere dem Kronprinzen. Der König soll seinerzeit der engl[ischen]. Regierung ohne Wissen Mussolinis mitgeteilt haben, dass er bereit sei, die Laval-Hoarschen Friedensvorschläge anzunehmen.

25 Anna Sander an Erich Sander 24.1.1936

– 1 –

Das Kabinett Laval ist gestern Abend zurückgetreten, nachdem in der vorhergegangenen Kabinettsitzung vier von den sechs radikalsozialen Ministern, unter ihnen Herriot, ihre Rücktrittsgesuche eingereicht hatten. Herriot hatte schon am Samstag erklärt, dass er aus der Reg[ierung]. ausscheiden werde, sobald Laval von der Völkerbundratssitzung zurückgekehrt sei. Am Sonntag fand dann die Sitzung des Vollzugsausschusses der Radikalsozial. Partei statt, die Daladier, den Führer des linken Flügels, zum Parteivorsitzenden wählte, den Fraktionszwang bei grundsätzlichen Abstimmungen in der Kammer beschloss und eine Entschliessung annahm, die Lavals Aussen- und Innenpolitik als [im] **Widerspruch zum Parteiprogramm stehend erklärte. Obwohl Herriot auf dieser Sitzung gegen das Ausscheiden der andern radikalsoz[ialistischen]. Minister aus der Reg[ierung]. gesprochen hatte, beschlossen drei von ihnen, mit Herriot ihre Rücktrittsgesuche einzureichen. Die restlichen zwei gehören dem rechten Flügel an, der am Dienstag eine Sondersitzung abhielt – es waren dazu etwa 40 Abgeordnete erschienen – und beschloss, die Reg[ierung]. Laval nicht zu stürzen und sich dem Fraktionszwang nicht zu fügen. Die Lösung der Krise ist noch ungewiss. Es ist von einen Uebergangskabinett die Rede, das die Kammerneuwahlen, die eigentlich erst Ende April fällig wären, auf März vorverlegen soll. Wie** [es] **in einer von Leon Blum herausgegebenen Erklärung heisst, sind die Sozialdemokraten bereit, jede nicht von Laval geführte Reg[ierung]., die eine Mehrheit in der Kammer findet, zu tolerieren. Der Austritt der Radikalsozialisten aus der Reg[ierung]. erfolgte natürlich im Hinblick auf die Neuwahlen, wie denn überhaupt das politische Leben in Frankreich im Zeichen des beginnenden Wahlkampfes steht. Die „Volksfront“ der nebenbei bemerkt 98 Organisationen angehören, darunter Kommunisten, Sozialdemokraten, Sozialistische Union (Paul Boncourgruppe u. Neusozialisten), Sozialradikale, Allgemeiner Gewerkschaftsverband, Liga für**

Joseph Paul-Boncour, 1873-1972, sozialistischer Parlamentarier

Menschenrechte, Republik[anischer]. Frontkämpferbund, hat kürzlich hat ein Gemeinschaftsprogramm veröffentlicht. Im ersten Abschnitt „Verteidigung der Freiheit“ überschrieben, wird das Verbot und die Entwaffnung der faschistischen Bünde gefordert; im zweiten Abschnitt: „Verteidigung des Friedens“ wird gefordert, Internation. Zusammenarbeit im Namen des Friedens für kollektive Sicherheit, Sanktionen gegen Angreiferstaaten, Ersetzung des bewaffneten Friedens durch einen Frieden der Abrüstung, die mit Rüstungsbeschränkung beginnen und [mit] **Rüstungsverminderung enden muss, Abschaffung der Geheimdiplomatie, Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Verbot des privaten Waffenhandels; im dritten Abschnitt „Wirtschaftliche Forderungen“ wird verlangt: Wiederherstellung der durch die Krise vernichteten Kaufkraft, Unterstützung der Arbeitslosen, Verkürzung der Arbeitszeit unter Beibehaltung der alten Löhne, Pensionierung der alten Arbeiter, Inangriffnahme von grossen öffentlichen Arbeiten, Aufwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, verbunden mit dem Kampf gegen die Teuerung, durch Bekämpfung der Spekulation und Verringerung der Spanne zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreisen auf Kosten des Gross- u. Zwischenhandels, Sicherung des Sparkapitals durch staatliche Regelung des Bankwesens, Unterdrückung der Verschwendung bei Zivil- u. Militärbehörden, demokratische Steuerreform, bestehend in Steuererleichterungen für die Werktätigen u. Steuererhöhungen für die grossen Vermögen.**

Da ich grade beim Thema Wahlen bin, soll noch im Vorbeigehen mitgeteilt werden, dass in Spanien zur Zeit ebenfalls der Wahlkampf im Gange ist. Hier haben sich die Linksparteien nach franz[ösischem]. Vorbild auch zu einer „Volksfront“ zusammengeschlossen, auf der Grundlage eines dem Obigen ähnlichen Programms.

England meldete Montag den Tod seines Königs Georg V. Ihm folgte Eduard der 8., der von der konservativen, liberalen u. arbeiterparteilichen Presse in Übereinstimmung als sozialer

König gefeiert wird. Was die weltpolitischen Fragen anbetrifft, so herrschen im englischen Kabinett in der Frage der Oelsanktionen nach wie vor grosse Meinungsverschiedenheiten zwischen den jungen und den alten konservativen Ministern. Nach langen Auseinandersetzungen wurde beschlossen, in dieser Frage eine abwartende Haltung einzunehmen, sich aber der Behandlung nicht zu widersetzen, falls sie von einem andern Staate aufgeworfen werden sollte. In einem solchen Falle will das britische Kabinett die Einsetzung eines Völkerbundausschusses beantragen, der die

Frage zunächst erst einmal genau prüfen soll. Der Aussenminister Eden sprach sich in einer öffentlichen Rede nochmals scharf gegen eine Belohnung des Angreifers durch den Völkerbund aus.

In der Sitzung der Flottenkonferenz von 15.1. verlas die japanische Delegation ihre Austrittserklärung. Der amerikanische Vertreter Norman Davis erklärte, dass eine Berichtigung des Stärkeverhältnisses angesichts der Unsicherheit in Afrika, Europa und Ostasien unmöglich sei, denn jede Änderung dieses Verhältnisses vermindere die Sicherheit der U.S.A. Der engl[ische]. Vertreter führte aus, dass die Gleichberechtigung zur See nicht in Schiffen gemessen werden könne. Es müssten hierbei die Entfernungen von den Flottenstützpunkten und die langen Verbindungswege in Rechnung gestellt werden. Mächte, bei denen dies der Fall sei, müssten eine stärkere Flotte haben, als andere die ihre Streitkräfte beisammen hätten.

Damit ist der Plan einer internationalen Seerüstungsbeschränkung endgültig tot. Wenn jetzt die Flottenkonferenz weitergeführt und – wie man erwägt – der Rätebund hinzugezogen wird, verwandelt sie sich in eine Konferenz der japanischen Widersacher. Eine Einigung, auf jedes Flottenwettrüsten zu verzichten ist mittlerweile zwischen England und Amerika er-

folgt. Die Annahme des japanischen Vorschlages auf Flottengleichheit und Beschränkung der für den Angriff geeigneten Schiffstypen würde die absolute Vorherrschaft Japans im Stillen Ozean zur Folge gehabt haben. Der Weg zum ungehemmten Flottenwettrüsten ist jetzt frei und es wird schon jetzt betont, dass evtl. Vereinbarungen zwischen den weitertagenden Mächten mit einer Japanklausel versehen würden.

Rikken Seiyūkai, stärkste Partei im japanischen Unterhaus 1935

Über die Bestrebungen der japanischen Aussenpolitik gibt eine Rede des Aussenministers Hirota in der letzten Sitzung des vor wenigen Tagen aufgelösten Parlaments Aufschluss. Die Ausschreibung von Neuwahlen wurde vorgenommen, um einem Misstrauensantrag der Seijuka-Partei gegen die Regierung zuvorzukommen. Hirota führte aus, dass der Friede durch die sowjetrussischen Rüstungen im Fernen Osten gefährdet sei. Der Kommunismus im Inneren Chinas bedrohe Nankingregierung immer mehr. Es sei deshalb notwendig eine Block Japan-Mandschukuo-China zu bilden. Erst dann könne ein Ausgleich mit dem Rätebund erfolgen. Japan fordere von China ein klares Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit Japan, die Anerkennung Mandschukuos und den Abschluss eines Kampfbündnisses gegen den Kommunismus. Mit Amerika werde Japan in keinen Konflikt geraten, wenn Amerika die geographischen Gegebenheiten beachte. Einer Generalbereinigung aller England betreffenden Fragen sei möglich, wenn England eine vernünftige Regelung wolle. Japan verlange die Sicherstellung von Absatzmärkten und Rohstoffquellen; es fordere: freie Bewegung von Menschen und Gütern in aller Welt; Gleichheit in den Möglichkeiten der Rohstoffversorgung.

Mandschukuo war ein japanischer Marionettenstaat in Nordostchina 1932-45

Michail Tuchatschewski (1893-1937), Marschall der Sowjetunion

Auf der Tagung des Zentralexekutivkomitees erstattete Tuchatschewski Bericht über den Militärhaushalt 1936. Tuch. wies auf die Wahrscheinlichkeit eines militärisch-diplomatischen Bündnisses zwischen Deutschland und Japan hin und begründete damit die Aufstellung von starken Armeen im Westen und Osten. In der roten Armee sei eine neue Organisationsform eingeführt worden, sie werde gegenwärtig in

eine langdienende Kaderarmee mit 2 und 4 jähriger Dienstzeit umgewandelt. Z.Zt. seien 75 % des Heeresbestandes langdienende Soldaten, während früher 77 % kurzdienende Soldaten der Territorialarmee gewesen wären. Die mechanisierten Einheiten hätten sich stark vermehrt. Stark ausgebildet worden sei auch die Luftwaffe und die Luftabwehr. Hierbei wies Tuch. auf die grosse Ausdehnung Russland hin, die es dem Gegner unmöglich mache, Luftangriffe auf die Industriezentren zu richten, während die Gegner solche Vorteile nicht hätten. Die selbstständigen Fliegerformationen seien stark angewachsen. Die Zahl der Fallschirmtruppen betrage z.Zt. 60000 und mehrere Rotarmisten hätten das Fallschirmabzeichen erworben. Der Rätebund sei weiter im Begriff eine mächtige Hochseeflotte und Unterseebootflotte zu schaffen. Die Flotte müsse auf dem allgemeinen Niveau der bewaffneten Macht stehen. Küstenverteidigung und Seeflugwesen seien gleichfalls entwickelt worden. Alles in Allem betrage der Heeresbestand gegenwärtig 1300000. Die Einführung der militärischen Rangbezeichnung schaffe eine festere Grundlage für die Ausbildung der Kommandeurkader.

26 Anna Sander an Erich Sander 30.1.1936

Der radikalsoziale Senator Sarraut (Rechtsgruppe) hat ein Uebergangskabinett der linken Mitte zustande gebracht, an dem alle Parteigruppen von der demokratischen Vereinigung (Flandin) bis zur sozialistischen Union (Paul Boncour) beteiligt sind. Flandin hat das Aussenministerium, Paul Boncour das neugeschaffene Völkerbundsministerium übernommen. Die radikalsoziale Linke stellte (=Mittelgruppe der RS) **den Unterrichtsminister Guernut und einige Unterstaatssekretäre. Als innenpolitische Hauptaufgabe sieht das Kabinett die reibungslose Durchführung der Kammerneuwahlen an, wobei es noch nicht ganz sicher ist, ob die Wahlen auf Ende März vorverlegt werden. Aussenpolitisch wird ohne Zweifel eine Annährung an England – Flandin ist Anhänger einer festen franz[ösisch].-engl[ischen]. Zusammenarbeit – und ein stärkeres Festhalten an der Völkerbundspolitik die Folge sein.**

Die Kommunisten haben inzwischen in der Kammer eine grosse Anfrage eingebracht, welche Massnahmen die Reg[ierung]. gegen die Faschisten zu treffen und wann sie den räteruss[isch]-franz[ösischen]. Beistandspakt zu ratifizieren gedenke. Im Zusammenhang damit gleich die Mitteilung, dass die Kommunisten Ende vergangener Woche in Lyon ihren 8. Parteitag abhielten. Der Vors[itzende]. der Komintern Dimitroff, richtete an diesen ein offenes Schreiben, in dem die Komm[unisten]. aufgefordert werden, nicht zu vergessen, dass ihr Endziel die Errichtung einer franz[ösischen]. Räterepublik sein müsse und eine starke, gut disziplinierte Parteiorganisation zu schaffen. Auf dem Parteitag wurde ein Mitgliederbestand von 714 000 angegeben. In dem am Schluss verlassenen [sic!] **Manifest wird die weitere Fortsetzung der Volksfrontpolitik angekündigt, die sofortige Auflösung der fasch[istischen]. Bünde, die Reinigung des Heeres von fasch. u. royal[istischen]. Offizieren, die Einleitung einer Volksaktion gegen das imperial[istische]. Italien u. den imperial[istischen]. Krieg, die 40stündige Arbeitswoche, die Ueberführung des**

Pachtlandes in den Besitz der Bauern u. die Enteignung der grossen Vermögen u. a. gefordert.

Die Völkerbundsrat-Tagung vom 20.-24.1. brachte keine Ueberraschungen. Etwas Aufsehen erregten die Danziger Frage und die räterussische Beschwerde über das Vorgehen Uruguays. Die Auseinandersetzung über die Danziger Frage wurde veranlasst durch den Jahresbericht des Völkerbundkommissars, in dem von einer verfassungswidrigen Politik der Danziger Regierung die Rede war. Der Berichterstatter Eden forderte von der Danziger Reg[ierung]. die Durchführung von zwei Ratsempfehlungen vom Herbst 1934 u. die Aufhebung von zwei Presseverordnungen von August 1955. Nach längeren Kulissenverhandlungen sagte Senatspräs[ident]. Greiser die Durchführung der geforderten Massnahmen schweren Herzens zu. Was die Beschwerde des Rätebundes anbetrifft, so forderte Litwinoff in öffentlicher Sitzung Beweise für die Behauptungen der urug[uayische]. Reg[ierung]. und bot hierfür den Verzicht auf das Bankgeheimnis an. Der urug[uayische]. Vertreter lehnte die Beibringung von Beweismaterial ab, da es sich beim Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion um eine innerpolitische Frage handele, für die der Völkerbund nicht zuständig sei. Schliesslich wurde ein Ausschuss eingesetzt, der nach längeren Verhandlungen die Eröffnung eines Verfahrens gegen Uruguay ablehnte und die Hoffnung aussprach, dass der Abbruch der diplom[atischen]. Beziehungen nur vorübergehend sei.

Wichtiger als die Ratstagung war die Tagung des Sanktionsausschusses, die nebenher lief. Diese setzte einen Ausschuss zur Prüfung der Frage der Rohstoffsperre ein, was ein Beweis dafür ist, dass eine Reihe von Staaten auf die Verhängung der Oelsperre gegen Italien drängen. Grosses Aufsehen verursachte auch eine Denkschrift Edens über die militärischen Vereinbarungen mit Frankreich, Griechenland, Türkei, Jugoslawien, Rumänien, u. der Tschechoslowakei an die Sanktionskonferenz. In der Denkschrift ist von Vereinbarungen für

ein gemeinsames Vorgehen im Mittelmeer u. im Roten Meer die Rede, jedoch werden Vereinbarungen über darüber hinausgehende Fragen bestritten. Die ital[ienische]. Reg[ierung]. hat diese Denkschrift als Anlass benutzt, eine Note an alle Sanktionsstaaten zu richten, in der gegen das englische Vorgehen, ohne Wissen des Völkerbundes militär[ischen]. Vereinbarungen abzuschliessen, schärfster Protest erhoben wird. Interessant ist dabei noch, dass die ital[ienische]. Presse in einem zweifellos von Mussolini inspirierten Artikel Deutschland aufforderte den englischen Versicherungen keinerlei Glauben zu schenken.

Vom Kriegsschauplatz in Abessinien wird über eine grosse Schlacht bei Makalle vom 20.-23.1. berichtet. Den Sieg nehmen beide Teile für sich in Anspruch, u.

2.

beide haben wohl auch in gewisser Hinsicht recht. Die Abessinier hatten eine grosse Offensive eingeleitet, um die bei Makalle stehenden ital[ienischen]. Truppen abzuschneiden. Der Angriff führte auch nach erbitterten Tag-u.-Nachtkämpfen zu Anfangserfolgen – die Ab. eroberten einen Teil der starken ital[ienischen]. Stellungen, erbeuteten 12 Geschütze u. anderes Kriegsmaterial u. erreichten die Strasse Makalle-Adua – kam aber dann durch einen ital[ienischen]. Gegenstoss zum Stehen. Nach abes[sinischen]. Berichten hatten die Ital[iener]. mehrere tausend Tote u. Verw. u. nach ital[ienischen]. Berichten die Abes[sinier]. ebenfalls. Die Kämpfe im Süden haben den Ital[ienern]. doch bedeutendere Vorteile gebracht, als anfänglich schien. Der Rückzug der abes[sinischen]. Armee Ras Destas verwandelte sich nach der Schlacht im Tals des Ganale Doria allmählig [sic!] **in Flucht. Die Ital[iener]. sind in nordwestlicher Richtung, in der Nähe der Grenze Abes[sinien].-brit[isch]. Kenia, annähernd 300 km vorgerückt u. bedrohen jetzt die abes[sinisch]. Seenplatte, die in nord-östlicher Richtung einen guten Zugang zu Addis Abeba bildet. Zwischen der Seen-platte u. den ital[ienischen]. Truppen liegt jedoch noch**

ein Gebirgsrücken, auf dem sich die zersprengten Truppen Ras Destas sammeln u. wohin starke abes[sinische]. Truppen im Anmarsch sind. Wenn der ital[ienische]. Heeresbericht von 10 000 abes[sinischen]. Toten spricht, ist das sicher übertrieben. Immerhin geben die Abes[sinier]. jetzt zu, dass sie insgesamt an Toten, Verw[undeten]. u. Gefangenen mehrere Tausend Mann verloren haben. Die Verluste der Ital[iener]. werden von ihnen selbst jetzt auf mehrere Hundert Tote u. Verw. beziffert.

In Aegypten ist die nationaldemokratische Bewegung wieder aufgeflammt. Seit Samstag finden in Kairo u. vielen anderen Städten heftige Unruhen statt. Die Studenten haben in allen Städten den Streik verkündet. In Kairo wurde Sonntag die Gewerbeschule in Brand gesteckt u. Montag-Dienstag gab es bei Zusammenstössen mit der Polizei 10 Schwer- u. 50 Leichtverletzte. Die Unruhen stehen im Zusammenhang mit der Regierungskrise. Die engl[ische]. Reg[ierung]. hatte in einer Note ihre Bereitschaft erklärt über den Vertrag von 1930 zu verhandeln, dabei aber durchblicken lassen dass sie mit Vertretern des gesamten Volkes u. nicht einer Partei verhandeln wolle. König Fuad entliess daraufhin das Kabinett Nessim Pascha u. forderte den Führer des Wafd, Nahas Pascha, auf, eine Koalitionsregierung zu bilden. Nahas Pascha lehnte dies ab, erklärte sich aber bereit eine nur wafdistische Reg[ierung]. zu führen.

Zwischen 1882 und 1922 war Ägypten eine britische Kolonie, bis in die 1950er-Jahre ein britisches Protektorat

In einem Bericht des polnischen Innenministers über die kommunistische Gefahr wird auf das starke Anwachsen der illegalen komm[unistischen]. Tätigkeit hingewiesen. Die Kommunisten, so heisst es, hätten es verstanden in die Gewerkschaften einzudringen, was mit der Aufhebung von vielen Gewerkschaftsvers[ammlungen]. u. der Verhaftung von Hunderten geahndet worden sei. In den Arbeitervierteln würden des Nachts Plakate angeklebt u. Transparente aufgehängt; sehr oft würden tagsüber Flugblattverteiler angetroffen. Unter den Intellektuellen u. Studenten sei der komm[unistische]. Einfluss im ständigen Zunehmen begriffen.

Die Wahlen in Griechenland, nach der Wiedererrichtung der Monarchie, hatten folgendes Ergebnis: Liberale-Weniselisten 127, Volkspartei (Tsaldaris) 69, Kondilysgruppe 63, kleinere liberal-weniselistische Gruppen 15, kleinere kons[ervative] Gruppen 11, Kommunisten 15 Abgeordnete. Gewählt wurde nach dem Verhältniswahlsystem.

Liberale Partei, nach Parteigründer Elefthe-rios Venizelos benannt

Kondilysgruppe = All-gemeine radikale Volksunion

27 Anna Sander an Erich Sander 7.2.1936

In der vergangenen Woche herrschte wieder einmal diplomatischer Hochbetrieb. Die Anwesenheit von Königen, Fürsten u. Ministern in London, anlässlich der Beisetzung König Georg 5., wurde zu umfangreichen, hochwichtigen Gesprächen ausgenutzt. Auf der Rückreise machten die Trauergäste fast alle in Paris Station wo die Verhandlungen fortgesetzt wurden u. z. Z. noch andauern. Ueber den Inhalt der Unterredungen lässt sich aus der Presse kein klares Bild gewinnen, jedoch steht fest, dass so ziemlich alle weltpolitischen Fragen von einiger Bedeutung durchgesprochen worden sind.

In London empfing Eden u.a. den franz[ösischen]. Aussenminister Flandin, den deutschen Aussenminister von Neurath, die Könige von Rumänien, Jugoslawien u. Bulgarien, den Österr[eichischen]. Vizekanzler Fürst Starhemberg, den türkischen Aussenminister u. den Volkskommissar Litwinoff. Das grösste Aufsehen erregte die herzliche Behandlung der russischen Trauerabordnung, zu der ausser Litwinoff der Marschall Tuchatschewski gehörte. Die Unterredung Edens mit Litwinoff währte ziemlich lange u. im Anschluss daran wurde Litwinoff von dem Kriegsminister Duff Cooper u. dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Vansittart empfangend. Marschall Tuchatschewski setzte nach der Abreise Litwinoffs die „freundschaftlichen Gespräche“ fort. Gegenstand dieser Unterhaltungen sollen die fernöstlichen u. die osteuropäischen Fragen gewesen sein. Hierbei soll Litwinoff die Frage nach der Haltung Englands u. des Völkerbundes im Falle eines ostasiatischen Krieges angeschnitten u. für Osteuropa den Abschluss eines Beistandpaktes mit russ[ischer]. Beteiligung vorgeschlagen haben in dem die Garantierung der Unabhängigkeit Oesterreichs einzuschliessen sei. Obwohl nun die englische Politik im Hinblick auf den ital[ienisch]-abess[inischen]. Krieg ebenfalls auf das rasche Zustandebringen eines Mittelmeerpaktes ohne Teilnahme Italiens ausgerichtet ist, wird doch bezweifelt, dass der Vorschlag Litwinoffs ungeteilte Ge-

genliebe gefunden habe, da England den Anschein einer Einkreisung Deutschlands vermeiden wolle. Und dass der geplante Donaupakt im allgemeinen u. eine Teilnahme Russlands daran im Besonderen von Deutschland als Brüskierung empfunden wird, kam in der Presse klar zum Ausdruck. Der Zusammenarbeit mit Russland in fernöstlichen Fragen ist England dagegen sehr gewogen. Die gesamte engl[ische]. Presse ist sich darin einig, dass die engl[isch]-räteb[ündischen]. Beziehungen in eine neue Phase u. ein Stadium grösserer Herzlichkeit getreten sind. Der „Observer" schrieb: „Ein starkes Russland ist die klarste Hemmung für ein japanisches Uebermass im fernen Osten u. ein deutsches Uebermass in Europa." Andere Blätter vertreten ähnliche Gedankengänge u. sogar die rechtskons[ervative]. „Daily Mail" spricht von einem Zwang, sich mit dem Rätebund verbünden zu müssen. Die Unterredungen mit den Königen der Balkanstaaten, dem türkischen Aussenminister u. dem Fürsten Starhemberg sollen sich auf den Mittelmeerpakt u. die Völkerbundspolitik bezogen haben. Dabei soll Eden dem Fürsten Starhemberg den Rat gegeben haben auf die Restaurationspläne zu verzichten – Starhemberg beabsichtigte auf der Rückreise den Thronanwärter Otto von Habsburg in Belgien aufzusuchen, hat dies aber dann unterlassen – u. ein gutes Einvernehmen mit der kleinen Entente herzustellen. (Schritte in dieser Richtung hatte Oesterreich schon vorher getan, indem Bundeskanzler Schuschnigg vor etwa zwei Wochen eine Reise nach Prag unternahm.) Was die Unterredung mit dem deutschen Aussenminister von Neurath angeht, so soll die Frage des Locarnovertrages eine Rolle gespielt haben. Die ausländische Presse hatte nämlich das Gerücht verbreitet, dass Deutschland beabsichtige am 30. Jan. die entmilitarisierte Rheinlandzone zu besetzen, woran natürlich kein Wort wahr war. Von Neurath wird Eden das gesagt haben, was jeden Tag in der Presse zu lesen ist, nämlich, dass Deutschland gewillt ist den Locarnovertrag einzuhalten, wenn die anderen Staaten ihn auch einhalten. Verhandlungen in Paris sollen sich in der Hauptsache um den Donaupakt gedreht haben. Es ist dabei deutlich geworden, dass zwischen der

franz[ösischen] u. engl[ischen]. Auffassung Differenzen bestehen müssen, die in London nicht beseitigt werden konnten. Frankreich soll beabsichtigen, den Abschluss des Paktes bis zur Beilegung des ital[ienisch]-abess[inischen]. Krieges hinauszuzögern um Italien die Teilnahme zu ermöglichen und den Rätebund dann als zweite Garantiemacht für die Unabhängigkeit Oesterreichs heranzuziehen. Um dies vorzubereiten soll Flandin Rumänien ermuntert haben, mit dem Rätebund baldigst den geplanten Beistandspakt abzuschliessen u. der rumän[ische]. König u. sein Minister Titulescu sollen auch zugesagt haben, dies zu tun, sobald der franz[ösisch].-russ[ische]. Beistandspakt ratifiziert worden sei. Der Abschluss eines für Rumänien vorteil-

1.II.36 Vertrauensvotum für Kabinett Sarraut mit 361 gegen 165 St.

– 2 –

haften Wirtschaftsabkommens kann nur als Untermauerung dieser Abmachungen angesehen werden. Dem russ[ischen]. Aussenkommissar wurde übrigens die Ratifizierung des Beistandspaktes für den 11. Febr. zugesagt. Fürst Starhemberg erklärte in Paris öffentlich dass Oesterreich nichts unternehmen werde, was die Lage in Mittel- u. Osteuropa komplizieren würde. Die Restaurationsfrage sei nicht aktuell. Gleichzeitig bedachte die öster[reichische]. Presse Jugoslawien mit Liebenswürdigkeiten. Die Unterredung Starhembergs mit Flandin soll denn auch sehr freundschaftlich verlaufen sein. Etwas schwieriger sollen sich die Verhandlungen mit dem bulgar[ischen]. König gestaltet haben, da Bulgarien sich nicht so leicht in die Antirevisionsfront einzureihen gedenkt. Von Interesse ist schliesslich noch, dass auch der alban[ische]. Aussenminister in Paris erschien u. von Flandin empfangen wurde. Vom Balkan fehlten also nur Ungarn, Griechenland u. die Tschechoslowakei. Der tschech[ische]. Ministerpräsident hat inzwischen sein Erscheinen in Paris angekündigt. Griechenland wird sich für den Fall des Zustandekommens des Paktes auch nicht sträuben. Bleibt Ungarn, dessen Presse schweigt.

Wenig erbaut von den Verhandlungen sind auch die Polen, die sie einen grossen Bluff nennen.

Ein umfangreiches Rüstungsprogramm hat der Verteidigungsausschuss des britischen Kabinetts (Kriegs-Marine-Luftfahrtminister) ausgearbeitet. Der Bestand des Heeres soll um 175000 Mann auf ca. ½ Million erhöht werden. Im Laufe der nächsten 6 Jahre sollen 12000 Flugzeuge, 11 Grosskampfschiffe, 36 Kreuzer, 120 Zerstörer, 30 Unterseeboote., u. 3 Flugzeugmutterschiffe erbaut werden. Die Kosten dafür werden auf 300 Mill. Pfund veranschlagt, von denen ein Teil durch die Auflegung einer Verteidigungsanleihe gedeckt werden soll.

Die Begleitmusik zu den Londoner u. Pariser Verhandlungen u. zu den engl[ischen]. Aufrüstungsplänen ist eine überaus heftige Pressekampagne gegen Deutschland in England, Frankreich u. Belgien, wo gegenwärtig in der Kammer ebenfalls ein Aufrüstungsprogramm zur Debatte steht. Die deutschen Rüstungen u. die angebl[ichen]. Pläne, die entmilitarisierte Zone zu besetzen, spielen dabei die Hauptrolle. Die deutsche Presse sah sich gezwungen gegen diese Hetze schärfsten Protest zu erheben.

Das Kabinett Sarraut erhielt in der franz[ösischen]. Kammer mit 361 zu 165 Stimmen ein Vertrauensvotum. Die Sozialdemokraten stimmten für die Regierung. Die Regierungserklärung brachte nichts wesentlich Neues.

Vom Kriegsschauplatz in Abessinien liegen abess[inische]. Meldungen über weitere hartnäckige Kämpfe bei Makalle vor. Die Abess[inier]. wollen weitere 18 Geschütze, u. 18 Tanks erobert haben u. die Schwarzhemdendivision 28. Oktober aufgerieben haben. Der ital[ienische]. Heeresbericht bestritt diese Angaben. Zugegeben wurde dass 3 Geschütze und etliche M.G. in die Hände der Abess[inier]. gefallen seien. Der grosse faschistische Rat beschloss nach einer Rede Mussolinis weitere 50 000 Arbeiter nach Ostafrika zu senden, um die Stras-

sen während der Regenzeit instand zu setzen. Weiterhin wurde beschlossen, sämtliche Wollvorräte in Italien zu beschlagnahmen u. jedem männlichen Staatsangehörigen ein Stammbuch auszustellen, in dem der Gesundheitszustand dauernd vermerkt wird.

In Aegypten wurde ein neutrales Geschäftsministerium gebildet. Ausserdem wurde ein Ausschuss für die Unterhandlungen mit England eingesetzt, bestehend aus 6 Wafd-Angehörigen und 5 Anhängern der anderen Einheitsfrontparteien. Der Ausschuss steht unter der Leitung des Wafdführers Nahas Pascha. Die Studentenunruhen dauerten auch in der letzten Woche noch an. Es gab dabei wieder annähernd 100 Verletzte. In China finden gleichfalls andauernd grosse Studentenkundgebungen nun gegen die Nankingreg[ierung]. u. gegen Japan statt.

Die Unruhen in den südamerik[anischen]. Staaten reissen auch nicht ab. In Chile streiken z.Z. die Eisenbahner, obwohl die Eisenbahnen unter militär[ischer]. Verwaltung stehen u. die Kriegsgerichtsbarkeit verkündet wurde. Der Streik ist verbunden mit zahllosen Sabotageakten wie Schienenaufreissen u. dgl. Kürzlich fand in Buenos Aires ein 24-stündiger Sympathie-Generalstreik für streikende Bergarbeiter statt. Strassenbahnen u. Autobusse wurden umgeworfen u. angezündet. Es kam zu Kämpfen mit der Polizei, die mehrere Tote u. Verwundete forderten.

In Ungarn wurde eine kommunistische Zentralleitung ausgehoben, 15 Mann wurden verhaftet, darunter Aerzte und Intellektuelle.

Ein jüdischer Student erschoss in der Schweiz den nationalsozialistischen Landesstellenleiter [Wilhelm] **Gustloff in seiner Wohnung in Davos u. stellte sich dann selbst der Polizei. Er gab an, dass er mit dieser Tat den Nationalsozialismus treffen**

wollte. In Deutschland herrscht darüber grosse Empörung. Die deutsche Regierung hat vom Bundesrat strengste Untersuchung des Attentates auch bezüglich event[ueller]. Hintermänner des Mörders gefordert. Die Veranstaltungen des Jüdischen Kulturbundes wurden vom Reichpropagandaminister bis auf weiteres verboten, um etwaigen Zwischenfällen vorzubeugen.

29 Anna Sander an Erich Sander 13.2.1936

– 1 –

Mit der Unterredung Flandins mit dem Regenten von Jugoslawien u. seinem Aussenminister Ende vergangener Woche wurde, wie sich die franz[ösische]. Presse ausdrückt, „die erste Phase der Pariser Verhandlungen“ abgeschlossen. Die zweite hat mit dem Eintreffen des tschechischen Ministerpräsidenten Hodza in Paris am Wochenanfang begonnen. Die Aussenminister der dem Balkanbund angehörenden Staaten (~~Tschechei~~, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland, u. Türkei) weilen noch in Paris u. haben Anfang der Woche auf einer Konferenz den türkischen Aussenminister Rüschdi Aras zum Vorsitzenden des Balkanbundes gewählt.

Vor der Abreise des Fürsten Starhemberg verursachte das plötzliche Auftauchen Otto von Habsburgs in Paris noch einen kleinen Zwischenfall. Obwohl Starhemberg jeder persönlichen Aussprache mit dem Thronanwärter aus dem Wege ging – er nahm nur Fühlung mit dessen Sekretär – wurde das Vertrauen der Vertreter der kleinen Entente (Tschechei, Rumänien, Jugoslawien) in die Aufrichtigkeit der Starhembergschen Erklärungen stark erschüttert. Der rumänische Aussenminister Titulescu erklärte klar u. deutlich: „Wenn in Oesterreich die Monarchie ausgerufen wird, werden sich die Heeressäulen nach Wien in Bewegung setzen.“ Auf der Reise nach Wien sagte Starhemberg zu einem Journalisten, dass es sich in Paris nur um einen unverbindlichen Meinungsaustausch gehandelt habe, u. dass sich die österreichische Reg[ierung]. ihre vollste Handlungsfreiheit in allen innerpolitischen Fragen vorbehalten. Im Übrigen könne die Donauraumfrage ohne Italien nicht gelöst werden. Dieser im offenen Widerspruch zu den Pariser Beteuerungen stehenden Erklärung wirkt in Paris direkt niederschmetternd. Das Wiener Kabinett beeilte sich, vermutlich auf gemeinsame engl[isch].-franz[ösische]. Vorstellungen hin, von ihr abzurücken u. Starhemberg sah sich gezwungen, einem engl[ischen]. Pressever-

treter gegenüber nochmals zu erklären, dass eine Wiedereinführung der Monarchie in Oesterreich in absehbarer Zeit nicht in Betracht käme.

Bei der Unterredung Flandins mit dem Regenten von Jugoslawien versicherte dieser Flandin zunächst, dass die jugoslawische Armee marschieren werde, sobald sich die franz[ösische] in Bewegung setze. Sodann verhehlte er nicht seine Abneigung gegen den Rätebund u. machte aus dieser Einstellung heraus Bedenken gegen dessen Heranziehung zur Regelung der Donauraumfrage geltend.

Greifbare Resultate haben die Pariser Verhandlungen also nicht gebracht. Sie zeitigten bisher eine Erklärung der verschiedenartigen Ansichten u. eine gewisse Annäherung Oesterreichs an die kleine Entente. Die engl[ische]. Reg[ierung]. wurde über den Gang der Verhandlungen auf dem Laufenden gehalten u. es liegen Anzeichen dafür vor, dass sich die engl[ische]. Politik der franz[ösischen]. angleicht. Der „Observer" veröffentlichte am Wochenanfang eine Unterredung eines konservativen Abgeordneten mit Mussolini, in deren Verlaufe Mussolini erklärte, dass er bereit gewesen sei, die Laval-Hoarschen Friedensvorschläge als Verhandlungsgrundlage anzunehmen. Er habe eine entsprechende Erklärung dem Ministerrat gerade vorlegen wollen, als Hoare unter dem Druck des Parlaments zurückgetreten sei. Wenn in Abessinien jetzt noch Blut vergossen würde, so trüge daran das engl[ische]. Parlament die Schuld. Auf diese Haltung Mussolinis dürfte auch die Verschleppungstaktik des engl[ischen]. Kabinetts in der Frage der Oelsanktionen, die auffällige Mässigung der engl[ischen]. Presse in ihren Angriffen gegen Italien u. die dafür stets stärkere Hervorhebung der deutschen Gefahr zurückzuführen sein. Von grossem Interesse ist in diesem Zusammenhang ein Rechtfertigungsschreiben Hoares an seine Wähler, in dem er darauf hinweist, dass Deutschland gerüstet sei wie noch nie, u. dass deshalb alles getan werden müsse, um Italien in die gemeinsame Front von Stresa zu-

Front von Stresa = Abkommen vom April 1935 zur Bestätigung

des Locarno-Paktes, das nur zwei Monate hielt

rückzubringen. Ein Ausgleich der engl[ischen]. u. franz[ösischen] Ansichten könnte in der Richtung des vom türk[ischen]. Aussenminister in einem Interview erwähnten Vorschlages liegen, den Artikel 16 des Völkerbundpaktes derart zu erweitern, dass sich die dem Völkerbund angehörenden Staaten den militär[ischen]. Beistand für den Fall eines Angriffes zusagen. Dieser Vorschlag käme in gewisser Weise den engl[ischen]. Beistandswünschen im Mittelmeer u. Fernen Osten, als auch den franz[ösischen]. Bestrebungen entgegen, um Deutschland einen festen, von der Ostsee bis zum Mittelmeer reichenden militärischen Ring zu legen. Gleichzeitig wäre damit die Frage der Heranziehung des Rätebundes zur Garantierung des Status Quo in Mitteleuropa unter Umgehung einer Reihe von Hindernissen gelöst.

– 2 –

Nach Rüschdi Aras ist dieser Gedanke gewissermassen der Extrakt des Pariser Meinungsaustausches. Dass es so sein kann, dafür spricht ein Frage- u. Antwortspiel im engl[ischen]. Unterhaus. Auf die Anfrage, ob ~~dies~~ die engl[ische]. Reg[ierung]. Russland ersucht habe, sich an event[uellen]. Abwehrmassnahmen im Mittelmeer zu beteiligen, antwortete Eden mit nein. Die weitere Anfrage, ob dies die engl[ische]. Reg[ierung]. noch zu tun gedenke, beantwortete Eden dahingehend, dass er sich das noch überlegen müsse. Im Verlaufe der Pariser Verhandlungen ist es jedenfalls den Engländern klar geworden, dass eine Regelung der europ[äischen]. Fragen ohne Italien auf allzugrosse Widerstände stösst. Polen, Ungarn, Bulgarien, Oesterreich u. vor allem Frankreich lehnen dies ab. In der Balkanfrage ist Frankreich durch eines der Abkommen vom Januar 1935 gegenüber Italien gebunden u. es steht weiterhin mit ziemlicher Sicherheit fest dass sich Frankreich in einem anderen Abkommen verpflichtet haben muss, die Erweiterung des ital[ienischen]. Einflusses in Abessinien wohlwollend zu fördern. England kann also auf eine Unterstützung durch Frankreich nur dann zählen, wenn es sich in dem Rahmen der franz[ösische]. Politik einordnet. Dies wird

Flandin, der ohne Zweifel ein besseres Einvernehmen zwischen Frankreich u. England herstellen will, dem engl[ischen]. Kabinett klar gemacht haben. Die Laval-Hoarschen Friedensvorschläge sind deshalb keineswegs tot, sie dürften vielmehr bald, je nach dem Stand der Dinge, eine Auferstehung in vielleicht etwas abgeänderter Form feiern.

Die ital[ienische] Presse zeigte sich sehr erfreut darüber, dass Frankreich eine Regelung der Balkanfrage ohne Italien ablehnt u. erklärte, dass Italien im anderen Falle der als gefährliche Einkreisung gewertet werden würde, von dem franz[ösischen]. Abkommen den römischen Protokollen (Oesterreich u. Ungarn) u. dem Locarnovertrag zurücktreten müsse. Eine Beteiligung Russlands an der Regelung der Donaufrage lehnt die ital[ienische]. Presse einstweilen ab.

Auf eine Bemerkung des „Temps“, dass die Pariser Verhandlungen keine Neuorientierung der internationalen Politik bedeuteten, antwortete die „Köln[ische]. Z[ei]t[un]g.“ vom 10.2.36.: Der Temps habe Recht, dass nichts Neues geschehe. Neu sei das System nicht, Deutschland mit einem Ring von bewaffneten Bündnissen zu umgeben. Dem „Temps“ zufolge sei Deutschland an der Störung [des] **internationalen Gleichgewichtes schuld: es sei aus dem Völkerbund ausgetreten, habe die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht geachtet, übermässig aufgerüstet, sich geweigert, den kollektiven Sicherheitspakten beizutreten u. verlange ein Kolonialreich. Das seien bedrohliche Zeichen. Deshalb müssten die militärischen, finanziellen u. moralischen Gegenkräfte gestärkt werden. In London, schrieb die „K[ölnische].Z[eitung].“ blase man dieselbe Melodie. Deutschland verwahre sich dagegen, Störer des Friedens genannt zu werden.**

Am Dienstag wurde in der franz[ösischen]. Kammer die Aussprache über den franz[ösisch].-räteb[ündischen]. Beistandspakt eröffnet. Die Rechte beantragte Vertagung der Debatte

bis zur Regelung der Frage der Vorkriegsschulden. Flandin widersprach dem u. machte geltend, dass es sich um einen politischen Vertrag handele, der mit Finanzfragen nichts zu tun habe. Frankreichs Forderungen in der Schuldenfrage würden aufrecht erhalten, sie könnten aber nur bei Besprechungen von Wirtschafts- u. Finanzverträgen vorgebracht werden. Hierauf wurde der Vertagungsantrag zurückgezogen. Weiterhin kritisierte die Rechte, dass in dem Vertrage die militärischen Verpflichtungen nicht klar festgelegt seien. Die Aussprache wurde dann bis Donnerstag vertagt.

Am Wochenanfang traf übrigens Marschall Tuchatschewski in Paris ein u. nahm Verhandlungen mit dem franz[ösische]. Generalstab auf. Man einigte sich u.a. über den Austausch von Offizieren: eine Anzahl russ[ischer]. Offiziere sollen von den franz[ösischen]. Militärakademien übernommen werden, während Russland franz[ösische]. Offiziere zum Studium des Flugwesens einlädt. Tuchatschewski forderte weiterhin den General Gamelin zu einem Gegenbesuch auf.

Maurice Gamelin, 1872-1958, ab 1931 französischer Generalstabschef

Die ital[ienische] Presse, die anfänglich die franz[ösische]. Rechte zum Widerstand gegen den franz[ösisch].-russ[ischen]. Beistandspakt aufstachelte, hat plötzlich die Anweisung bekommen, sich in der Besprechung des Paktes u. der Donauraumfrage grösster Zurückhaltung zu befleissigen.

Die deutsche Presse hebt hervor, dass durch die Ratifizierung des franz[ösisch].-russ[ischen]. Paktes das deutsch-franz[ösische]. Annäherungswerk einen schweren Schlag erleiden müsste, von dem es sich wohl niemals wieder erholen würde. Allenthalben wird folgende Stelle aus der Rede des Führers vom 21. Mai 1935 zitiert: „Im Übrigen sehen wir in dem Abschluss der uns bekannt gewordenen Beistandspakte eine Entwicklung, die sich in nichts mehr unterscheidet von der Bildung der früheren Allianzen. Wir bedauern dies beson-

ders deshalb, weil durch das zwischen Russland u. Frankreich abgeschlossene Militärbündnis ohne Zweifel in dem einzig klaren u. wirklich wertvollen Sicherheitsvertrag in Europa, namlich den Locarnopakt, ein Element der Rechtsunsicherheit hineingetragen wird.“

Auf dem abess[inischen]. Kriegsschauplatz fanden grössere Kampfhandlungen, infolge starker Regengüsse – die kleine Regenzeit hat begonnen – nicht statt. Bei einem grossen Fliegerangriff wurde Dessie, wo sich das Hauptquartier des Negus befindet, mit 100 Spreng- u. Brandbomben belegt. Mehrere Zivilisten wurden getötet u. verwundet. Die Dörfer in der Umgebung waren ebenfalls Ziele weiterer Fliegerangriffe.

In Syrien ist eine starke Freiheitsbewegung gegen die franz[ösische]. Mandatsherrschaft aufgeflammt. In Damaskus wurde schon vor drei Wochen der Generalstreik ausgerufen. Von Zeit zu Zeit finden grosse Demonstrationen statt. Die Bewegung griff dann auf andere Städte über. In Hanna u. Homs kam es zu Zusammenstössen mit der Polizei. Es gab sieben Tote in Hanna u. 3 in Homs. Bei der Beerdigung der Opfer in Hanna kam es zu neuen Schiessereien. 3 Tote u. mehrere Verwundete blieben auf dem Platze.

Die Bewegung in Chile breitete sich aus. Die Bergarbeiter, Strassenbahner, Bau- u. Textilarbeiter u. Bäcker schlossen sich dem Eisenbahnerstreik an. Zahlreiche Kämpfe zwischen Streikenden u. Militär fanden statt. In Santiago u. anderen Städten wurde der Belagerungszustand erklärt. Zahlreiche Linksdemokraten Sozialisten u. Kommunisten wurden verhaftet, vor das Kriegsgericht gestellt oder verbannt. Die Reg[ierung]. behauptet Herr der Lage zu sein. Ueber die Anzahl der Opfer ist nichts bekannt.

Der Kommandeur der russ[ischen]. fernöstl[ichen]. Armee, Marschall Blücher, sandte der Reg[ierung]. einen schriftlichen Bericht über die Zwischenfälle an der mandsch[urisch].-

russ[ischen]. Grenze. Danach meuterten Anfang Februar eine mandsch[urischen]. Abteilung u. trat auf russ[isches]. Gebiet über. Hierauf unternahmen mandschur[ische]. Truppen Strafexpeditionen gegen die russ[ischen]. Grenzwachen. Auf russ[ischem]. Gebiet fanden mehrere Gefechte statt, bei denen einige Rotarmisten getötet u. verwundet wurden. Die mandsch[urischen]. Truppen wurden über die Grenze zurückgetrieben.

Nun einige Antworten auf die von Dir gestellten Fragen. In den Zeitungen war von einer Kündigung u. einem Ablauf des Locarnovertrages im Sommer 1936 zu lesen. England, Belgien u. Italien halten am Locarnovertrag fest. Belgien hat die Gerüchte über eine Besetzung der entmilitärisierten Zone zum Anlass genommen, um die Truppen an der Ostgrenze zu verstärken u. aufzurüsten. Aussenpolitische Auswirkungen der Machtkämpfe in den Reihen der Pilsudskisten sind noch nicht sichtbar, obwohl auch ohne Zweifel bei diesen Kämpfen aussenpol[itische]. Fragen eine Rolle spielen. Polen steht dem Rätebund noch ablehnend gegenüber, hält jedoch an dem Bündnis mit Frankreich fest. Russland wurde bisher noch nicht zur Flottenkonferenz herangezogen. Der Gedanke wird noch geprüft. Von einer Teilnahme Deutschlands war einmal kurze Zeit die Rede; jetzt hört man nichts mehr davon. Die Sache mit den memelländer Nationalsozialisten stimmt. Sie sind aber noch nicht bewilligt worden. Um die Memelfrage ist es gegenwärtig ziemlich still geworden. Wahrscheinlich werden Volksfrontparteien in Frankreich auch ein Stichwahlabkommen treffen. Darüber ist aber noch nichts bekannt, da die Wahlen erst Ende April stattfinden. Wann das neue Strafgesetzbuch in Deutschland eingeführt wird ist unbekannt. Es wird z. Z durchberaten. 14 Millrd. Rubel sind gleich 7 Millrd. RM, 1 Rubel gleich 3 Franken.

Anhänger des 1935 verstorbenen polnischen Staatsoberhaupts Józef Piłsudski

30 Anna Sander an Erich Sander 20.2.1936

20.II.36

1.

Mit der Abreise Hodzas, Titulescus, Rüschdi Aras' u. Tuchatschewskis von Paris ist nunmehr auch die zweite Phase der Pariser Verhandlungen beendet. Hodza u. Rüschdi Aras unterbrachen in Wien die Rückreise u. nahmen noch einmal Fühlung mit dem österr. Kabinett. Der Minister des Aeusseren Berger-Waldenegg war gerade im Begriffe nach Florenz abzureisen, wo eine Unterredung mit Suvich geplant ist.
Die Zeitungen berichteten, dass die Verhandlungen Hodzas mit Flandin Uebereinstimmung in allen Punkten ergeben hätten, während seine Unterredungen mit Titulescu weniger befriedigend gewesen seien. Hodza wird deshalb Ausgang Februar nach Bukarest u. Belgrad reisen.
In einer Unterredung mit dem Vertreter des "Journal" hat Hodza über den Gegenstand der Beratungen folgendes ausgeführt: Angestrebt werde 1. der wirtschaftliche u. politische Zusammenschluss aller Donaustaaten. Der Anfang sei mit Oesterreich gemacht, Bulgarien u. Ungarn könnten jederzeit die Beziehungen anknüpfen. 2.ein Garantievertrag über Oesterreich für den Fall eines deutschen Angriffes unter Heranziehung Frankreichs, Englands, Italiens u. des Rätebundes. 3.ein allgemeiner Beistandspakt aller Völkerbundsstaaten für den Fall eines deutschen Angriffes im Westen oder Osten. Nach einigen bissigen Seitenhieben auf Deutschland fügte Hodza hinzu, dass diese Pläne der Verwirklichung schon näher stünden als manche ahnten.
Die Aussprache über den Russenpakt in der franz. Kammer schleppt sich nur langsam dahin. Am Donnerstag, den 13. 2. ergriff der Abg. Montigny von der Rechten das Wort u. frug, welcher Art der Beistand sei, zu dem sich Frankreich in dem Vertrage verpflichtet habe? Vermutlich handele es sich um militärische Vereinbarungen. Solche Verpflichtungen seien gleichbedeutend mit den alten Bündnissen. Er fordere anstatt dieser Verhandlungen mit Deutschland. Der Berichterstatter Torres antwortete, dass Frankreich über die Form des Beistandes selbst entscheiden könne u. keine anderen Verpflichtungen dem Rätebund gegenüber übernommen habe als gegenüber Polen, der Tschechoslowakei u. den Locarnomächten. Hierauf wurde die Aussprache erneut bis Dienstag vertagt.
Der russische Botschafter Potemkin beschwerte sich Ende vergangener Woche bei Flandin über den langsamen Gang der Ratifizierungsdebatten. Gleichzeitig veröffentlichten "Prawda" u. "Iswestija" fast gleichlautende Artikel, in denen erklärt wurde, dass Sowjetrussland nicht auf eine Hilfe zu seiner Verteidigung angewiesen sei. Durch die Macht der Roten Armee seien seine Grenzen gesichert. Anders sei die Lage Frankreichs. Frankreich finde nur Schutz in der kollektiven Sicherheit. Der Pakt sei von Frankreich vorgeschlagen worden u. Sowjetrussland habe nur "den dringenden Bitten des Herrn Barthou Stufe um Stufe nachgegeben". Die Gegnerschaft reaktionärer Elemente sei befremdlich. Sie unterstützten damit aus klassenmässiger Verblendung heraus nur Deutschland in der Verwirklichung seiner Ziele.
Ein Teil der polnischen Presse sieht in dem Abschluss des Russenpaktes einen gefährlichen Schritt Frankreichs, da Russland eine grosse Unbekannte sei. Die Vorteile für Frankreich seien zweifelhaft, da Russland keine gemeinsame Grenze mit Deutschland habe. Die poln. Oeffentlichkeit stehe dem Vertrage kritisch u. ablehnend gegenüber. Diese Ansichten dürften der Einstellung der poln. Reg. entsprechen, die aber im Lager der Pilsudskisten auf oppos. Strömungen stösst (Oberstengruppe). Der Ministerpräsident erklärte im Sejm anfangs der Woche, dass Polens Aussenpolitik in ihren Grundlinien für absehbare Zeit festliege, u. dass innerpolitisch die vom Pilsudski in seinen letzten Tagen geschaffene Verfassung Richtschnur des Handelns sein müsse u. nicht die Ansichten der Oberstengruppe.
Im englischen Unterhaus fanden bemerkenswerte Debatten über die Kolonial- u. Wehrfragen statt. Zu einem Antrage Lansburys, eine Weltkonferenz zur Beratung der besseren Verteilung der Rohstoffe einzuberufen, erklärte ein Unterstaatssekretär, dass eine Konferenz nicht zeitgemäss sei. Die Reg. habe einen Ausschuss zur Prüfung dieser Frage eingesetzt. Auf die Frage des Unterstaatssekr.

1.

Mit der Abreise Hodzas, Titulescus, Rüschdi Aras' u. Tuchatschewkis von Paris ist nunmehr auch die zweite Phase der Pariser Verhandlungen beendet. Hodza u. Rüschdi Aras unterbrechen in Wien die Rückreise u. nahmen noch einmal Fühlung mit dem österr[eichischen]. Kabinett. Der Minister des Aeusseren Berger-Waldenegg war gerade im Begriffe nach Florenz abzureisen, wo eine Unterredung mit Suvich geplant ist.

Die Zeitungen berichteten, dass die Verhandlungen Hodzas mit Flandin Uebereinstimmung in allen Punkten ergeben hätten, während seine Unterredungen mit Titulescu weniger befriedigend gewesen seien. Hodza wird deshalb Ausgang Februar nach Bukarest u. Belgrad reisen.

In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Journal“ hat Hodza über den Gegenstand der Beratungen folgendes ausgeführt: Angestrebt werde

1. der wirtschaftliche u. politische Zusammenschluss aller Donaustaaten. Der Anfang sei mit Oesterreich gemacht, Bulgarien u. Ungarn könnten jederzeit die Beziehungen anknüpfen.

2. ein Garantievertrag über Oesterreich für den Fall eines deutschen Angriffes unter Heranziehung Frankreichs, Englands, Italiens u. des Rätebundes.

3. ein allgemeiner Beistandspakt aller Völkerbundsstaaten für den Fall eines deutschen Angriffes im Westen oder Osten.

Nach einigen bissigen Seitenhieben auf Deutschland fügte Hodza hinzu, dass diese Pläne der Verwirklichung schon näher stünden als manche ahnten.

Die Aussprache über den Russenpakt in der franz[ösischen]. Kammer schleppt sich nur langsam dahin. Am Donnerstag, den 13. 2. ergriff der Abg[eordnete]. Montigny von der Rechten das Wort u. frug, welcher Art der Beistand sei, zu dem sich

Frankreich in dem Vertrage verpflichtet habe? Vermutlich handele es sich um militärische Vereinbarungen. Solche Verpflichtungen seien gleichbedeutend mit den alten Bündnissen. Er fordere anstatt dieser Verhandlungen mit Deutschland. Der Berichterstatter Torres antwortete, dass Frankreich über die Form des Beistandes selbst entscheiden könne. u. keine anderen Verpflichtungen dem Rätebund gegenüber übernommen habe als gegenüber Polen, der Tschechoslowakei u. den Locarnomächten. Hierauf wurde die Aussprache erneut bis Dienstag vertagt.

Der russische Botschafter Potemkin beschwerte sich Ende vergangener Woche bei Flandin über den langsamen Gang der Ratifizierungsdebatten. Gleichzeitig veröffentlichten „Prawda" u. „Iswestija" fast gleichlautende Artikel, in denen erklärt wurde, dass Sowjetrussland nicht auf eine Hilfe zu seiner Verteidigung angewiesen sei. Durch die Macht der Roten Armee seien seine Grenzen gesichert. Anders sei die Lage Frankreichs. Frankreich finde nur Schutz in der kollektiven Sicherheit. Der Pakt sei von Frankreich vorgeschlagen worden u. Sowjetrussland habe nur „den dringenden Bitten des Herrn Barthou Stufe um Stufe nachgegeben". Die Gegnerschaft reaktionärer Elemente sei befremdlich. Sie unterstützten damit aus klassenmässiger Verblendung heraus nur Deutschland in der Verwirklichung seiner Ziele.

Louis Barthou (1862-1934), 1934 französischer Außenminister

Ein Teil der polnischen Presse sieht in dem Abschluss des Russenpaktes einen gefährlichen Schritt Frankreichs, da Russland eine grosse Unbekannte sei. Die Vorteile für Frankreich seien zweifelhaft, da Russland keine gemeinsame Grenze mit Deutschland habe. Die poln[ische]. Oeffentlichkeit stehe dem Vertrage kritisch u. ablehnend gegenüber. Diese Ansichten dürften der Einstellung der poln[ischen]. Reg[ierung]. entsprechen, die aber im Lager der Pilsudskisten auf oppos[itionelle]. Strömungen stösst (Oberstengruppe). Der Ministerpräsident erklärte im Sejm anfangs der Woche, dass Polens Aussenpolitik in ihren Grundlinien für absehbare Zeit

Eine Gruppe von Offizieren um den Marschall Edward Rydz-Śmigły

festliege, u. dass innerpolitisch die von Pilsudski in seinen letzten Tagen geschaffene Verfassung Richtschnur des Handelns sein müsse u. nicht die Ansichten der Oberstengruppe.

George Lansbury (1859-1940), britischer Politiker, Pazifist, 1932-35 Vorsitzender der Labour Party

Im englischen Unterhaus fanden bemerkenswerte Debatten über die Kolonial- u. Wehrfragen statt. Zu einem Antrage Lansburys, eine Weltkonferenz zur Beratung der besseren Verteilung der Rohstoffe einzuberufen, erklärte ein Unterstaatssekretär, dass eine Konferenz nicht zeitgemäss sei. Die Reg[ierung]. habe einen Ausschuss zur Prüfung dieser Frage eingesetzt. Auf die Frage des Unterstaatssekr[etär].

2.

an Lansbury, ob er englische Kolonien verschenken. wolle, antwortete dieser mit einem Nein. Lloyd George regte eine Neuverteilung der Mandatsländer an, um Italien zu befriedigen. An einem der folgenden Tage erklärte darauf Kolonialminister Thomas unter allgemeiner Zustimmung, dass die Reg[ierung]. nicht die Absicht habe, einen Teil der Kolonien und Mandatsländer anderen zu überlassen. Bei der Beratung eines Antrages des Admirals Lucker, die Wehrministerien in einem Verteidigungsministerium zusammenzufassen, ergriff Austen Chamberlain das Wort u. erklärte, dass der Ministerpräsident Baldwin seiner Aufgabe als Vorsitzender des Verteidigungsrates nicht gerecht werde. Baldwin habe sich zweimal bei der Beurteilung der europäischen Lage geirrt u. sei dem Unterhaus immer noch die Erklärung über das „furchtbare Geheimnis" schuldig, von dem er bei der Debatte über die Laval-Hoar[e]**schen Friedensvorschläge gesprochen habe. Notwendig sei einen anderen Minister zum Vorsitzenden des Verteidigungsrates zu bestellen.**

Der Völkerbundsausschuss zur Prüfung der Frage der Rohstoffsperre nahm einen Bericht zur Frage der Oelsperre an, in dem es heisst, dass

1.) eine Sperre gegen Italien nach 3 Monaten wirksam würde;

2.) eine Sperre nur dann wirksam werden könne, wenn die U.S.A. die Ausfuhr auf den Stand von 1935 beschränken würde;

3. eine Sperre über Ersatzstoffe (Industriealkohol u. Benzol) verhängt werden müsste;

4. bei einer Beförderungssperre am zweckmässigsten den Tankschiffen der Zugang nach Italien zu verbieten wäre.

Die Frage der Oelsperre wird nach wie vor von der engl[ischen]. Reg[ierung]. verschleppt. Die Sanktionskonferenz soll erst Anfang März zusammentreten. Hierbei spielt auch die Haltung Amerikas eine Rolle. Gegen das neue Neutralitätsgesetz machte sich im Kongress wachsender Widerstand bemerkbar. Die Republikaner sehen darin eine Verknüpfung der amerikanischen u. der europäischen Politik.

Key Denson Pittman (1872-1940), 1913-40 demokratischer Senator von Nevada

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Senats, Senator Piltmann, hielt in der vergangenen Woche im Senat eine scharfe Rede gegen Japan. Er sprach von japan[ischen]. Drohungen, japan[ischer]. Arroganz u. von Verträgen, die rücksichtslos verletzt würden. Japan wolle den U.S.A. die Tür in China schliessen. Die Eroberung der Mandschurei sei eine Verletzung des Kelloggpakts u. des Neunmächte-Vertrages über China. Noch nie habe man so undiplomatische Worte u. impertinente Drohungen gehört, wie sie der japan[ische] Flottenchef Takahashi geäussert habe als er erklärte, dass Japan den Wirkungsbereich seiner Flotte nach Borneo, Celebes u. Neuguinea ausdehnen müsse, wenn die U.S.A. nicht auf ihre Flottenpolitik verzichten würden, die auf eine Erweiterung ihres Aussenhandels abzielten. Ein neuer Grenzzwischenfall ereignete sich an der aussenmong[olisch]-mandsch[urischen]. Grenze. Japan[ische]. u. mandsch[urischen]. Truppen in Stärke von 500 Mann mit Geschützen u. Tanks griffen eine aussenmongol[ische]. Grenzwache an, die sich zurückzog u. Verstärkung anforderte. Nach dem Eintreffen der Verstärkung kam es zum Kampf. Die Japaner verloren 10 Tote u. 20 Verwundete u. wurden über die Grenze

zurückgetrieben. Die Mongolen hatten 1 Toten u. 7 Verwundete. Ein Vorschlag der Rätereg[ierung]., die Grenzzwischenfälle von einer neutralen Kommission untersuchen zu lassen, wurde vom jap[anischen]. Kabinett abgelehnt. Den jap[anischen]. Vorschlag, die Grenzen durch eine gemeinsame Kommiss[ion]. festzusetzen, lehnte die Rätereg[ierung]. ab, da die Grenzen schon feststünden. Die russ[ischen]. Konsulate in der Mandschurei wurden geschlossen, nachdem die Räte-Reg[ierung]. die Zulassung weiterer mandsch[urischer]. Konsulate – es gibt deren drei in der Sowjetunion – abgelehnt hatte. Sämtliche Japaner wurden aus dem russ[ischen]. Militärgebiet im fernen Osten ausgewiesen. In diesem Gebiet sind übrigens die strategischen Vorbereitungen für den Fall eines jap[anischen]. Angriffes ziemlich abgeschlossen. Der russ[isch].-mandsch[urische]. Grenze entlang zieht sich ein starker Sperrfortgürtel. Die fernöstliche rote Armee verfügt über die modernsten Kriegswaffen u. ist den japan[isch].-mandsch[urischen]. Truppen zahlenmässig dreimal überlegen. Mehrere neue Bahnlinien wurden erbaut, darunter eine an der Nordspitze des Baikalsees vorbeiführende Parallel-Linie zu der in Wladiwostok endenden sibirischen Bahn, die die Südspitze des Baikalsees streift. Der „Köln[ischen]. Volksz[ei]t[un]g." zufolge erklärte ein russ[ischer]. Diplomat, dass jede Vermehrung der jap[anischen]. Truppen in der Mandschurei als Angriff aufgefasst u. mit der Eröffnung einer Offensive beantwortet werden wurde.

Die Corteswahlen in Spanien brachten den Volksfrontparteien einen vollen Erfolg. Nach Schätzungen – die amtlichen Wahlresultate stehen noch aus – werden die Linken

von 473 Sitzen ca. 260-270 einnehmen. Die absolute Mehrheit der Linken ist nach den bisher veröffentlichten amtlichen Ergebnissen gesichert. Die Rechte erlitt eine grosse Niederlage, die Mitte wurde fast völlig aufgerieben. Von den Rechtsparteien vermochte nur die Kath[olische]. Volksaktion einige Manda-

Vermutlich ist die katholisch-monarchistische Acción popular gemeint, die 1933 im konservativen Wahlbündnis Confederación Española de Derechas Autónomas

aufging

Manuel Azaña (1880-1940), 1931-33 und 1936 spanischer Ministerpräsident, 1936-39 spanischer Präsident

te zu gewinnen; die anderen erlitten katastrophale Verluste. So verloren die Monarchisten von bisher 43 Mandaten 32 u. die Agrarier gar von 86 Mandaten 74. Die von Lerroux geführte Radikale Partei (Mitte), die in den alten Cortes 104 Mandate innehatte, behielt davon nur noch ca. 30. Die Katal[anische]. Rechte (auch eine Mittelpartei) ging von 25 Abg. auf 10 zurück. Die Republ[ikanische]. Union (Volksfrontpartei) dagegen stieg von 18 auf 27 Mandate u. die von Azana geführten Linksrepublikaner errangen bisher 63 Sitze. Die Sozialdemokraten konnten Mandatszahlen von 58 auf 77 erhöhen u. die Kommunisten von drei auf 11. Es handelt sich hierbei, wie gesagt, um vorläufige Angaben. Im Endergebnis dürften die Gewinne der Linken noch erheblich ansteigen. Am Wahltage kam es in verschiedenen Städten zu Zusammenstössen, wobei es ca. 10 Tote u. 25 Verletzte gab. Montag fanden in fast allen grossen Städten – die Linke erreichte in diesen von einigen Ausnahmen abgesehen, die absolute Mehrheit – Demonstrationen für die Freilassung der politischen Gefangenen statt – es handelt sich um etwa 30 000. In Madrid kam es vor dem Gefängnis zu einer Schiesserei. Ein Demonstrant wurde getötet u. mehrere verwundet. Die Arbeiter sandten eine Delegation zum Ministerpräsidenten, der die Freilassung der Häftlinge zusagte. In Saragossa wurde der Generalstreik verkündet. Auf die gegen die Demonstranten vorgehende Polizei wurde aus den Häusern geschossen. 2 Tote u. 2 Schwerverletzte u. mehrere Verwundete blieben auf dem Platze. In Cartagena, Valencia u. einigen anderen Städten meuterten die politischen Gefangenen. Teils wurden die Gefängnisse in Brand gesteckt, teils wurden die Wärter u. Direktoren als Geiseln festgehalten. Ein Polizeioffizier wurde getötet. Es gelang Abg[eordneten]. der Linksparteien die Meuterer zu beschwichtigen. In Barcelona setzten die Massen die Wiedereinsetzung des alten Stadtrates durch. Ueber ganz Spanien wurde der Belagerungszustand verhängt; in mehreren Städten der Kriegszustand erklärt. Hunderte von Rechtspolitikern sind ins Ausland geflohen; in Gibraltar trafen bisher allein 100 ein. Die Linksrepubl[ikanischen]. Parteien u. Sozialdemokraten fordern die Bevölkerung zur Wahrung der

Ruhe u. Ordnung auf. Die Reg[ierung]. wird wahrscheinlich noch im Laufe der Woche zurücktreten u. einem Linkskabinett unter Führung Azanas Platz machen. Zu bemerken ist noch, dass es bei den Sozialdemokraten einen sehr starken linken Flügel gibt.

Donnerstag den 13.2. wurde der franz[ösische]. Sozialistenführer Leon Blum beim Verlassen der Kammer von 4 Royalisten überfallen. Es gelang ihm aber in dem Auto eines soz[ialistischen]. Abg[eordneten]. zu entkommen. Als das Auto in einer von der Polizei abgesperrten Strasse halten musste, in deren Nähe der Leichenzug des rechtsgerichteten Schriftstellers Bainville vorbeimarschierte, wurde ein neuer Anschlag auf Blum verübt. Royalisten zertrümmerten die Fensterscheiben des Autos, zogen Blum heraus u. schlugen mit Stöcken u. Fäusten auf ihn ein. Blum flüchtete u. blieb in einem Hause blutüberströmt liegen. Die Verletzungen erwiesen sich im Krankenhaus, wohin man ihn nach seinem Auffinden schaffte, als nicht schwer. Sofort nach dem Bekanntwerden des Ueberfalls in der Kammer, trat die soz. Kammerfraktion zusammen. Die Sitzung erweiterte sich durch Hinzukommen von Abg[geordneten]. der Volksfrontparteien zu einer Tagung der Volksfront. Es wurde beschlossen in der Kammer eine Interpellation einzubringen, in der gefordert wurde:

León Daudet (1867-1942), Schriftsteller und Mitbegründer der „Action française“

Charles Maurras (1868-1952), Schriftsteller und Mitbegründer der „Action française“

1. Verhaftung Leon Daudets u. Mar. Maurras (Führer der Action Francaise);

2. Auflösung der Action Francaise u. ihrer Bünde;

3. strenge gerichtliche Untersuchung des Attentats;

4. sofortige Verhaftung aller am Attentat Schuldigen.

Weiterhin wurde eine Delegation zum Ministerpräsidenten Sarraut gesandt. Nachmittags ergriff Sarraut in der Kammer das Wort u. erklärte, dass die Reg[ierung]. organisierte Anschläge u. die Behinderung der Bewegungsfreiheit nicht zulassen werde. Zwei Untersuchungen seien eingeleitet worden: 1. Gegen die Zeitungen u. Flugschriften, die zur Gewaltanwendung aufgefordert hätten; 2. Gegen die Angreifer Leon Blums. Die Linke forderte die Anwendung schärfster Massregeln ge-

gen die fasch[istischen]. Bünde, damit dieser Ueberfall die letzte Kundgebung dieser Art gewesen sei. Die Redner der Rechten wurden niedergeschrien. In einer ausserordentlichen Sitzung beschloss der Ministerrat abends die Auflösung der Liga Action Francaise,

des Studentenverb[andes der]. Act[ion]. Franc[aise]. u. des Camelot du Roy; ferner die Einleitung eines Strafverfahrens gegen die Z[ei]t[un]g. „Action Francaise“ wegen Aufforderung zum Mord. Freitagmorgen wurden die in der Nacht vom Präsidenten der Rep[ublik]. unterzeichneten Dekrete veröffentlicht u. in den Räumen der „Action Francaise“ eine Haussuchung vorgenommen. Dabei wurde der Hut u. die Krawatte Leon Blums gefunden u. ein Filmstreifen beschlagnahmt, der den Ueberfall festgehalten hat. Drei von den Tätern waren darauf zu erkennen u. wurden verhaftet. Mehrere andere Royalisten wurden ebenfalls verhaftet u. nach einem Verhör wieder freigelassen. Am selben Tage erschien ein komm[unistischer]. Maueranschlag, in dem es hiess: „Das Mass ist voll! Die Arbeiterklasse erklärt sich in den Zustand der Notwehr. Die Arbeiter sind entschlossen ihre Verbände, Männer u. Freiheit zu verteidigen.“ Ein sozialdemokratischer Maueranschlag enthielt ein Angebot an die Volksfrontparteien, eine gemeinsame Kundgebung am Sonntag zu veranstalten. „Humanite“ u. „Populaire“ forderten die Auflösung aller fasch[istischen]. Bünde u. die Verhaftung ihrer Führer. Die Volksfront beschloss am Sonntag eine grosse Kundgebung in Paris zu veranstalten u. erwirkte dafür die Genehmigung von der Reg[ierung]., obwohl derartige Veranstaltungen eigentlich 4 Tage vorher angemeldet werden müssen. Gestattet wurde das Mitführen roter Fahnen u. das Singen der Marseillaise. Freitagabend drangen im 14. Bez. etwa 60 Volksfrontanhänger in einen Versammlungsraum der „Action Francaise“ ein, zertrümmerten die Einrichtung u. misshandelten die Versammlungsteilnehmer. Es gab einige Verletzte. An der Kundgebung am Sonntag nahmen 500000 Mann teil, jedoch nur wenig Anhänger der Sozialrad[ikalen].

Die Presseorgane der Kommunisten und der Sozialisten

Die roten Fahnen u. Sowjetfahnen überwogen stark. Die Klänge der Internationale übertönten die Marseillaise. In mehreren Provinzstädten kam es im Verlaufe des Sonntags zu Zusammenstössen Rechts- u. Linksgerichteter. Es gab viele Verletzte.

Die nationale Freiheitsbewegung in Syrien breitete sich weiter aus. Der Generalstreik herrscht jetzt ausser in Aleppo, Homs, Homa, Tripolis u. Saida u. greift auf die libanesischen Städte über. (Beirut u.s.w.) In Tripolis gab es bei einer Demonstration 5 Tote u. viele Verletzte. In anderen Städten gab es gleichfalls Tote u. Verletzte bei Zusammenstößen mit der Polizei. Genaue Angaben fehlen hier. In Damaskus wurde der Palast des Präsidenten d. Rep[ublik]. von einer Volksmenge angegriffen. Der Belagerungszustand wurde verhängt u. Maschinengewehre in Stellung gebracht. Mehr als 4 Mann dürfen nicht beieinanderstehen. Der Strassenbahnverkehr wurde unter Polizeischutz aufgenommen, jedoch wurden die Bahnen von der Bevölkerung nicht benutzt.

In Paraguay wurde die Reg[ierung]. durch aufständige [sic!] **Militärs verjagt. In der Hauptstadt von Venezuela, Caracas, brach ein Generalstreik aus. Bei einer Demonstration gegen den Gouverneur wurden 10 Mann getötet u. 25 verletzt. Der Gouverneur wurde abgesetzt.**

Der ital[ienische]. Heeresbericht verzeichnet eine Schlacht südöstl[ich]. von Makalle die vom 10.-17. Febr[uar]. andauerte. Die Abessinier wurden geschlagen, traten aber einen geordneten Rückzug an. Der Kampf drehte sich um einen 8 km langen, bis zu 3000 m hohen Bergrücken, den Amba Aradam. 70 000 Ital[iener]., zwei Armeekorps, fochten gegen ca. 60 000 Abessinier. Es gelang den Ital[ienern]. nach hartnäckigen, zeitweise vom Regen unterbrochenen Kämpfen den Berg zu umgehen. Die abess[inischen]. Verluste sind hoch, jedoch fehlen genaue Angaben. Die Italiener verloren ca. 1000 Mann an Toten u. Verw. Zweck des ital[ienischen] Angriffes war, den Druck auf

Makalle zu lockern u. den Weg nach Dessie frei zu machen. Die Auswertung des Sieges wird den Ital[ienern]. durch den Regen sehr erschwert.

Der „Völk[ische]. Beob[achter].“ berichtet über Oesterreich, dass eine starke Radikalisierung der Arbeitermassen vor sich gegangen sei. Die Sozialdemokraten u. Komm[unisten]. hätten eine Einheitsfront gebildet u. entfalteten eine lebhafte illeg[ale]. Tätigkeit. In den Betrieben u. Wehrverbänden existierten zahlreiche komm[unistische]. Zellen. In letzter Zeit seien etliche aufgehoben worden. Die Amnestierung der Teilnehmer an den Februarkämpfen sei eine Konzession an die rebellierenden Arbeitermassen gewesen. Die Reg[ierung]. habe mit sozial[demokratischen]. Emigranten verhandelt, jedoch seien die Verhandlungen an den Forderungen der Emigranten – Zulassung der legalen Parteibetätigung – gescheitert. Die Zulassung von ehemaligen soz[ialdemokratischen]. Funktionären zur Arbeit im Gewerkschaftsbund habe auch nicht zu einer Entspannung geführt. Die Arbeiter lehnen jede Kompromisselei ab.

Im Zentralorgan der tschech[ischen]. Kommun[isten]. erschien ein Artikel des Parteivorsitzenden Gottwald gegen die opportunistischen Fehler der Partei. Die Zustimmung der Parlamentsfraktion zum Haushalt des Ministeriums des Auswärtigen u. der sozial[en]. Fürsorge sei eine schwer opportunistische Entgleisung. Die Parlamentsfraktion habe damit einer Reg[ierung]. das Vertrauen ausgesprochen, die mit den Faschisten sympathisiere.

Holland rüstet nun auch auf. Die technische Ausstattung des Heeres (Geschütze, Tanks, Flugzeuge) soll verbessert werden. Weiterhin ist der Bau von Kasematten an der Ost- u Südgrenze vorgesehen. Viel besprochen wird der Plan, mit Belgien einen Militärvertrag abzuschliessen.

31 Anna Sander an Erich Sander 27.2.1936

Die Debatten über den franz[ösisch].-russ[ischen]. Beistandspakt in der franz[ösischen]. Kammer stehen vor dem Abschluss. Dienstag, d. 18. Febr. kamen 4 Abgeordnete der Rechten zu Wort. Vallat sprach von einem Pakt zwischen Frankreich u. der III. Internationale. Heraud erklärte, dass der Pakt nicht in Einklang mit dem Geist von Locarno gebracht werden könne u. verlangte Zusammenarbeit mit Deutschland. Taittinger nannte den Pakt eine Drohung gegen Deutschland, die Frankreich keinerlei Vorteile bringe. Henriot bemerkte, dass er für den Pakt stimmen werde, wenn in Frankreich die „rote Kanaille“ verhaftet werden würde. Donnerstag d. 20. Febr[uar]. ergriff der ehemalige Kommunist Doriot das Wort. Doriot bezeichnet sich als Nationalkommunist. Der Pakt, so führte er aus, könne keine Wirksamkeit haben, da die grundsätzlichen Anschauungen Frankreich u. Russland zu verschiedenartig seien. Es sei eine Illusion, wenn das franz[ösische]. Bürgertum glaube, dass Stalin die im Pakt übernommenen Verpflichtungen erfüllen werde. Der Bolschewismus ändere seine Haltung je nach den Umständen. Mit der rechten Hand unterzeichne er den Pakt, mit der linken betreibe er seine weltrevolutionäre Propaganda. Deshalb sei der Pakt von seiner Seite aus nicht aufrichtig gemeint. Stalin spiele jetzt die Sieger gegen die Besiegten aus, weil der Bolschewismus nicht mehr auf das deutsche Volk zählen könne u. nütze hierbei die Furcht Frankreichs vor einem deutschen Angriff aus. Nach Doriot hielt Herriot eine 2-stündige Rede die auf der Linken u. in der Mitte grossen Beifall fand. Russland, so erklärte er, sei im System der kollektiven Sicherheit ein wertvoller Bundesgenosse, denn es habe eine schlagkräftige, wertvolle Armee. Dass es kreditwürdig sei, bewiesen die Kreditgeschäfte Deutschlands mit Russland. Der Pakt habe nur Gültigkeit für europäische Verwicklungen, er verpflichte nicht zum Beistand falls Kolonien angegriffen würden. Seinen richtigen Wert erhalte der Pakt in Verbindung mit dem tschech[isch].-russ[ischen]. Beistandspakt. Der Pakt sei ein

Defensivpakt u. er stelle keine Bedrohung Deutschland dar. Die deutsche Regierung habe in ihrer Note v. 25. Mai 35, 23 Tage nach Unterzeichnung des Paktes, wenn auch unter Vorbehalten anerkannt, dass der franz[ösisch].-russ[ische]. Pakt den Rheinpakt von Locarno nicht berühre. Dienst[ag]., d. 25. Febr. kamen der Vorsitzende des Auswärtigen Auschusses Bastid u. Aussenminister Flandin zu Worte. Bastid wünschte eine schnelle u. klare Entscheidung. Eine Annäherung Frankreichs an Deutschland mit einer Spitze gegen den Rätebund, bezeichnete er als schweren Fehler. Flandin führte aus, dass der Beistandspakt das Resultat der seinerzeitigen Ostpakt-Verhandlungen sei, die an den deutschen u. poln[ischen]. Bedenken gescheitert seien. Frankreich habe in dieser Frage immer im Einverständnis mit England gearbeitet u. die engl[ische]. Regierung habe in Berlin mitteilen lassen, dass der Pakt mit dem Locarno-Vertrage durchaus zu vereinbaren sei. Frankreich sei bereit, den Haager Gerichtshof diese Frage entscheiden zu lassen, wenn Deutschland eine andere Meinung hätte. Zu den Behauptungen Herriots, dass die deutsche Regierung in ihrer Note v. 25. Mai 35, die Vereinbarkeit des franz[ösisch].-russ[ische]. Beistandspaktes mit dem Rheinpakt von Locarno anerkannt habe, veröffentlichte das DNB eine amtliche Verlautbarung, in der erklärt wurde, dass die Behauptungen Herriots in Widerspruch zu den Tatsachen stünden. Die Reichsregierung habe in ihrem Memorandum unzweideutig betont, dass eine auf Grund des franz[ösisch].-russ[ischen]. Paktes eingeleitete militärische Aktion eine flagrante Verletzung des Locarno-Paktes darstellen würde. Weiterhin sei in dem Memorandum die Unvereinbarkeit der beiden Pakte von allgemeinen politischen Gesichtspunkten aus hervorgehoben worden. Den Signatarmächten des Locarno-Vertrages sei bekannt, dass die Reichsregier[ung]. diesen Standpunkt in vollem Umfange aufrechterhalten habe.

Das japan[ische]. auswärtige Amt gab Ende vergangener Woche eine amtliche Verlautbarung heraus, in der es heisst, dass durch die Ratifizierung des Russenpaktes in der

franz[ösischen]. Kammer die Lage im fernen Osten erheblich verschärft werden würde. Um eine Rückendeckung durch Frankreich zu erhalten, habe die Räteregier[ung]. Propaganda mit einem deutsch-japan[ischen]. Bündnis gemacht, das den Weltfrieden bedrohe. Tatsächlich werde Mandschukuo vom Rätebund bedroht u. die äussere Mongolei gegen Japan aufgehetzt. Der franz[ösisch].-russ[ische]. Pakt beunruhige Japan. Die japan[ische]. Regier[ung]. erwarte, dass Frankreich diesen Tatsachen Rechnung trage.

Mittwoch früh um 5 Uhr griffen, nach einem amtlichen Bericht des japan[ischen].

2.

Kriegsministeriums, Gruppen junger Offiziere die Wohnungen verschiedener Regierungsmitglieder an, töteten den Minister Okada, den Siegelbewahrer Admiral Saito, den Leiter des Militärerziehungswesens, General Watanabe u. verletzten den Finanzminister Takahashi (T. ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen) u. den Hofmarschall Suzuki. Der frühere Siegelbewahrer Makino wird vermisst. Die Zeitung Asahi wurde stillgelegt. Nach diesem Bericht wollten die jungen Offiziere sämtliche alten Minister, die Kapitalisten, die Bürokraten u. Parteien beseitigen, das diese in innen- u. aussenpolitisch schwerer Zeit die Staatsform zerstören wollten. Dies ist die einzige amtl. Verlautbarung über die Vorgänge in Tokio, die bis zur Stunde vorliegt. Sämtliche Telefonverbindungen mit Tokio sind seit Mittwoch früh abgeschnitten. Nach privaten Meldungen wurden Mittwochmorgen von den Truppen einer mit scharfen Patronen versehenen Division, die nach Mandschukuo abmarschieren sollte, sämtliche Regierungsgebäude nach Ueberwindung der Wachen besetzt. Hierbei soll ausser den angegebenen Persönlichkeiten auch der Polizeipräsident ermordet worden sein. Einige Stunden später wurde der Belagerungszustand über Tokio verhängt u. die lebenswichtigen Betriebe militärisch benetzt. Vom Marineministerium wurden das 1. Geschwader nach Tokio u. das 2. nach Osaka beordert. In Tokio trafen Ma-

rinetruppen ein. Der bisherige Innenminister Goto wurde zum vorläufigen Ministerpräsidenten ernannt. Die Führer des Militärputsches haben sämtl. Zeitungen Tokios eine Erklärung zugeleitet, in der die Aktion damit begründet wird, dass sich das bisherige japan[ische]. Kabinett immer mehr vom wahren japan[ischen]. Geist entfernt u. in die Vorrechte des Mikado eingegriffen habe. Ueber die Hintergründe des Putsches verlautet weiter, dass die aktivistischen Kreise in Heer u. Marine schon seit langer Zeit auf die Beseitigung des Kabinetts drängten u. eine von den Parteien unabhängige Militärregierung forderten. Im Innern erstrebten sie eine staatl[iche]. Kontrolle der Wirtschaft u. nach aussen hin eine Verstärkung des aktiven Auftretens. Nach neueren Meldungen hat das Kriegsministerium nach stundenlangen Beratungen des Kriegsrates am Donnerstag Verhandlungen mit den aufständischen Truppen angeknüpft u. verlangt deren freiwillige Unterwerfung. Der geheime Staatsrat berät zur Stunde über die Neubildung einer vom Parlament unabhäng[igen]. Regierung, zu der solche Generale wie Araki herangezogen werden sollen. Obwohl das Endresultat des Putsches noch nicht zu übersehen ist, ist die Weltpresse davon überzeugt, dass sich die Lage im fernen Osten in der nächsten Zeit ungemein verschärfen wird. Zu bemerken ist noch, dass die am Donnerstag stattgefundenen Reichstagswahlen folgendes Ergebnis hatten: Minseito 205 (119), Seijukai 175 (289), Arbeiterpartei 22 (4) Mandate. Mit den anderen kleinen Gruppen verfügte die Regierungspartei Minseito über die Mehrheit.

Mikado = Veraltete Bezeichnung für den Tenno, den japanischen Kaiser

In Spanien wurde am Mittwoch, den 19. Febr. der Führer der Linksrepublikaner, Azana mit der Kabinettsbildung beauftragt. Dem Kabinett gehören 9 Linksrep[ublikaner]., 3 Mitglieder der Rep[ublikanischen]. Union u. 1 Parteiloser an. Die Sozialdemokraten haben sich zur Unterstützung der Reg[ierung]. verpflichtet. Im ganzen Lande fanden grosse Freudenkundgebungen statt. Der Kabinettsbildung gingen in verschiedenen Städten monarchistische Putschversuche voraus. Eine Reihe von Offizieren wurden verhaftet. Die Generale Goded u. Franco

flohen. Einem Vertreter des Paris Soir erklärte Azana, dass das Kabinett die Verfassung aufrechterhalten u. keine gefährlichen Neuerungen einführen wolle. Die Reg[ierung]. beabsichtige eine gemässigte Politik zu treiben. Die Amnestie solle nach dem Zusammentritt der Cortes gesetzlich verkündet werden. Mit der Sozialdemokratie habe er sich auf ein Mindestprogram geeinigt. Auf diese Erklärung hin kam es am Donnerstag u. Freitag zu schweren Unruhen, bei denen es 5 Tote u. 31 Verwundete gab. In Oviedo wurde das Gefängnis gestürmt u. 900 Gefangene befreit. In vielen anderen Städten wurden die Parteibüros u. Versammlungslokale der Rechten angegriffen u. die Anhänger der Rechtsparteien misshandelt. Freitagabend ordnete der Innenminister die Freilassung sämtlicher politischen u. sozialen Gefangenen an, sowie die Wiedereinstellung aller in den vergangenen Jahren aus pol. Gründen entlassenen Arbeiter an. Weiterhin wurde die Einsetzung der

3.

alten Gemeindeverwaltungen angeordnet.

In der franz[ösischen]. Kammer griff die Rechte am Freitag, den 21. Febr. die Regierung Sarraut wegen der Genehmigung der Volksfrontkundgebung aufs heftigste an. S[arraut]. erteilte ihr eine scharfe Antwort, in der er den Ueberfall auf Leon Blum einen Angriff auf die Würde der Kammer nannte. Das Verfahren wegen Aufreizung zum Morde gegen Maurras sei richtig. Die Existenz einer Zeitung wie die Action Francaise sei eine Schande. Es kam hierauf zu einem grossen Tumult. Nach Eintritt der Ruhe sprach die Kammer der Reg[ierung]. mit 380 gegen 151 Stimmen das Vertrauen aus. Interessant sind die Vorgänge bei der Wahl eines Senators. Im ersten Wahlgang erhielt der Komm[unist]. Clamamus 598 von 1220 Stimmen, während die Stimmen der Rechten zersplittert waren. Nun trat die Rechte im zweiten Wahlgang für den Kandidaten der Doriotgruppe ein, der aber auch nicht durchkam. m dritten Wahlgang stimmte die Rechte für einen Sozialradikalen, während der Komm[unist]. 616 Stimmen erhielt u. so gewählt wurde.

Gemeint ist wohl ein Vorläufer der im Juni 1936 von Doriot und einigen Anhängern gegründeten faschistischen Parti Populaire Français

Damit dürfte die Gruppe um Joseph Rossaint (Essen) gemeint sein

Im Westen Deutschlands fand eine Aktion der Geheimen Staatspolizei statt, um die Zusammenarbeit einer kath[olischen]. Jungmännerorganisation mit der illegalen Komm[unistischen]. Partei aufzudecken. Bisher wurden 7 komm[unistische]. Führer, 10 Geistliche u. 45 Laienführer verhaftet.

Der Bundesrat der Schweiz hat auf Grund eines Berichtes der Bundesstaatsanwaltschaft beschlossen in Zukunft eine Landesstellenleitung u. Kreisleitungen der NSDAP in der Schweiz nicht mehr zuzulassen. Die Reichsreg[ierung]. hat in einer Note schärfsten Protest gegen dieses Vorgehen erhoben u. die Erwartung ausgesprochen, dass der Beschluss rückgängig gemacht wird.

Der amerikanische Kongress lehnte das neue Neutralitätsgesetz ab u. verlängerte das alte, welches nur ein Verbot der Ausfuhr von Waffen u. Kriegsgerät ausspricht, bis zum 1. Mai 1937. Hinzugefügt wurde dem alten Gesetz lediglich ein Verbot der Gewährung von Anleihen u. Krediten an kriegsführende Länder, ausser kurzfristigen Handelskrediten. Das Gesetz hat keine Gültigkeit gegenüber den amerik[anischen]. Republiken.

Roosevelt hat an sämtliche lateinamerik[anische]. Republiken Einladungen zu einer Friedenskonferenz ergehen lassen, auf der über ein Generalabkommen zur Erhaltung des Friedens beratschlagt werden soll. Die engl[ische]. Presse wittert dahinter ein Konkurrenzunternehmen gegen den Völkerbund.

Der Vors[itzende]. der neuen paraguayischen Reg[ierung]., Oberst Franco, erklärte, dass die Erhebung keine kommun[istischen]. Bestrebungen verfolge. In einem Aufruf wandte er sich gegen die Auslieferung des Landes an fremdländische Kapitalisten u. Juden, die die alte Reg[ierung]. begünstigt habe.

Die syrische Reg[ierung]. ist unter dem Druck der nationalen Bewegung zurückgetreten. Der bisherige Justizminister übernahm die Regierungsbildung unter der Bedingung, dass die bei den Streikunruhen Verhafteten freigelassen würden. Dies geschah denn auch. Der franz[ösische]. Oberkomm[andeur]. richtete an die neue Reg[ierung]. ein Schreiben, in dem der Abschluss eines neuen Vertrages u. der Eintritt Syriens in den Völkerbund zugesichert wurden. Die Bevölkerung hat sich dadurch beruhigt.

Auf der Flottenkonferenz wurde über technische Fragen (Grösse der Schiffsklassen u. ihre Bestückung) eine Einigung erzielt. Der von den Teilnehmermächten im Laufe des Jahres zu unterzeichnende Vertrag soll allen anderen Flottenmächten zur Unterschrift vorgelegt werden. Der ursprüngliche Plan, die Konferenz zu erweitern, wurde demnach fallen gelassen.

Eine Rede des engl[ischen]. Aussenministers Eden im Unterhaus am Montag, den 24. Febr[uar]. brachte nur magere Aufschlüsse. Die Oelsperre, so bemerkte er, sei keine symbolische Handlung, sondern eine Sanktion wie alle anderen auch u. daraufhin zu prüfen, ob sie geeignet sei, zur raschen Beendigung des Krieges beizutragen. Die Genfer Maschinerie des Fünferausschusses stehe zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage der Vorschläge dieses Ausschusses vom vergangenen Jahre jederzeit zur Verfügung.

Die Reise Hodzas nach Belgrad brachte ebenfalls nur magere Ergebnisse. In der amtlichen Erklärung über [die] **Verhandlungen wird betont, dass sich die Bestrebungen zur Regelung der Donauraumfrage keinesfalls gegen irgendeinen anderen Staat richteten, u. dass eine Regelung nur unter Heranziehung der Grossmächte Mittel- u. Westeuropas erfolgen könne. Es ist Hodza also nicht gelungen, die Jugoslawische**

Regierung von ihrem Standpunkt, Deutschland zur Regelung der Donauraumfrage heranzuziehen u. der Abneigung gegen den Rätebund abzubringen. Vereinbart wurden Wirtschaftsberatungen des kleinen Verbandes mit Oesterreich, das z.Z. Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechei führt. Ueber die Unterredung Berger-Waldenegggs mit Suvich ist nichts bekannt geworden. Entrüstet zeigte sich die franz[ösische]. Presse darüber, dass der deutsche Botschafter in Rom zwei lange Unterredungen mit Suvich hatte. Ueber den Inhalt dieser Besprechungen war nichts zu erfahren. Von den an die litauische Regierung gerichteten Gnadengesuchen der verurteilten Nationalsozialisten wurden bisher drei bewilligt.

Egon Berger-Waldenegg (1880-1960), 1934-36 österreichischer Außenminister

32 Anna Sander an Erich Sander 5.3.1936

Die franz[ösische]. Kammer sprach sich am Donnerstag, den 27.2. für den franz[ösisch].-rätebünd[ischen]. Beistandspakt mit 353 gegen 164 Stimmen aus. Nach der Abstimmung erklärte Sarraut, dass er infolge eines Missverständnisses verabsäumt habe die Vertrauensfrage zu stellen. Vor der Abstimmung verlasen die Vertreter aller Parlamentsgruppen noch kurze Erklärungen, wobei heftige Angriffe des Rechtsabg[eordneten]. Henriot auf die Kommunisten einen Tumult hervorriefen.

Eine lebhafte Diskussion verursachte eine Unterredung des Führers mit einem Vertreter des „Paris Midi“, die vor der Ratifizierung des Russenpaktes stattfand, aber erst am Freitag, den 28. 2. veröffentlicht wurde. In der Unterredung sprach sich der Führer für eine Verständigung mit Frankreich aus. Auf die Frage des „Paris Midi“-Vertreters, ob er, der Führer, es nicht für angebracht hielte die schlimmen Dinge, die er in dem Buche „Mein Kampf“ über Frankreich gesagt habe, zu korrigieren, machte der Führer zunächst darauf aufmerksam, dass er das Buch im Gefängnis kurz nach dem Ruhrkampf geschrieben habe, als der Eindruck über die Ruhrschmach noch frisch gewesen sei u. sagte dann wörtlich: Sie wollen, dass ich mein Buch korrigiere, wie ein Schriftsteller. Ich bin aber kein Schriftsteller. Ich bin Politiker. Meine Korrekturen nehme ich in meiner Aussenpolitik vor, die auf eine Verständigung mit Frankreich abgestellt ist. Auf die Frage, ob der Russenpakt eine Belastung der deutsch-franz[ösischen]. Verständigung darstelle, erwiderte der Führer, dass der bedauerliche Pakt sachlich eine neue Lage schaffe.

Die franz[ösischen]. Blätter vermissen in diesen Erklärungen fast ausnahmslos positive Anregungen u. fordern von Deutschland praktische Handlungen, wie den Eintritt in den Völkerbund, die Bereitschaft zur Abrüstung, u. den Beitritt zu den Kollektivpakten. Charakteristisch für die Haltung der

franz[ösischen]. Presse sind folgende Ausführungen des „Temps“ vom 2.3. in einem Artikel „Um der Klarheit willen“: Es gäbe keine höheren Gründe, um an der Aufrichtigkeit Hitlers zu zweifeln. Man müsse aber annehmen, dass er nicht in allen Fragen von gleich gutem Willen beseelt sei. Gegen solche Tatsachen, wie den Austritt aus dem Völkerbund, die Ablehnung des Kollektivpaktsystems, die Ablehnung der Begrenzung der Luftstreitkräfte u. die im Gang befindlichen militärischen Massnahmen in der Rheinlandzone dürfe man nicht blind sein. Die engl[ische]. Presse sieht in der Unterredung einen Lichtschimmer, vermisst aber auch positive Erklärungen, wie die Bereitwilligkeit Deutschlands zum Eintritt in den Völkerbund.

Das Führer-Interview u. die Frage der Rheinlandzone spielten auch eine Rolle bei den Unterredungen Flandins mit Eden in Genf, anlässlich des Zusammentritts der Sanktionskonferenz am Montag, den 2.3. Näheres war aber darüber nicht zu erfahren.

Zu den Auslassungen der franz[ösischen]. Presse schreibt die „Deutsche dipl[omatisch].-polit[ische]. Korrespondenz“: Der Einwand der franz[ösischen]. Presse, dass die Ausführungen des Führers keine positiven Vorschläge enthielten u. Deutschland zu keiner diplom[atischen]. Verhandlung zu bringen sei, sei nicht stichhaltig. Man könne. Deutschland nicht zumuten zur Tarnung des franz[ösisch].-sowjetruss[ischen]. Militärbündnisses dem Ostpakt beizutreten. Die „neuen Vorschläge“ der Botschafter, die dem deutschen Volke angeblich verheimlicht würden, gingen nicht über die franz[ösisch].-englischen vom 3.2.35 hinaus. Die kleinliche Art der franz[ösischen]. Presse im Streit um die Auslegung des Buches „Mein Kampf“ zeige, dass man auf dieses Agitationsmittel nicht verzichten wolle. Die Worte des Führers hätten dies Hindernis der deutsch-franz[ösischen]. Verständigung beseitigt. Was sollten da noch die philologische Textkritik u. die Haarspaltereien über Abfassung- u. Abschlusszeitpunkte des Buches. Deutschland wolle einen Frieden der Ehre u. der Sicherheit.

Aus einer wortgetreuen Wiedergabe des Locarnovertrages im „W[estdeutschen]. B[eobachter].“ geht hervor, dass der Vertrag erst dann ausser Kraft tritt, wenn auf Antrag eines der vertragschliessenden Teile der Völkerbundsrat mit Zweidrittelmehrheit feststellt, dass der Völkerbund den vertragschliessenden Teilen hinreichenden Garantien bietet. Nach einem solchen Beschluss läuft der Vertrag noch ein Jahr.

Am Montag, den 2.3. begann die Tagung der Sanktionskonferenz des Völkerbundes. Es fand eine zweistündige nichtöffentliche Sitzung statt. Flandin machte den Vorschlag, einen letzten Vermittlungsversuch durch den Dreizehnerausschuss zu unternehmen, Eden schloss sich dem an, und erklärte dass die engl[ische]. Reg[ierung]. bereit sei,

2.
sich jedem Beschluss anzuschliessen, zu dem der Ausschuss gelangen könnte. England nehme an der Oelsperre teil, wenn die hauptsächlichsten Erzeuger- u. Transportländer daran teilnehmen würden. Dienstag den 3.3. richtete sodann der Dreizehnerausschuss einen telegraf[ischen]. Friedensappell an die kriegführenden Staaten, in dem diese aufgefordert werden, Verhandlungen im Rahmen des Völkerbundes im Geiste des Paktes zu eröffnen, mit dem Ziel der baldigen Einstellung der Feindseligkeiten u. der endgültigen Wiederherstellung des Friedens. Bei der Festlegung des Telegrammtextes gab es zwischen Flandin u. Eden Unstimmigkeiten. Eden wollte den Appell auf 48 Stunden befristet wissen, was Flandin ablehnte. Die nächte Sitzung wurde auf den 10.3. festgelegt. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen die kriegführenden Länder ihre Antwort einsenden. Die Tagung der Sanktionskonferenz wurde jedoch nicht unterbrochen. Es soll ein Ausschuss zur Festlegung der Ausführungsbestimmungen der Treibstoffsperre eingesetzt werden. Erklärungen Roosevelts über die Beschränkung der amerikanischen Oelausfuhr auf den normalen Friedensstand sollen die Aussicht für die Wirksamkeit einer Sperre sehr ver-

bessert haben. Genaueres war darüber jedoch in der Presse nicht zu finden.

Die ital[ienische]. Abordnung der Flottenkonferenz erklärte, dass Italien z.Z. nicht gewillt sei einen Flottenvertrag zu unterzeichnen. Wie Mussolini im Ministerrat am Dienstag den 3.3. erklärte, wird Italien solange keine politische Vereinbarung mehr unterzeichnen, solange eine Verschärfung der Sanktionen droht. Botschaftsrat Fürst Bismarck unterbreitete Eden den Vorschlag, Unterhandlungen über eine Ergänzung des deutsch-engl[ischen]. Flottenvertrages auf der Grundlage des qualitativen Abkommens der Flottenkonferenz einzuleiten. Voraussetzung dafür müsse aber ein gleiches Abkommen mit dem Rätebund sein, da Deutschland sich hinsichtlich der Grösse seiner Schiffe nicht binden könne, wenn der Rätebund nicht gebunden sei. Wie Eden dem Fürsten Bismarck mitteilte, wird der Rätebund von der engl[ischen]. Reg[ierung]. dauernd über den Gang der Verhandlungen auf der Flottenkonferenz informiert.

Auf der Sitzung des ital[ienischen]. Ministerrates sprach Mussolini seine Befriedigung über den Beschluss des amerik[anischen]. Kongresses in der Frage des Neutralitätsgesetzes aus. Den Versuch, die Donauraumfrage ohne u. daher gegen Italien zu lösen, bezeichnete er als gescheitert. Für den 18. 19. u. 20. März kündigte er eine ital[ienisch].-öster[rreichisch]-ungar[isches]. Zusammentreffen an. Es ist dies offenbar das Resultat der Unterredung Suvichs mit Berger-Waldenegg.

Die engl[ische]. Reg[ierung]. veröffentlichte am Wochenanfang das angekündigte Aufrüstungsweissbuch. Das Weissbuch enthält kein Gesamtprogramm, sondern nur für die nächste Zeit vorgesehene Massnahmen zur Vergrösserung von Heer, Marine u. Luftflotte. Im Unterhaus gab Baldwin am 27.2. bekannt, dass der Ministerpräsident den Vorsitz des Reichsverteidigungsausschusses beibehalte, dass aber ein Minister zum stellvertr[etenden]. Vors[itzenden]. ernannt werden würde, der

die Verteidigungsmassnahmen unausgesetzt zu überwachen u. zu koordinieren habe.

In Belgien geht der Kampf um die Militärvorlage weiter. Auf einer Tagung des Generalrates der Arbeiterpartei forderte eine starke Minderheit die Ablehnung der Vorlage. Schliesslich wurde eine Kompromissentschliessung angenommen, die sich für Einschränkungen ausspricht. Nationalflämische Abg[eordnete]. brachten in der Kammer einen Antrag auf Kündigung des Militärabkommens mit Frankreich ein. Der Kammerpräs[ident]. machte den Antragstellern die Mitteilung, dass der Antrag verfassungswidrig sei u. daher unzulässig. Aus den Debatten hierüber ging hervor, dass der Militärvertrag 1920 von den Generalstäben abgeschlossen u. von den Reg[ierungen]. durch Noten bestätigt wurde.

Der pol[nische]. Innenminister griff im Sejm die Kommun[isten]. u. Nationaldemokraten aufs Heftigste an. Die Nationaldem[okraten]., so erklärte er, gingen einen Weg, der sie zu böswilligen inneren Feinden mache. In Schlesien wurde kurz darauf die Organisation der Nationaldem[okraten]. aufgelöst.

Vom abess[inischen]. Kriegsschauplatz melden die Italiener neue Erfolge. Am vergangenen Donnerstag besetzten sie den südlich von Makalle auf dem Wege nach Dessie liegenden Gebirgsrücken Amba Aladschi ohne nennenswerten Widerstand. Gleichzeitig griffen in der Woche vom 27.2.-3.3. mehrere Armeekorps nacheinander die Armeen des Ras Kassa, Ras Sejumu, Ras Sueru westlich von Makalle an u. zwangen diese zum Rückzug. Die Kämpfe mit den Armeen des Ras Kassa u. Ras Sejumu dauerten vom 27.-29.2. u. waren sehr hartnäckiger Natur. Der Hauptkampf drehte sich um den sogen[annten].

Ras Kassa Haile Darge, Ras Seyoum Mengesha und verm. Ras Imru Haile Selassie (oder Ras Mulugeta Yeggazu) waren die Kommandanten von äthiopischen Armeegruppen

3.

Goldenen Berg, den die Ital[iener]. in der Nacht erstiegen. Nach einem stundenlangen Kampf Mann gegen Mann wurden die Abess[inier]. den Abhängen [sic!] **hinuntergetrieben. Ihre**

Gegenangriffe scheiterten. Am 29. traten dann die Abess[inier]. den Rückzug an. Sie sollen viele Tote, Verw[undete]. u. Gefangene u. viel Kriegsmaterial verloren haben. Die Armee des Ras Sueru wurde am Montag-Dienstag geschlagen. Auch hierbei sollen die Abess[inier]. starke Verluste erlitten haben. Der abess[inische]. Ring um Makalle ist dank dieser Kämpfe gesprengt. Aus den Berichten erfuhr man übrigens nachträglich, dass die Abess[inier]. in der Schlacht am Amba Aradam etwa 1000 Mann verloren haben. Die Angaben der ital[ienischen] Heeresleitung über die abess[inischen]. Verluste sind also mit grosser Vorsicht zu geniessen. Ueber die Zustände im Inneren Abess[iniens]. laufen viele Gerüchte um. Es soll an Lebensmitteln fehlen, zu Meutereien u. Verschwörungen gegen den Negus gekommen sein. Was davon wahr ist, weiss man nicht. Sicher ist, das es an Geld u. Waffen fehlt – der abess[inische]. Gesandte in London hat öffentlich Waffenlieferungen gefordert – u. dass sich in einigen Aussenprovinzen die Gegner des Negus rühren.

Der Militärputsch in Japan wurde ohne einen Gewehrschuss liquidiert. Wie schon berichtet, hatte das Kriegsministerium Verhandlungen mit den Aufständischen an[ge]**knüpft. Am Freitag nach dem Eintreffen des Flottengeschwaders in Tokio, wurden dann die meuternden Truppen, die sich im Regierungsviertel festgesetzt hatten, abgeriegelt, jedoch mit Nahrung versorgt. Die Verhandlungen dauerten bis Samstagvormittag an, führten aber zu keinem Ergebnis. Nun setzten sich die Reg[ierung]. Truppen in Bewegung, worauf sich die Aufständigen abteilungsweise ergaben. Eine Reihe der aufständischen Offiziere beging Selbstmord, andere wurden aus der Armee ausgestossen. Eine Reihe von Kriegsräten, darunter General Araki, traten im Laufe der Woche zurück, weil sie, wie es heisst,** [sich] **für den Putsch verantwortlich fühlten. Der Putsch wurde von 900 Mann durchgeführt. Der Ministerpräsident Okada wurde nicht getötet. Die Putschisten verwechselten ihn mit seinem Schwager u. schossen diesen nieder. Auch der ehemalige Siegelbewahrer Makino hat sich wieder einge-**

funden. Die Beratungen über die Umbildung des Kabinetts sind noch nicht zum Abschluss gelangt. Der Putsch war zweifellos die Antwort der Militärpartei auf die Linksschwenkung bei den Reichstagswahlen, bei den die Liberalen (Minseiho) die Mehrheit erhielten u. die Arbeiterpartei stark anwuchs. Sein Ergebnis wird wahrscheinlich eine Verstärkung des militärischen Einflusses im Kabinett sein, denn die Forderungen der meuternden Offiziere werden auch von den gemässigteren Teilen der Armee mehr oder minder gebilligt.

Im Neuköllner Kommunistenprozess, bei dem es sich um einen Ueberfall auf ein nationalsoz[ialistisches]. Verkehrslokal handelte, wurden 5 Angeklagte zum Tode u. viele andere zu sehr hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

33 Anna Sander an Erich Sander 12.3.1936

– 1 –

Samstagvormittag marschierten deutsche Truppen in die entmilitarisierte Zone ein. Um 11 Uhr wurden die Botschafter der Locarnomächte empfangen u. ihnen ein Memorandum der Reichsreg[ierung]. überreicht, in dem dargelegt wird, dass der Rheinpakt von Locarno durch den Russenpakt seinen inneren Sinn verloren hat u. daher praktisch aufgehört habe zu existieren. Deutschland sehe sich nicht mehr als an den erloschenen Pakt gebunden an u. schreite zur Wiederherstellung der vollen Souveränität in der entmilitarisierten Zone. Um jede Missdeutung ihrer Absichten u. den defensiven Charakter der getroffenen Massnahmen hervorzuheben unterbreite die Reichsreg[ierung]. folgende Vorschläge für neue Vereinbarungen:

1. Errichtung einer beiderseitigen entmilitarisierten Zone in beliebiger Tiefe.

2. Abschluss von Nichtangriffspakten mit Frankreich u. Belgien auf die Dauer von 25 Jahren.

3. Heranziehung Englands u. Italiens als Garantiemächte.

4. Einbeziehung der Niederlande in dieses Paktsystem.

5. Abschluss eines Luftpaktes mit allen Westmächten.

6. Abschluss von Nichtangriffspakten mit allen im Osten an Deutschland grenzenden Ländern, Litauen eingeschlossen, falls es die Autonomie des Memelgebietes weiter ausbaut.

7. Wiedereintritt Deutschlands in den Völkerbund in der Erwartung, dass in angemessener Zeit auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen die Frage der kolonialen Gleichberechtigung u. die Frage der Trennung des Völkerbundstatuts von seiner Versailler Grundlage geklärt wird.

Um 12 Uhr fand eine Sitzung des Reichstages statt, in der der Führer den deutschen Schritt in einer ausführlichen Rede be-

gründete. Der Pakt zwischen Frankreich u. Russland, so führte er aus, stehe im Widerspruch zum Locarnovertrag. Ueber den Umweg der Tschechoslowakei, die ein gleiches Abkommen mit Russland getroffen habe, werde die bedrohliche militärische Macht dieses Riesenreiches hereingeführt. Das Unmögliche dabei sei, dass sich beide Staaten verpflichteten, ohne Rücksicht auf entweder bereits vorliegende oder zu erwartende Entscheidungen des Völkerbundes im Falle einer osteuropäischen Verwickelung die Schuldfrage nach eigenem Ermessen zu klären u. die Beistandsverpflichtung als gegeben zu betrachten. Der Vertrag sei kein Vertrag mit einer xbeliebigen Macht. Sowjetrussland sei der staatlich organisierte Exponent einer weltrevolutionären Weltanschauung. Seine Staatsauffassung sei das Glaubensbekenntnis zur Weltrevolution. Es sei nicht feststellbar, ob nicht auch in Frankreich diese Weltanschauung erfolgreich sein könne u. dann werde die Entscheidung über Angriff oder Nichtangriff nicht von zwei Stellen gefällt, sondern von einer diktiert: Moskau. Russland wäre dann in der Lage, über den Umweg seiner vorgeschobenen Position Deutschland jederzeit anzugreifen. Der Einwand, dass Frankreich u. Russland sich verpflichtet hätten, nichts zu tun, was Sanktionen des Völkerbundes gegen sie herbeiführten [sic!]**, sei belanglos, weil es keine wirksamen Sanktionen gegen eine solche überwältigende Macht gäbe. In dem Interview vom 21. Febr[uar]. habe er sich für eine Verständigung mit Frankreich ausgesprochen. Aus unbekannten Gründen sei die Veröffentlichung bis nach der Bestätigung des Russenpaktes durch die Kammer zurückgehalten worden. Die endgültige Abmachung des Paktes hätte ihn zu einer Ueberprüfung der neuen Lage gezwungen u. ihn veranlasst, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Diese Konsequenzen seien sehr schwer. Nach der Verlesung des Memorandums fuhr der Führer fort: Wir wollen hier den Schwur leisten, vor keiner Macht u. Gewalt in der Wiederherstellung der Ehre unseres Volkes zurückzuweichen u. lieber der schwersten Not ehrenvoll zu unterliegen, als zu kapitulieren. Weiter wollen wir das Bekenntnis ablegen, nun erst recht für eine Verständi-**

gung mit unseren westlichen Nachbarn einzutreten. (der Reichstag hörte diese Worte stehend an). Hierauf verkündete der Führer zum Zwecke der Volksbefragung, die Auflösung des Reichstages. Nachdem Reichstagspräsident General Göring die Auflösungsordre verlesen u. die Anberaumung von Neuwahlen auf den 29. März bekannt gegeben hatte, wurde die Sitzung geschlossen.

In Frankreich rief der deutsche Schritt natürlich einmütig stürmische Entrüstung u. Empörung hervor. Aussenminister Flandin empfing noch in Laufe des Nachmittags die Botschafter der Locarnomächte u. den räteb[ündischen]. Botschafter Potemkin, der ihm die vollste Unterstützung der Sowjetunion in allen Schritten gegen das deutsche Vorgehen zusicherte. Eine Ministerbesprechung jagte die andere.

Ueber die Grenzgebiete wurde die militärische Urlaubsperre verhängt. Truppen rollten an die Ostgrenze. Das Kriegsministerium wurde zur Durchführung aller Vorbereitungen für den Ernstfall mit den nötigen Vollmachten ausgestattet. Der Presse wurde von Flandin eine Erklärung übergeben, in der die deutschen Massnahmen als Vertragsbruch u. eine Angriffshandlung im Sinne des Locarnovertrages gekennzeichnet wurden. Sonntag tagte dann unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten der Ministerrat. Es wurde beschlossen die deutschen Vorschläge als unannehmbar abzulehnen u. mit Deutschland vor dem Rückzug der Truppen aus dem Rheinland nicht zu verhandeln. Dem Völkerbundsekretariat wurde ein Antrag auf Einberufung des Völkerbundrates übermittelt u. die Locarnomächte wurden für Dienstag zu einer Konferenz nach Paris eingeladen. Sonntagabend hielt Sarraut im Rundfunk eine Ansprache, in der er die deutsche Reg[ierung]. aufs heftigste angriff. Er warf ihr illegales Verhalten vor u. bezeichnete ihre Angaben über die Unvereinbarkeit des Russenpaktes mit dem Locarnovertrag als völlig unzutreffend. Eine Ueberprüfung der deutschen Vorschläge werde nicht

erfolgen. Die franz[ösische]. Reg[ierung]. sei gewillt, die Sicherheitsgarantien des Locarnovertrages aufrechtzuerhalten. Strassburg dürfe nicht im Bereiche der deutschen Kanonen liegen. Wenn die deutsche Reg[ierung]. auf die Uneinigkeit im Inneren Frankreichs baue, habe sie sich schwer getäuscht. Dienstag verlas Sarraut in der Kammer eine Erklärung der Reg[ierung]., in der dargelegt wird, dass der Russenpakt mit dem Rheinpakt von Locarno zu vereinbaren sei. Wenn Deutschland den bestehenden Zustand hätte ändern wollen, hätte es Revisionsmöglichkeiten durch ein Völkerbundverfahren gehabt. Frankreich habe sich immer bemüht, das Verhältnis zu Deutschland zu bessern. Eine Etappe auf diesem Wege sei der Locarnovertrag gewesen. Obwohl natürlich durch den Einmarsch deutscher Truppen in die Rheinlandzone die Sicherheit Frankreichs bedroht sei, ginge es doch um mehr als dies, denn die deutsche Vertragsverletzung bedrohe den gesamten Frieden Europas. Frankreich wolle über den Frieden verhandeln, aber nicht unter dem Drucke der Gewalt u. im Angesicht der Verletzung eines Vertrages. Frankreich werde alles einsetzen, um den Anschlag auf das Vertrauen in die Verträge, die Organisation des Friedens u. die kollektive Sicherheit gebührend zu beantworten. Diese Erklärung wurde gleichzeitig von Flandin im Senat verlesen.

In England rief das deutsche Vorgehen tiefe Erregung hervor, jedoch trat die Presse fast einmütig für eine Prüfung der deutschen Vorschläge ein u. forderte zu einem Versuch des Neuaufbaues des Friedens in dieser Richtung auf. Montagvormittag tagte das Kabinett, nachdem schon Sonnabend u. Sonntag Vorbesprechungen stattgefunden hatten. Hier tauchten Meinungsverschiedenheiten über die von Eden vorgelegte Unterhauserklärung auf. Eden musste einige kraftvolle Ausdrücke aus der Erklärung entfernen. Nachmittags verlas dann Eden die Erklärung im Unterhaus. Es wird darin über den deutschen Schritt tiefes Bedauern ausgesprochen. Die deutschen Massnahmen seien eine einseitige Verwerfung eines frei verhandelten u. frei unterzeichneten Vertrages, die kein

Mitglied des Unterhauses rechtfertigen könne. Die deutsche Auffassung über den franz[ösisch].-russ[ischen]. Vertrag werde von den Locarnomächten nicht geteilt. Deutschland habe eine schiedsrichterliche Entscheidung herbeiführen können. Die Aufhebung des Locarnovertrages habe das Vertrauen in jedes Abkommen, das die deutsche Reg[ierung]. künftig abschliesse, erheblich erschüttert. Die Heiligkeit der Verträge, auf denen das Gebäude der intern[ationalen]. Beziehungen ruhe, habe einen schweren Schlag erhalten. Es bestehe aber kein Grund zur Annahme, dass die deutschen Massnahmen eine Drohung mit Feindseligkeiten seien. Falls während der Zeit der Erwägung der neuen Lage ein Angriff auf Frankreich oder Belgien erfolge, fühle sich England verpflichtet, dem angegriffenen Land Hilfe zu leisten in der im Vertrag von Locarno dafür vorgesehenen Form. Eins der Hauptgrundlagen des Friedens in Westeuropa sei weggenommen. Der Friede müsse neu aufgebaut werden. In diesem Sinne werde die brit[ische]. Reg[ierung]. an die deutschen Vorschläge herangehen. Sie werde prüfen u. feststellen inwieweit diese ein Mittel darstellten den Frieden zu sichern. Das Unterhaus nahm diese Erklärung mit Befriedigung zur Kenntnis. Das Kabinett beschloss übrigens neben Eden den Lordsiegelbewahrer Halifax, der als besonnener Mann des Ausgleichs gilt, zur Beratung der Locarnomächte nach Paris zu senden.

Die Reg[ierung]. Belgiens beschloss am Sonntag gleichfalls die Einberufung des Völkerbundrates zu beantragen. In der Kammer verlas der Ministerpräsident van Zeeland

am Mittwoch eine Erklärung, in der es heisst, dass das Vorgehen Deutschlands das Land schwer u. härter treffe als jedes andere. Der Vorwand des Reichskanzlers bezüglich des franz[ösisch].-russ[ischen]. Abkommens treffe für Belgien nicht zu. Die belg[ische]. Reg[ierung]. werde sich jeder kollektiven Massnahme gegen Deutschland u. insbesondere je-

dem von Frankreich u. England unternommenen Schritt anschliessen. Sofern die Mächte des Locarnovertrages einig blieben, bestehe die Hoffnung, aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Sollte dies nicht der Fall sein, so seien die schlimmsten Folgen für die ganze Welt zu befürchten.

Ueberaus merkwürdig ist die Haltung Italiens. Die Reg[ierung]. enthält sich jeder Aeusserung über die Locarnofrage u. gab nur in der Presse bekannt, dass sie sich ihre volle Handlungsfreiheit vorbehalte. Das Locarnofeuer wird im Übrigen von der Presse dazu benutzt, die abess[inische]. Suppe weiter zu erhitzen. Frohlockend stelllen die Zeitungen fest, dass die Aktien des Abessinienunternehmens erheblich gestiegen seien. Es hat den Anschein, als ob Italien seine Mitwirkung an den kommenden Locarnounternehmen gegen gute Ware einzutauschen beabsichtige.

Die Sowjetunion steht voll u. ganz hinter Frankreich. Der russ[ische]. Botschafter Maiski erschien Dienstag im engl[ischen]. Auswärt[igen]. Amt u. erklärte, dass seine Reg[ierung]. die Lage als sehr ernst ansehe. Die deutsche Presse konstatiert, dass der Druck der scharfmacherischen Sowjetunion besonders stark sei.

Gemeint ist die Kleine Entente von Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Rumänien von 1920/21

Was die mit Frankreich verbündeten Balkanstaaten (kl[einer]. Verb. Tschechei, Rumänien, Jugoslawien) anbetrifft, so haben sich diese, wie zu erwarten war, den franz[ösischen]. Standpunkt zu eigen gemacht. Mittwoch tagte in Genf eine Konferenz des Kleinen Verbandes, die sich mit der Lage beschäftigte. Franz[ösische]. Meldungen, dass die Konferenz über einen evtl. Austritt aus den Völkerbund beraten werde, falls er der Vertragsverletzung durch Deutschland nicht wirksam begegne, sind bisher nicht bestätigt worden. Ueber die Ergebnisse der Beratungen liegen bis zur Stunde noch keine positiven Nachrichten vor.

Die Presse Polens erklärte Sonntag u. Montag, dass die Locarnofrage in erster Reihe die Westmächte berühre. Der deutsche Schritt wurde aber keineswegs kritiklos gebilligt. Montag sprach dann der franz[ösische]. Botschafter bei der Reg[ierung]. vor u. erinnerte an den Bündnisvertrag vom Jahre 1921, worauf ihm erwidert wurde, dass sich die poln. Reg[ierung] ihrer Pflichten bewusst sei.

Das weitestgehende Verständnis fanden die deutschen Massnahmen in einem Teil der schwedischen Presse, in Ungarn u. vor allem in Japan. Die übrige Weltpresse hob zwar hervor, dass der durch den Versailler Vertrag geschaffene Zustand des Bestehens einer entmilit[arisierten]. Zone in Deutschland auf die Dauer nicht hätte bestehen bleiben können, konnte sich aber mit der Form des deutschen Vorgehens nicht befreunden. Inzwischen haben nach einer Mitteilung der „Köln[ischen]. Zeit[un]g." die franz[ösischen]. Argumente in der ganzen Weltöffentlichkeit Eindruck gemacht. Allenthalben wird die Lage als sehr ernst angesehen.

Nachdem das Völkerbundsekretariat die Sitzung des Rates auf Freitag den 13.3. anberaumt hatte, trat Dienstagvormittag in Paris die Konferenz der Locarnomächte zusammen. In der amtl[ichen]. von Flandin darüber herausgegebenen Verlautbarung hiess es, dass eine Entscheidung erst in der Sitzung des Völkerbundrates fallen könne u. dass die Beratungen der Mächte Donnerstag in Genf fortgesetzt werden sollen. Eden u. Flandin beabsichtigten Mittwochvormittag nach Genf zu fahren, um an der Sitzung des Dreizehnerausschusses teilzunehmen, die zu den Antworten Abess[iniens]. u. Ital[iens]. auf den Friedensappell Stellung nehmen sollte. 20 Uhr abends fand plötzlich eine erneute Beratung statt, in der auf Wunsch des engl[ischen]. Ministerpräsidenten Baldwin vereinbart wurde, die Beratungen Donnerstag in London fortzusetzen. Gleichzeitig ersuchte Baldwin den Generalsekretär des Völkerbunds die Ratstagung auf Samstag nach London zu verlegen. Die Sitzung des Dreizehnerausschusses wurde bis nach

der Sitzung des Völkerbundes vertagt. Eden kehrte nach London zurück, um an einer auf Mittwoch angesetzten Kabinettssitzung teilzunehmen. Ueber diese plötzliche Aenderung des Verhandlungsprogramms verlautete, dass die engl[ischen]. Vertreter die franz[ösische]. Haltung viel schärfer gefunden hätten, als sie erwarteten. Telefonische Unterredungen Edens mit Baldwin, der daraus den Eindruck eines evtl. in Aussicht stehenden Bruches zwischen Frankreich u. England gewonnen habe, hätten die plötzliche Aenderung des Verhandlungsprograms herbeigeführt.

Eden wolle, dass den engl[ischen]. Kabinettsmitgliedern Gelegenheit gegeben würde, an den Beratungen unmittelbar teilzunehmen. Es besteht kein Zweifel darüber, dass Frankreich auf der Zurückziehung der deutschen Truppen aus dem Rheingebiet beharre. Meldungen einiger Blätter, dass die franz[ösische]. Reg[ierung]. einem Kompromiss geneigt sei, wurden von ihr entschieden dementiert. Die franz[ösische]. Reg[ierung]. hat nach einer Reutermeldung zu verstehen gegeben, das Frankreich den Völkerbund verlassen werde, wenn die Verträge, auf denen die kollektive Sicherheit beruhe, sich als unwirksam erwiesen. In einer Mitteilung des Kriegsministeriums heisst es, dass keine Mobilisierungsmassnahmen beschlossen worden sei. Um gegen die Truppen Front zu machen, welche die Deutschen in das Rheinland geschickt hätten u. deren Stärke auf 90 000 Mann veranschlagt werden könne, genügten die bisher getroffenen Massnahmen. Diese beständen bekanntlich in einer Alarmbereitschaft der gesamten aktiven Streitmacht an der Grenze. Wenn die Ereignisse die Notwendigkeit zu einer Verstärkung der bisherigen Massnahmen ergeben sollten, würde es vorläufig genügen, die Reservisten der Grenzgebiete zu Uebungen einzuberufen, wozu das Gesetz die Handhabe biete u. was in einigen Stunden geschehen könne. Die „Köl[nische]. Z[ei]t[un]g“ vom Donnerstagmorgen berichtet aus London, dass der Druck der Franzosen u. ihres Anhangs u. die Argumentation der Franzosen u.

Belgier sich an manchen Stellen bereits auszuwirken beginne. Es tauche auf einmal das Argument auf, dass Belgien durch die Militarisierung des Rheinlandes erheblich stärker getroffen werde als Frankreich u. dass die Sicherheit Belgiens zu der überlieferten Politik Englands gehöre.

Was den ital[ienisch].-abess[inischen]. Krieg angeht, so hat der Negus am 5.3. in einem Telegramm an den Völkerbund sich bereit erklärt, unter Beachtung der Bestimmungen des Völkerbundpaktes, zu verhandeln. Montag gab der ital[ienische]. Vertreter beim Völkerbund ebenfalls eine Erklärung ab, dass die ital[ienische]. Reg[ierung]. grundsätzlich zu Verhandlungen bereit sei. Dieser Beschluss, den Friedensappell anzunehmen, wurde vom ital[ienischeen]. Ministerrat am Samstag gefasst. Nach dem Bekanntwerden des deutschen Memorandums wurde der **Beschluss wie die Presse mitteilt, leicht geändert.**

Rikken Minseitō, Demokratische Verfassungspartei, 1927 gegründet

In Japan brachte der ehemalige Außenminister Hirota nach langen Verhandlungen ein Kabinett zustande, das von der Armee gebilligt wird. Das Kabinett zeichnet sich dadurch aus, dass kein Vertreter der Minseito daran teil hat. Ein wenig bekannter Minseitoanhänger erhielt einen untergeordneten Posten. Hirota erklärte, dass er mit der Armee sehr eng zusammenarbeiten werde. Im Zusammenhang mit dem Putsch wurden 150 Anhänger der Rechtsparteien inhaftiert.

In Granada fanden blutige Unruhen statt, Anhänger der Rechtsparteien schossen auf linksgerichtete Arbeiter, worauf die Arbeiter die Gebäude der Rechtsparteien stürmten u. anzündeten. Bei Zusammenstössen mit der Polizei gab es mehrere Tote u. Verwundete. Es musste Polizei von auswärts herangezogen werden.

34 Anna Sander an Erich Sander 19.3.1936

– 1 –

Die Beratungen der Locarnomächte und die Tagung des Völkerbundsrates in London sind noch nicht zum Abschluss gelangt. Sichtbare Anzeichen für eine Einigung der Locarnomächte gibt es nur Wenige, während durch den bisherigen Verlauf der Ratstagung die einstimmige Verurteilung des deutschen Vorgehens gesichert scheint. England hat als Garantiemacht des Locarnovertrages die Rolle eines Schiedsrichters übernommen u. steuert auf die Verankerung dieses Schiedsrichteramtes zu dem von ihm angestrebten Friedensabmachungen hin, die jedoch bis zur Stunde noch keinerlei konkrete Gestalt angenommen haben. Die verschiedenartigsten Vorschläge werden in die Debatten der Locarnomächte geworfen u. wieder zurückgenommen, wenn sie auf zu harten Widerstand stossen. Mit diesem Tasten u. Fühlen will die engl[ische]. Reg[ierung]. offenbar franz[ösische]. Verhandlungspartner zermürben, um von ihren Forderungen etliches abzuhandeln, hierbei besteht England aber auch auf Opfer von Seiten Deutschlands, zu denen das Verlangen nach Zurückziehung eines Teiles der Truppen aus der Rheinlandzone gehört. Durchgesetzt hat es bisher gegen den Widerstand Frankreichs u. dessen Anhänger die Herbeirufung einer deutschen Delegation zu den Verhandlungen des Völkerbundrates. Diese wird ab Donnerstag an den Beratungen teilnehmen. Ermöglicht wurde der engl[ischen]. Reg[ierung]. dieses diplomatische Spiel durch die Volksabstimmung [sic!] **im Lande, die ausgesprochen pazifistisch ist. Wenn auch das Vertrauen in künftige Abmachungen mit der deutschen Reg[ierung]. im engl[ischen]. Volke einen harten Stoss erlitten hat, so ist doch das Volk der Meinung, dass eine neue Probe auf die Ehrlichkeit der deutschen Reg[ierung]. besser ist, als ein Krieg, von dem es die schlimmsten Folgen für die Weltzivilisation erwartet. Diese Ansichten beherrschen nicht nur die Anhänger der Arbeiterpartei u. die Liberalen, sie finden auch tiefen Widerhall in den Reihen der Konservativen. Politiker von Rang, wie Aus-**

ten Chamberlain, Churchill u. der ehemalige Aussenminister Hoare bekämpfen zwar diese Ansichten u. vertreten einen dem franz[ösischen]. Standpunkt ähnliche These, aber sie [sind] **damit bisher noch nicht durchgedrungen. Ende vergangener Woche erreichten sie auf einer Geheimtagung des Auswärtigen Ausschusses der Konservativen Partei die Entsendung einer Abordnung an die Reg[ierung]., die eine Politik in ihrem Sinne forderte – die Abordn[ung]. wurde von Hoare geführt – aber anfangs dieser Woche sollen sie auf einer neuen Tagung des Ausschusses, an der weit über 200 Abg[eordnete]. teilnahmen, eine Niederlage erlitten haben. So meldet jedenfalls die Presse. Da es sich bei der zweiten Ausschusst[a]g[ung]. auch um eine Geheimtagung handelte, war nichts genaues darüber zu erfahren. Frankreich, das England die Rolle eines Schiedsrichters keineswegs zubilligt, besteht nach wie vor im Prinzip auf seiner Forderung der Wiederherbeiführung des alten Rechtszustandes, scheint aber bereit zu sein, sich mit einer teilweisen Zurückziehung der deutschen Truppen aus der Rheinlandzone zufrieden zu geben. Während die verfügbaren aktiven Truppen feldmarschmässig ausgerüstet an der Grenze bereit liegen, suchen die franz[ösischen]. Diplomaten in London ihr Heil. Ihre letzten Vorschläge in den Verhandlungen der Locarnomächte lauteten:**

1. Deutschland verpflichtet sich, sich in der Frage des Russenpaktes dem Spruche des Haager Gerichtshofes zu unterwerfen.

2. D[eutschland]. verpflichtet sich die in die Rheinzone gesandten Truppen während der Dauer der Verhandlungen auf einem bestimmten Stand zu halten u. keine Befestigungen anzulegen.

3. Die Locarnomächte verstärken für die Dauer der Verhandlungen die Garantien für die franz[ösische]. Sicherheit; den Zeitumständen entsprechend.

Da England nicht geneigt scheint, grössere Verpflichtungen als bisher auf dem Festland zu übernehmen, stehen einer Ueberbrückung des engl[isch].-franz[ösischen]. Gegensatzes

noch grosse Schwierigkeiten im Wege, die die Lage Deutschlands erheblich erleichtern. Der Führer hat inzwischen in grossen Kundgebungen in Karlsruhe, München u. Frankfurt a/M. den deutschen Friedenswillen u. die Bereitschaft zu einer Verständigung mit Frankreich unter dem Jubel der Bevölkerung ausdrücklich hervorgehoben, falls Frankreich auf eine Schmälerung der Ehre u. des Ansehens Deutschlands Verzicht zu leisten gewillt ist.

Und nun zu dem Verlauf der Londoner Beratungen. Hierbei müssen die Tagung des Völkerbundrates u. die Beratungen der Locarnomächte auseinander gehalten werden, obwohl sich beide natürlich wechselseitig beeinflussen. Nach dem Locarno-Vertrag

2.
hat der Völkerbundsrat die Klage der von einem Verstoss betroffenen Unterzeichnermächte entgegen zu nehmen, zu entscheiden u. geeignete Massnahmen zu ergreifen, die den Bestand des Weltfriedens sichern. Dass die evtl. Empfehlungen des Rates für die Beilegung des Konfliktes dabei zunächst von den Locarnomächten durchberaten werden, ist selbstverständlich. Die franz[ösische]. Reg[ierung]. glaubte anfangs, dass infolge der klaren Sachlage rasch eine Einigung der Locarnomächte zustande komme, u. dass Zwangsmassnahmen gegen D[eutschland]. – man dachte zunächst an Wirtschaftssanktionen, denen evtl. militärische Massregeln folgen sollten – nicht lange auf sich warten lassen würden, sah sich aber darin getäuscht.

Als Eden Mittwoch, den 11.3. aus Paris nach London zurückkehrte, empfing er noch im Laufe des Abends, ohne Wissen der franz[ösischen]. Abordnung den deutschen Botschafter von Hoesch u. teilte ihm mit, dass der Ernst der Lage nicht übertrieben genug dargestellt werden könne. Der Reichskanzler möchte von sich aus einen spontanen Beitrag zur Entspannung der Lage liefern, indem er die Truppen aus der

entm[ilitarisierten]. Zone bis auf wenige symbolische Einheiten zurückzöge. Weiter solle er die Versicherung geben, dass für die Dauer der Verhandlungen keine Befestigungen in der Rheinlandzone angelegt würden.

Donnerstag übermittelte von Hoesch Eden die Antwort des Führers, in der es hiess, dass eine Diskussion über den dauernden oder vorübergehenden Verzicht auf die Souveränität im Rheingebiet nicht in Betracht komme. Für die Dauer der Verhandlungen solle jedoch keine Vermehrung der Truppen vorgenommen u. die Truppen nicht näher an die Grenzen herangeführt werden. Voraussetzung dafür müsste aber ein gleiches Verhalten Frankreichs u. Belgiens sein. Diese Antwort gab Eden zu Beginn der Tagung der Locarnomächte am Donnerstag bekannt, u. fügte hinzu, dass sie die engl[ische]. Reg[ierung]. nicht befriedige. Flandin erklärte sie für unannehmbar. Nach kurzen Beratungen kam die Sitzung zu dem einstimmigen Schluss, dass das Vorgehen D[eutschlands]. eine klare Verletzung des Vers[ailler]. Vertr[ags]. Art. 42 u. 43 u. des Locarnovertrages darstelle. Sodann wurde ein Viererausschuss aus den Führern der Abordn[ungen]. eingesetzt.

Donnerstag Vormittag wurde eine Erklärung der Reichsreg[ierung]. verbreitet, in der es hiess, dass die in die entm[ilitarisierte]. Zone gesandten 19 Bat[aillone]. keine Bedrohung Frankreichs darstellen könnten. D[eutschland]. habe durch diese geringfügige Besetzung des Rheingebiets von vornherein den Anschein vermeiden wollen als ob Frankreich unter Druck gesetzt u. unter unwürdigen Begleitumständen verhandeln solle. Die Besetzung sei in einer Form erfolgt, die tatsächlich nur symbolisch zu werten sei. Für die Dauer der Verhandlungen werde keine Aenderung dieses Zustandes erfolgen, falls Frankreich u. Belgien die gleiche Haltung einhielten. Ein Verzicht auf irgendwelche souveränen Hoheitsrechte in der Rheinlandzone komme nicht in Betracht. D[eutschland]. erstrebe eine wirkliche u. tatsächliche Befriedung für ein Vierteljahrhundert, ohne jegliche Diskriminierung. D[eutschland].

hätte auch einen anderen Weg beschreiten können, nämlich die Zurückziehung vom Locarnovertrag u. die Nichtbesetzung der Rheinlandzone. Es sei ihm aber darum zu tun gewesen, durch den grossen konstruktiven Plan zur Befriedung dieses Kontinents beizutragen. Falls diese Auffassungen von den anderen Reg[ierungen]. abgelehnt werden würden, würde D[eutschland]. seine Vorschläge zurückziehen u. lieber den Weg der ehrenhaften Vereinsamung wählen, denn als diskriminierte Nation in der Gemeinschaft anderer zu leben.

Freitag fanden zwei Sitzungen der Locarnomächte statt, auf denen es sehr stürmisch herging. Flandin drohte erneut mit dem Austritt Frankreichs aus dem Völkerbund, falls der Völkerbund nicht in entschiedener Weise das internationale Recht verteidige. Inzwischen waren die Abordnungen der Ratsmächte in London eingetroffen u. nun nahmen die Besprechungen hinter den Kulissen ihren Anfang. Flandin hatte noch an demselben Tage Unterredungen mit Litwinoff u. Titulescu. Hierbei wurde die weitestgehende Uebereinstimmung der Ansichten festgestellt.

Sonnabend trat der Völkerbundsrat zu seiner Tagung zusammen. Eden erklärte, dass Deutschland einen offenen u. unbestreitbaren Bruch des Versailler Vertrages u. des Locarnovertrages begangen habe. Die britische Reg[ierung]. stelle dem Völkerbund ihre vollste Mitarbeit zur Verfügung in allen Bemühungen den Frieden u. die Verständigung in Europa auf eine sichere Grundlage zu stellen. Flandin führte aus,

dass Deutschland einen qualifizierten Vertragsbruch begangen habe. Die Ansammlung von Truppen in Stärke von 30 000 Mann – diese Zahl wird von der Reichsreg[ierung]. bestritten – in der Rheinlandzone stelle eine nichtprovozierte Angriffshandlung dar. Diese flagrante Vertragsverletzung sei nach dem Locarnovertrage gleichbedeutend mit einem Angriff auf franz[ösisches]. Gebiet. D[eutschland]. habe mit seinem Vor-

gehen den Art[ikel]. 43 des Vers[ailler]. Vertr[ages]. verletzt u. im Art[ikel]. 44 werde ein solches Vorgehen als feindseliger Akt bezeichnet. Frankreich hätte zu den schärfsten u. entscheidendsten Massregeln greifen können. Es habe dies nicht getan, weil es sich vollkommen auf die Weisheit des Rates verlasse. Die Behauptung D[eutschlands]., dass der franz[ösisch].-russ[ische]. Vertrag dem Locarnovertrag widerspreche, sei nur ein Vorwand. Der Völkerbundsrat müsse die Verletzung der Verträge feststellen u. dann sei es Aufgabe der Bürgenmächte Frankreich den zugesicherten Beistand zu leisten. Frankreich wolle auch wissen, ob die Praxis der vollendeten Tatsachen, die einseitige Zurückweisung eines freiwilligen Vertrages, Grundsatz in der intern[ationalen]. Politik werden solle. Van Zeeland führte aus, dass er sich den klaren Ausführungen Flandins anschliesse u. diese nur von belgischen Gesichtspunkten aus ergänzen wolle. Kein Land werde so von der einseitigen Kündigung des Locarnovertrages betroffen als Belgien. Der Vertrag müsse die ihm treubleibenden Länder bestehen bleiben u. diese müssten alle Bestimmungen einhalten. In nächster Zeit müsse dann erneut verhandelt u. unterschrieben werden. Der Rat müsse die Vertragsverletzungen feststellen. Anschliessend fand eine Geheimsitzung statt, in der zu der Frage einer förmlichen Einladung D[eutschlands]. Stellung genommen wurde. Gegen die Einladung sprachen Flandin u. Litwinoff. Schliesslich wurde beschlossen D[eutschland]. bedingungslos einzuladen.

Sonntag traf die Antwort der Reichsreg[ierung]. auf das Telegramm des V[ölker]b[und]g[eneral]sekretärs ein. Sie lautete: Die deutsche Reg[ierung]. ist grundsätzlich bereit, die Einladung des Rates anzunehmen. Sie geht dabei von der Voraussetzung aus, dass ihre Vertreter bei der Beratung u. Beschlussfassung mit den Vertretern der Ratsmächte gleichberechtigt sind. Da Vorgehen der Reichsreg[ierung]. erschöpft sich nicht in der Wiederherstellung der Souveränität in der Rheinlandzone, sondern ist mit umfassenden konstruktiven Vorschlägen für eine neue Friedenssicherung verbunden wor-

den. Die Reg[ierung]. betrachtet diese pol[itische]. Aktion als eine Einheit, deren Bestandteile nicht voneinander getrennt werden dürfen. Aus diesem Grunde kann sie an den Verhandlungen des Rates nur teilnehmen, wenn sie die Gewissheit erhält, dass die in Frage kommenden Mächte bereit sind, alsbald in Verhandlungen über die deutschen Vorschläge einzutreten. Die Reg[ierung]. wird sich zu diesem Zwecke mit der brit[ischen]. Reg[ierung]. in Verbindung setzen. Beim Bekanntwerden dieser Antwort erklärte Flandin den Journalisten, dass diese Bedingungen unannehmbar seien. Er sei nach London gekommen, um die Verletzung des Locarnovertrages festgestellt zu sehen. Nur dies wolle er erörtern, andernfalls werde er London u. den Völkerbundsrat verlassen. Die franz[ösische]. Presse zeigte sich aufs höchste entrüstet. Das Petit Parisien nannte die Antwort ein Ultimatum. Der Figaro schrieb, dass sich D[eutschland]. von einem Diktat befreit habe, um der Welt ein neues aufzuerlegen: den deutschen Frieden. Die Reaktion der engl[ischen]. Presse war uneinheitlich. Daily Telegraf [sic!] **bezeichnete die Bedingungen als unannehmbar. D[eutschland]. wolle zwischen Frankr[eich]. u. England einen Keil treiben. Die Zeit[un]g[en]. der Arbeiterpartei u. der Liberalen sprachen sich nicht so ablehnend aus, wenn sie auch kritisierten, dass die deutsche Reg[ierung]. Bedingungen gestellt habe. Ein Streit entbrannte über die Auslegung des Wortes alsbald. Sollte „alsbald“ sofort oder sobald als möglich bedeuten? Eine Rückfrage bei der deutschen Reg[ierung]. ergab, dass damit ehestens gemeint war.**

Montag fand zunächst eine Geheimsitzung des Rates statt, in der es ausserordentlich stürmisch herging. Flandin, Litwinoff u. Titulescu wandten sich gegen die Wiederbeantwortung der deutschen Antwort auf die Einladung. Es wurde aber beschlossen, der deutschen. Reg[ierung]. folgende Antwort zu übermitteln: Die deutschen Vertreter nehmen unter denselben Bedingungen an der Ratstagung teil, denen die anderen Beteiligtenmächte unterworfen sind, d.h. sie haben das volle Recht der Aussprache, ihre Stimmen werden aber bei der Feststel-

lung der Einstimmigkeit nicht mitgezählt. Was die zweite Forderung anbetrifft, so ist der Rat nicht

4.

zuständig eine solche Versicherung abzugeben. In der Geheimsitzung wurde dann noch ein Kampf um den Text des Entschliessungsentwurfs ausgefochten. Flandin, Litwinoff u. Titulescu schlugen einen sehr scharfen Entwurf vor, der eine Verurteilung D[eutschlands]. enthielt. Obwohl Flandin mit der allgemeinen Mobilmachung in Fr[ankreich]. drohte, gelang es nicht diesen Text durchzudrücken. In der nun folgenden öff[en]tl[ichen]. Ratssitzung wurde von Flandin folgender franz[ösisch].-belg[ischer]. Entschliessungsentwurf eingebracht: Der Rat stellt fest, dass D[eutschland]. den Artikel 43 des Vers[ailler]. Vertrags verletzt hat, indem es in die auf Grund der Art[ikel]. 42 u. 45 des Vers[ailler]. Vertr[ages]. u. des Locarnovertrags entm[ilitarisierte]. Rheinlandzone Militärkräfte entsandt u. garnisoniert hat.

Dienstagvormittag fand eine Sitzung der Locarnomächte statt. An dieser nahmen vier engl[ische]. Minister (Eden, Neville Chamberlain, Lord Halifax u. Macdonald) teil u. setzten Flandin davon in Kenntnis, dass die engl[ische]. Reg[ierung]. beabsichtige der deutschen Reg[ierung]. die Erörterung ihrer Vorschläge zuzusichern. Flandins Einwände hingegen sollen verstummt sein, als man ihm Zugeständnisse in Aussicht stellte. Die Antwort der engl[ischen]. Reg[ierung]. an die deutsche lautet: Die engl[ische]. Reg[ierung]. wird alles tun, um ein Mittel zu finden für eine friedliche u. zufriedenstellende Lösung der Schwierigkeiten. Es ist der engl[ischen]. Reg[ierung]. klar, dass die Vorschläge des Reichskanzlers, wie auch alle anderen von interessierter Seite gemachten Vorschläge zur geeigneten Zeit besprochen werden müssen. Die deutsche Reg[ierung]. wird es zu würdigen wissen, wenn im gegenwärtigen Zeitpunkt kein weitergehendes Versprechen gemacht werden kann. Nachmittags fand dann noch eine Geheimsitzung des Rates statt u. im Anschluss daran eine öffentliche.

Der Vors. machte zunächst die Mitteilung, dass die deutsche Reg[ierung]. den Botschafter von Ribbentrop zum Vertreter für die Ratstagung bestimmt habe, u. dass dieser ab Donnerstag zur Verfügung stehen werde. Hierauf verlangte der türk[ische]. Aussenminister Rüschdi Aras volle Genugtuung für Fr[ankreich]. u. Bel[gien]. u. sprach sich für eine Vermittlung des Rates aus. Litwinoff verlangte entschiedene Massnahmen gegen den deutschen Rechtsbruch u. grösstmögliche Genugtuung für Fr[ankreich]. u. Belg [ein]. Die Aufrechterhaltung der entm[ilitarisierten]. Zone hielt er infolge der in D[eutschland]. herrschenden Ideologie für gerechtfertigt. D[eutschland]. wolle die franz[ösische]. Militärmacht zertrümmern. Die Friedensvorschläge stellten nur ein Manöver dar. Die Rätereg[ierung]. sei bereit, sich an allen von den Locarnomächten u. dem Völkerbund zu ergreifenden Massregeln zu beteiligen. Der chilenische Vertreter verlangte die Prüfung des Russenpaktes durch ein Schiedsgericht. Da dies noch nicht geschehen sei, werde er sich der Stimme enthalten. Spät abends fand noch eine Sitzung der Locarnomächte statt, die bis nach Mitternacht andauerte. Dort machte die engl[ische]. Reg[ierung]. den Vorschlag, der [sic!] **für die Dauer der Verhandlungen eine beiderseitige entmilitarisierte Zone zu errichten. In je 30 Meilen Tiefe, in der von einer intern[ationalen]. Polizeitruppe die Ordnung aufrechterhalten werden solle. Auf diesem Gebiet dürfe Deutschland keine Befestigungen anlegen u. Frankreich dürfe die seinen nicht erneuern. Die franz[ösische]. Abordnung lehnte diesen Vorschlag als unannehmbar ab. In der franz[ösischen]. Presse rief dieser Vorschlag eine tiefe Missstimmung gegen England hervor. Eine Reihe kleinerer Blätter forderten den Austritt Frankreichs aus dem Völkerbund. Das Journal des Debats forderte die Rückkehr der franz[ösischen]. Minister, die Aufhebung der Sühnemassnahmnen gegen Italien u. die Ereignisse ausserhalb des Völkerbundes abzuwarten. Von dem engl[ischen] Vorschlag sagte das Blatt, dass noch nie ein extravaganterer Einfall dem Kopfe eines Staatsmannes entsprungen sei. Der Temps warnte davor, die vielen Nachrichten über angebliche Pläne u. Vorschläge als bare**

Münze aufzufassen. Alles deute darauf hin, dass man noch nicht soweit sei, um über genaue feste Formen zu verhandeln.

Mittwoch, den 18.5. setzte der Rat seine Tagung fort. Eden führte aus, dass der Rat nicht nur die Aufgabe habe, den offenkundigen u. unbestreitbaren Bruch der Bestimmungen des Vers[ailler]. Vert[rages]. über die entmilitarisierte Zone festzustellen. Im Art[ikel]. 7 des Locarnovertr[ages]. werde gesagt, dass der Vertrag nicht ausgelegt werden könne als Einschränkung der Pflichten des Völkerbundes, alle wirksamen Massnahmen zur Wahrung des Weltfriedens zu ergreifen. Nicht nur die Struktur des intern[ationalen]. Rechts müsse gestärkt werden, sondern auch der Frieden unter den Völkern. Der Bruch des Locarnovertrages, so klar er auch sei, trage keine unmittelbare

Bedrohung mit Feindseligkeiten in sich. So ernst die Lage auch sei, so sei sie doch von der Gelegenheit begleitet, einen dauerhaften Frieden zu erschaffen. Der Bruch des Vertrages durch Deutschland sei keine Aktion gewesen, die die sofortige Anwendung der im Locarnovertrag vorgesehenen Massnahmen notwendig mache. Der ital[ienische]. Vertreter Grandi hob den Ernst der Lage hervor u. meinte, dass die Feststellung einer Vertragsverletzung durch Deu[t]schl[an]d. umso peinlicher sei, als es sich um eine Grossmacht handle, deren Mitarbeit für den Frieden in Europa unerlässlich sei. Italien sei sich seiner Verantwortlichkeit auf Grund des Locarn[o-].Vertrages voll bewusst u. bleibe seinen Verpflichtungen treu. Selbstverständlich könnten jedoch die Staaten, die gegen Ital[ien]. Sanktionen verlangt hätten, nicht erwarten, dass Italien Massnahmen anwende, die mit seiner gegenwärtigen Lage unvereinbar sei[en]**. Der poln[ische]. Aussenminister Beck hob hervor, dass die Erklärungen zwischen ihm u. dem deutsch[en]. Reich v. Jan[uar]. 34 die Lage geordnet hätten. Die Worte, die der deutsch. Reichskanzler in seinen Reden Polen gewidmet habe, bewiesen den Willen der Reichsregier[ung]. die Polen**

gegen[über] **übernommenen Verpflichtungen einzuhalten. Die Verpflicht. Polens gegenüber dem Rätebund seien im Lauf der letzten Jahre in einem Nichsangriffspakt festgelegt worden. Den franz[ösisch].-rätebündischen Pakt halte er mit dem Locarno-Vertrag für vereinbar. Titulescu sprach von einer Erschütterung des gesamten Systems der kollektiven Sicherheit. Die Staaten des kleinen Verbandes seien nicht gegen eine Erörterung der deutsch. Vorschläge. Dies könne aber erst geschehen, nachdem Frankreich u. Belgien Genugtuung erhalten hätten. Ausser diesem sprachen auch die Vertreter Dänemarks, Portugals u. Argentiniens. Spät abends fand noch eine Tagung der Locarno-Mächte statt, die bis nachts 2 Uhr dauerte. Die engl[ische]. Regierung hat hier den Vorschlag einer beiderseitigen entmilitarisierten Zone fallen gelassen. Eine Einigung wurde nicht erzielt.**

Donnerstag d. 19. 3. ergriff im Völkerbundsrat der deutsche Vertreter v. Ribbentrop das Wort. Er wies nach, ~~dass-nicht-nach~~, dass nicht Deutschland sondern Frankreich den Locarno-Vertrag verletzt habe, indem es den Russenpakt schloss. Ausführlicher darüber später.

~~Am Freitag~~ Parallel mit diesen Beratungen liefen eine Reihe von Geheimsitzungen des engl[ischen]. Kabinetts, Empfänge beim engl[ischen]. König (Flandin, Titulescu, Beck) u. fortlaufende Unterredungen, über deren Verlauf nichts bekannt wurde. Am Freit[ag]. d. 13.3. bestätigte der franz[ösische]. Senat mit 226 gegen 48 Stimmen bei 34 Enthaltungen den Russenpakt.

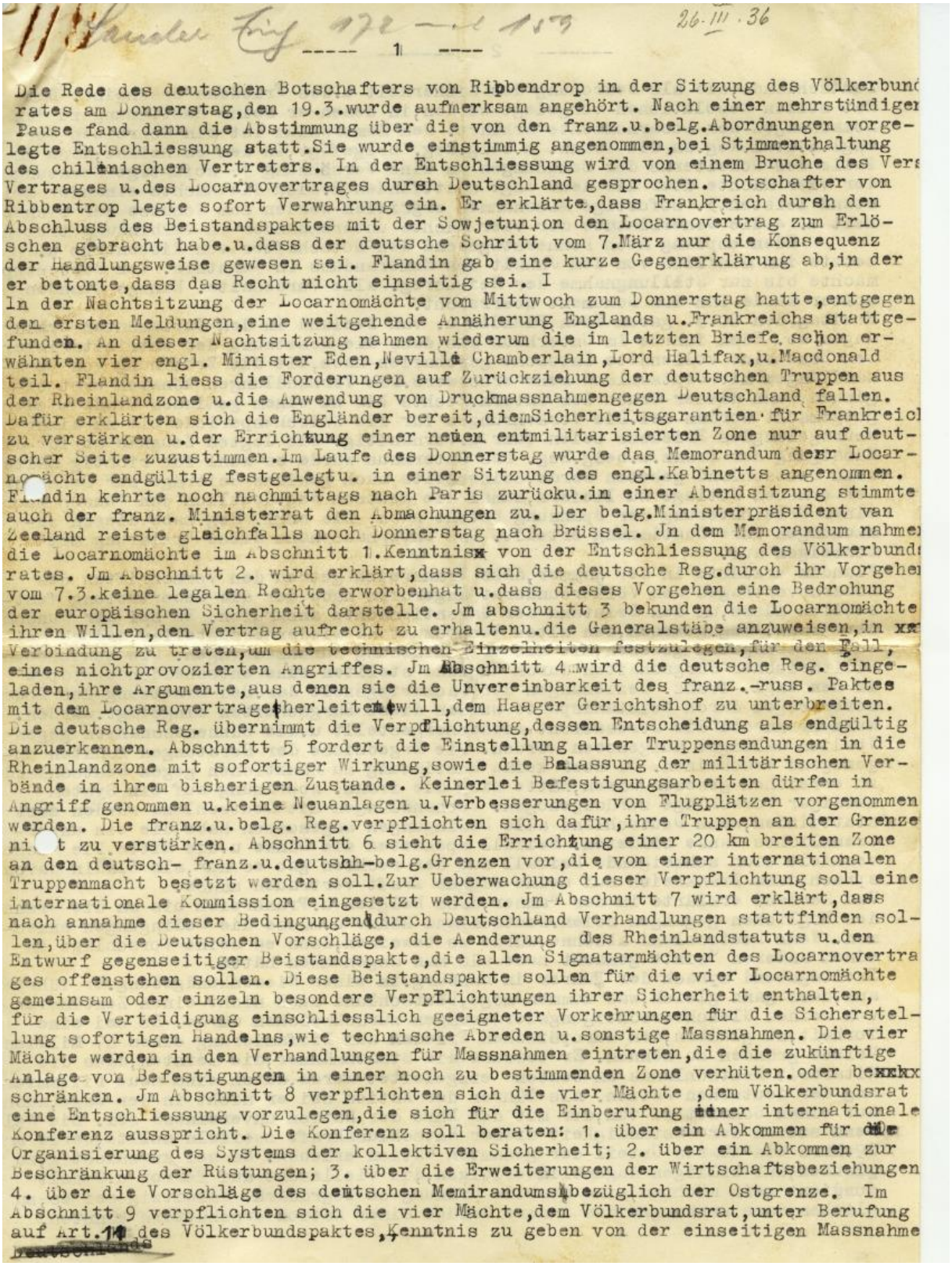
In Japan werden jetzt die Auswirkungen des Uebereinkommens der Armee mit der Regierung spürbar. Nach einer Zeitungsmeldung sieht das neue Regierungsprogramm eine entschlossene Aussenpolitik, vor allem gegen den Rätebund vor. Die Truppen in der Mandschurei sollen so verstärkt werden, dass sie den rätebünd[ische]. ebenbürtig sind. Weiterhin ist die Stellung der Industrie unter Staatsaufsicht u. eine Agrarre-

José Antonio Primo de Rivera – Sohn des spanischen Diktators Miguel Primo de Rivera (1923-30) – war Gründer und Parteiführer der faschistischen Falange Española und wurde am 6. Juni 1936 wegen Waffenbesitzes verhaftet.

form, Entschuldung der Bauern u. Verbesserung der Pachtverhältnisse vorgesehen.

Durch Spanien geht eine neue Welle von Unruhen. Es wurde der Alarmzustand verkündet. Die faschistische Partei wurde verboten u. die Parteileitung mit dem Sohne Primo de Riveras verhaftet.

35 Anna Sander an Erich Sander 26.3.1936



26-III.36

----- 1 ----

Die Rede des deutschen Botschafters von Ribbendrop in der Sitzung des Völkerbund
rates am Donnerstag,den 19.3.wurde aufmerksam angehört. Nach einer mehrstündige
Pause fand dann die Abstimmung über die von den franz.u.belg.Abordnungen vorge-
legte Entschliessung statt.Sie wurde einstimmig angenommen,bei Stimmenthaltung
des chilenischen Vertreters. In der Entschliessung wird von einem Bruche des Ver
Vertrages u.des Locarnovertrages durch Deutschland gesprochen. Botschafter von
Ribbentrop legte sofort Verwahrung ein. Er erklärte,dass Frankreich durch den
Abschluss des Beistandspaktes mit der Sowjetunion den Locarnovertrag zum Erlö-
schen gebracht habe.u.dass der deutsche Schritt vom 7.März nur die Konsequenz
der Handlungsweise gewesen sei. Flandin gab eine kurze Gegenerklärung ab,in der
er betonte,dass das Recht nicht einseitig sei. I
In der Nachtsitzung der Locarnomächte vom Mittwoch zum Donnerstag hatte,entgegen
den ersten Meldungen,eine weitgehende Annäherung Englands u.Frankreichs stattge-
funden. An dieser Nachtsitzung nahmen wiederum die im letzten Briefe schon er-
wähnten vier engl. Minister Eden,Neville Chamberlain,Lord Halifax,u.Macdonald
teil. Flandin liess die Forderungen auf Zurückziehung der deutschen Truppen aus
der Rheinlandzone u.die Anwendung von Druckmassnahmengegen Deutschland fallen.
Dafür erklärten sich die Engländer bereit,diemSicherheitsgarantien für Frankreic
zu verstärken u.der Errichtung einer neuen entmilitarisierten Zone nur auf deut-
scher Seite zuzustimmen.Im Laufe des Donnerstag wurde das Memorandum dessr Locar-
nomächte endgültig festgelegtu. in einer Sitzung des engl.Kabinetts angenommen.
Flandin kehrte noch nachmittags nach Paris zurücku.in einer Abendsitzung stimmte
auch der franz. Ministerrat den Abmachungen zu. Der belg.Ministerpräsident van
Zeeland reiste gleichfalls noch Donnerstag nach Brüssel. Jn dem Memorandum nahme
die Locarnomächte im Abschnitt 1.Kenntnisx von der Entschliessung des Völkerbunds
rates. Jm Abschnitt 2. wird erklärt,dass sich die deutsche Reg.durch ihr Vorgehe
vom 7.3.keine legalen Rechte erworbenhat u.dass dieses Vorgehen eine Bedrohung
der europäischen Sicherheit darstelle. Jm abschnitt 3 bekunden die Locarnomächte
ihren Willen,den Vertrag aufrecht zu erhaltenu.die Generalstäbe anzuweisen,in xx
Verbindung zu treten,um die technischen Einzelheiten festzulegen,für den Fall,
eines nichtprovozierten Angriffes. Jm Abschnitt 4 wird die deutsche Reg. einge-
laden,ihre Argumente,aus denen sie die Unvereinbarkeit des franz.-russ. Paktes
mit dem Locarnovertrageherleitet,will,dem Haager Gerichtshof zu unterbreiten.
Die deutsche Reg. übernimmt die Verpflichtung,dessen Entscheidung als endgültig
anzuerkennen. Abschnitt 5 fordert die Einstellung aller Truppensendungen in die
Rheinlandzone mit sofortiger Wirkung,sowie die Belassung der militärischen Ver-
bände in ihrem bisherigen Zustande. Keinerlei Befestigungsarbeiten dürfen in
Angriff genommen u.keine Neuanlagen u.Verbesserungen von Flugplätzen vorgenommen
werden. Die franz.u.belg. Reg.verpflichten sich dafür,ihre Truppen an der Grenze
nicht zu verstärken. Abschnitt 6 sieht die Errichtung einer 20 km breiten Zone
an den deutsch- franz.u.deutshh-belg.Grenzen vor,die von einer internationalen
Truppenmacht besetzt werden soll.Zur Ueberwachung dieser Verpflichtung soll eine
internationale Kommission eingesetzt werden. Jm Abschnitt 7 wird erklärt,dass
nach annahme dieser Bedingungendurch Deutschland Verhandlungen stattfinden sol-
len,über die Deutschen Vorschläge, die Aenderung des Rheinlandstatuts u.den
Entwurf gegenseitiger Beistandspakte,die allen Signatarmächten des Locarnovertra
ges offenstehen sollen. Diese Beistandspakte sollen für die vier Locarnomächte
gemeinsam oder einzeln besondere Verpflichtungen ihrer Sicherheit enthalten,
für die Verteidigung einschliesslich geeigneter Vorkehrungen für die Sicherstel-
lung sofortigen handelns,wie technische Abreden u.sonstige Massnahmen. Die vier
Mächte werden in den Verhandlungen für Massnahmen eintreten,die die zukünftige
Anlage von Befestigungen in einer noch zu bestimmenden Zone verhüten.oder bexxkx
schränken. Jm Abschnitt 8 verpflichten sich die vier Mächte ,dem Völkerbundsrat
eine Entschliessung vorzulegen,die sich für die Einberufung einer internationale
Konferenz ausspricht. Die Konferenz soll beraten: 1. über ein Abkommen für die
Organisierung des Systems der kollektiven Sicherheit; 2. über ein Abkommen zur
Beschränkung der Rüstungen; 3. über die Erweiterungen der Wirtschaftsbeziehungen
4. über die Vorschläge des deutschen Memirandums bezüglich der Ostgrenze. Im
Abschnitt 9 verpflichten sich die vier Mächte,dem Völkerbundsrat,unter Berufung
auf Art.11 des Völkerbundspaktes,Kenntnis zu geben von der einseitigen Massnahme
Deutschlands

Die Rede des deutschen Botschafters von Ribbentrop in der Sitzung des Völkerbundsrates am Donnerstag, den 19.3. wurde aufmerksam angehört. Nach einer mehrstündigen Pause fand dann die Abstimmung über die von den franz[ösischen]. u. belg[ischen]. Abordnungen vorgelegte Entschliessung statt. Sie wurde einstimmig angenommen, bei Stimmenthaltung des chilenischen Vertreters. In der Entschliessung wird von einem Bruche des Vers[ailler]. Vertrages u. des Locarnovertrages durch Deutschland gesprochen. Botschafter von Ribbentrop legte sofort Verwahrung ein. Er erklärte, dass Frankreich durch den Abschluss des Beistandspaktes mit der Sowjetunion den Locarnovertrag zum Erlöschen gebracht habe. u. dass der deutsche Schritt vom 7. März nur die Konsequenz der Handlungsweise gewesen sei. Flandin gab eine kurze Gegenerklärung ab, in der er betonte, dass das Recht nicht einseitig sei.

In der Nachtsitzung der Locarnomächte vom Mittwoch zum Donnerstag hatte, entgegen den ersten Meldungen, eine weitgehende Annäherung Englands u. Frankreichs stattgefunden. An dieser Nachtsitzung nahmen wiederum die im letzten Briefe schon erwähnten vier engl[ischen]. Minister Eden, Neville Chamberlain, Lord Halifax u. Macdonald teil. Flandin liess die Forderungen auf Zurückziehung der deutschen Truppen aus der Rheinlandzone u. die Anwendung von Druckmassnahmen gegen Deutschland fallen. Dafür erklärten sich die Engländer bereit, die Sicherheitsgarantien für Frankreich zu verstärken u. der Errichtung einer neuen entmilitarisierten Zone nur auf deutscher Seite zuzustimmen. Im Laufe des Donnerstag wurde das Memorandum der Locarnomächte endgültig festgelegt u. in einer Sitzung des engl[ischen]. Kabinetts angenommen. Flandin kehrte noch nachmittags nach Paris zurück u. in einer Abendsitzung stimmte auch der franz[ösische]. Ministerrat den Abmachungen zu. Der belg[ische]. Ministerpräsident van Zeeland reiste gleichfalls noch Donnerstag nach Brüssel. In dem Memorandum nahmen die Locarnomächte im Abschnitt

1. Kenntnis von der Entschliessung des Völkerbundsrates. Im Abschnitt 2. wird erklärt, dass sich die deutsche Reg[ierung]. durch ihr Vorgehen vom 7.3. keine legalen Rechte erworben hat u. dass dieses Vorgehen eine Bedrohung der europäischen Sicherheit darstelle. Im Abschnitt 3 bekunden die Locarnomächte ihren Willen, den Vertrag aufrecht zu erhalten u. die Generalstäbe anzuweisen, in Verbindung zu treten, um die technischen Einzelheiten festzulegen für den Fall, eines nichtprovozierten Angriffes. Im Abschnitt 4 wird die deutsche Reg[ierung]. eingeladen, ihre Argumente, aus denen sie die Unvereinbarkeit des franz[ösisch].-russ[ischen]. Paktes mit dem Locarnovertrage herleiten will, dem Haager Gerichtshof zu unterbreiten. Die deutsche Reg[ierung]. übernimmt die Verpflichtung, dessen Entscheidung als endgültig anzuerkennen. Abschnitt 5 fordert die Einstellung aller Truppensendungen in die Rheinlandzone mit sofortiger Wirkung, sowie die Belassung der militärischen Verbände in ihrem bisherigen Zustande. Keinerlei Befestigungsarbeiten dürfen in Angriff genommen u. keine Neuanlagen u. Verbesserungen von Flugplätzen vorgenommen werden. Die franz[ösische]. u. belg[ische]. Reg[ierung]. verpflichten sich dafür, ihre Truppen an der Grenze nicht zu verstärken. Abschnitt 6 sieht die Errichtung einer 20 km breiten Zone an den deutsch-franz[ösischen]. u. deutsch-belg[ischen]. Grenzen vor, die von einer internationalen Truppenmacht besetzt werden soll. Zur Ueberwachung dieser Verpflichtung soll eine internationale Kommission eingesetzt werden. Im Abschnitt 7 wird erklärt, dass nach Annahme dieser Bedingungen durch Deutschland Verhandlungen stattfinden sollen, über die deutschen Vorschläge, die Aenderung des Rheinlandstatuts u. den Entwurf gegenseitiger Beistandspakte, die allen Signatarmächten des Locarnovertrages offenstehen sollen. Diese Beistandspakte sollen für die vier Locarnomächte gemeinsam oder einzeln besondere Verpflichtungen ihrer Sicherheit enthalten, für die Verteidigung einschliesslich geeigneter Vorkehrungen für die Sicherstellung sofortigen Handelns, wie technische Abreden u. sonstige Massnahmen. Die vier Mächte werden in den Ver-

handlungen für Massnahmen eintreten, die die zukünftige Anlage von Befestigungen in einer noch zu bestimmenden Zone verhüten oder beschränken. Im Abschnitt 8 verpflichten sich die vier Mächte, dem Völkerbundsrat eine Entschliessung vorzulegen, die sich für die Einberufung einer internationalen Konferenz ausspricht. Die Konferenz soll beraten:

1. über ein Abkommen für die Organisierung des Systems der kollektiven Sicherheit;

2. über ein. Abkommen zur Beschränkung der Rüstungen;

3. über die Erweiterungen der Wirtschaftsbeziehungen

4. über die Vorschläge des deutschen Memorandums bezüglich der Ostgrenze.

Im Abschnitt 9 verpflichten sich die vier Mächte, dem Völkerbundsrat, unter Berufung auf Art[ikel]. 11 des Völkerbundspaktes, Kenntnis zu geben von der einseitigen Massnahme

Deutschlands, die als Bedrohung des Sicherheit u. des Friedens erscheint. Dem Rat sollen Resolutionen vorgelegt werden, in denen er seine Zustimmung zu den Abmachungen der Locarnomächte erklärt. Dem Memorandum ist ein Schreiben der engl[ischen]. u. ital[ienischen]. Reg[ierung]. an die franz[ösische]. u. belg[ische]. Reg[ierung]. beigefügt, in dem es heisst, dass im Falle des Scheiterns der Bemühungen um eine Versöhnung

1. sofortige Beratungen der vier Mächte über die neue Lage stattfinden,

2. sich die Mächte einander Beistand leisten,

3. sofortige Massnahmen ergriffen werden zum Schutze der Sicherheit u.

4. die Generalstäbe der vier Mächte untereinander in Verbindung treten.

Eden empfing noch Donnerstagabend den Botschafter von Ribbentropp u. setzte ihn mündlich von dem Inhalt des Memo-

randums in Kenntnis. Von Ribbentropp machte bis zur Stellungnahme der Reichsreg[ierung]. alle Vorbehalte. Einige Stunden später wurde ihm das Dokument überreicht.

Freitag den 20.5. gaben Eden, Flandin u. van Zeeland in den Parlamenten Erklärungen ab. Eden führte im Unterhaus aus, dass die Besetzung der entmilitarisierten Zone eine vollendete Tatsache geschaffen habe, die die Eröffnung von Verhandlungen mit Deutschland sehr erschwere. Die Verhandlungen könnten erst beginnen, wenn dieser Bruch des intern[ationalen]. Rechts bis zu einem gewissen Grade wiedergutgemacht worden sei. Die Vorkehrungen für die Zwischenperiode bis zu einer Neuregelung des Friedens seien fair u. vernünftig. Sie legten Zeugnis ab für die Mässigung der franz[ösischen]. u. belg[ischen]. Reg[ierung]. Das Unterhaus würde es wohl für richtig halten wenn Deutschland gebeten werde, seinerseits auch gewisse Beiträge zur Behebung der ernsten Notlage zu liefern, zumal die deutsche Reg[ierung]. deutlich den Wunsch nach einer Erleichterung der Spannung betont habe. Die engl[ische]. Reg[ierung]. habe diesen Abmachungen ihre Zustimmung erteilt. Das Unterhaus nahm diese Erklärung mit Schweigen auf.

Flandin erklärte in der Kammer, dass Frankreich getreu den Vorschriften des Locarnovertrages den Völkerbundsrat angerufen habe, der die Uebertretung feststellen müsse, um den Beistand der Garantiemächte anzurufen. Es sei der Wunsch der franz[ösischeen]. Reg[ierung]. Gewesen, den alten Rechtszustand wiederherzustellen, jedoch sei es nicht möglich gewesen, mit dieser Auffassung durchzudringen. Die Zusicherung militärischer Bürgschaften durch England stellten eine entscheidende Etappe in den engl[isch].-franz[ösischen]. Beziehungen der Nachkriegszeit dar. Bei Ersetzung des Locarnovertrages durch Beistandspakte würden diese Bürgschaften eingefügt werden. Nunmehr müsste die Stresafront wiederhergestellt u. die Sühnemassnahmen gegen Italien baldigst aufgehoben werden. Die Ergebnisse der Beratungen

könnten ungenügend erscheinen. Da aber keine Zustimmung zu Sanktionen gegen Deutschland zu erreichen gewesen wäre, hätte sich die franz[ösische]. Abordnung auf ein System mässiger Vorschläge zurückgezogen. Verhandlungen mit Deutschland würden erst stattfinden, wenn Deutschland alle Bedingungen angenommen habe, die ein unzertrennliches Ganzes bildeten. Beifall spendeten die Linke u. die Mitte. Die Rechte verhielt sich schweigend. Beifall auf der Rechten gab es nur, als Flandin davon sprach, dass Frankreich auf seine eigene Kraft vertrauen müsse.

Van Zeeland erklärte in der Kammer, dass Belgien u. Frankreich bis an die Grenze des Möglichen gegangen seien. Deutschland könne u. müsse die Bedingungen annehmen. Wenn Deutschland ablehne, würde es beweisen, dass es seine Vorschläge in einem anderen Geiste gemacht habe als man angenommen hätte.

Freitagabend sprach der Führer in Hamburg in einer Riesenkundgebung. Er führte aus, dass ganz gleich, was kommen möge, Deutschland auch nicht einen Zentimeter von seinen Gleichberechtigungsforderungen zurückweichen würde. Es sei eine Torheit, zu glauben, den europäischen Frieden auf Diffamierung eines 67 Million[en]. Volkes gründen zu können. Er bedaure die Staatsmänner, die meinten, dass die Mitarbeit Deutschlands am besten eingeleitet werde, durch eine neue Diffamierung der deutschen Nation. Als Führer der Nation sei er nicht in der Lage, auch nur einen Schritt zu tun, der mit der Ehre der Nation unvereinbar sei. Die Welt, wenn sie an der Beständigkeit dieser Entschlusskraft zweifeln sollte, werde am 29. März ein klares Urteil der gesamten Nation erleben. Es sei kurzsichtig, zu glauben, auf billigen Augenblickserfolgen, die vielleicht auf Terror u. Gewalt fundiert sein möchten, eine stabile Ordnung zu begründen. Wahnwitzig sei es, zu glauben, dass Drohungen das innere Gefüge einer Nation erschüttern könnten.

Das Problem der Gleichberechtigung Deutschlands müsse gelöst werden. Entweder so anständig, wie es Deutschland erstrebe, oder Deutschland müsse seinen Weg allein gehen. Dieser Entschluss bedrohe niemand. Auf diesem Entschlusse beruhe das grosse Angebot Deutschlands. Deutschland stehe dazu. Die Welt fragt, ob sie es halten? Sie habe keine Berechtigung dazu, vom Nichteinhalten von Verträgen zu reden. Er könne eine Rechnung aufmachen, wie seit 1918 Verträge gehalten worden seien. Das Deutsche Volk liesse sich von keinem seine Ehre abstreiten.

Sonnabend setzte in der engl[ischen]. Presse die Kritik an den Abmachungen der Locarnomächte ein. Die liberalen u. die arbeiterparteilichen Blätter, aber auch ein Teil der konservativen Zeitungen lehnten mehr oder minder scharf die Errichtung einer neuen entmilitarisierten Zone von 20 km. u. das Eingehen von Festlandsbindungen durch die engl[ische]. Reg[ierung]. ab. „Evening Standard“ schrieb, dass diese Vorschläge dem Kopfe eines Satyrikers entsprungen seien. Einige Zeitungen bespöttelten die Rolle Italiens, das als Völkerbundspaktverletzer zu Gericht über eine Vertragsverletzung durch Deutschland gesessen habe, die nur die Wiedergewinnung der Souveränität im eignen Gebiete zum Ziele habe. Truppen eines sanktionierten Angreiferstaates, so schrieben sie, sollten Teile des Gebietes einer Nation besetzen, die um ihre Gleichberechtigung ringe. Sonntag, Montag u. Dienstag schwoll der widerstand noch an. Selbst die „Times“ rückte von den Vereinbarungen der Locarnomächte ab. Allenthalben wurde dem Gedanken Ausdruck verliehen, dass die Vereinbarungen doch nur Vorschläge sein könnten, die zur Grundlage von Verhandlungen mit Deutschland gemacht werden mussten. Und siehe da, am Dienstag erklärte Eden auf eine Anfrage im Unterhaus, dass es sich bei den Vereinbarungen selbstverständlich nur um Vorschläge u. keine ultimativen Forderungen handele.

Die franz[ösische]. Presse sprach zunächst ihre Zustimmung zu den Vereinbarungen aus, wurde aber zuruckhaltender, als sich in der engl[ischen]. Presse Widerstand zu regen begann. Als sogar führende konservative Blätter von „Vorschlägen“ sprachen, machte sich eine tiefe Verstimmung bemerkbar. Flandin, der am Montag nach London zurückkehren wollte, fuhr in seinen Wahlkreis, was von der engl[ischen]. Presse als Demonstration gegen die Auslegung des Memorandums durch die Reg[ierung]. gewertet wurde Dienstag nach der Erklärung Edens im Unterhaus, veröffentlichte der „Temps“ einen offenbar amtlichen Artikel, in dem erneut der Austritt Frankreichs aus dem Völkerbund angedroht u. von einer möglichen Aenderung der franz[ösischen]. Aussenpolitik gesprochen wird. Am selben Tage suchte der franz[ösische]. Botschafter in London Eden auf, um gegen die Erklärungen über den Charakter des Memorandums zu protestieren. Die franz[ösische]. Reg[ierung]. sehe die Vereinbarungen als ein unteilbares Ganzes an u. erwarte die Inangriffnahme der Generalstabsbesprechungen. Eden erwiderte, dass von der engl[ischen]. Reg[ierung]. die Deutschland betreffenden Vereinbarungen als Vorschläge angesehen würden, über die mit Deutschland verhandelt werden solle.

Die ital[ienische]. Presse verhielt sich sehr zurückhaltend. Es wurde nur lakonisch erklärt, dass Deutschland nichts anderes habe erwarten können. Dienstag erschien auf einmal Meldung in der Presse, dass die ital[ienische]. Reg[ierung]. den Vereinbarungen erst dann zustimmen könne, wenn sie Gewissheit erhalte über den Tag, an dem die Sanktionen eingestellt werden wurden. Ob es sich hierbei um eine amtliche Auslassung handelt, war nicht festzustellen.Tatsache ist, dass die ital[ienische]. Reg[ierung]. das Memorandum bisher noch nicht unterzeichnet hat. Der ital[ienische]. Vertreter Grandi soll übrigens bei den Beratungen der Locarnomächte keinerlei Vorschläge vorgebracht haben.

Inzwischen ist auch im Völkerbundsrat eine kleine Rebellion ausgebrochen. Die Vertreter Spaniens u. der skandinavischen Mächte hielten Sonnabend eine Sondertagung ab u. stellten fest, dass auf seiten der neutralen Mächte wenig Neigung bestehe, sich in den Streit der Grossmächte hineinziehen zu lassen. Ihre neutrale Haltung könne dadurch gefährdet werden. Der polnische Aussenminister Beck wiederum protestierte dagegen, dass Polen als Grossmacht bei den Vereinbarungsberatungen u. Verhandlungen ausgeschaltet wurde. Er forderte deshalb die Durchführung der Vermittlungsaktion durch den Rat. Die Haltung Becks in London wurde übrigens von der nationaldemokr[atischen]. Presse scharf kritisiert. Beck habe sich zu stark auf die deutsche Seite hingeneigt. Man habe zu wählen zwischen Paris u. Berlin u. da könne die Entscheidung nur für Paris fallen.

Die deutsche Presse lehnte selbstverständlich die Deutschland betreffenden Bestimmungen des Memorandums als völlig unannehmbar ab. Die Zustimmung der engl[ische]. Reg[ierung]. zu den erneut die Souveränität in der Rheinlandzone beschränkenden Vorschlägen wurde dem Einflusse der franzosenfreundlichen konservativen Gruppe um Austen Chamberlain zugeschrieben. Botschafter von Ribbentrop reiste Sonntag nach Deutschland u. kehrte Dienstag mit der Antwort der Reichsreg[ierung]. nach London zurück. Dienstagabend überreichte von Ribbentrop Eden die Note. Darin werden alle Vorschläge, die auf eine Beeinträchtigung der Hoheitsrechte in der Rheinlandzone hinauslaufen, abgelehnt. Sie werden als eine neue Diskriminierung Deutschlands gewertet. Die Reichsreg[ierung]. verspricht am Dienstag, den 31. März ihrerseits Vorschläge zu überreichen.

Dienstag fand noch eine nichtöffentliche Sitzung des Völkerbundsrates statt. Es wurde ein Vertagungsbeschluss angenommen, der damit begründet wird, dass der Rat noch nicht

in der Lage sei, zu den Vereinbarungen der Locarnomächte Stellung zu nehmen. Bei dem nichtamtlich eingereichten Memorandum handele es sich erstens um Vorschläge u. keine festen Abmachungen u. zweitens fehle die Unterschrift einer Garantiemacht. Die Fortsetzung der Tagung, so heisst es in der Vertagungsentschliessung, werde in Genf zu gegebener Zeit stattfinden.

Gemeint ist der Völkerbundsrat, der aus vier festen und neun gewählten Mitgliedern bestand

Montag tagte in London der Dreizehnerausschuss u. nahm zu den Antworten Italiens u. Abessiniens auf den Friedensappell Stellung. Der Generalsekretär Avenol u. der Vorsitzende des Aussschusses Madariaga wurden beauftragt, mit Italien u. Abessinien in Verbindung zu treten.

Joseph Louis Anne Avenol (1879-1952), 1933-40 Generalsekretär des Völkerbundes

Salvador de Madariaga (1886-1978), 1931-36 spanischer Gesandter beim Völkerbund.

Auf dem abess[inischen]. Kriegsschauplatz sind die Italiener im Norden ohne Kampf ein Stück vorgerückt. Die Flugwaffe belegte zahlreiche Städte u. Dörfer mit Spreng- u. Brandbomben, wobei viele Zivilpersonen getötet u. verletzt wurden. Man erwartet einen ital[ienischen]. Angriff im Süden.

Das Ergebnis der ital[ienisch].-öst[e]r[reichisch].-ungar[ischen]. Besprechungen in Rom am 22.3. war die Beifügung eines Zusatzprotokolls zu den sogen[annten]. römischen Protokollen. In diesem Zusatzpotokoll wird die Schaffung eines ständigen Organs für Konsultationen festgelegt, bestehend aus den Aussenministern der drei Staaten. Weiterhin wird verabredet, vor jeder politischen Regelung der Donauraumfrage Beratungen abzuhalten. Mit Albanien hat die ital[ienische]. Reg[ierung]. einen neuen Subventionsvertrag abgeschlossen, in dem Italien auch weitgehende militärische Einflüsse eingeräumt werden. Die kleine Entente, vor allem Jugoslawien, ist darüber ziemlich verschnupft.

In Krakau kam es am Montag, den 23.3. zu Zusammenstössen zwischen demonstrierenden Arbeitern u. der Polizei. Hierbei wurden 5 Arbeiter getötet u. 30 verletzt, darunter 6 schwer. Die Gewerkschaften haben daraufhin am Dienstag den Gene-

ralstreik ausgerufen. Die Kundgebungen wurden ebenfalls von den Gewerkschaften veranstaltet, um die streikenden Arbeiter einer Fabrik zu unterstützen.

37 Anna Sander an Erich Sander 2.4.1936

– 1 –

Bei der Reichstagswahl am Sonntag, den 29.5. stimmten 44 411 911 – 99 % aller Wähler für die Liste des Führers, nur 543 026 stimmten dagegen. Abstimmungsberechtigt waren 45 431 102; die Wahlbeteiligung betrug also 99 %. In den rheinischen Wahlkreisen liegt der Prozentsatz der Jastimmen ausnahmslos über dem Reichsdurchschnitt; der Wahlkreis Saarpfalz erreichte fast 100%. Die relativ meisten Neinstimmen wurden im Wahlkreis Hamburg abgegeben. Die Presse hebt hervor, dass der Führer am Sonntag den grössten Wahlsieg errungen hat, den die deutsche Geschichte kennt. In Berlin hatten sich abends Zehntausende in den Strassen des Regierungsviertels eingefunden. Sie nahmen die durch die Lautsprecher verkündeten Teilresultate u. das Gesamtresultat mit beispiellosem Jubel auf. Die wenigen Neinstimmen wurden mit Pfuirufen bedacht. Auf Verlangen der begeisterten Massen musste der Führer mehrmals auf dem Balkon der Reichskanzlei erscheinen.

Die Weltpresse unterstreicht in ihren Betrachtungen die Tatsache, dass es dem Führer gelungen ist, das deutsche Volk für die von ihm betriebene Aussenpolitik zu begeistern u. zu fanatisieren. Sie spricht von einem Mystizismus, dem das deutsche Volk anheimgefallen sei. Die Wahl habe gezeigt, dass das deutsche Volk fast zu 100 % den vom Führer erstrebten Frieden der Gleichberechtigung u. der Ehre wolle. In diese Betrachtungen mischen sich vielfach Sorgen über die aussenpolitischen Auswirkungen der Wahl. Die Presse der Vereinigten Staaten glaubt, dass das Wahlergebnis in den Nachbarländern Deutschlands die Befürchtungen erheblich vermehren werde. Daneben fehlt es natürlich auch nicht an herabsetzenden u. gehässigen Bemerkungen. So schrieb die „Times“, dass die Wahl eine Farce gewesen sei u. nicht allzuernst genommen werden dürfe. Ähnliche Bemerkungen finden sich in der franz[ösischen]. u. belg[ischen]. Presse. Ausser-

ordentlich gehässige Betrachtungen enthält die Linkspresse in allen Ländern, vor allem die kommunistische u. sozialistische.

Abgeschlossen wurde die Wahlagitation mit einer Rede des Führess vor den Arbeitern der Kruppwerke am Freitag u. einem Friedensappell an die deutsche Nation von den Kölner Messehallen aus am Samstag. Die Rede des Führers in den Krupp-Wwerken wurde von allen deutschen Arbeitern u. Soldaten im Gemeinschaftsempfang in den Fabriken u. Kasernen **mitangehört. Der Führer forderte hier** die **Staatsmänner Europas auf, hinzugehen in die Fabriken u. in die Versammlungen, zu den Arbeitern zu sprechen u. sie zu fragen: Sollen wir mit Deutschland verhandeln oder das Friedensangebot ablehnen, sollen wir Deutschland unterdrücken oder nicht unterdrücken, sollen wir Frieden schliessen oder Gesten verlangen? Er sei davon überzeugt dass die klare u. eindeutige Antwort der Arbeiter lauten würde: Sprecht nicht von Gesten u. symbolischen Handlungen, sondern schliesst u. haltet Frieden. In Köln fand Sonnabend ein feierlicher Staatsakt statt, zu dem fast alle Mitglieder der Reichsregierung erschienen waren. Eine Abordnung der rhein[ischen]. Provinzen überreichte dem Führer eine Dankadresse für die Befreiung der Rheinlande. Bei seiner Rundfahrt durch das Stadtinnere wurde der Führer mit stürmischen Jubel von den Hunderttausenden begrüsst. Der Friedensappell am Abend wurde mit dem Glockengeläute aller deutschen Kirchen eingeleitet u. beendet.**

Donnerstag, den 26.3. fand im englischen Unterhaus eine grosse aussenpolitische Aussprache statt. Eden führte aus: Wenn manche glaubten, dass Deutschland u. Frankreich völlig gleich behandelt werden müssten, so müsse er feststellen, dass dies im Vers[ailler]. Vertrag u. im Locarnovertrag nicht der Fall gewesen sei. Ursprünglich hätte Frankreich bei den Vers[ailler]. Friedensverhandlungen die Abtrennung der Rheinlande von Deutschland gefordert. Davon sei es abgehalten worden durch eine Vereinbarung, die vorsah

1. eine 15jährige militärische Besetzung der Rheinlande,
2. Die ständige Demilitarisierung der Rheinlandzone u.
3. eine engl[isch].-amerikanische Sicherheitsbürgschaft.

Die Ver[einigten]. Staaten hätten dann die Ratifikation abgelehnt u. so sei die Sicherheitsbürgschaft fortgefallen. Der ursprüngliche von Deutschland aufgesetzte Entwurf für den Locarnovertrag hätte schon die Bestimmungen über die demilitarisierte Zone enthalten. Die aufeinanderfolgenden Reg[ierung]. Deutschlands u. Frankreichs hätten den Vertrag bestätigt. Niemand habe von einem Diktat gesprochen. Wenn Deutschland den Vertrag hätte abändern lassen wollen, hätte es den Weg der Verhandlungen gehen können. Ebenfalls hätte Deutschland die Unvereinbarkeit des Russenpaktes mit dem Locarnovertrag feststellen lassen können.

– 2 –

England sei im dem Falle des Bruches des Locarnovertrages nicht Schiedsrichter sondern Bürge. Er wolle nicht der erste engl[ische]. Aussenminister sein, der die britische Unterschrift unter einem Vertrag nicht erfülle. Das Ziel Englands sei eine friedliche Lösung. Die franz[ösische]. Reg[ierung]. habe bei den Besprechungen in Paris gefordert, dass die Truppen aus der Rheinlandzone zurückgezogen werden müssten. Um dies zu erreichen, habe die franz[ösische] Reg[ierung]. vorgeschlagen, einen steigenden Druck auf Deutschland auszuüben, beginnend mit Wirtschaftssanktionen. Die engl[ische]. Reg[ierung]. habe dieser Forderung nicht zugestimmt, obwohl sie die Schwere des Vertragsbruches u. dessen Folgen für Europa erkannt habe. Die engl[ische] Reg[ierung]. wolle das Vertrauen durch Verhandlungen wiederherstellen. Der Kern der Verhandlungen sei die Ehrenrettung des intern. Rechts. Das Memorandum enthalte für die Uebergangszeit Vorschläge u. keine ultimativen Forderungen. Deutschland könne andere Vorschläge machen; die engl[ische]. Reg[ierung]. werde dar-

über verhandeln. Ohne einen konstruktiven Beitrag von seiten Deutschlands seien Verhandlungen unmöglich. Die engl[ische]. Reg[ierung]. habe Verpflichtungen übernommen

1. für die Uebergangszeit,

2. für einen Beitrag zu einem allgemeinen Abkommen,

3. für den Fall des Nichtzustandekommens der Verhandlungen.

Die Generalstabsbesprechungen in der Uebergangszeit ergäben sich aus dem Locarnovertrag. Es handele sich um rein technische Besprechungen aus denen keine neuen pol[itische]. Verpflichtungen erwüchsen. Sie seien nicht zu vergleichen mit den Generalstabsbesprechungen vor 1914, da sich nur auf einen bestimmten Fall bezögen. Bei der Neuregelung sollten die gegenseitigen Beistandspakte durch Generalstabsbesprechungen ergänzt werden. Sollten die Verhandlungen fehlschlagen, würden die Locarnomächte ein Abkommen treffen, das gleichfalls Generalstabsbesprechungen vorsehe. Es sei lebenswichtig für England, dass keine feindliche Streitmacht die franz[ösische]. oder belg[ische]. Grenze überschreite. Ein Krieg könne umso schwerer ausbrechen, je eindeutiger die englische Reg[ierung]. ihre Haltung von vornherein klarstelle. Im Falle eines Streites, der England nicht berühre, werde England auch keine Hilfe leisten. Er bedauere keinen der Vorschläge des Memorandums, da leicht Schritte hätten kommen können, die zum Kriege geführt hätten. Es sei jetzt an Deutschland einen Beitrag zu liefern. Die Zusage, die Truppen in der Rheinzone nicht zu vermehren, genüge nicht. Etwas anderes sei es, wenn sich D[eutschland]. verpflichte keine Befestigungen anzulegen. Am Schluss appellierte Eden an Frankreich, unvoreingenommen an die Verhandlungen mit D[eutschland]. heranzugehen. Die Rede wurde mit starkem Beifall bedacht. Der Arbeiterparteiler Dalton erklärte den Vorschlag, eine gemischt engl[isch].-ital[ienische]. Streitmacht auf deutschen Boden zu senden, für phantastisch. Die Generalstabsbesprechungen müsse er ablehnen. Er habe den Eindruck, dass die Reg[ierung]. England vom Völkerbund weg in ein franz[ösisch].-engl[ische]. Militärbündnis manövrieren

wolle. Lloyd George wandte sich ebenfalls gegen die Generalstabsbesprechungen. Fr[ankreich]. sei der Ansicht, dass es eine Militärkonvention erlangt habe. Tatsächlich handele es sich auch um eine, wie man sie auch nennen möge. Austen Chamberlain hielt eine scharfe Rede gegen Deutschland. Der kons[ervative]. Abg[geordnete]. Boothby erklärte, dass Hitler bluffe. England müsse entschieden Front gegen Deutschland machen. Der kons[ervative]. Abg[geordnete]. Spears nannte die Wiederbesetzung des Rheinlandes durch deutsche Truppen eine Richtigstellung des Vers[ailler]. Vertrages. Wenn auch die Methode des deutschen Vorgehens zu verurteilen sei, so müsse man D[eutschland]. doch gerecht behandeln. Andererseits müssten aber auch die berechtigten Befürchtungen der Nachbarn D[eutschlands]. berücksichtigt werden. Der Ab[geordnete]. Fletcher wandte sich gegen die Methode, D[eutschlands]. Angebote zum machen, deren Annahme unmöglich sei. England müsse die alten Verträge, in denen D[eutschland]. Beschwerden wurzelten, wegschneiden, Churchill erklärte, dass das nationalsoz[ialistische]. Regime einen grossen Triumph feiern könne. Hitler habe einen grossen Sieg erfochten. Das deutsche Vorgehen sei ein ungeheurer Schlag gegen den Völkerbund u. das intern[ationale]. Recht. Die wirkliche Ursache für die Unruhe in Europa sei die Wiederaufrüstung Deutschlands. Neville Chamberlain erklärte im Schlusswort, dass zunächst das intern[ationale]. Recht wiederhergestellt werden müsste. Dieses sei durch das gewaltsame Vorgehen D[eutschlands]. vollständig erschüttert woden. D[eutschland]. habe bisher keinerlei Beitrag für die Wie-

Winston Churchill (1874-1965), seit 1901 konservativer Abgeordneter, nach dem I. Weltkrieg mehrfach Minister, 1940-45 und 1951-55 britischer Premierminister

derherstellung des intern[ationalen]. Vertrauens geleistet. Der Plan der Generalstabsbesprechungen enthalte keine Verpflichtung, die deutschen Truppen aus dem Rheinland wieder zu vertreiben. Es handele sich lediglich um eine Sicherheitsgarantie gegen einen nicht herausgeforderten Angriff.

Bis auf die Arbeiterparteipresse fanden die Erklärungen der engl[ischen]. Reg[ierung]. im Unterhaus in allen Blättern Zustimmung, Die Debatte wurde als grosser Erfolg Edens gewertet, Daily Mail u. Morning Post forderten ein offenes Verteidigungsbündnis mit Frankreich. Der Daily Herald meinte, dass das Schlagwort Baldwins: „Englands Grenze sei der Rhein" Richtschnur der Politik des Auswärtigen Amtes geworden sei. Der Widerstand gegen die Generalstabsbesprechungen nahm am Wochenende erheblich zu. Liberale u. Arbeiterparteiler äusserten die Befürchtung, dass England in einen Locarnokrieg verwickelt werden könne. In einer am Montag stattgefundenen Kabinettssitzung, die sich mit der Festsetzung des Beginns der Besprechungen beschäftigte, traten Differenzen über den Umfang der Besprechungen auf. Die rechtsliberalen Minister sollen mit dem Austritt aus dem Kabinett gedroht haben. Gerüchte über eine bevorstehende Kabinettskrise liefen um. Nachmittags erklärte Baldwin im Unterhaus, dass der Umfang der Besprechungen eng begrenzt werde. Dem engl[ischen]. Generalstab würden genaue Anweisungen erteilt. Im übrigen unterlägen alle Vereinbarungen der Genehmigung durch das Kabinett. In einer Sitzung am Mittwoch setzte das Kabinett den Zeitpunkt für den Beginn der Besprechungen fest u. zwar mit der Massgabe, dass aus ihnen keine neuen pol[itischen]. Verpflichtungen erwachsen dürften. Der franz[ösische]. Botschafter nahm diese Bedingung an.

Die Stellungsnahme der franz[ösischen]. Presse zur Unterhausdebatte war uneinheitlich. Die radikalsozialen Blätter zeigten sich im Allgemeinen zufrieden. Das Journal dagegen meinte, dass die Erklärung, die Generalstabsbesprechungen seien nicht so zu bewerten wie die vor 1914, einfach vernichtend sei. Le Jour erklärte, dass Frankreich auf sich selbst zählen müsse. Der Figaro warf Eden vor, dass er die Vorsicht zu weit getrieben habe. Die Ere Nouvelle meinte, dass die Rede Edens stark in ihren Voraussetzungen, aber schwach in ihren Schlussfolgerungen gewesen sei. Der offiziöse Temps

schrieb, dass die Erklärungen nicht völlig befriedigen könnten. Immerhin habe Mut dazu gehört, so offen zu sprechen. Es sei klar, dass das Londoner Memorandum kein Ultimatum sein könne, denn die Annahme sei nicht befristet u. es würden im Falle der Nichtannahme keine Zwangsmassnahmen angedroht. D[eutschland]. sei eingeladen worden, sich den Beschlüssen der Locarnomächte anzuschliessen. Das Verfahren sehe keine Gegenvorschläge von seiten D[eutschlands]. vor. Die engl[ische]. Reg[ierung]. bestreite diese Auslegung nicht. Wenn sie die deutsche Reg[ierung]. aufgefordert habe andere Vorschläge zu machen, dann müssten diese mit den anderen Locarnomächten beraten werden. Wenn sie dann nicht einstimmig angenommen würden, blieben die alten in Kraft. Erfreulich sei, dass England im Falle eines nicht herausgeforderten Angriffes bedingungslos Hilfe leisten wolle. Sonntagabend hielt Flandin von seinem Wahlkreis Vezeley aus eine Rundfunkrede, in der er D[eutschland]. in der schärfsten Weise angriff. Fr[ankreich]., so führte er aus, sei zu jeder Verhandlung bereit, wenn die Achtung vor dem intern[ationalen]. Gesetz wiederhergestellt sei. Die Grundlage für solche Verhandlungen müsste bestimmt u. ernst zu nehmen sein. Seine Hoffnung, dass der deutsche Reichskanzler das Unbestimmte in seinen Vorschlägen verbessern würde, habe sich nicht erfüllt. Welchen Wert könne ein künftiger Vertrag haben, wenn sich D[eutschland]. das Recht vorbehalte, ihn im Namen der ewigen Moral u. des Lebensrechtes des deutschen Volkes zu verleugnen? Wer solle unabhängiger Richter sein, dem sich D[eutschland]. unterwerfe? Woher wolle D[eutschland]. die von ihm verlangten Kolonien nehmen? Es sei erforderlich, dass die Ansichten vom Lebensrecht des deutschen Volkes u. seiner Gleichberechtigung näher bestimmt würden. Wenn der Reichskanzler zu einer allgemeinen vorbehaltslosen Auseinandersetzung bereit sei, müsse er auch bereit sein auf diese Fragen zu antworten u. zwar nicht in unbestimmten Redewendungen, sondern durch kategorische Erklärungen. Freitag, den 27. 3. erschienen Litwinoff u. Rüschdi Aras in Paris. Litwinoff u. der räteb[ündische]. Bot-

schafter hatten eine Unterredung mit Flandin, wobei die Ratifikationsurkunden für den Beistandspakt ausgetauscht wurden. Rüschdi Aras wurde ebenfalls von Flandin empfangen u. soll mit ihm über die Wiederbe-

festigung der Dardanellen gesprochen haben. Inzwischen hat im Inneren der Wahlkampf begonnen. Die Volksfrontparteien haben keinerlei Abkommen getroffen, weder für den Wahlkampf noch für die Stichwahlen.

Mussolini empfing Donnerstag, den 26.3. den franz[ösischen]. Botschafter u. ersuchte ihn, seine Reg[ierung]. aufzufordern ihren Einfluss zur Aufhebung der Sanktionen geltend zu machen. Die Aufhebung der Sanktionen setze Italien in die Lage aktiv an der Lösung der Rheinlandfrage mitzuarbeiten. Im Übrigen schürt die ital[ienische]. Presse die Verärgerung Frankreichs über Deutschland u. England. Sie meint, dass die engl[ische]. Reg[ierung]. beabsichtige die europ[äischen]. Probleme ohne Italien zu lösen, um dann mit neuer Kraft gegen Italien vorzugehen. Auf dem abess[inischen]. Kriegsschauplatz sind die ital[ienischen]. Truppen im Norden weiter vorgedrungen. Im Südwesten haben sie den Tanasee erreicht. u. im Süden den Aschangisee. Am. 31.3. griff hier eine gutbewaffnete abess[inische]. Armee von 20 000 Mann (Garde) unter Führung des Negus die ital[ienischen]. Truppen an. Der Angriff wurde abgeschlagen. Durch einen Gegenstoss wurde die abess[inische]. Armee zum Rückzug genötigt. Die Abess[inier]. sollen mehrere Tausend Tote u. Verw. u. viele Gefangene verloren haben. Die ital[ienischen]. Verluste werden auf 1000 Mann beziffert. Im Süden bereitet Graziani eine Offensive auf Harrar vor. Harrar u. Dschidschiga wurden durch grosse Fliegerangriffe in Trümmerhaufen verwandelt. Zehntausende kg Spreng- u. Brandbomben wurden abgeworfen, auch auf die Rotkreuzstationen. An den Bombardements nahmen etwa 50 Flugzeuge teil. In England hat sich infolge dieser Ereignisse die italienfeindliche Stimmung wieder sehr

Rodolfo Graziani (1882-1955), befehligte 1935/36 als italienischer General die Verbände, die Äthiopien von Italienisch-Somaliland aus angriffen

verschärft. Im Unterhaus nannte der Arbeiterparteiler die Fliegerangriffe verabscheuungswürdige Grausamkeiten u. forderte die sofortige Verhängung der Oelsanktionen gegen Italien. Ein Teil der Abg[geordneten]. rief ihm das Wort „Krieg!“ entgegen. Eden erklärte, dass die engl[ische]. Reg[ierung]. bestrebt sei, den Krieg zu beenden u. dass sich der Dreizehnerausschuss mit dieser Aufgabe beschäftige.

Im fernen Osten spitzt sich die Lage mehr u. mehr zu. In letzter Zeit ereigneten sich wieder mehrere schwere Grenzzwischenfälle. Am Freitag, den 27.3. kam es zum einem Gefecht an der sowjetruss[isch].-mandschur[ischen]. Grenze, wobei einige japan[ische]. Offiziere u. Soldaten verwundet wurden. Beide Teile holten Verstärkung herbei. Ein zweiter schwerer Zusammenstoss ereignete sich im aussenmongolisch-mandschur[ischen]. Grenzgebiet. Nach sowjetruss[ischen]. Meldungen drangen die japan[ischen]. Truppen 44 km in aussenmongol[isches]. Gebiet ein. An dem Gefecht nahmen 12 aussenmongol[ische]. Flugzeuge teil. Etliche Tote u. Verw. blieben auf dem Platze. Die mandsch[urische]. Reg[ierung]. hat bei der aussenmongol[ischen]. Reg[ierung]. schärfsten Protest eingelegt u. erklärt, dass dieser Zwischenfall eine ernste Lage schaffe. Im Volkskomm. des Auswärtigen in Moskau wurde dem japan[ischen]. Botschafter erklärt, dass sich die Rätereg[ierung]. verpflichtet fühle der Aussenmongolei im Falle eines Angriffes Waffenhilfe zu leisten. Zwei räteruss[ische]. Dampfer, die wegen Beschädigung einen japan[ischen]. Hafen anliefen, wurden beschlagnahmt u. die Mannschaften wegen Spionageverdachtes verhaftet. Infolge dieser Ereignisse werden zwischen Moskau u. Tokio scharfe Protestnoten gewechselt. In China nimmt die wiedererwachte Nationalbewegung immer grösseren Umfang an. In letzter Zeit fanden zahlreiche Streiks u. Studentendemonstrationen statt.

Bezieht sich auf die seit 1911 von China unabhängige (Äußere) Mongolei

In Spanien breitet sich die revolutionäre Bewegung ebenfalls mehr u. mehr aus. Auf dem Lande wurden viele grosse Güter von Landarbeitern besetzt u. Land, Ackergerät, Vieh u. Mobili-

ar aufgeteilt. Bei der Prüfung der Mandate wurden den Rechtsparteien viele abgesprochen. Diese haben daraufhin beschlossen, den Parlamentssitzungen fernzubleiben. Der Alarmzustand wurde verlängert. Gegen die Kapitalflucht wurden Gesetze erlassen. Am 12. April finden Gemeinderatswahlen statt. Die sozialistische u. kommunistische Jugendbewegung haben sich vereinigt.

In Oesterreich fand kürzlich ein Prozess gegen 31 Funktionäre der marxistischen Bewegung statt, aus dem hervorging, dass sich die sozialdemokratischen u. kommunistischen Parteien zu einer vereinigten sozialistischen Partei zusammengeschlossen haben. Die Angeklagten wurden zu hohen Kerkerstrafen verurteilt. Die Flottenkonferenz wurde um Mittwoch, den 25.3. abgeschlossen. Den Vertrag über die Grösse u. die Bestückung der Schiffstypen u. über den Austausch der Bauprogramme unterzeichneten England, Frankreich u. die Ver[einigten]. Staaten. In dem Vertrag ist festgelegt, dass eine Unterzeichnermacht, deren Sicherheit durch

die Bauten einer am Vertrag nichtbeteiligten Macht bedroht wird, Baufreiheit erhält. Italien unterzeichnete den Vertrag nicht, weil es, wie Botschafter Grandi erklärte, Baufreiheit haben müsse, um sich gegen die potentielle Bedrohung im Mittelmeer zu schützen.

Mittwochvormittag überreichte Botschafter von Ribbentrop der brit[ischen]. Reg[ierung]. die angekündigte Note der Reichsreg[ierung]. zu dem Memorandum der Locarnomächte. In der Note wird erklärt, dass die deutsche Reg[ierung]. nicht in der Lage sei in dem Entwurf der Locarnomächte eine taugliche u. fruchtbare Grundlage für die Einleitung einer wahrhaften Friedensarbeit erkennen zu können. Dem Entwurf fehle der Geist des Verständnisses für die Gesetze der Ehre u. Gleichberechtigung. Die deutsche Reg[ierung]. habe soeben vom deutschen Volk ein feierliches Generalmandat erhalten

zur Vertretung des Reichs u. der deutschen Nation nach zwei Richtungen: 1. Wahrung der Freiheit, Selbständigkeit u. damit der Gleichberechtigung Deutschlands unter allen Umständen. 2. Mithilfe am grossen Werk einer allgemeinen Versöhnung. D[eutschland]. habe im Jahre 1918 den Waffenstillstand abgeschlossen auf Grund der 14 Punkte Wilsons. Diese hätten keinerlei Einschränkung der deutschen Souveränität im Rheinland vorgesehen. Der brit[ische]. Minister des Aeusseren habe in seiner Rede vom 26.3. über die entmilitarisierte Zone mitgeteilt, dass diese letzten Endes nur als Ablösung für eine von Frankreich angestrebte Lostrennung des Rheinlandes von Deutschland errichtet worden sei. Diese Feststellung zeige, dass die demilitarisierte Zone nur als Folge der Verletzung einer auch für die Alliierten bindenden Verpflichtung entstanden sei. Die Demilitarisierungsbestimmungen des Vers[ailler]. Vertrages fussten demnach nur auf dem Rechte der Gewalt. Sie seien in den Locarnovertrag übernommen worden nach einer neuerlichen Rechtsverletzung, nämlich der Besetzung des Ruhrgebietes, die selbst von englischen Kronjuristen als Rechtsbruch bezeichnet worden sei. Der sogenannte freiwillige Verzicht Deutschlands auf die Souveränität in den westlichen Provinzen sei mithin eine Folge des Vers[ailler]. Diktats u. einer Kette von sich hieran anschliessenden schwersten Bedrückungen des deutschen Volkes. Trotzdem habe der Reichskanzler am 21. Mai 35 erklärt, dass die Reichsreg[ierung]. alle aus dem Locarnovertrag sich ergebenden Verpflichtungen so lange halten werde, wie auch die anderen Partner bereit seien, zu diesem Pakt zu stehen. In ihrer Note vom 24.3. habe die Reichsreg[ierung]. bereits darauf hingewiesen, dass der von Frankreich mit Sowjetrussland abgeschlossene militärische Vertrag dem Locarnovertrag sowohl seine rechtliche als auch besonders seine pol[itische]. Grundlage entzogen habe. Der deutschen Reg[ierung]. sei es nicht möglich, ihren Schritt der Würdigung eines Gremiums zu unterstellen, das selbst im günstigsten Falle nur die rechtliche, aber unter keinen Umständen die politische Seite zu beurteilen in der Lage sei. Entsprechend dem

ihr vom deutschen Volke erteilten Auftrag müsse die deutsche Reg[ierung]. alle D[eutschland]. einseitig belastenden u. damit diskriminierenden Vorschläge des Entwurfs der Locarnomächte ablehnen. Da Deutschland nicht die Absicht habe jemals Belgien oder Frankreich anzugreifen sei der deutschen Reg[ierung]. der Wunsch der franz[ösischen]. Reg[ierung]. nach sofortigen Generalstabsverhandlungen unverständlich. Die deutsche Reg[ierung]. würde darin nur ein ernstes Präjustiz sehen, wenn vor dem Abschluss der neuen Sicherheitspakte solche Generalstabsabmachungen zustande kämen. Solche Abmachungen könnten erst die Folge der neuen pol[itischen]. Beistandsverpflichtungen sein u. müssten dann auf alle Teilnehmer ausgedehnt werden. Die deutsche Reg[ierung]. könne nur an Bemühungen teilnehmen, die eine dauerhafte Friedenssicherung bezweckten, nicht aber an diplomatischen Bestrebungen, die auf eine Zweiteilung der europäischen Völker in mehr- oder minderberechtigte, in ehren- oder unehrenhafte, in freie oder unfreie hinausliefen. Um eine dauerhafte Friedenssicherung zu erreichen schlage die deutsche Reg[ierung]. folgenden Friedensplan vor:

1. Um den kommenden Abmachungen den Charakter heiliger Verträge zu verleihen, nehmen an ihnen die in Frage kommenden Nationen nur als vollkommen gleichberechtigte u. gleichgeachtete Glieder teil.

2. Um die Zeit der Unsicherheit abzukürzen, schlägt die deutsche Reg[ierung]. vor, den Abschnitt bis zur Unterzeichnung der Nichtangriffspakte auf vier Monate zu begrenzen.

3. Die deutsche Reg[ierung]. versichert unter der Voraussetzung eines sinngemässen

gleichen Verhaltens der belgischen u. franz[ösische]. Reg[ierung]. für diesen Zeitraum keinerlei Verstärkung der im Rheinland befindlichen Truppen vorzunehmen.

4. Die deutsche Reg[ierung]. versichert, dass die im

Rheinland befindlichen Truppen während dieses Zeitraumes nicht näher an die Grenze herangeführt werden.

5. Die deutsche Reg[ierung]. schlägt zur Garantierung dieser beiderseitigen Versicherungen die Bildung einer Komission vor, die sich aus Vertretern der beiden Garantiemächte u. einer neutralen dritten Macht zusammensetzt.

6. Deutschland, Belgien u. Frankreich sind berechtigt, je einen Vertreter in diese Kommission zu entsenden.

7. Deutschland, Belgien.u. Frankreich erklären sich bereit, dass im Falle der Mutmassung militärischer Veränderungen durch die englischen u. ital[ienischen]. Militärattachés die notwendigen Feststellungen getroffen werden.

8. Deutschland, Belgien u. Frankreich versichern, dass sie die sich daraus ergebenden Beanstandungen in vollem Umfang berücksichtigen.

9. Die deutsche Reg[ierung]. ist bereit auf der Basis der Gegenseitigkeit jeder milit[ärischen]. Beschränkung an der Westgrenze zuzustimmen.

10. Deutschland, Belgien u. Frankreich u. die beiden Garantiemächte kommen überein, dass sie sofort oder spätestens nach Abschluss der franz[ösischen]. Wahlen unter Führung der brit[ischen]. Reg[ierung]. in Beratungen eintreten über den Abschluss eines 25jährigen Nichtangriffs- bezw. Sicherheitspaktes zwischen Frankreich u. Belgien einerseits u. Deutschland anderseits.

11. Deutschland ist einverstanden, dass England u. Italien als Garantiemächte unterzeichnen.

12. Sollten sich aus diesen Sicherheitsabmachungen besondere militärische Beistandsverpflichtungen ergeben, so erklärt sich D[eutschland]. bereit auch seinerseits solche Verpflichtungen zu übernehmen.

13. Die deutsche Reg[ierung]. wiederholt den Vorschlag für den Abschluss eines Luftpaktes.

14. Die deutsche Reg[ierung]. ist bereit auch die Niederlande in dieses Sicherheitsabkommen einzubeziehen, falls diese es wünschen.

15. Deutschland u. Frankreich verpflichten sich darauf hinzuwirken, dass in der Erziehung der Jugend beider Nationen sowohl als in öffentlichen Publikationen alles vermieden wird, was die Einstellung beider Nationen zu vergiften geeignet ist. Sie kommen überein, eine gemeinsame Kommission zu bilden, die den Reg[ierung]. einlaufende Beschwerden zur Ueberprüfung übermittelt.

16. Deutschland u. Frankreich verpflichten sich, die Ratifizierung des Vertrages durch eine Volksabstimmung vornehmen zu lassen.

17. Deutschland ist bereit mit den Staaten an seiner Südost- u. Nordostgrenze unmittelbar in Fühlung zu treten, um die angebotenen Nichtangriffspakte abzuschliessen.

18. Deutschland ist bereit in den Völkerbund einzutreten.

19. Deutschland schlägt vor ein intern[ationales]. Schiedsgericht zu bilden, das für die Einhaltung dieses Vertragswerk zuständig sein soll u. dessen Entscheidungen für alle bindend sind.

Um Versuche zu unternehmen einem uferlosen Wettrüsten Einhalt zu gebieten schlägt die Reichsreg[ierung]. vor Konferenzen einzuberufen mit jeweils nur einer, aber klar umrissenen Aufgabe. Als nächste Aufgaben sieht die deutsche Reg[ierung]. die Beschränkung des Luftkrieges, die Beschränkung der Tankwaffe u. der Artillerie an. Weiter ist die Reg[ierung]. bereit nach Abschluss des pol[itischen]. Vertragswerkes mit den in Betracht kommenden Ländern in einen Gedankenaustausch über Wirtschaftsfragen einzutreten.

38 Anna Sander an Erich Sander 9.4.1936

1.

Zu dem im letzten Schreiben mitgeteilten deutschen Friedensplan bemerkte die deutsche Presse im Laufe der Woche, dass es sich nicht um eine ultimative Festlegung von Friedensbedingungen handle, wohl aber um eine kategorische Festlegung der Grenzen, bis zu denen Deutschland zu gehen gedenke. Was im Friedensplan niedergelegt worden sei, sei das letzte Wort Deutschlands. Es müsse dabei hervorgehoben werden, dass der Wille der Reichs-Reg[ierung]. Beistandsverpflichtungen auf sich zu nehmen, ein Entgegenkommen an die von England und Frankreich vertretene Auffassung von der kollektiven Sicherung des Friedens darstelle.

Die französische Presse spie Mittwoch u. Donnerstag Gift und Galle. In fast allen Blättern waren grobe Beleidigungen und überaus heftige Gehässigkeiten gegen Deutschland zu finden. Die grösste Wut richtete sich gegen den historischen Teil des deutschen Memorandums. Was den Friedensplan selbst anbetreffe, so wolle Deutschland alle Verträge von 1919 u. 1920 dem Geiste und Buchstaben nach umstossen. Hitler wolle eine Art freundschaftlicher Revanche an ~~Deutschland~~ [Frankreich] **nehmen und einen deutschen Frieden diktieren. Das Memorandum sei nur auf die Beeinflussung der englischen öffentlichen Meinung zugeschnitten. Die Ere Nouvelle, das Blatt Herriots, schrieb, dass Hitler sich als Diktator Europas gebärde. Frankreich müsse fest bleiben. Werde es schwach, würde es von seinen Verbündeten verlassen u. müsse dann einen Krieg in der Isolierung führen. Das Echo de Paris meinte, dass das Memorandum ein Dokument voller Drohungen sei, das nicht eine einzige Geste der Versöhnung enthalte. Die Vorschläge des Memorandums der Locarnomächte seien klar und eindeutig zurückgewiesen worden. Frankreich, England und Belgien müssten jetzt die erforderlichen Schutzmassnahmen treffen. Die Oeuvre nannte den deutschen Friedenplan ein Propagandawerk. Deutschland biete ein deutsch-**

franz[ösisches]. Abkommen an. Frankreich aber wolle ein europäisches Abkommen. Die Republique sah in der Note einen Versuch, England von Frankreich zu trennen. Die sozialistische Populaire beurteilte die Note günstiger, während die kommunistische Humanité, die den Gedanken eines Präventivkriegs gegen Deutschland vertritt, von einem deutschen Ultimatum sprach. Für Verhandlungen mit Deutschland setzten sich die Volonté, der Quotidien u. das Petit Journal ein. Nichtverhandeln, so schrieben diese, hiesse das Spiel Hitlers machen. Freitag war in allen Blättern eine auffällige Beruhigung im Tone festzustellen, nachdem der halbamtliche Temps Donnerstagabend einen Artikel gebracht hatte, in dem es hiess, dass man in den ernsten Stunden, die Europa durchmache, nicht noch Oel ins Feuer giessen solle. Man dürfe die Meinungsverschiedenheiten nicht auf die Spitze treiben. Neben schweren tatsächlichen und juristischen Irrtümern enthalte die deutsche Antwort nicht nur rein negative Punkte. Im Ganzen müsse der deutsche Friedensplan selbstredend gelehnt werden. Deutschland verkenne die Lage völlig, die der Schritt vom 7. März geschaffen habe. Diese im Tone ruhige, aber sachlich scharfe Haltung wurde denn auch von der franz[ösischen]. Presse im grossen und ganzen im Laufe der Woche beibehalten.

Die franz[ösische]. Reg[ierung]. war entgegen der Presse in der Beurteilung der deutschen Note äusserst zurückhaltend. In Regierungskreisen wurde lediglich erklärt, dass das deutsche Memorandum eine Propagandaschrift u. kein dipl[omatisches]. Dokument darstelle. Die Note sei eine für die englische Oeffentlichkeit bestimmte Predigt, um der engl[ischen]. Reg[ierung]. ihre Vermittlerrolle besser zu ermöglichen. Deshalb werde Frankreich angeklagt, als erster die Verträge gebrochen zu haben. Im Übrigen enthalte die deutsche Antwort mehr Ablehnung als positive Vorschläge. Im franz[ösischen]. Kabinett wurde die Note Mittwoch u. Donnerstag Vormittag unter Hinzuziehung aller Sachberater eingehend geprüft. Freitag,

2.

den 3.4., fand in Paris eine Konferenz der Botschafter in Brüssel, Rom, London und Berlin statt. Sie beschäftigte sich mit der Ausarbeitung eines franz[ösischen]. Gegenplanes. Dieser franz[ösische]. Friedensplan wurde Sonntag fertiggestellt u. Montag vom Ministerrat nach vierstündiger Aussprache genehmigt. Veröffentlicht wird er erst, nachdem er den beteiligten Ländern auf diplomatischem Wege mitgeteilt worden ist. Nach dem, was bisher über den Inhalt der Note bekannt geworden ist, wird sie eine Kritik des historischen Teils u. des Friedensplans des deutschen Memorandums, sowie Vorschläge für einen Frieden der kollektiven Sicherheit im Rahmen des Völkerbundes enthalten. Der Hauptpunkt hierbei soll der Abschluss einer ganzen Reihe von regionalen gegenseitigen Beistandspakten sein, u. zwar für die Gebiete des Rheins, der Weichsel, der Donau u. des Mittelmeers. Ein Ersuchen der franz[ösischen]. u. belgischen Reg[ierung]. eine neue Konferenz der Locarnomächte am Mittwoch, den 8. April in Paris oder Brüssel abzuhalten, wurde von der engl[ischen]. Reg[ierung]., die eine grössere Pause in den Verhandlungen anstrebt, abgelehnt. Die engl[ische]. Reg[ierung]. erklärte sich lediglich zu einem Meinungsaustausch bereit, der anlässlich einer Tagung des Dreizehnerausschusses in Genf vor sich gehen soll. Frankreich, England u. Belgien kamen überein, zur Ermöglichung dieses Meinungsaustauschs die Dreizehnerausschusstagung, die eigentlich erst am 15. April stattfinden sollte, auf Mittwoch, den 8.4. vorzuverlegen. Ueber die Haltung der franz[ösischen]. Reg[ierung]. wurde bisher bekannt, dass sie an den Vorschlägen des Memorandums der Locarnomächte festhalten, jedoch in der Frage der 20 km-Zone mit sich reden lassen will. In der Befestigungsfrage dagegen will sie unter keinen Umständen nachgeben. Herriot forderte in einem Artikel in diesem Punkte Nachgiebigkeit von seiten Deutschlands, da Frankreich, wie er offen sagte, unmöglich die Beistandsverpflichtungen gegenüber seinen östlichen Verbündeten entwerten lassen könne. Einige Blätter deuten

an, dass Frankreich im Punkte der Befestigungsfrage nur dann mit sich reden lassen könne, wenn England Garantien für die franz[ösischen]. Ostverbündeten übernehmen könne. Da der kleine Verband u. vermutlich auch Polen, obwohl über dessen Haltung in dieser Frage noch nichts bekannt geworden ist, von Frankreich die unbedingte Einhaltung der Bündnispflichten fordern, ist mit einer sehr starren Haltung der franz[ösischen]. Reg[ierung]. zu rechnen. Sollte Deutschland in diesem Punkte nicht nachgeben, wird Frankreich jedenfalls die Versöhnungsbemühungen als gescheitert betrachten u. die ganze Sache dem Völkerbund zur Weiterbehandlung unterbreiten. Die deutsche Presse weist in diesem Zusammhang schon darauf hin, dass die Folgen, die Frankreich aus dem Locarnomemorandum herzuleiten gedenke, für Deutschland äusserst provozierend sein würden.

England nahm die deutsche Antwort günstig auf. Die ersten amtlichen Verlautbarungen besagten, dass Deutschland einen wertvollen Beitrag für den allgemeinen Frieden geliefert habe, jedoch keinen genügenden Beitrag für die schwierige Zwischenzeit. Die engl[ische]. Reg[ierung]. habe ein Entgegenkommen in der Frage der Befestigungen erwartet. Den historischen Teil müsse die engl[ische]. Reg[ierung]. ablehnen. Jedoch sei die Note im Ganzen in einem versöhnlichen Ton gehalten. Die engl[ische]. Reg[ierung]. sehe darin nicht das letzte Wort Deutschlands u. sei bereit, weiterzuverhandeln. In Regierungskreisen wurde erklärt, dass die deutsche Antwort das geschickteste diplomatische Dokument sei, das seit Bismarcks Zeit die Wilhelmstr. verlassen habe. Die konservative Presse vertrat ähnliche Gedankengänge, vermisste jedoch die Einbeziehung des Rätebundes in das von Deutschland vorgeschlagene Paktsystem. Deutschland, so schrieben einige Blätter, suche eine Regelung im Westen, um freie Hand im Osten zu behalten. Die Times sahen in den deutschen Vorschlägen für ein viermonatliches Stillhalteabkomen in der Rheinlandzone eine Verbesserung der Vorschläge des Locarnomemorandums. Gegen die

3.

Bezeichnung „Friedensplan“ könnten keine Einwendungen erhoben werden. Die Vorschläge böten eine Gelegenheit, den nächsten Krieg durch Abmachungen zu vermeiden. Die Generalstabsverhandlungen zwischen England, Frankreich u. Belgien seien nicht überflüssig. Sie dienten zur Beruhigung Frankreichs u. Belgiens. Die rechtskonservative Morningpost u. andere Blätter verwerfen die deutsche Antwort mit ähnlichen Argumenten wie die franz[ösische]. Presse. Die Zeitungen der Liberalen u. Arbeiterpartei sahen in dem deutschen Friedensplan eine Grundlage für sofortige Friedensverhandlungen. Kritisiert wurde von ihnen nur die Nichteinbeziehung des Rätebundes in das Nichtsangriffssystem im Osten. Deutschland, forderten sie, müsste in diesem Punkte unbedingt seinen Plan vervollständigen denn ein europäischer Frieden ohne Einbeziehung des Rätebundes sei unmöglich. Besonders hervorgehoben wurden die deutschen Vorschläge zur Vermenschlichung des Krieges (Beschränkung des Luft- u. Landkriegs). Freitag wurde die Einstellung der franz[ösischen]. Presse zum deutschen Friedensplan in den engl[ischen]. Blättern sehr scharf kritisiert. Die franz[ösische]. Kritik, so hiess es, sei zu weitgehend. Sie könne die Stimmung zwischen England u. Frankreich nur verbittern. Die Times schrieben: wenn man den franz[ösischen]. Leitartikeln glauben wolle, wäre der deutsche Friedensplan nur von dunklen u. kriegerischen Absichten erfüllt. Die Behauptung, dass die deutschen Gegenvorschläge nur die Irreführung der engl[ischen]. öffentlichen Meinung bezweckten, müsse scharf abgelehnt werden. Der tiefe Eindruck, den die deutschen Vorschläge in England gemacht hätten, beruhe keineswegs auf Leichtgläubigkeit. Die einzige Möglichkeit, um die Aufrichtigkeit Deutschlands zu prüfen, bestehe darin, Deutschland beim Wort zu nehen. Wem der Krieg nicht um seiner selbst willen da sei, müsse für Friedensverhandlungen sein. Die New Chronicle meinte: Wenn Frankreich die deutschen Vorschläge als phantastisch ablehne, solle es endlich sagen, womit es eigentlich zufrieden sei. In einer Rede in Portsmouth führte

der Verteidigungsminister, Sir Thomas Inskip aus, dass Deutschland durch den Schritt vom 7. März zweifellos das Vertrauen in die Heiligkeit der Verträge schwer erschüttert habe. Die engl[ische]. Reg[ierung]. habe deshalb von Deutschland einen Beitrag für die Ueberbrückung der Zwischenperiode gewünscht. Diesen Beitrag habe Deutschland leider nicht geleistet. Deutschland hätte ruhig etwas hilfreicher sein können. Er hoffe, dass Deutschland doch mit einem Beitrag hervortrete. Im Übrigen enthalte das deutsche Schriftstück viele verlockende Dinge. Der Minister für Indien, Lord Zetland, erklärte in einer Rede in Manchester, dass er zugeben müsse, dass gegenwärtig in England eine starke deutschfreundliche Stimmung herrsche. Das hindere ihn aber nicht auszusprechen, dass Deutschland, durch seine wiederaufgebaute Militärmacht berauscht, vorziehe, die schweren internationalen Fragen auf dem Wege der Gewalt zu lösen, anstatt auf dem Wege des Rechts.

Donnerstagabend empfing Eden den franz[ösischen]. u. den belg[ischen]. Botschafter u. händigte jedem zwei Briefe über die in dem Memorandum der Locarnomächte festgelegten Generalstabsbesprechungen aus. Freitag, den 5. April, ergriff Eden im Unterhaus das Wort. Er wolle, so führte er aus, zu zwei Ereignissen Stellung nehmen: 1. zu der Mitteilung der deutschen Reg[ierung]. vom 1. April u. 2. zu dem Austausch von Mitteilungen über das Memorandum der Locarnomächte zwischen England, Belgien u. Frankreich. Dem Botschafter v. Ribbentrop habe er in einer Unterredung mitgeteilt, dass die Vorschläge des deutschen Reichskanzlers höchst bedeutsam seien u. die sorgfältigste Prüfung verdienten. Weiterhin habe er dem Botschafter gesagt, dass das Ziel der engl[ischen]. Reg[ierung]. nach wie vor sei, zu versuchen, die Verhandlungen über eine endgültige Regelung in Fluss zu halten. Er habe aber auch

4.

v. Ribbentrop darauf hingewiesen, dass die deutsche Regierung kein Entgegenkommen gezeigt habe bezüglich der Leistung eines Beitrags für die Uebergangszeit. Die Schwierigkeit, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, bleibe also bestehen. Der nächste Schritt könne nur in Verbindung mit den anderen Reg[ierungen]. getan werden. Dazu sei Zeit notwendig. Eine längere Pause in den Verhandlungen sei darum wertvoll. Donnerstag habe er dem franz[ösischen]. und dem belg[ischen]. Botschafter die im Memorandum der Locarnomächte vorgesehenen Schreiben zur Einleitung von Generalstabsbesprechungen überreicht. Diesen Schreiben habe er eine Mitteilung beigefügt, in denen es heisse, dass die engl[ische]. Reg[ierung]. die Versöhnunungsbemühungen nicht als gescheitert betrachte. Die Generalstäbe sollten in Verbindung treten, um die technischen Voraussetzungen zu schaffen für die Erfüllung der Verpflichtungen im Falle eines nicht herausgeforderten Angriffs. Politische Verpflichtungen durften nicht aufgeworfen werden. Die Besprechungen sollten in London stattfinden. Die engl[ische]. Reg[ierung]. habe die Mitteilung erhalten, die franz[ösische]. u. die belg[ische]. Reg[ierung]. dieser Auffassung beitreten. Auch mit dem Tagungsort London seien sie einverstanden. Mit der Absendung dieser Schreiben habe England seinen Beitrag zur Wiederherstellung des Vertrauens geleistet. Die Besprechungen bedeuteten keine Vorentscheidung für eine künftige Regelung. Die Presse nahm die endgültige Festlegung der Generalstabsbesprechungen stillschweigend hin. Nur die Sonntagsblätter brachten noch einige Worte der Kritik. Die deutsche Presse übte ebenfalls Kritik an dem engl[ischen]. Vorgehen. Besonders übel wurde vermerkt, dass die Absendung der Briefe einen Tag nach der Ueberreichung der deutschen Friedensvorschläge erfolgte. Frankreich werde dadurch in seiner starren Haltung bestärkt. Den Generalstabsverhandlungen wohne ein diffamierendes Moment inne; sie seien ein nicht gerade freundlicher Akt. Montag, den 6.4. fand im Unterhaus eine erneute Aussprache über die Aussenpolitik der engl[ischen].

Reg[ierung]. statt. Der Arbeiterparteiführer Attlee warf der Reg[ierung]. vor, dass sie sich im abessinischen Streitfall nicht an die Völkerbundssatzungen gehalten habe, insofern sie nicht energisch genug für die Verschärfung der Sanktionen gegen Italien eingetreten sei. Der Völkerbund und die engl[ische]. Reg[ierung]. hätten dadurch stark an Ansehen verloren. Auch Churchill u. Austen Chamberlain übten scharfe Kritik an dem Verhalten der Reg[ierung]. Sie habe England zu Italien in einen scharfen Gegensatz gebracht, ohne dabei Abessinien wirklich zu helfen. Churchill sprach von einer komischen Rolle, die die engl[ische]. Reg[ierung]. gegenwärtig spiele. Austen Chamberlain schilderte eine klare u. eindeutige Erklärung über die britischen Kolonien und Mandatsgebiete. Eden erwiderte auf die Angriffe Attlees, dass ein zahlenmässig begrenzter Völkerbund unvermeidlich auch in seiner Wirksamkeit begrenzt sei. Anfang März sei er für ein Oelausfuhrverbot eingetreten. Die franz[ösische]. Reg[ierung]. habe die Ansicht vertreten, dass ein neuer Schlichtungsversuch unternommen werden solle, bevor das Verbot erlassen werde. Beide Parteien hätten das Angebot angenommen, aber in der Zwischenzeit habe die ital[ienische]. Reg[ierung]. ihren Angriff fortgesetzt. Es würde für die engl[ische]. Reg[ierung]. unerträglich sein, wenn man in Genf von Versöhnung spreche, solange der Krieg andaure. England sei nach wie vor bereit, gemeinsam mit den anderen Mächten wirtschaftliche u. finanzielle Massnahmen zu treffen. Zum deutschen Friedensplan erklärte Eden, dass die Prüfung der Note noch im Gange sei. Vor einigen Tagen seien die Reg[ierung]. Frankreichs u. Belgiens an die britische Reg[ierung]. mit der Bitte herangetreten, eine Tagung der Locarnomächte ohne Deutschland abzuhalten. Er habe es für richtig gehalten, darauf hinzuweisen, dass die engl[ische]. Reg[ierung]. nicht zu einer solchen Zusammenkunft gehen u. der Ansicht zustimmen könne, dass die Versöhnungsaktion zu Ende sei. Anderseits sei er der Ansicht gewesen, dass ein Gedankenaustausch vielleicht wertvoll sei.

5.

Diese nicht formellen Besprechungen fänden am Mittwoch im Zusammenhang mit der Dreizehnerausschusstagung statt. Es sei wichtig, den Völkerbund bei der ersten Gelegenheit zu den Besprechungen über die deutschen Friedensvorschläge heranzuziehen, denn diese betrafen neben den Westmächten auch Staaten im Süden u. Osten Europas. Der Völkerbund müsse die neuen Anstrengungen zur Sicherung Europas zusammenfassen u. kontrollieren. Die Reg[ierung]. habe den Wunsch, bis Ende des Sommers alle Völker Europas in den Völkerbund einzugliedern. Weiter wünsche sie ein neues Sicherheitsabkommen in Westeuropa und die Verstärkung der Sicherheit an anderen Stellen durch Uebereinkommen, die unmittelbar vom Völkerbund überwacht würden. Wenn der Völkerbund von allen europäischen Ländern angenommen werde, müsse dies eine beruhigende Wirkung haben. Danach könne dann die Sicherung durch regionale Uebereinkommen gestärkt werden. Ueber die Frage der Kolonien u. Mandatsgebiete gab Neville Chamberlain eine Erklärung ab. Eine Uebertragung irgendeiner Kolonie sei bisher nicht gefordert worden u. komme nicht in Betracht. Mandatsgebiete seien keine Kolonien. Eine Uebertragung solcher Gebiete erfordere nicht nur die Zustimmung der Mandatsmacht, sondern auch die des Völkerbundrates. England habe niemals die Aushändigung irgendeiner Kolonie oder irgendeines Mandatsgebietes erwogen u. erwäge sie auch nicht. Was in der Zukunft vielleicht einmal geschehen werde, darüber könne er billigerweise kein bindendes Versprechen geben. England habe gegenüber den Einwohnern solcher Gebiete ständige Verpflichtungen u. denke nicht daran, diese Gebiete einer Macht zu übertragen, wenn es nicht der festen Ueberzeugung sei, dass die Interesse aller Teile der Einwohner unbedingt gewahrt würden. Selbst zur Erreichung der so sehnlichst gewünschten allgemeinen friedlichen Regelung könne England hiervon nicht abgehen.

Die Kritik der belg[ischen]. Presse am deutschen Friedensplan war weit weniger schroff als die französische. Die Etoile Belge sprach von einer enttäuschenden Antwort. Deutschland müsse noch viele Zugeständnisse machen. Manches in der Antwort sei unannehmbar. Die Libre Belgique schrieb, dass Deutschland die vollendete Tatsache aufrechterhalte. D[eutschland]. wolle selbst über den Konflikt richten u. schwäche diese Haltung durch Vorschläge ab. Der Soir sah in der Antwort keine Zufriedenstellung der Locarnomächte. Die Antwort sei jedoch nicht völlig ablehnend. Erforderlich sei eine Besprechung der Lage durch die Locarnomächte. Italien legte eine ausserordentliche Zurückhaltung an den Tag. Die deutsche Antwort wurde ohne jeglichen Kommentar veröffentlicht. Desto eifriger bewegen sich die Truppen in Abessinien. Gewaltmärsche bringen den Italienern sich rasch vergrössernden Gebietsgewinn. Die am 31.3. geschlagene Armee des Negus wurde auf ihrem Rückzuge am 3.4. von italienischen Truppen erreicht und angegriffen. Die abess[inische]. Garde deckte den Rückzug u. wurde in einem hartnäckigen Gefecht stark dezimiert. Die zurückflutenden Truppen wurden von zahlreichen Flugzeugen bombardiert u. mit Maschinengewehrfeuer belegt. Im Laufe des 4. u. 5. April wurde so die letzte abessinische Armee im Norden zersprengt. Die Abess[inier]. verloren mehrere 1000 Tote u. Verwundete, sowie viele Waffen u. etliche Geschütze. Eine Gruppe von 6000 Mann wurde umzingelt und ergab sich. Koram wurde von den Ital[ienern]. besetzt. Dieser Ort ist für die Ital[iener]. deshalb wichtig, weil da eine ausgebaute Strasse nach Dessie beginnt. Der militärische Zusammenbruch Abess[iniens]. gilt als bevorstehend. Nur noch eine intakte Armee soll im Süden vorhanden sein. Der ital[ienische]. Botschafter Grandi suchte Eden auf u. erklärte, dass die engl[ischen]. Interessen im Tanaseegebiet respektiert würden. In Frankreich wächst die

Neigung, die Sanktionen gegen Italien aufzuheben. Die Presse tritt für vernünftige Friedensbedingungen für Italien ein.

Die polnische Regierungspresse nannte die deutsche Antwort einen Frontalangriff Hitlers auf die alten Verträge. Die Note habe die Form eines Manifestes. Die Oppositionspresse hob hervor, dass eine Regelung im Westen äusserst wichtig sei für den Osten. Man könne nur mit Sorge daran denken, dass Deutschland im Osten Bewegungsfreiheit erhalte. Uebrigens hat die franz[ösische]. Reg[ierung]. der polnischen den Rat erteilt, Anschluss an den Rätebund zu suchen. Zur Zeit finden Besprechungen der Regierungsmitglieder u. der Heeresleitung statt. Ob darüber etwas zu erfahren sein wird, wird sich in den nächsten Tagen herausstellen.

39 Anna Sander an Erich Sander 16.4.1936

1. Seite

Die vom franz[ösischen]. Ministerrat am Montag angenommene Denkschrift zum franz[ösisch].-**deutschen Friedensplan und der ~~deutsche~~ Friedensplan wurden am Mittwoch, den 9.4., von der franz[ösischen]. Abordnung für die Tagung des Dreizehnerausschusses in Genf veröffentlicht. Ausserdem wurde dem engl[ischen]. Aussenminister Eden eine Verbalnote überreicht, in der die franz[ösische]. Reg[ierung]. ihren Standpunkt zur Rheinlandfrage darlegte. In der Denkschrift zum deutschen Friedensplan wird erklärt, dass die franz[ösische]. Reg[ierung]. eigentlich berechtigt gewesen sei, unverzüglich geeignete Massnahmen zu ergreifen, um die Rechtslage wiederherzustellen u. den feindseligen Akt vom 7. März zu ahnden. Sie habe dies nicht getan, um Europa vor Gefahren zu bewahren u. die Möglichkeiten einer gütlichen Lösung auszuschöpfen. Niemand bedrohe die Unabhängigkeit des deutschen Volkes, niemand verweigere ihm die Gleichberechtigung auf die Ehre und beeinträchtige seine Ehre; es sei denn, dass es einen Anschlag eines Volkes darstelle, wenn man dieses an die Achtung aller Verträge erinnere. In der Einleitung zum Völkerbundspakt wurde gefordert, dass alle vertraglichen Verpflichtungen gewissenhaft zu achten seien, um den Frieden u. die Sicherheit zu garantieren. Ob die deutsche Reg[ierung]. verlangen wolle, dass dieser Wortlaut revidiert werde, um ihren Auffassungen gerecht zu werden? Ob diesem Wortlaut beigefügt werden solle, dass die Achtung der Verträge da aufhöre, wo das „Lebensrecht“ eines Volkes beginne, über das es allein zu bestimmen habe? Die Entmilitarisierung des Rheinlandes sei nichts anderes gewesen als eine Sicherheitsgarantie, die Europa gegen neue Unternehmungen Deutschlands gegeben worden sei. Sie habe keinen der in den 14 Punkten Wilsons enthaltenen Grundsätze verletzt. Der Locarnovertrag sei nicht unter dem Druck der Ruhrbesetzung ausgehandelt, sondern von der deutschen Reg[ierung]. freiwillig abgeschlossen worden. Die Verhandlungen darüber**

hätten auf Wunsch der deutschen Regierung stattgefunden, die eine Sicherheitsgarantie für die Westgrenze des Reiches gesucht habe. Der Friedensbeitrag Deutschlands zu diesem Abkommen sei die freiwillige Anerkennung der entmilitaris[ierten]. Zone gewesen. Das deutsche Memorandum enthalte die neue juristische Theorie, dass keine Nation freiwillig, ohne äusseren Druck auf ihre souveränen Rechte verzichten könne. Diese seltsame These müsse in ihrer ganzen Schwere gewürdigt werden. Ob Deutschland auf Grund dieser neuen Rechtsbasis, die einem noch nicht veröffentlichten, internationalen Recht entnommen sei, die Abgrenzung der Hoheitsgebiete, wie sie sich aus den Verträgen von 1919 ergäbe, in Frage stellen, diese oder jene Grenzrevision in Europa und diese oder jene Zurückgabe deutscher Kolonialgebiete verlangen wolle? Keine der anderen Locarnomächte habe jemals anerkannt, dass der franz[ösisch].-rätebündische Pakt mit dem Rheinpakt unvereinbar sei. Deutschland habe sich zum Richter in eigener Sache aufgeworfen, während der Locarnovertrag ausdrücklich für den Fall von Meinungsverschiedenheiten ein Schieds- oder Schlichtungsverfahren vorgesehen habe. Die durch den deutschen Schritt vom 7. März entstandene ernste Lage habe die Locarnomächte nicht von einer Politik der Mässigung abgebracht. Der Aufforderung, eine Geste zu machen, um das so schwer erschütterte internationale Vertrauen wiederherzustellen, habe die deutsche Reg[ierung]. nur Ablehnung entgegengesetzt. Sie habe noch nicht einmal die Versicherung abgegeben, dass die in die Rheinzone entsandten Truppen nicht jetzt schon stärker seien, als diejenigen, deren Einrücken am 7. März amtlich mitgeteilt werden sei. Somit hätten die Verständigungsbemühungen bei der deutschen Reg[ierung]. keinerlei Widerhall gefunden. Auf der Grundlage der vollendeten Tatsache sei aber kein Verhandeln über die grossen Friedensprobleme möglich. Der Beitrag der deutschen Reg[ierung]. zum Wiederaufbau eines neuen Europa, niedergelegt in ihrem „Friedensplan“ sei leider mehr Schein als Wirklichkeit. Die Vereinbarung der Locarnomächte vom 19. März enthalte eine wesentliche Bestimmung über das

Verbot oder die Beschrän-

2. Seite

kung der künftigen Anlage von Befestigungen in einer zu bestimmenden Zone. Beim gegenwärtigen Zustande Europas wäre es überaus wichtig gewesen, die Haltung der deutschen Reg[ierung]. in dieser Frage kennenzulernen. Erst daraus hätte sich ergeben, ob Deutschland bereit ist, den Grundsatz der kollektiven Sicherheit anzuerkennen, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten. Oder wolle Deutschland sich die Möglichkeit vorbehalten, nach seinem eigenen Willen u. sogar mit Machtmitteln seine Beziehungen zu seinen schwächeren Nachbarn zu regeln, indem es ihnen gegenüber die Anwendung des Beistandes einschränke? Die Entmilitarisierung des Rheinlandes sei nicht nur ein Element der franz[ösischen]. und belgischen Sicherheit gewesen, sondern interessiere ganz Europa. Der deutsche Plan bringe keinerlei Garantie, die ihr evtl. Verschwinden aufwiegen würde. Deutschland habe Vorschläge vorgelegt, die für die Festigung des Friedens in Europa ausgesprochen ungenügend seien. Es gehe nicht davon aus, dass die angebotenen Nichtangriffsverträge für den Osten in ein kollektives System einzufügen seien, noch wenig davon, dass den Verträgen Garantien des gegenseitigen Beistandes beigegeben werden sollten. Zweiseitige Nichtangriffsverträge ohne irgendeine Bestimmung über gegenseitige Hilfe u. Beistand des etwaigen Opfers einer brutalen Vertragskündigung oder eines Gewaltstreichs würden zu den Verpflichtungen nichts hinzufügen, die sich für Deutschland und seine Nachbarn aus dem Kelloggpakt ergaben. Die europäische Sicherheit bilde ein Ganzes und der Grundsatz der kollektiven Sicherheit gelte nicht nur für einen Teil des Kontinents. Frankreich, das nicht nur auf Wahrung seiner Freundschaften, sondern auch seiner Verpflichtungen als Völkerbundsmitglied bedacht sei, könne keine europäische Sicherheit in Betracht ziehen, um derentwillen es sich an der Sicherheit des übrigen Europa desinteressieren müsse. Merkwürdig sei, dass Deutschland nicht beabsichtige, irgendeinen

Nichtangriffsvertrag mit dem Rätebund abzuschliessen, von dem es sich bedroht glaube. Vor einem Jahr noch habe sich die deutsche Regierung für ein solches Abkommen ausgesprochen und dabei zulassen wollen, dass neben diesem Abkommen zwischen Russland u. den anderen Mächten Verträge über gegenseitige Hilfe abgeschlossen wurden. Die deutsche Einstellung habe sich also geändert; aus welchen Gründen und mit welchem Ziel? Deutschland könne nicht vor der Lösung der Locarnokrise als ein Staat betrachtet werden, der tatsächliche Bürgschaften für seine ernstlichen Absichten gebe, die intern. Verpflichtungen einzuhalten u. in den Völkerbund aufgenommen werden. Uebrigens habe die deutsche Reg[ierung]. erneut ihre kolonialen Ansprüche in dringlicher Form in Erinnerung gebracht u. damit doch wohl zu verstehen geben wollen, dass sie im Falle einer nicht für sie befriedigenden Lösung wieder von neuem aus dem Völkerbund auszutreten beabsichtige. Indem die deutsche Reg[ierung]. vorschlage, dass die Einhaltung der abzuschliessenden Vereinbarungen durch ein Schiedsgericht sichergestellt werde, scheine sie im voraus die Zuständigkeit des Rates abzulehnen. Hieraus müsse geschlossen werden, dass der Wiedereintritt Deutschlands in den Völkerbund als ein Mittel in Aussicht genommen worden sei, um in die Politik anderer Staaten einzugreifen, ohne dass ein wesentliches Element der deutschen Politik der Kontrolle des Bundes unterstellt werden würde. Eine Humanisierung des Krieges lehne Frankreich nicht ab. Wichtiger aber sei es, den Krieg unmöglich zu machen, indem man gegen den Angreifer das Wirksame u. sofortige Vorgehen der Gesamtheit organisiere. Die Grundfrage, die sich heute die Reg[ierung]. stellen müssten, sei die, ob die internationalen Beziehungen weiterhin von den Regeln des Rechtes oder denen der Gewalt beherrscht werden sollten. Und es sei nicht eine franz[ösische]. Initiative, die heute den Völkern diese Frage vorlege. Berechtige das Lebensrecht eines Volkes zur einseitigen Annullierung der eingegangenen Verpflichtungen?

Solle der Friede durch Zusammenarbeit aller in der Ächtung der Rechte eines jeden gesichert werden? Oder sollten die Staaten vollen Spielraum haben, um nach ihrem Belieben ihre Streitigkeiten unter vier Augen mit den Staaten zu regeln, deren Gutglaubigkeit sie missbrauchten? Erkenne Deutschland ohne jeden Vorbehalt das territoriale und politische Statut Europas an? Erkenne es an, dass die Einhaltung dieses Statuts durch Abkommen auf der Grundlage der gegenseitigen Sicherheitsleistung garantiert werden müsse? Keine europäische Reg[ierung]. könne sich auf den Abschluss neuer Abkommen einlassen, ehe sie hierauf nicht klare Antworten vernommen habe.

In dem Friedensplan der franz[ösischen]. Reg[ierung]. heisst es zunächst, in der Einleitung, dass ein Friede mit unvollständigen Pakten, die die Gefahr des Krieges weiter bestehen liessen, nicht das Ziel Frankreichs sein könne. Die franz[ösische]. Reg[ierung]. biete den wahren, dauerhaften Frieden mit einer Beschränkung der Rüstungen, die zur Abrüstung führen müsse. Hierauf folgt ein Aktionsplan mit 24 Punkten. In den Punkten 1-7 sind die allgemeinen Grundsätze niedergelegt, wie Anerkenung der Gleichberechtigung u. Unabhängigkeit aller Staaten, die Achtung vor den übernommenen Verpflichtungen und Regelung aller Konflikte nach dem internationalen Recht durch unparteiische Gerichte. Die Gleichberechtigung, so wird erklärt, sei kein Hindernis dafür, dass ein Staat in gewissen Fällen freiwillig u. im Allgemeininteresse die Ausübung seiner Oberhoheit beschränke. Diese Beschränkung sei vor allem in der Rüstungsfrage notwendig, um jede Gefahr der Hegemonie eines stärkeren Volkes über die schwächeren Völker auszuschliessen. Die bestehende Ungleichheit zwischen den Völkern müsse durch gegenseitige Beistandsverpflichtungen ausgeglichen werden. Wenn der gegenseitige Beistand im universellen Rahmen des Völkerbundes derzeit nicht zu verwirklichen sei, müsse mit regionalen Abkommen ausgeholfen werden. Die Punkte 8 – 15 enthal-

ten die praktischen Vorschläge in politischer Hinsicht. Vorgeschlagen wird ein Europapakt u. falls dies unmöglich sein sollte, regionale Verständigungen. Zu diesem Zwecke soll im Rahmen des Völkerbundes ein Europaauschuss geschaffen werden. Kein Vertrag soll unveränderlich sein, jedoch darf keiner einseitig zurückgewiesen werden. Jeder Staat hat sich zu verpflichten, den Territorialbestand der anderen zu achten. Nur im gegenseitigen Einverständnis können Aenderungen vorgenommen werden. Keine Forderung auf Aenderung kann vor 25 Jahren vorgebracht werden. Eine Verletzung der Verträge soll mit Sanktionsmassnahmen bis zur Anwendung von Gewalt geahndet werden. Die im europäischen oder regionalen Rahmen vereinigten Staaten sollen eine besondere und ständige militärische Streitmacht unterhalten, einschliesslich der Luft- und Seestreitkräfte. Nach Organisierung der Sicherheit soll zu einer weitgehenden Abrüstung geschritten werden, wobei die Rüstungsbeschränkung eines jeden Staates mit Zweidrittelmehrheit im Europaausschuss beschlossen werden soll. Jeder Staat hat das Recht, einen ständig vom Völkerbund zu schaffenden intern. Gerichtshof anzurufen. Die Punkte 16-21 enthalten Vorschläge für einen Wirtschaftsfrieden, wie Erweiterung der Absatzgebiete durch ein Meistbegünstigungssystem u. evtl. Zollunionen, Abschluss eines europäischen Zollwaffenstillstands, Ausgleich der Währungen, Schaffung eines Warenaustauschgerichtshofes, Revision gewisser Kolonialstatute ohne Antastung der politischen Souveränität u. Zusammenarbeit der eur[opäischen]. Staaten in den Kolonien. Diese ganzen Probleme sollen durch eine Sonderabteilung des Europaauschusses vorberaten u. dann dem Völkerbund oder einer allgemeinen Konferenz unterbreitet werden. In den Punkten 22, 23 u. 24 wird schliesslich erklärt, dass die Zustimmung zum Friedensplan die Zustimmung zum Völkerbundpakt voraussetze, u. dass die Ablehnung dieses Planes durch diesen oder jenen Staat sein Inkraftsetzen nicht verhindern dürfe. Der Plan müsse dann entsprechend abgeändert werden.

Von der franz[ösischen]. Presse wurde der Friedensplan Flandins, der Parteizugehörigkeit entsprechend, sehr unterschiedlich bewertet. Die radikalsozialen Blätter spendeten begeisterte Zustimmungserklärungen. Nach ihr hat Flandin dem deutschen Frieden nicht einen franz[ösischen]. Frieden, sondern den Frieden schlechthin gegenübergestellt. Die sozial[istische]. Populaire bemängelte lediglich den Vorschlag der Schaffung einer Völkerbundsarmee. Die Rechtspresse verhielt sich ablehnend. Charakteristisch für ihre Haltung waren die Bemerkungen des Echo de Paris, das in der Denkschrift eine klare, nachdrückliche u. stichhaltige Zurückweisung der deutschen Beweisgründe zur Rechtfertigung des 7. März sieht. Die Friedenserklärung, so schrieb das Blatt weiter, stamme aber sicher nicht aus derselben Feder. Der Friedensplan habe das Aussehen eines Wahlplakats, denn er enthalte alle Genfer Träumereien von 1924 bis 1931. Er werde nur zur Erbauung der Volksmassen dienen.

Die englischen Regierungskreise nahmen den Plan zurückhaltend auf. Es wurde lediglich erklärt, dass die franz[ösischen]. Vorschläge genau so sorgfältig geprüft werden würde wie der deutsche Friedensplan. Die Zeitungen brachten die franz[ösische]. Antwort in grosser Aufmachung u. in langen Auszügen. Eine volle u. vorbehaltlose Zustimmung fand sich in keinem Blatt. Die Auseinandersetzung mit dem deutschen Vorgehen vom 7. März wurde allgemein als logisch stichhaltig anerkannt. Der Gegenplan dagegen sei zu kompliziert u. schwerlich durchführbar. Die Times schrieb, dass der franz[ösische]. Plan die ernsthafteste Prüfung u. Erörterung verdiene. Europa sei aber wohl kaum reif dafür, die Souveränität der Staaten so zu beschränken, wie dies der franz[ösische]. Plan verlange. Der Wunsch, eine Zusicherung zu erhalten, dass sich in Danzig, Memel, Oesterreich, Tschechoslowakei usw. nicht die gleichen Dinge ereigneten, wie im Rheinland, sei zu weitgehend. Es genüge, wenn Deutschland für eine bestimmte Zeit auf die Anlage von Festungen im

Rheinland verzichten würde. Der Daily Telegraf [sic!] **erklärte, dass die franz[ösischen]. Vorschläge zum Teil überhaupt nicht durchzuführen seien. Der Vorschlag, einen Europaausschuss zu schaffen, sei unpraktisch. Jedoch seien die Vorschläge Ausdruck eines ernsten Wunsches nach kollektiver Sicherheit. Die liberale News Chronicle meinte, dass der franz[ösische]. Plan einige gute Punkte enthalte aber in der Hauptsache scheine er ein Versuch zu sein, die gegenwärtige politische Lage in Europa ein Vierteljahrhundert aufrechtzuerhalten, ohne dass auch nur die Möglichkeit einer angemessenen friedlichen Revision gegeben werde. Der Daily Herald erklärte, dass man beim franz[ösischen]. Plan vieles überdenken müsse. Die franz[ösische]. Reg[ierung]. wünsche die Völkerbundssatzung zu ergänzen. Das sei eine These, die allgemeine Zustimmung finden müsse. Die Aufgabe bestünde nunmehr darin, den franz[ösischen]. Plan, den deutschen Plan u. die Vorschläge anderer Nationen in ein annehmbares Ganzes umzuarbeiten. Diese Frage hinge jedoch mit der Autorität des Völkerbundes zusammen. Zurzeit sei der Völkerbund bedroht. Falls der Völkerbund angesichts der jetzt drohenden Krise (Abessinienstreit) nachgeben sollte, würde seine Autorität erlöschen. Dann aber würde weder der franz[ösische]. noch der deutsche Plan von irgendwelchen Nutzen sein. Eine sehr günstige Aufnahme fanden die franz[ösischen]. Dokumente in der rechtskonservativen Presse.**

Nach franz[ösischen]. Meldungen (Ouvre, Excelsior) wurde der Plan in Völkerbundskreisen allgemein gleichgültig aufgenommen. Er habe nicht das erwünschte Verständnis gefunden. Die Haltung der belgischen Regierungspresse entsprach der der englischen. In den Staaten des Kleinen Verbandes überwogen natürlich die Zustimmungserklärungen. Nach der ungarischen Regierungspresse würde aus dem franz[ösischen]. Plan nicht der Friede, sondern nur eine neue Katastrophe hervorgehen. Die ital[ienische]. Presse übte, wie immer, Zurückhaltung. Ein Teil der polnischen Regierungspresse meinte, dass Paris die These Berlins Punkt für Punkt

geschlagen habe. Der andere Teil war auf einen zurückhaltenderen Ton abgestimmt. Die Dokumente der franz[ösischen]. Reg[ierung]., so hiess es da, seien das Ergebnis taktischer Notwendigkeiten u. durch die Atmosphäre der Vorwahlzeit mitbestimmt. In diesem Zwiespalt der poln[ischen]. Regierungspresse drückt sich offenbar der Gegensatz zwischen dem poln[ischen]. Aussenministerium u. der Heeresleitung aus, der in den letzten Wochen aufgetaucht ist. Die Heeresleitung wünscht eine offene u. eindeutige Unterstützung Frankreichs u. übt auf das Auswärtige Amt einen entsprechenden Druck aus.

Für den Standpunkt der deutschen Presse sind die Bemerkungen der Köln[ischen]. Zeitung charakteristisch. Die Denkschrift zum deutschen Friedensplan, hiess es da, sei dialektisch

5. Seite

ein Meisterstück. Die Verfasser verfügten über eine bewundernswerte Zungen- u. Schreibfertigkeit. Sie seien von grosser Gewandtheit, Spitzen zu verwenden, Verdächtigungen einzustreuen, böswillige Unterstellungen anzubringen u., wo das Problem für sie unbequem werde, weise zu schweigen. Aus jeder Zeile der Denkschrift spreche die agitatorische u. propagandistische Absicht. Der Locarnovertrag könne nicht gleichgesetzt werden mit einer freiwillig übernommenen Souveränitätsbeschränkung. Er sei von Deutschland als das kleinere Uebel gewählt worden, um das grössere Uebel der fremden Besatzung im Rheinland zu beseitigen. Es käme auf die Entstehung eines intern[ationalen]. Vertrages an u. nicht auf sein Bestehen. Moralisch verpflichtend könne nur ein Vertrag sein, der auf der Grundlage der Moral u. mit moralischen Zielen abgeschlossen worden sei. Der Locarnovertrag habe aber nicht moralischen, sondern politischen u. strategischen Zielen Frankreichs gedient. Kollektive Sicherheit heisse für Frankreich in dieser Hinsicht die Möglichkeit seine Beistandsverpflichtungen gegenüber seinen Bundesgenossen im

Osten zu erfüllen. Deshalb wolle es das Rheinland strategisch offen halten, um ungehindert durch Befestigungen in Deutschland einmarschieren zu können. Die Remilitarisierung des Rheinlandes hätte durch nichts schlagender bewiesen werden können als durch die franz[ösische]. Denkschrift. Damit sei aber auch die Notwendigkeit bewiesen worden im Rheinlande Festungen anzulegen, falls darüber kein paritätisches Abkommen abgeschlossen werden könne. Im Prinzip sei in den franz[ösischen]. Gegenvorschlägen kein neuer Gedanke zu finden. Wie der vor etlichen Jahren von Briand entworfene Plan, so seien auch diesmal die franz[ösischen]. Vorschläge darauf berechnet den franz[ösischen]. Hegemonieinteressen zu dienen. Obwohl also die Vorschläge unverkennbar das Gepräge eines franz[ösischen]. Friedens trugen, so würden sie dennoch von deutscher Seite sorgsam geprüft werden.

Aristide Briand (1862-1932), u.a. 1925-29 französischer Außenminister. Gemeint ist wohl der Briand-Kellogg-Pakt von 1928, in dem sich die elf Erstunterzeichner zu einer friedlichen Konfliktlösung verpflichteten

Freitag, den 10.4. traten die Locarnomächte in Genf zu der vereinbarten Aussprache zusammen. Obwohl die vom franz[ösischen]. Ministerrat am Montag, den 6.4. angenommene Verbalnote nur für Eden bestimmt war, ist darüber doch so viel durchgesickert, dass sie die Feststellung enthalte, dass Deutschland die Vorschläge der Locarnomächte vom 19. März abgelehnt habe. Die Versöhnungsbemühungen müssten deshalb als gescheitert angesehen werden u. es müssten nun die in dem Abkommen vorgesehenen Beistandsbriefe der Garanten in Kraft treten. Das gegenseitige Defensivabkommen der Locarnomächte müsse nun Wirklichkeit werden. Weiterhin müssten gemeinsame Massnahmen ergriffen werden, um D[eutschland]. zu veranlassen seinen Rechtsbruch wiedergutzumachen. Flandin vertrat denn auch bei den Beratungen die in dieser Note festgelegte Linie. Da die Schlichtungsbemühungen gescheitert seien, müssten die Locarnomächte in Berlin einen gemeinschaftlichen Schritt unternehmen u. für den Fall der Ergebnislosigkeit dieses Schrittes schlug er die Durchführung genau umrissener Massnamen vor. Eden erklärte demgegenüber, dass nach Auffassung der engl[ischen].

Reg[ierung]. die Schlichtungsbemühungen keineswegs als beendet anzusehen seien. Aber selbst wenn die Schlichtungsaktion beendet wäre, so könne von den von Flandin geforderten Massnahmen überhaupt keine Rede sein. Auch hinsichtlich des weiteren Verfahrens bestand zwischen Flandin u. Eden keine Einigkeit. Flandin behauptete, dass der Völkerbundsrat nach Feststellung der erfolgten Verletzung der Verträge nicht mehr zuständig sei u. dass nun die im Locarnovertrag vorgesehene Unterstützungspflicht in Kraft treten müsse. Der Völkerbundrat könne höchstens die deutschen Vorschläge u. den franz[ösischen]. Friedensplan erörtern. Eden dagegen meinte, dass sich der Völkerbundrat mit der Gesamtheit des Problems befassen könne. Freitagabend nach 11 Uhr wurde über die Beratungen eine amtliche Verlautbarung herausgegeben, in der es heisst, dass die deutsche Reg[ierung]. keinen Beitrag zur Wiederherstellung des unerlässlichen Vertrauens geliefert habe. Jedoch sei es erwünscht alle Schlichtungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Zu diesem Zweck sei die Aufklärung einer Anzahl von Punkten des deutschen Memorandums notwendig, insbesondere derjenigen, die in der franz[ösischen]. Denkschrift erwähnt worden seien. Die Vertreter Englands würden deshalb mit der deutschen Reg[ierung]. in Fühlung treten. Die Vertreter Frankreichs hätten alle Vorbehalte gemacht für den Fall des Eintritts irgendwelcher materieller Veränderungen in der Lage der Rheinzone. In einem solchen Falle würden sich die Vertreter der vier Reg[ierung]. sofort versammeln. Sie nähmen Kenntnis von der Tat-

sache, dass die Fühlungsnahme zwischen den Generalstäben am 15. April begänne. Weiterhin hätten sie beschlossen den franz[ösischen]. Friedensplan dem Völkerbund für eine ein eingehende Prüfung vorzulegen. Von der deutschen Reg[ierung]. solle die Zustimmung für eine gleiche Behandlung ihres Memorandums eingeholt werden. Die Vertreter der vier Reg[ierungen]. würden sich auf jeden Fall während der

nächsten Tagung des Völkerbundrates wieder versammeln. Der Vertreter Italiens habe seine Stellungsnahme im Namen seiner Reg[ierung]. vorbehalten.

Zu Beginn der Besprechungen gab der ital[ienische]. Vertreter im Auftrag der Reg[ierung]. eine Erklärung ab, in der es hiess, dass sich Italien als Unterzeichner das Locarnopaktes stets zu seiner Unterschrift bekannt habe. In der jetzigen Rheinlandkrise habe es Zurückhaltung bewahrt, infolge der besonderen Bedingungen, unter denen es sich zur Zeit befinde. Nunmehr sehe sich Italien gezwungen darauf hinzuweisen, dass es in allen kürzlich ergangenen offiziellen Verlautbarungen der brit[ischen]. Reg[ierung]. offensichtlich ignoriert worden sei. Es tauche daher die Frage auf, ob die Anwesenheit Italiens erwünscht erscheine. Sollte dies nicht der Fall sein, so hätte Italien keinerlei Grund, irgendwelche Gefahren u. Verantwortlichkeiten zu übernehmen u. müsste sein weiteres Verhalten entsprechend einrichten.

In Abessinien setzten die Italiener ihren Vormarsch fort. Die Vorhut erreicht Mittwoch Dessie, das ehemalige Hauptquartier des Negus, 250 km von Addis Abeba entfernt. Im Westen sind die ital[ienischen]. Truppen an den Ufern des Tanasee angelangt u. an der Sudangrenze wurde die Stadt Gallabat, soweit sie auf abess[inischem]. Gebiete liegt, besetzt. Die engl[ische]. Presse veröffentlichte die Meldungen über die ital[ienischen]. Fortschritte in grosser Aufmachung u. unterstrich besonders die Tatsache, dass in Gallabat die engl[ischen]. u. ital[ienischen]. Truppen nur durch ein ausgetrocknetes Flussbett voneinander getrennt seien. Die ital[ienische]. Reg[ierung]. übermittelte der ägyptischen Reg[ierung]. eine Note, in der mitgeteilt wird, dass Italien im Tanaseegebiet nichts tun werde, was die ägypt[ischen]. Interessen beeinträchtigen könne. Ueber die Schlacht am Aschangisee liegt nunmehr ein abschliessender Bericht Badoglios vor. Danach dauerte die Schlacht 5 Tage. Abess[inische]. Angriffe u. ital[ienische]. Gegenstösse lösten

einander ab. Schliesslich habe der Negus das Feld geräumt. Wo er sich befinde sei nicht festzustellen. Die Italiener hätten 80 Kanonen, viele M.G. u Waffen erbeutet. Dem Vormarsch der ital[ienischen]. Truppen werde nur geringfügiger Widerstand entgegengesetzt. Tatsächlich muss die Lage des Negus im Norden ziemlich verzweifelt sein. Wie es in einigen Meldungen von Kriegsberichterstattern heisst, soll die kaiserliche Garde fast völlig aufgerieben sein. Bisher habe die abess[inische]. Streitmacht etwa 50 000 Mann verloren. Der Rest im Norden sei völlig demoralisiert, wozu die Anwendung modernster Kampfmittel, wie Flammenwerfer u. Giftgas, durch die ital[ienischen]. Truppen erheblich beigetragen habe. In verschiedenen Provinzen seien Aufstände ausgebrochen. Nach einer franz[ösischen]. Meldung aus Genf hat Eden Mitte vergangener Woche ein persönliches Telegramm des Negus erhalten, worin der Negus mitteilte, dass die Lage im Norden verzweifelt sei. Er bitte daher inständigst energisch einzugreifen. Dienstag, den. 7.4. wurde in Addis eine Proklamation verkündet, in der alle waffenfähigen Männer aufgefordert wurden, sich an die Front zu begeben. Am gleichen Tage, dem Vortage der Dreizehnerausschusstagung, richtete Abessinien einen letzten Appell an den Völkerbund, in dem dringend um Beistand gebeten wurde. Mittwoch, den 8.4. erklärte Mussolini im Ministerrat, dass das erste Ziel des abess[inischen]. Unternehmens, die Vernichtung der abess[inischen]. Streitkräfte, nahezu erreicht sei u. vollständig durchgeführt werden solle. Gleichzeitig habe er auf eine Anfrage des Dreizehnerausschusses, betreffend die Einleitung von Friedensverhandlungen, zustimmend geantwortet u. dessen Vors[itzenden]. Madariaga aufgefordert nach Ostern in Rom vorzusprechen, um die ital[ienischen]. Friedensbedingungen mit ihm zu erörtern. Am gleichen Tage trat in Genf der Dreizehnerausschuss (Völkerbundrat ohne Italien) zusammen. Eden hatte den übrigen Mitgliedern des Ausschusses eine Note überreichen lassen, in der alle Behauptungen über die Anwendung von Giftgasen durch die ital[ienischen]. Truppen zusammengestellt waren. In der Vormittagsitzung gab Eden eine Erklärung zu dieser Note

Gemeint ist selbstverständlich das italienische Unternehmen

ab u. beantragte eine sofortige Untersuchung. Italien habe ein Abkommen unterzeichnet, unter keinen Umständen die Mittel des chem[ischen]. Krieges anzuwenden. Flandin beantragte die Ausdehnung der Unter-

suchung auf alle Grausamkeiten, insbesondere auf die von den Ital[ienern]. behauptete Verwendung von Dumdumgeschossen durch die Abessinier. In der Nachmittagsitzung erklärte Eden, dass die engl[ische]. Reg[ierung]. den grössten Wert darauf lege, dass eine Einstellung der Feindseligkeiten mit allem Nachdruck angestrebt werde. Flandin wies darauf hin, dass eine Einstellung der Feindseligkeiten nur dann im Bereiche der Möglichkeit liege, wenn auch die Sanktionen aufgehoben würden. Der Ausschuss erteilte dann dem Vors[itzenden]. den Auftrag mit dem Donnerstag in Genf eintreffenden ital[ienischen]. Vertreter in Verbindung zu treten u. ihm die Frage nach der Bereitschaft zur Einstellung der Feindseligkeiten vorzulegen. Die Prüfung der Kriegsmethodenfrage wurde einem Juristenausschuss überwiesen. In der Sitzung vom Donnerstag beschloss der Ausschuss einen Appell an die ital[ienische]. u. abess[inische]. Reg[ierung]. zu richten, alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um jeden Verstoss gegen die Abkommen über die Methoden der Kriegsführung zu verhindern. In dem Bericht des Juristenausschusses, der vom 13.-Ausschuss [sic!] **angenommen wurde, wird festgestellt, dass in den verschiedenen Vereinbarungen über die Methoden der Kriegsführung kein besonderes Verfahren für die Fälle von Uebertretungen vorgesehen sei. Der Völkerbund sei auf jeden Fall zuständig, da er die Einhaltung der intern[ationalen]. Abkommen zu überwachen habe. In der Sitzung vom Freitagmorgen berichtete Madariaga über seine Unterredung mit dem ital[ienischen]. Vertreter. Dieser habe erklärt, dass er nicht bevollmächtigt sei, Erklärungen über den abess[inischen]. Streitfall zu geben. Er sei nur beauftragt an den Beratungen der Locarnomächte teilzunehmen. Nach den Ostertagen würde Italien einen Vertreter zu Verhandlun-**

gen mit dem Ausschuss entsenden, jedoch wäre es der ital[ienischen]. Reg[ierung]. erwünscht, wenn vorher Madariaga nach Rom komme, um mit Mussolini die Grundlage der Verhandlungen zu erörtern. Eden erklärte, dass es sich darum handele, die Feindseligkeiten so schnell wie möglich zu beenden. Jeder Tag zähle. Eine Reise nach Rom würde nur Zeitverlust bedeuten. Deshalb sei die ital[ienische]. Reg[ierung]. davon zu verständigen, dass der Vertreter so schnell wie möglich zu entsenden sei. Eden schlug dann vor, die zum Tagung des Ausschusses nicht zu beenden u. regte eine baldige Tagung der Sanktionskonferenz an. Flandin beantragte, den Ausschuss auf unbestimmte Zeit zu vertagen u. erst dann wieder einzuberufen, wenn die Friedensverhandlungen tatsächlich beginnen könnten. Schliesslich einigte man sich dahin, die Tagung des Ausschusses Donnerstag, den 16.4. fortzusetzen. Der Vors[itzende]. der Sanktionskonferenz wurde beauftragt, ein Rundschreiben an die Mitglieder zu richten, sich für eine Tagung bereitzuhalten.

Die Tagung des Dreizehnerausschusses wurde von einer heftigen Kampagne der engl[ischen]. Presse gegen Italien begleitet. Die Times warf Italien die bewusste Verletzung des Kelloggpaktes, der Völkerbundssatzung, der Abessinienabkommen, der Rotkreuzabmachungen, des Bombenabwurfabkommens u. des Giftgasabkommens vor. Italien wende die Methode des schlimmsten Terrors gegen ein primitives Volk an. Der Daily Telegraf [sic!] **wies auf die ital[ienischen]. Mittelmeerpläne hin. Italien wolle im östlichen Mittelmeer eine absolute Herrschaft aufrichten u. bedrohe dadurch den engl[ischen]. Seeweg. Es habe alle Vorbereitungen getroffen, um die engl[ischen]. Flottenstützpunkte zu blockieren u. in Sardinien, Sizilien u. Lybien** [sic!] **grosse Stützpunkte für seine Luftwaffe geschaffen. Ausserdem verfüge Italien nunmehr über eine starke Seestreitmacht u. vergrössere sie ständig. Wenn es Abessinien erobere, sei es von der absoluten Herrschaft im östlichen Mittelmeer nicht mehr weit entfernt. Die Sonnabendblätter stellten übereinstimmend fest, dass die Einstel-**

lung Frankreichs zur europ[äischen]. Lage England vor grosse Schwierigkeiten stelle. Der Daily Telegraf [sic!]**, der von der ital[ienischen]. Presse als das Blatt Edens angesehen wird, erklärte, dass die brit[ische]. Reg[ierung]. davon überzeugt sei, dass die Wirtschaftssanktionen nicht wirksam genug seien. Die kollektive Sicherheit können nur dann wirkungsvoll verteidigt werden, wenn die Wirtschaftssanktionen durch militärische Sanktionen ergänzt würden. Die brit[ische]. Reg[ierung]. müsse sich entscheiden, ob sie diese Frage zur Debatte stellen wolle. Einige Völkerbundsstaaten seien bereit, die engl[ische]. Reg[ierung]. in dieser Hinsicht zu unterstützen. Diese Staaten erklärten: entweder Anwendung militärischer Sanktionen oder ein Eingeständnis, dass der Völkerbund nicht in der Lage sei, einen Angreifer seinen Willen aufzuzwingen. In einem späteren Artikel erklärte der Daily Telegraf** [sic!]**, dass er die Frage der Flot-**

8. Seite

tensanktionen u. der milit. Massnahmen mir theoretisch aufgeworfen habe. Er sei keineswegs für ein isoliertes Vorgehen Englands gegen Italien. Die Oppositionsblätter lehnten die Anwendung von militärischen Zwangsmassnehmen gegen Italien ab, da dies den allgemeinen Krieg u. damit den Zusammenbruch Europas bedeuten würde.

Die ital[ienische]. Presse blieb der engl[ischen]. die Antwort nicht schuldig. In einem offiziösen Aufsatz schrieb das Giornale d'Italia, dass der Daily Telegraf [sic!] **mit der Andeutung von militärischen Massnahmen eine Bombe abgeworfen habe. Italien müsse alle unter Drohungen eingeleiteten Verhandlungsbemühungen ablehnen. Es sei für alle Fälle bis an die Zähne bewaffnet. Wer es wagen sollte, an der ital[ienischen]. Ueberlegenheit im Mittelmeer zu rühren, setze sich einem nicht geringen Wagnis aus. Die Tevere** [Il Zevere] **schrieb, dass England die Wahl zwischen zwei gleichen katastrophalen Möglichkeiten hätte: entweder Anwendungen militär[ischer]. Massnahmen oder Preisgabe Abessiniens u. damit**

den Zusammenbruch des Völkerbundes. Italien würde für die zweite Möglichkeit stimmen. Nach einem hochoffiziösen Aufsatz des Giornale d'Italia wäre Italien bereit Frieden zu schliessen, wenn die eroberten Gebiete ganz u. das übrige Abessinien mittelbar unter ital[ienische]. Herrschaft gestellt werden würde.

Die franz[ösische]. Presse erklärte, dass die brit[ische]. Reg[ierung]. an einem Punkte angelangt sei, wo sie vor ernsten Entscheidungen stehe. Hoffentlich werde die engl[ische]. Reg[ierung]. nicht innerpolitischen Einflüssen unterliegen. An eine Verschärfung der Sanktionen sei nicht zu denken. Die Rechtspresse wies darauf hin, dass Frankreich einer abenteurlichen Politik Englands nie folgen würde.

Am Ostermontag abends gegen 7 Uhr suchte der ital[ienische]. Botschafter Cerutti den franz[ösischen]. Ministerpräsidenten Sarraut auf u. hatte eine etwa einstündige Unterredung mit ihm. Sarraut trat nach dieser Unterredung sofort mit Flandin telefonisch in Verbindung, der sich in einem Wahlkreis aufhält. Im Anschluss daran suchte Sarraut den Staatspräsidenten auf u. erstattete ihm Bericht über den ital[ienischen]. Schritt. Ueber die Unterredung wurde bis jetzt strengstes Stillschweigen gewahrt. Nach einer Meldung aus Nancy werden die franz[ösischen]. Grenzschutztruppen durch einige neugebildete Regimenter verstärkt. Die am 15. April zu entlassenden Rekruten wurden unter den Fahnen gehalten. Es handelt sich franz[ösischen]. Meldungen zufolge um Zurückgestellte, die am 15. April 1935 eingezogen wurden u. nicht um normale Kontingente. Die deutsche Presse bemerkte dazu, dass man hier in der Praxis sehen könne, was Frankreich unter Gleichberechtigung verstehen.

Die engl[ischen]. Minister kamen überein, vor der Tagung des 13er Ausschusses am Donnerstag den 16.4. keine offizielle Cabinetsitzung abzuhalten. Eden hatte Dienstag eine lange Unterredung mit Baldwin. In der Presse wurde nach dieser

Unterredung erklärt, dass sich die Haltung der Regierung nicht geändert habe. Falls die Schlichtungsbemühungen scheitern sollten, werde England auf einer Ausdehnung der Sanktionen bestehen. Im Uebrigen nahe jetzt in Abessinien die grosse Regenszeit und da würden die Schwierigkeiten der ital[ienischen]. Truppen stark anwachsen. Der rasche ital[ienische]. Vormarsch sei nur eine Folge der schlechten wirtschaftlichen und innerpolitischen Lage Italiens.

Niceto Alcalá Zamora (1877-1949), 1931-36 erster Staatspräsident der zweiten spanischen Republik

Andere wichtige Ereignisse, wie die Absetzung des spanischen Staatspräsidenten Alcala Zamora (die Neuwahl ist auf den 10. Mai festgesetzt worden), die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht mit und ohne Waffe in Oesterreich und den Vorstoss der Türkei müssen infolge des Stoffandranges zurückgestellt werden.

Bei der Reichstagswahl am 29. März wurde nicht mit ja oder nein abgestimmt, der Stimmzettel musste angekreuzt werden. Als eine eindeutige Ablehnung der vorgeschlagenen Liste galt aber nur ein Nein auf dem Stimmzettel. Deshalb die Aeusserung über Ja- und Nein-Stimmen.

40 Anna Sander an Erich Sander 23.4.1936

1. Seite

Der Dreizehnerausschuss des Völkerbundes nahm Sonnabend, den 18.4. einen Bericht über die Versöhnungsbemühungen im ital[ienisch].-abess[inischen]. Streitfall an, in dem festgestellt wird, dass die Schlichtungsaktion als gescheitert zu betrachten sei. Im Verlaufe der Tagung stellte es sich heraus, dass nur Polen (auffällig! – deutet an, dass bei den Unterredungen des poln[ischen]. Aussenministers Beck mit Eden, anlässlich der Locarnokonferenz in London, von Seiten Englands bestimmte Zusicherungen gemacht worden sind), die Türkei (Gefälligkeit wegen der Dardanellenfrage) u. Dänemark für eine Verschärfung der Sanktionen zu haben waren. Freitag, den 17.4. fand zwischen Eden u. dem franz[ösischen]. Völkerbundsminister Boncour eine sehr offene u. herzliche Aussprache statt, über die strengstes Stillschweigen gewahrt wurde. Ergebnis der Unterredung war die Verschiebung der Frage der Sanktionsverschärfungen bis nach den franz[ösischen]. Wahlen. Der Vors[itzende]. der Sanktionskonf[erenz]. richtete an die Mitglieder ein Rundschreiben, nach dem die Tagung bis zum nächsten Zusammentritt des Völkerbundes am 11. Mai verschoben wird.

Und nun zu dem Gang der Verhandlungen. Mittwoch, den 15.4. traf in Genf der ital[ienische]. Vertreter Aloisi ein u. hatte sofort eine längere Unterredung mit Madariaga. Aloisi erklärte, dass er keine Ermächtigung habe, über die Friedensbedingungen mit dem Ausschuss zu verhandeln, sondern nur beauftragt worden sei, über die Präliminarien Verhandlungen zu führen. Donnerstag, den 16.4. fand eine erneute Unterredung statt u. im Anschluss daran trat der Dreizehnerausschuss zu einer Geheimtagung zusammen. Madariaga setzte nach dieser Tagung die Verhandlungen mit dem ital[ienischen]. u. dem abess[inischen]. Vertreter fort. Zwischendurch suchte Boncour Aloisi auf, um eine Aenderung der ita[lienischen]. Bedingungen zu erreichen. Der abess[inische]. Vertreter lehnte je-

doch alle Bedingungen ab u. ersuchte den Ausschuss festzustellen, dass Italien nicht im Rahmen u. im Geist des Paktes verhandeln wolle u. für eine verschärfte Anwendung des Art. 16 gegen Italien einzutreten. In einer Geheimsitzung am Freitag, den 17.4. beschloss dann der Ausschuss einen Bericht über das Scheitern der Versöhnungsbemühungen auszuarbeiten u. diesen dem Völkerbundrat am Montag vorzulegen.

In der Völkerbundratsitzung am Montag verlas Madariaga den Bericht des Ausschusses. Darin heisst es, dass sich die ital[ienische]. Abordnung mit der Aufnahme von Verhandlungen zum Zweck der Einstellung der Feindseligkeiten einverstanden erklärt habe. Es könne sich hierbei um den Abschluss eines Waffenstillstandes oder eines Vorfriedens handeln. Ein Waffenstillstand müsse zwischen den Oberbefehlshabern der Heere an Ort u. Stelle vereinbart werden. Dabei müssten weitergehende Forderungen gestellt werden als für den Abschluss eines Vorfriedens, die praktisch auf eine Besetzung des gesamten abess[inischen]. Gebiets hinausliefen. Da die Verhandlungen über den Abschluss eines Waffenstillstandes ebensolange dauern würden, wie diejenigen über einen Vorfrieden, spreche sich die ital[ienische]. Abordnung für Verhandlungen über den Abschluss eines Vorfriedens aus. Die Verhandlungen müssten sich auf die Lage stützen, die nach halbjährigen milit[ärischen]. Operationen tatsächlich bestehe u. an einem neutralen Ort stattfinden. Der Dreizehnerausschuss solle über den Gang der Verhandlungen laufend unterrichtet werden. Gleichzeitig erwarte Italien die Schaffung von Bedingungen, die seine aktive Mitarbeit im Völkerbund wieder ermöglichen würde. Da die abess[inische]. Abordnung diese Bedingungen abgelehnt habe, sei der Erkundungsauftrag des Vors[itzenden]. des Ausschusses erledigt. Diese Feststellung sei umso bedauerlicher als die V[ölker]bundmitg[lieder]. von jeder der Parteien andauernd Beschuldigungen erhielten wegen der Verletzung d[er]. Grundsätze des Völkerrechts. Besonders hervorzuheben sei hierbei die Beschuldig[un]g. der abess[inischen]. Reg[ierung]., dass die ital[ienischen]. Trup-

pen Giftgase verwendeten. Wenn die ital[ienische]. Reg[ierung]. in einem Telegramm erkläre, dass die ital[ienischen]. Militärbehörden nicht umhin könnten jede Greuelhandlung ihrer Gegner zu bestrafen, so könne darin keine Rechtfertig[un]g. für die Verletzung des Giftgasprotokolls gesehen werden. Bedauerlich sei weiter noch, dass sich das Intern[ationale]. Rote Kreuz geweigert habe, sein Material zur Verfügung zu stellen, weil es die Neutralität wahren müsse.

Aloisi erklärte, dass die ital[ienischen]. Vorschläge keine Ablehnung des Verhandelns im Rahmen u. im Geiste des V[ölkerbund]paktes bedeuteten. Sie seien praktisch gedacht u. praktisch

denken heisse die Wirklichkeit berücksichtigen. Schuld an dem Scheitern der Schlichtungsaktion sei Abessinien.

Der abess[inische]. Vertreter führte aus, dass Abess[inien]. an seinen früheren Erklärungen festhalte. Gegen die Verzögerung der Hilfeleistung müsse er Protest erheben. Ital[ien]. wolle Zeit gewinnen u. mit seiner Mitarbeit in Europa ein Geschäft machen. Er fordere die volle Anwendung des Art[ikel]. 16 der V[ölkerbund]satzung.

Eden erklärte, dass die bestehenden Sanktionen aufrechterhalten werden müssten. Die engl[ische]. Reg[ierung]. sei gewillt im Einvernehmen mit den anderen Vmitgliedern die Verhängung weiterer Sanktionen in Betracht zu ziehen. Sie habe nach wie vor Vertrauen zum Völkerbund, da es eine andere Einrichtung zum Schutze der kollektiven Sicherheit nicht gebe. Die ernsten Folgen jedoch, die die Ereignisse der letzten Monate für den Völkerbund hätten, könnten kaum übertrieben werden. Wenn als Folge des Streites die Autorität des Völkerbundes erschüttert werden würde, müsse jede Reg[ierung]. erwägen, welche Politik sie künftig zu verfolgen verpflichtet sei.

Boncour führte aus, dass er die grösste Sorge habe, allen Empfindlichkeiten Rechnung zu tragen. Die Beendigung des Krieges in Ostafrika müsse mit allen Mitteln angestrebt werden u. Italiens Mitarbeit in Europa geregelt werden. Der Friede müsse nicht nur in Abess[inien]., sondern auch in Europa gewährleistet werden, da sonst die Gewalt die Herrschaft antreten würde.

Der rätebündische Vertreter erklärte, dass die Ursache für die geringe Wirksamkeit der Sanktionen darin liege, dass nicht alle V[ölkerbund]mitglieder gegen alle Angreifer die gleiche Haltung einnähmen. Es handele sich nicht nur um erfolgte, sondern auch um in Vorbereitung befindliche Angriffe. Die Freunde des V[ölker]bundes hätten in letzter Zeit grosse Enttäuschungen erlebt. Den Angreifern sei umsomehr Nachgiebigkeit gezeigt worden als deren Auftreten rücksichtslos gewesen sei.

Der poln[ische]. Vertreter sprach sich für eine Lösung aus, der das ständige Interesse des V[ölker]bundes zugrunde liegen müsse. Der rumänische Vertr[eter]. verlangte einen gerechten Frieden. Der türkische Vertr[eter]. erklärte sich bereit, für jede Entschliessung zu stimmen, der sich alle anschliessen würden. Der dänische Vertr[eter]. forderte eine Verschärfung der Sanktionen. Der argent[inische]. Vertreter sprach gegen eine Verschärfung der Sanktionen, war aber für Beibehaltung der bisherigen. Die Vertr[eter]. Chiles u. Ecuadors verlangten die Fortsetzung der Schlichtungsbemühungen. Der australische Vertr[eter]. forderte die Ausnützung jeder Möglichkeit für neue Vermittlungsversuche.

In der Sitzung des Rates vom Dienstag, den 21. 4. wurde ein feierlicher Appell an Italien angenommen, zum Geiste des V[ölkerbund]paktes zurückzukehren u. auf die Anwendung chem[ischer]. Kampfmittel zu verzichten.

In Frankreich lehnten die Blätter der Rechtsparteien u. der Sozialradikalen während der Tagung des Dreizehnerausschusses jede Verschärfung der Sanktionen entschieden ab. Die sozial[istischen]. u. komm[unistischen]. Blätter schwiegen sich aus. Der Temps schrieb: Es wird den Engländern nicht gelingen, die Welt über die Verantwortung für eine Schwächung des V[ölker]bundes zu täuschen. Die Verantwortung falle denen zu, die Verwirrung anrichteten, indem sie gegen das paktbrüchige Italien das intern[ationale]. Gesetz scharf zur Anwendung brachten, gleichzeitig aber dieses intern[ationale]. Gesetz gegenüber Deutschland abschwächten, bis zum sträflichen Entgegenkommen. In einer Rede vor Vertretern der Provinzpresse am Mittwoch, den 15.4., die durch Rundfunk verbreitet wurde, führte Sarraut aus: Müssen die äusserst schweren Enttäuschungen endlich unsere feste Treue zu dem hohen Ideal einer kollektiven Friedensorg[anisation]. brechen u. uns eines Tages von dem Weg von Genf ablenken? Werden wir angesichts des Egoismus der einen u. der Ausflüchte u. des Versagens der anderen die Hoffnung auf ein intern[ationales]. Regime der gegenseitigen Hilfe aufgeben müssen? Frankreich bemühe sich einen Weg zu gehen, der ihm die Wahl zwischen gleichmässig wertvollen Freundschaften erspare. Seine Rüstung sei zweifellos der deutschen überlegen. Zu dieser Rede erklärte ein Sprecher des Ausw[ärtigen]. Amtes, dass sie keine Drohung mit dem Austritt aus dem V[ölker]bund darstelle. Frankreich werde den V[ölker]bund nicht verlassen. Wenn der V[ölker]bund feststellen müsse, dass seine Bemühungen, den europ[äischen]. Frieden zu erhalten, fehlgeschlagen seien, werde Fr[ankreich]. mit seinen Verb[ündeten]. Vorkehrungen treffen, dass der europ[äische]. Friede nicht ge-

stört werde. Der Wahlkampf geht nunmehr seinem Höhepunkte entgegen. Die Rechte führt unter den Parolen: Ein Volksfrontregime bedeutet Krieg! – Verständigung mit Deutschland!, während die Linke die Regierungspolitik verteidigt. Jede Partei, auch die Kommunisten, darf vier Wahlreden durch den

Rundfunk verbreiten. Eine Wahlvoraussage der Oeuvre lautet: 150-175 Sozialradikale, 100 Sozialisten, 50 Komm., 150 Rechte.

In der englischen Presse ging während der Tagung des Dreizehnerausschusses der Streit um die Verschärfung der Sanktionen weiter. Dabei war die Haltung der Oppositionspresse keineswegs einheitlich. Ein Teil der Blätter war für Blockademassnahmen, ein Teil, wegen der Kriegsgefahr, dagegen. Die Anwendung militärischer Sanktionen wurde einmütig abgelehnt. Die Opposition will einem Kriege aus dem Wege gehen. Sie glaubt, dass Italien zum Einlenken gezwungen werden könnte, wenn der V[ölker]bund geschlossen u. fest auftrete. Daher auch das Bestreben Deutschland selbst um den Preis grosser Zugeständnisse rasch in den V[ölker]bund zu bringen. Ob diese Rechnung aufgehen würde, ist freilich eine andere Frage. Die Reg[ierung]. ist ebenfalls bemüht, Deutschland so rasch wie möglich in die Sanktionsfront einzugliedern (siehe Edens Erklärungen im Unterhaus), will u. muss aber dem franz[ösischen]. Sicherheitsverlangen Rechnung tragen. Ihr Ziel ist zweifelsohne Deutschland als Druckmittel gegen Frankreich auszunutzen. Die Verhinderung einer ital[ienischen]. Vorherrschaft im Mittelmeer ist für das brit[ische]. Imperium im Moment wichtiger als die Eindämmung der japan[ischen]. Expansionsbestrebungen in Ostasien wo die engl[ische]. Reg[ierung]. auf den japan[isch].-sowjetruss[isch]. Gegensatz spekuliert. Die Rechtskons[ervativen]. treten für eine Verständigung mit Italien ein, wobei sie jedenfalls hoffen, die ital[ienischen]. Ansprüche erheblich herabzudrücken. Zurzeit befindet sich Austen Chamberlain auf einer Rundreise durch die Donauländer. In Wien u. Prag hatte er Unterredungen mit den Ministerpräs[identen]. u. den Aussenministern. Gegenwärtig befindet er sich in Budapest. Es handelt sich hierbei ohne Zweifel um ein Wiederaufgreifen der Gespräche, anlässlich der Beerdigung König Georg V. In einer Rede in Worcester führte Baldwin aus, dass es in den letzten Jahren zwei Ereignisse von Weltbedeutung gegeben habe: die Wiederbewaffnung Deutschlands u. den

Versuch der Durchführung der V[ölker]bundsatzung. Das Fehlen Deutschlands, der V[ereinigten]. St[aaten]. u. Japans im V[ölker]bund habe den Sanktionen nur ein geringes Gewicht gegeben. Die Erfahrung habe gezeigt, dass es 1. keinerlei wirksame Maschinerie gebe, um einen Krieg zu verhindern u. dass 2. die Sanktionen nur langsam wirken u. einen grossen Teil der Macht verlören, wenn sie nicht unterstützt würden durch eine Blockade oder die Gewaltanwendung. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des V[ölker]bundes sei es schwierig zu einer Uebereinstimmung über die Durchführung einer Blockade zu kommen. England sei bereit, jede kollektive Aktion zu unterstützen. Die kollektive Sicherheit könne nicht funktionieren, wenn nicht alle Nationen den Angreifer mit Sanktionen bedrohten u. bekriegten, wenn dies notwendig. Was Europa betreffe, so habe Hitler mehr als jeder andere Europäer die Macht den Schatten der Furcht von Europa zu nehmen. Wenn er den Willen dazu habe, werde ihn Engl[and]. unterstützen.

Aus Polen sind wachsende innenpol[itische]. Schwierigkeiten zu berichten. Am Dienstag, den 14.4. fand in Lemberg eine Arbeitslosendemonstration vor dem Regierungsgebäude statt. Rufe: Brot u. Arbeit! – Nieder mit dem Kapitalismus! wurden laut. Die Polizei gab eine Salve auf die Demonstranten ab. 2 Tote, 6 Schwerverletzte u. viele Leichtverletzte waren das Resultat. Bei der Beerdigung der getöteten Erwerbslosen am Donnerstag, den 16.4. versuchten die Teilnehmer die Leichen auf einem anderen Friedhofe beizusetzen als vorgesehen. Hierbei berührte der Trauerzug Strassen, die polizeilich gesperrt waren. Die Polizei machte schliesslich von der Schusswaffe Gebrauch. Es entwickelten sich nun heftige Kämpfe. Nach mehrstündigen Feuergefechten waren die Strassen gesäubert. 15 Tote u. 60 Verw[undete]. blieben auf dem Platze. 700 Arbeiter wurden verhaftet. Die Gewerkschaften proklamierten den Generalstreik. Ueber den Ausgang fehlen noch Meldungen. An dem Generalstreik in Krakau wegen den seinerzeitigen Schiessereien nahmen 100 000 Arbeiter teil. Ein

einstündiger Proteststreik wegen derselben Vorfälle in ganz Polen wurde in den Städten fast allgemein durchgeführt.

4.Seite

In Warschau lag ausser den Gas- u. Elektrizitätswerken alles still. Gegen Bauernaufstände wurden, nach einem Bericht der Köln[ischen]. Z[ei]t[un]g., Polizei u. Gendarmerie im grossen Umfange eingesetzt. Bei einer gross angelegten Aktion gegen die Kommunisten wurden in ganz Polen Massenhausdurchsuchungen vorgenommen, über 1 000 Mann verhaftet u. zahlreiche Gewerkschaftsgruppen u. Sportverbände aufgelöst. Die Kämpfe im Regierungslager verschärfen sich. Im Parlament hat sich eine Gruppe von über 100 Abg[eordneten]. gebildet, die sich Unabhängigkeitskämpfer nennen. Führer ist ein Oberst Miedzinski. Diese sogen. Oberstengruppe unternahm in Zusammenhang mit den Lemberger Ereignissen einen Vorstoss. In der ihr nahestehenden Presse erschienen heftige Artikel gegen die Reg[ierung]. Einige Blätter wurden beschlagnahmt u. verboten. Die Heeresleitung erklärte der Reg[ierung]., dass sie sich vorläufig in den Streit nicht einmische.

Am Mittwoch den 8.4. beschloss die spanische Kammer mit 239 gegen 5 Stimmen bei Stimmenthaltung der kathol[ischen]. Volksaktion u. der Rechtsparteien, dass die letzte Kammerauflösung nicht notwendig gewesen sei. Damit wurde die Absetzung des Präsidenten Alcala Zamora ausgesprochen, was der Zweck der Uebung war. Nach Art[ikel]. 81 der span[ischen]. Verfassung hat der erste Akt der neugewählten Kammer darin zu bestehen, die Notwendigkeit der Auflösung ihrer Vorgängerin zu prüfen. Erkennt die absolute Mehrheit der neuen Kammer die Auflösung der alten nicht an, so ist damit die Absetzung des Staatspräsidenten eingeschlossen. Der Kammerpräsident [Diego Martínez] **Barrio übernahm die vorläufige Führung der Geschäfte. Wie schon berichtet findet die Neuwahl im Mai statt. Die Wahl erfolgt durch Wahlmänner u. die Kammerabg[eordneten]. gemeinsam. Bekanntlich hatten die Rechts-**

parteien beschlossen, den Kammertagungen fern zu bleiben; jedoch wurde der Beschluss rückgängig gemacht. Bei der Eröffnung der Kammer hielt Azana eine Ansprache, in der er erklärte, das Programm der Volksfront in vollem Umfange durchführen zu wollen. Die Ausschreitungen der Linksradikalen seien zu verurteilen, jedoch könne von Leuten, die Hunger litten u. aus den Gefängnissen entlassen worden seien, keine Gemütsruhe verlangt werden. Die Furcht vor Putschversuchen der Rechten oder der Aufpflanzung des Rätebanners sei unbegründet. Das Gerede von der Anwendung von Gewalt von gewissen Linkskreisen beginne aber allmählich Gefahren heraufzubeschwören. Die Reg[ierung]. habe genügend Mittel, um alle Putschversuche im Keime zu ersticken. Die Teilung des Volkes in Reiche u. Arme müsste beseitigt werden. Uebertriebener Reichtum sei unmöglich. Die wohlhabenden Klassen müssten Einsicht haben. Mittwoch den 15.4. verlas Azana in der Kammer die Regierungserklärung. Sie versprach die Lösung des Arbeitslosenproblems durch eine Arbeitsbeschaffungsaktion, die Fortführung der Agrarreform u. kündigte eine besondere Vermögenssteuer zur Ausgleichung des Unterschiedes von arm u. reich an. Beifall spendeten nur die linksrepubl[ikanischen]. Gruppen. Die Sozialisten und Kommunisten schwiegen. Mit 175 gegen 98 Stimmen wurde der Reg[ierung]. das Vertrauen ausgesprochen. Anlässlich der Feier des fünften Jahrestages der Republik in Madrid gingen einige Offiziere u. Angehörige der Zivilgarde mit blanken Waffen gegen das Publikum vor. Hierauf wurde für Freitag, den 17.4. ein 24stündiger Proteststreik verkündet, an dem alle Arbeiter restlos teilnahmen. Die Reg[ierung]. beschloss noch in der Nacht von Donnerstag zum Freitag die Amtsenthebung des Polizeichefs von Madrid, Disziplinarmassnahmen gegen die faschistisch eingestellten Offiziere u. Mannschaften in der Armee u. der Zivilgarde u. die Verhaftung zahlreicher Faschisten. Nach dem nunmehr vorliegenden endgültigen Resultat der Kammerwahlen stellt die Linke 270, die Mitte 65 u. die Rechte 140 Abg[eordnete]. Die Kämpfe zwischen Rechten u. Linken forderten 60 Tote u. etwa 200 Verwundete. 20 Kirchen u. Klös-

ter, zahlreiche Parteibüros u. Parteilokale der Rechten gingen in Flammen auf oder wurden zerstört.

Anfang April wurde in Oesterreich die allgemeine Dienstpflicht mit u. ohne Waffe eingeführt. Sie wird als Vorstufe zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht angesehen. In den Ländern des kleinen Verbandes rief diesen Schritt Erregung hervor, besonders in Jugoslawien, das darin einen Akt der ital[ienisch]. Einkreisungspolitik sieht u. lebhaft befürchtet, dass auch Ungarn einen gleichen Schritt tun würde. Die Reg[ierung]. der Verbandsstaaten überreichten in Wien einen gemeinsamen Protest, in dem der österr[eichischen]. Schritt als eine Verletzung des Friedensvertrages von St. Germain hingestellt wurde. Die österr[eichische]. Reg[ierung]. lehnte eine Antwort ab. Die Presse schrieb, dass das Dienstpflichtgesetz keine

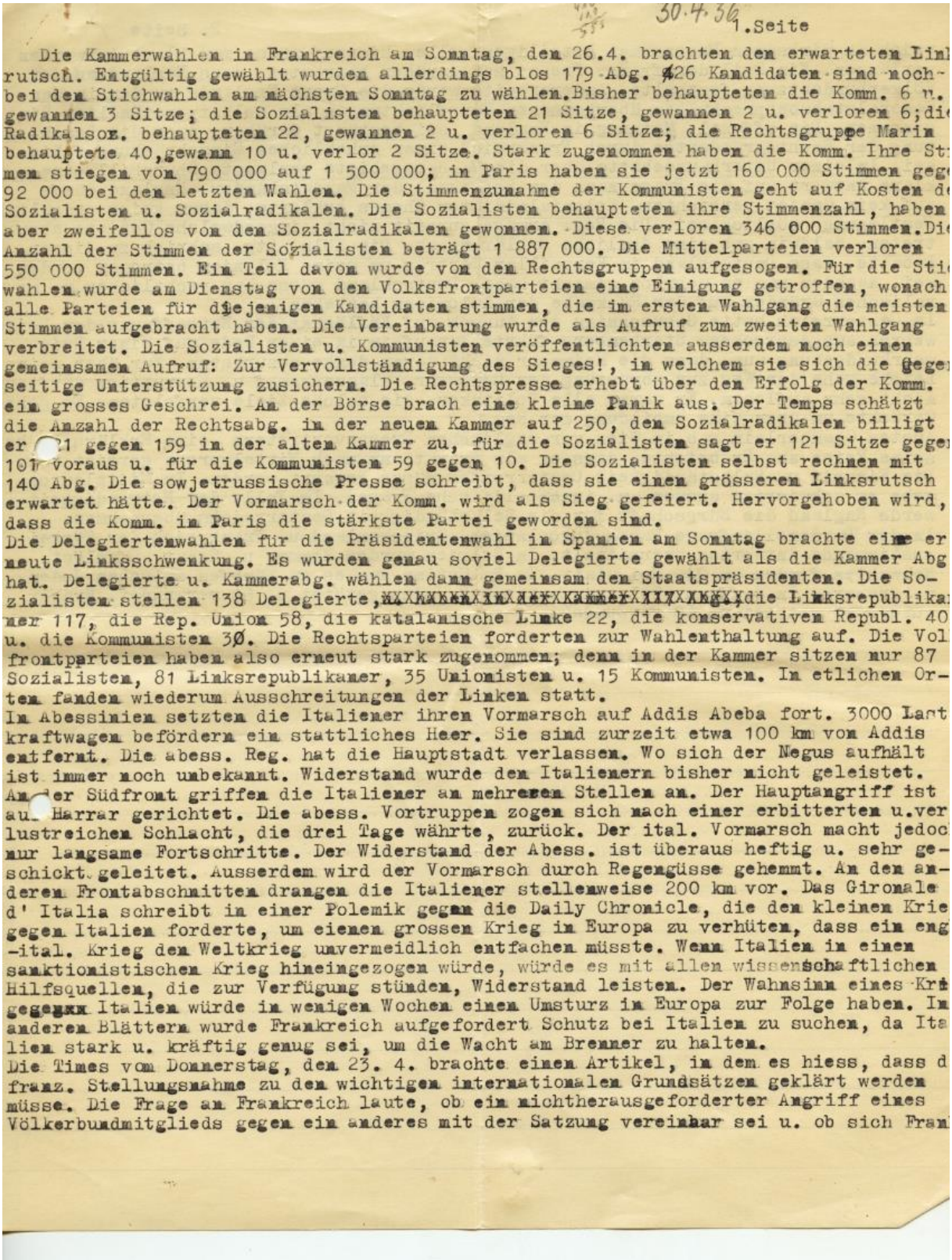
Verletzung des Friedensvertrages darstelle. Jugoslawien drängt auf weitere Schritte, wobei zunächst eine Klage beim Völkerbund gefordert wird. Bekümmert war die jugoslaw[ische]. Presse darüber, dass der österr[ische]. Schritt in Frankreich so wenig Aufsehen verursachte. Gegen Italien führte u. führen die jugoslaw[ischen]. Zeitungen eine scharfe Sprache.

Die türkische Reg[ierung]. richtete an die Reg[ierungen]. Englands, Frankreichs, Bulgariens, Griechenlands, Italiens, Jugoslawiens, Rumäniens, Japans u. des Rätebunds eine Note, in der Aufnahme von Besprechungen zur Aufhebung der entmilitar[isierten]. Dardanellenzone gebeten wird. Bisher haben England u. der Rätebund der Erörterung der Vorschläge zugestimmt. Die bulgar[ische]. Presse erklärte, dass von seiten Bulgariens kein Widerstand zu erwarten sei. Der türk[ische]. Schritt zeige nur, dass die Revision der Friedensverträge unaufhaltsam vorschreite.

Die chines[ische]. Reg[ierung]. protestierte in Moskau gegen sowjetrussisch-aussenmongolisches Beistandsabkommen vom 12. März. Sie sieht darin eine Verletzung der chines[ischen]. Hoheitsrechte u. eine Verletzung des chines[isch].-rätebündischen Abkommens über die Aussenmongolei vom Mai 1924, in dem die Aussenmongolei als Bestandteil des chines[ischen]. Reiches anerkannt worden sei. Die sowjetruss[ishe] Reg[ierung]. wies demgegenüber darauf hin, dass das Beistandsabkommen keine Verletzung der chines[ischen]. Hoheitsrechte darstelle u. nur eine schriftliche Formulierung des seit Nov. 1934 bestehenden mündlichen Uebereinkommens sei. Die japan[ische]. Presse zeigte sich über den chines[ischen]. Protest sehr befriedigt. Im Laufe der Woche wurden vier hohe Regierungsbeamte des zu Mandschukuo gehörenden Teiles der Innenmongolei wegen Spionage zugunsten des Rätebundes standrechtlich erschossen, darunter der Gouverneur der Provinz u. der Polizeichef. Die Erschossenen hatten mit der Aussenmongolei für den Fäll eines sowjetruss[isch].-japan[ischen]. Krieges vereinbart, die Innenmongolei mit der Aussenmongolei zu vereinigen u. dem Schutze des Rätebundes zu unterstellen.

Auf einem Kongress in Prag wurde der Zusammenschluss der soz[ialistischen]. u. komm[unistischen]. Freidenker-Internationalen beschlossen.

41 Anna Sander an Erich Sander 30.4.1936



30.4.36 1.Seite

Die Kammerwahlen in Frankreich am Sonntag, den 26.4. brachten den erwarteten Linksrutsch. Entgültig gewählt wurden allerdings blos 179 Abg. 426 Kandidaten sind nochbei den Stichwahlen am nächsten Sonntag zu wählen. Bisher behaupteten die Komm. 6 u. gewannen 3 Sitze; die Sozialisten behaupteten 21 Sitze, gewannen 2 u. verloren 6; die Radikalsoz. behaupteten 22, gewannen 2 u. verloren 6 Sitze; die Rechtsgruppe Marin behauptete 40, gewann 10 u. verlor 2 Sitze. Stark zugenommen haben die Komm. Ihre Stimmen stiegen von 790 000 auf 1 500 000; in Paris haben sie jetzt 160 000 Stimmen gegen 92 000 bei den letzten Wahlen. Die Stimmenzunahme der Kommunisten geht auf Kosten der Sozialisten u. Sozialradikalen. Die Sozialisten behaupteten ihre Stimmenzahl, haben aber zweifellos von den Sozialradikalen gewonnen. Diese verloren 346 000 Stimmen. Die Anzahl der Stimmen der Sozialisten beträgt 1 887 000. Die Mittelparteien verloren 550 000 Stimmen. Ein Teil davon wurde von den Rechtsgruppen aufgesogen. Für die Stichwahlen wurde am Dienstag von den Volksfrontparteien eine Einigung getroffen, wonach alle Parteien für diejenigen Kandidaten stimmen, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen aufgebracht haben. Die Vereinbarung wurde als Aufruf zum zweiten Wahlgang verbreitet. Die Sozialisten u. Kommunisten veröffentlichten ausserdem noch einen gemeinsamen Aufruf: Zur Vervollständigung des Sieges!, in welchem sie sich die gegenseitige Unterstützung zusichern. Die Rechtspresse erhebt über den Erfolg der Komm. ein grosses Geschrei. An der Börse brach eine kleine Panik aus. Der Temps schätzt die Anzahl der Rechtsabg. in der neuen Kammer auf 250, den Sozialradikalen billigt er 21 gegen 159 in der alten Kammer zu, für die Sozialisten sagt er 121 Sitze gegen 101 voraus u. für die Kommunisten 59 gegen 10. Die Sozialisten selbst rechnen mit 140 Abg. Die sowjetrussische Presse schreibt, dass sie einen grösseren Linksrutsch erwartet hätte. Der Vormarsch der Komm. wird als Sieg gefeiert. Hervorgehoben wird, dass die Komm. in Paris die stärkste Partei geworden sind.

Die Delegiertenwahlen für die Präsidentenwahl in Spanien am Sonntag brachte eine erneute Linksschwenkung. Es wurden genau soviel Delegierte gewählt als die Kammer Abg hat. Delegierte u. Kammerabg. wählen dann gemeinsam den Staatspräsidenten. Die Sozialisten stellen 138 Delegierte, [illegible] die Linksrepublikaner 117, die Rep. Union 58, die katalanische Linke 22, die konservativen Republ. 40 u. die Kommunisten 30. Die Rechtsparteien forderten zur Wahlenthaltung auf. Die Volksfrontparteien haben also erneut stark zugenommen; denn in der Kammer sitzen nur 87 Sozialisten, 81 Linksrepublikaner, 35 Unionisten u. 15 Kommunisten. In etlichen Orten fanden wiederum Ausschreitungen der Linken statt.

In Abessinien setzten die Italiener ihren Vormarsch auf Addis Abeba fort. 3000 Lastkraftwagen befördern ein stattliches Heer. Sie sind zurzeit etwa 100 km von Addis entfernt. Die abess. Reg. hat die Hauptstadt verlassen. Wo sich der Negus aufhält ist immer noch unbekannt. Widerstand wurde den Italienern bisher nicht geleistet. An der Südfront griffen die Italiener an mehreren Stellen an. Der Hauptangriff ist auf Harrar gerichtet. Die abess. Vortruppen zogen sich nach einer erbitterten u. verlustreichen Schlacht, die drei Tage währte, zurück. Der ital. Vormarsch macht jedoch nur langsame Fortschritte. Der Widerstand der Abess. ist überaus heftig u. sehr geschickt geleitet. Ausserdem wird der Vormarsch durch Regengüsse gehemmt. An den anderen Frontabschnitten drangen die Italiener stellenweise 200 km vor. Das Gironale d' Italia schreibt in einer Polemik gegen die Daily Chronicle, die den kleinen Krieg gegen Italien forderte, um einen grossen Krieg in Europa zu verhüten, dass ein eng-ital. Krieg den Weltkrieg unvermeidlich entfachen müsste. Wenn Italien in einen sanktionistischen Krieg hineingezogen würde, würde es mit allen wissenschaftlichen Hilfsquellen, die zur Verfügung stünden, Widerstand leisten. Der Wahnsinn eines Krieges gegen Italien würde in wenigen Wochen einen Umsturz in Europa zur Folge haben. In anderen Blättern wurde Frankreich aufgefordert Schutz bei Italien zu suchen, da Italien stark u. kräftig genug sei, um die Wacht am Brenner zu halten.

Die Times vom Donnerstag, den 23. 4. brachte einen Artikel, in dem es hiess, dass die franz. Stellungsnahme zu den wichtigen internationalen Grundsätzen geklärt werden müsse. Die Frage an Frankreich laute, ob ein nichtherausgeforderter Angriff eines Völkerbundmitglieds gegen ein anderes mit der Satzung vereinbar sei u. ob sich Fran

1. Seite

Die Kammerwahlen in Frankreich am Sonntag, den 26.4. brachten den erwarteten Linksrutsch. Endgültig gewählt wurden allerdings bloss 179 Abg[eordnete]. 26 Kandidaten sind noch bei den Stichwahlen am nächsten Sonntag zu wählen. Bisher behaupteten die Komm[unisten]. 6 u. gewannen 3 Sitze; die Sozialisten behaupteten 21 Sitze, gewannen 2 u. verloren 6; die Radikalsoz[ialen]. behaupteten 22, gewannen 2 u. verloren 6 Sitze; die Rechtsgruppe Marin behauptete 40, gewann 10 u. verlor 2 Sitze. Stark zugenommen haben die Komm[unisten]. Ihre Stimmen stiegen von 790 000 auf 1 500 000; in Paris haben sie jetzt 160 000 Stimmen gegen 92 000 bei den letzten Wahlen. Die Stimmenzunahme der Kommunisten geht auf Kosten der Sozialisten u. Sozialradikalen. Die Sozialisten behaupteten ihre Stimmenzahl, haben aber zweifellos von den Sozialradikalen gewonnen. Diese verloren 346 000 Stimmen. Die Anzahl der Stimmen der Sozialisten beträgt 1 887 000. Die Mittelparteien verloren 550 000 Stimmen. Ein Teil davon wurde von den Rechtsgruppen aufgesogen. Für die Stichwahlen wurde am Dienstag von den Volksfrontparteien eine Einigung getroffen, wonach alle Parteien für diejenigen Kandidaten stimmen, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen aufgebracht haben. Die Vereinbarung wurde als Aufruf zum zweiten Wahlgang verbreitet. Die Sozialisten u. Kommunisten veröffentlichten ausserdem noch einen gemeinsamen Aufruf: Zur Vervollständigung des Sieges!, in welchem sie sich die gegenseitige Unterstützung zusichern. Die Rechtspresse erhebt über den Erfolg der Komm[unisten]. ein grosses Geschrei. An der Börse brach eine kleine Panik aus. Der Temps schätzt die Anzahl der Rechtsabg[eordneten]. in der neuen Kammer auf 250, den Sozialradikalen billigt er 71 gegen 159 in der alten Kammer zu, für die Sozialisten sagt er 121 Sitze gegen 101 voraus u. für die Kommunisten 59 gegen 10. Die Sozialisten selbst rechnen mit 140 Abg[eordneten]. Die sowjetrussische Presse schreibt, dass sie einen grösseren Linksrutsch erwartet hätte. Der Vormarsch der Komm[unisten]. wird als Sieg gefeiert. Hervorgehoben wird,

dass die Komm[unisten]. in Paris die stärkste Partei geworden sind.

Die Delegiertenwahlen für die Präsidentenwahl in Spanien am Sonntag brachte eine erneute Linksschwenkung. Es wurden genau soviel Delegierte gewählt als die Kammer Abg[eordnete]. hat. Delegierte u. Kammerabg[eordnete]. wählen dann gemeinsam den Staatspräsidenten. Die Sozialisten stellen 138 Delegierte, die Linksrepublikaner 117, die Rep[ublikanische]. Union 58, die katalanische Linke 22, die konservativen Republ[ikaner]. 40 u. die Kommunisten 30. Die Rechtsparteien forderten zur Wahlenthaltung auf. Die Volksfrontparteien haben also erneut stark zugenommen; denn in der Kammer sitzen nur 87 Sozialisten, 81 Linksrepublikaner, 35 Unionisten u. 15 Kommunisten. In etlichen Orten fanden wiederum Ausschreitungen der Linken statt.

In Abessinien setzten die Italiener ihren Vormarsch auf Addis Abeba fort. 3000 Lastkraftwagen befördern ein stattliches Heer. Sie sind zurzeit etwa 100 km von Addis entfernt. Die abess[inische]. Reg[ierung]. hat die Hauptstadt verlassen. Wo sich der Negus aufhält ist immer noch unbekannt. Widerstand wurde den Italienern bisher nicht geleistet. An der Südfront griffen die Italiener an mehreren Stellen an. Der Hauptangriff ist auf Harrar gerichtet. Die abess[inischen]. Vortruppen zogen sich nach einer erbitterten u. verlustreichen Schlacht, die drei Tage währte, zurück. Der ital[ienische]. Vormarsch macht jedoch nur langsame Fortschritte. Der Widerstand der Abess[inier]. ist überaus heftig u. sehr geschickt geleitet. Ausserdem wird der Vormarsch durch Regengüsse gehemmt. An den anderen Frontabschnitten drangen die Italiener stellenweise 200 km vor. Das Giornale d'Italia schreibt in einer Polemik gegen die Daily Chronicle, die den kleinen Krieg gegen Italien forderte, um einen grossen Krieg in Europa zu verhüten, dass ein engl[isch].-ital[ienischer]. Krieg den Weltkrieg unvermeidlich entfachen müsste. Wenn Italien in einen sanktionistischen Krieg hineingezogen würde, würde es mit allen

wissenschaftlichen Hilfsquellen, die zur Verfügung stünden, Widerstand leisten. Der Wahnsinn eines Kriegs gegen Italien, würde in wenigen Wochen einen Umsturz in Europa zur Folge haben. In anderen Blättern wurde Frankreich aufgefordert Schutz bei Italien zu suchen, da Italien stark u. kräftig genug sei, um die Wacht am Brenner zu halten.

Die Times vom Donnerstag, den 23. 4. brachte einen Artikel, in dem es hiess, dass die franz[ösische]. Stellungnahme zu den wichtigen internationalen Grundsätzen geklärt werden müsse. Die Frage an Frankreich laute, ob ein nichtherausgeforderter Angriff eines Völkerbundmitglieds gegen ein anderes mit der Satzung vereinbar sei u. ob sich Frank-

reich an wirksamen Massnahmen beteiligen wolle. Hierauf müsse man klare Antworten verlangen. Ein Teil der franz[ösischen]. Presse sei darüber entrüstet, dass England an der Völkerbundsatzung festhalte. Andererseits werde die Treue Englands zu den in den Generalstabsbesprechungen übernommenen Verpflichtungen als selbstverständlich hingenommen. Die öffentl[iche]. Meinung in England sei bestürzt darüber, dass die Beachtung der Rechtsgrundsätze durch Frankreich einer erheblichen Einschränkung fähig sei. In einer Unterhausdebatte über die Mandatsgebiete verlangte Churchill eine klare Antwort auf die Frage nach dem Schicksal der Mandatsländer. England dürfe auf kein Gebiet verzichten. Kolonialminister Thomas erklärte, dass keine endgültige Festlegung möglich sei. Die Reg[ierung]. erwäge zurzeit nicht, irgendwelche Gebiete abzutreten. Baldwin gab eine ähnliche Erklärung ab. Die Köln[isch]. Z[ei]t[un]g. schrieb zu dieser Debatte, dass Deutschland im Versailler Vertrag um seine Kolonien betrogen worden sei, nachdem man es wehrlos gemacht habe. Deutschland müsse aus rechtlichen u. moralischen Gründen auf der Rückgabe der Kolonien bestehen.

In Oesterreich hatte Schuschnigg den Wunsch auf Entwaffnung der Heimwehren ausgesprochen. Starhemberg führte daraufhin in einer Rede auf einer Heimwehrkundgebung aus, dass die Heimwehr nicht daran denke abzurüsten. Nur über seine Leiche gehe der Weg zur Abrüstung der Heimwehr. Klassenkampf u. Korruption dürfte nicht mehr aufleben. Er warne alle Politiker, die solche Ziele verfolgten. Es gehen Gerüchte um über eine Umbildung der Reg[ierung].

Austen Chamberlain gab in Wien vor englischen Pressevertretern eine Erklärung über seine Reise ab. Er betonte, dass er als Privatmann nach Mitteleuropa gereist sei. Die Einheit u. Selbständigkeit Oesterreichs müsse gewahrt werden. In Mitteleuropa gebe es schwierige aussen- u. innenpolitische Fragen. In Fälle der Notwendigkeit werde England die Bürgschaft für die Selbständigkeit Oesterreichs übernehmen. In der Dardanellenfrage haben Jugoslawien, Griechenland u. Frankreich der Türkei zustimmende Antworten übermittelt. In Belgien wurden Kammer u. Senat aufgelöst. Neuwahlen finden am 24. Mai statt. In Palästina kam es zu Kämpfen zwischen Juden u. Arabern. In Jaffa u. Tel Aviv wurden 18 Juden getötet u. 60 verwundet. Araber wurden 10 getötet u. 50 verwundet.

42 Anna Sander an Erich Sander 7.5.1936

– 1 –

Die Stichwahlen in Frankreich am Sonntag, den 3.5. vervollständigten den Sieg der Volksfrontparteien. Die Kommunisten haben in der neuen Kammer 72 (10), die Unabhängigen Kommunisten 10 (11), die Sozialisten 146 (97), die sozialistische Union (Boncourgruppe) 37 (67); die Sozialradikalen 116 (159), die demokratische Allianz (Flandingruppe) 115 (130), die kath[olischen]. Volksdemokraten 23 (23), die Rechtsrepublikaner (Maringruppe) 88 (77), u. die rechten Splittergruppen: 11 (6) Sitze inne. Die Volksfrontparteien verfügen also über 381 Abgeordnete. Sozialradikale, Sozialisten u, Sozialist[ische]. Union haben nicht die Mehrheit. Eine Volksfrontregierung muss also von den Kommunisten zumindest wohlwollend geduldet werden. Die Kommunisten haben denn auch schon erklärt, dass sie eine Regierung der Volksfront dulden würden, wenn diese das Programm der Volksfront durchführen würde. Die Sozialisten haben sich bereit erklärt, ein Kabinett zu bilden. Das Kabinet Sarraut ist aber noch nicht zurückgebeten [sic!] **u. dürfte wahrscheinlich bis zum Zusammentritt der Kammer Anfang Juni im Amt bleiben. An der Börse brach erneut eine Panik aus. Die Staatsrenten u. sonstigen Papiere gingen im Kurse zurück u. erreichten den niedrigsten Stand des Jahres. Eine Kapitalfluchtbewegung hat eingesetzt. Etwa 1 ½ Milliarden Goldfranken wurden von der Bank von Frankreich abgezogen. Am Devisenmarkt wurde der Franken schwach. Die Presse charakterisierte das Wahlergebnis mit den Schlagzeilen: Die roten Wahlen! – Die Volksfront siegt auf der ganzen Linie! Die Sozialradikalen, so hiess es durchgängig, seien das Opfer ihrer Paktierungspolitik mit den Sozialisten u. Kommunisten geworden. Die komm[unistische]. Humanité meldete in grossen Lettern den Sieg. Das Volk, so hiess es da, habe die Faschisten weggejagt u. nun gelte es das Programm der Volksfront in die Tat umzusetzen. Der Vormarsch der Kommunisten erregte in der ganzen Welt Aufsehen. Die Times schrieb, von Interesse sei hauptsächlich, wel-**

che Wirkung die Wahlen auf die Aussenpolitik hätten. Die Frage sei, ob Frankreich sich jetzt leichter oder schwerer mit Deutschland verständigen werde. Die Morningpost meinte, dass der Abschluss des räteb[ündisch].-franz[ösischen]. Paktes die Politik der Kommunsten geändert habe. Wenn die Kommunisten die Republik niederreissen würden, würden sie einen Verbündeten vernichten. Die liberale News Chronicle schrieb: Sollte das britische Volk endgültig die Ueberzeugung erlangen, dass Frankreich kein ehrliches Spiel treibe, so werde die Haltung Englands gegenüber der Völkerbundssatzung u. dem Locarnovertrage eine gefährliche Krise durchmachen. Die sowjetrussische Presse zeigte sich sehr befriedigt über den Erfolg der Kommunisten u. meinte, dass Frankreich nun auch fester gegen den äusseren Faschismus auftreten müsse.

Dienstag, den 4.5. rückten 25 000 Italiener in Addis Abeba ein. Der Negus hatte mit seiner Familie u. vielen hohen Würdenträgern am Sonnabend, den 2.5. Abessinien verlassen u. sich nach Dschibuti begeben. Von dort wurde er durch einen englischen Zerstörer nach Palästina gebracht. Eine Abdankung erfolgte auf englischen Rat nicht. Weiterhin hatten alle Behörden Addis Abeba verlassen u. nur wenige Soldaten blieben zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt. Diese wurden von Angehörigen des Gallastammes angegriffen u. seit Sonntag herrschten Schiessereien in der Stadt. Viele Geschäfte u. der Palast des Negus wurden geplündert u. angezündet. Die Gesandschaften wurden ebenfalls verschiedentlich angegriffen u. belagert. Bei den Kämpfen kamen 10 Europäer ums Leben. Montag traf auch Ras Nasibu, der Kommandeur an der abessinischen Südfront mit seinem Generalsstabchef in Dschibuti ein. Damit ist auch der Widerstand an der Südfront aufgegeben. Auch hier rückten die Italiener langsam, durch Regen behindert, vorwärts. Kurz nach dem Einmarsch der ital[ienischen]. Truppen in Addis Abeba fand in ganz Italien ein Generalappell statt, der durch Sirenengeheul, Trommelwirbel u. Hornsignale angekündigt wurde. Mussolini verkündete vom Balkon des Palazzo Venezia den Einmarsch der

Truppen in Addis Abeba u. erklärte, dass nunmehr der Krieg beendet sei u. der Frieden wiederhergestellt sei. Es könne sich allerdings nur um einen römischen Frieden handeln, der der endgültigen Losung Ausdruck gebe: Abessinien ist italienisch. Italien sei bereit, den glänzenden Sieg mit unerbittlicher Bestimmtheit zu verteidigen. Einem Vertreter der Daily Mail gewährte Mussolini hierauf eine Unterredung

und sagte, dass Italien jetzt, nachdem es sein Ziel erreicht habe, keine kolonialen Wünsche mehr habe. Italien bedrohe weder Aegypten noch den Sudan. Mit Aeggpten werde es Freundschaft halten. Italien rechne sich jetzt nicht mehr zu den Proletariern unter den Völkern, es sei gesättigt. Nun werde es konservativ werden u. an der Regelung der europäischen Fragen teilnehmen. Wie er sich die Friedensregelung denke, könne er noch nicht sagen.

Seit Montag hält das engl[ische]. Kabinett jeden Tag Sitzungen ab, um sich über die weitere Haltung schlüssig zu werden. Ein Beschluss wurde bisher noch nicht gefasst. Montag empfingen Baldwin u. Eden eine Abordnung der britischen Völkerbundsliga. Baldwin erklärte, dass sich die kollektiven Massnahmen gegen Italien als ein Fehlschlag erwiesen hätten. Er fühle sich bitter gedemütigt. Es sei jetzt klar, dass eine Reform des Völkerbundes sorgfältig geprüft werden müsse. Die konservative Presse hält die Aufrechterhaltung der Sanktionspolitik für unmöglich, nachdem der Kaiser geflohen sei u. keine Regierung in Abessinien mehr bestehe. Es sei überhaupt fraglich, ob Abessinien noch eingeladen werde, am Tisch des Völkerbundsrates Platz zu nehmen. Jedoch ist darüber noch nichts bekannt geworden. Es wird vermutet, dass die Arbeiterpartei für die Aufrechterhaltung der Sanktionen u. sogar für eine evtl. Verschärfung derselben eintreten werde. Die Times schrieb noch vor der Besetzung von Addis Abeba, dass sich England bemüht habe, den Völkerbund für wirkungsvolle gemeinsame Massnahmen zu gewinnen. Es habe

ihn jedoch für mangelhaft befunden. Die Reformbedürftigkeit des Bundes werde nirgendwo bestritten, Es bestehe kein Grund, an dieser Aufgabe zu verzweifeln oder anzunehmen, dass das System des Völkerbundes erledigt sei. Der britische Einfluss müsse dort gestärkt werden. Nach der News Chronicle gibt es drei Möglichkeiten, um den ital[ienisch].-abess[inischen]. Streitfall zu liquidieren. Die erste Möglichkeit bestehe darin, den Druck auf Italien einzustellen; die zweite darin, einen Kompromissfrieden mit Mussolini zu schliessen; die dritte schliesslich darin die Sanktionen aufrechtzuerhalten, solange bis der Frieden vom Völkerbund diktiert werden könne.

Die franz[ösische]. Regierung hält sich zürück. Das Petit Parisien brachte einen Artikel, in dem es hiess, dass nun, nachdem der Krieg beendet sei, die Sanktionen aufgehoben werden müssten. Gegen ein Land, das sich nicht im Angriff befinde, seien keine Sanktionen mehr möglich. Den Sieger könne man nicht bestrafen.

In Spanien dauern die Unruhen u. Streiks an. In Madrid wurden einige Kirchen angezündet. Bei Zusammenstössen mit der Polizei erlitten 25 Personen Verletzungen.

Bei den ägyptischen Wahlen erhielt der Wafd 90 % aller Stimmen. Die Räteregierung nahm das Flottenabkommen im Grundsatz an.

Im japanischen Reichstag gab am Dienstag der Aussenminister Arita eine Erklärung zur Aussenpolitik der Reg Hirota ab. Die zu erwartende Regelung der Ostgrenzen Mandschukuos, so führte er aus, lasse den Beginn einer friedlichen Beilegung der strittigen Grenzfragen erhoffen. (Es wurde nämlich eine gemischte räteb[ündisch].-japan[ische]. Grenzkommission eingesetzt.) Das Verhältnis zum Rätebund lasse zu wünschen übrig. Die Anhäufung von räterussischen Streitkräften an der Ostgrenze stelle eine ständige Bedrohung des Friedens in

Ostasien dar. Auf die Dauer könne Japan einer solchen Lage nicht gleichgültig gegenüber bleiben. Mit China wolle Japan friedlich zusammenarbeiten. Es sei jedoch durch die kommunistische Bewegung beunruhigt, insbesondere durch die Bedrohung Nordchinas. Eine Vertiefung der Freundschaft zu England sei erwünscht. Das Verständnis zwischen Amerika und Japan wachse, besonders was die Wirtschaftsfragen angehe.

43 Anna Sander an Erich Sander 14.5.1936

1.Seite

Sonnabend, den 9.5. tagte in Rom der Grosse faschistische Rat u. im Anschluss daran der Ministerrat. Auf beiden Tagungen wurden folgende zwei Dekrete angenommen: 1. Abessinien wird der vollständigen Souveränität Italiens unterstellt. Der König von Italien nimmt den Titel eines Kaisers von Abessinien an. Abessinien wird durch einen Vizekönig regiert, dem auch die Gouverneure von Eritrea u. Ital[ienisch].-Somaliland unterstehen. 2. Zum ersten Vizekönig von Abessinien wird Marschall Badoglio ernannt. Im Anschluss an die Tagungen des Grossen faschist[ischen]. Rates u. des Ministerrates fand ein erneuter Generalappell statt, an dem die gesamte Armee teilnahm. Der Generalappell wurde durch Glockengeläute u. Salutschüsse eingeleitet. Mussolini proklamierte vom Balkon des Palazzo Venezia die Errichtung des neuen römischen Imperiums. Den Erklärungen Mussolinis u. den Erläuterungen der Presse zufolge ist mit diesem Akt der abess[inische]. Streitfall für Italien erledigt. Frankreichs Besitz an der Bahnlinie Addis Abeba-Dschibuti u. Englands Rechte am Tanasee werden garantiert.

Ueber die Vorgänge in Abessinien wurde nachträglich noch bekannt, dass nach der Schlacht am Aschangisee im Hauptquartier des Negus eine Revolte ausbrach, organisiert vom Kriegsminister. Der Negus musste Dessie fluchtartig verlassen u. gelangte erst nach 12 Tagen auf einem Maultiere nach Addis Abeba. Dort herrschte schon Auflösung u. Unordnung. Die Generale verweigerten den Gehorsam u. handelten auf eigene Faust. Ein Teil der Minister trat für sofortigen Friedensschluss ein. Diese Tatsachen bewogen den Negus zur Flucht. Dabei liess er 117 Kisten Gold u. Silber mitgehen. Zurzeit befindet er sich in Jerusalem. Ras Nasibu bezichtigte in Dschibuti den Negus des Verrats am abess[inischen]. Volk. Ein Teil der alten Reg[ierung]. hat sich in die westlichen Provinzen begeben u. erklärte, dass sie noch über Dreifünftel des abess[inischen].

Gebietes herrsche. Im Süden besetzten die Italiener Dschidschiga u. Harrar. Die Eisenbahnlinie Dschibuti-Addis Abeba wurde ebenfalls von ital[ienischen]. Truppen besetzt. Kriegsberichte werden vom ital[ienischen]. Oberkommando nicht mehr veröffentlicht, da die jetzt noch durchzuführenden Aktionen als Polizeimassnahmen betrachtet werden. In Addis treffen der Reihe nach die Provinzfürsten ein u. unterwerfen sich. Badoglio erliess zwei Bekanntmachungen. In der ersten werden die Abessinier unter Androhung der Todesstrafe zur Ablieferung aller Waffen aufgefordert u. in der zweiten wird die Einsetzg. eines Kriegsgerichtes gegen Raub, Plünderung, Diebstahl u. Mord verkündet. Die Beibehaltung der Gesandtschaften wurde von Badoglio für zwecklos erklärt. Die ital[ienische]. Reg[ierung]. teilte der engl[ischen]. mit, dass sie nicht beabsichtige in Abessinien eine Eingeborenenarmee aufzustellen. Nur für Polizeizwecke sollten Eingeborene angeworben werden.

Die engl[ische]. Reg[ierung]. steht dieser Entwicklung einstweilen ratlos gegenüber. Obwohl eine Beratung die andere jagte, wurde bisher noch kein endgültiger Beschluss gefasst. Es bestehen im Kabinett grosse Meinungsverschiedenheiten u. die Gerüchte über eine drohende Kabinettskrise wollen nicht verstummen. Ein Teil der Minister ist für die sofortige Aufhebung der Sanktionen u. eine Verständigung mit Italien, ein anderer Teil tritt für langsamen Abbau ein, um die Volksmassen nicht zu sehr herauszufordern. Eden hält die Einstellung der Sanktionen für einen schweren politischen Fehler u. hofft bei der Fortsetzung der Sanktionspolitik auf Zugeständnisse Mussolinis. Zumindestens [sic!] **müsse abgewartet werden, bis sich die neue franz[ösische]. Reg[ierung]. entschieden habe. Diese Politik des Abwartens u. Hinauszögerns der Entscheidungen hat denn auch einstweilen den Sieg davongetragen, zumal der italienische Schritt vom Sonnabend die italienfeindliche Stimmung verschärft hat. Die Uneinheitlichkeit der Auffassungen im Kabinett ist nur eine Wiederspiegelung der Uneinheitlichkeit der Ansichten in der Konservativen Par-**

tei. Im Verlaufe einer Unterhausdebatte am Mittwoch, den 6.5. sprach sich Austen Chamberlain für die sofortige Einstellung der Sanktionspolitik aus. Die Fortsetzung der Sanktionen, so führte er aus, sei jetzt nutzlos u. gefährlich. Italien wurde keiner Gewalt u. Drohung weichen. Die Beibehaltung der Sanktionen wurde nur ein Racheakt sein u. nicht dem Frieden dienen. Jede Fortsetzung dieser Politik bringe Europa der Gefahr eines Krieges näher. England könne nicht alle Streitkräfte im Mittelmeer einsetzen, während die Lage in Europa immer gefährlicher werde. Diese Rede fand bei einem grossen Teile der Konservativen starken Beifall. Am gleichen Tage griff Churchill den Ministerpräs[identen]. Baldwin scharf an. Er warf ihm vor, dass er sich von der Verantwortung drücke, indem er im Unterhaus nicht Rede u. Antwort stehe. Auf einer Tagung des Auswärtigen Ausschusses der Regierungsparteien am Donnerstag, den 7. 5. sprach sich die Mehrheit dafür aus, die Sanktionen nicht mehr lange durchzuführen. Der Abbau müsse langsam u. allmählich erfolgen. Die ital[ienische]. Presse meldete, dass Eden nach der Rede Austen Chamberlains seine Entlassung eingereicht, sie aber wieder rückgängig gemacht habe als es sich herausstellte, dass die

2.Seite

Kabinettsmehrheit ihr nicht zustimme. Wie zerklüftet die Konservative Partei ist, ergibt sich daraus, dass eine Gruppe von Abg[eordneten]. im Unterhaus einen Antrag eingebracht hat die Sanktionen beizubehalten. Der Streit um das Schicksal der Sanktionspolitik wird natürlich auch in der Presse ausgetragen. Die Times, der Daily Telegraf [sic!] **u. andere Regierungsblätter vertreten hierbei die Verzögerungspolitik. Sie erwarten Hilfe von der neuen franz[ösischen]. Reg[ierung]., greifen aber gleichzeitig Frankreich an, dem sie vorwerfen die Grundsätze des Völkerbundes nur dann zu halten, wenn es ihm in den Kram passe. Der Anhang der Rechtskonservativen war bis zu dem ital[ienischen]. Schritt vom Sonnabend stark angewachsen. Jetzt scheint nunmehr ein Rückschlag eingetreten zu sein, denn sogar die Morningpost muss resigniert eingeste-**

hen, dass das ital[ienische]. Vorgehen mehr nach Siegestrunkenheit als nach staatsmännischer Klugheit aussehe. Die Opposition fordert nach wie vor die Beibehaltung der Sanktionen u. ihre Verschärfung, bis Mussolini bereit sei, die Autorität des Völkerbundes anzuerkennen. Die Oppositionsliberalen haben im Unterhaus einen Antrag eingebracht, die Sanktionen zu verschärfen u. solange durchzuführen, bis eine Beilegung des ital[ienisch].-abess[inischen]. Streitfalles im Sinne des Völkerbundpaktes erfolgt sei. Freitag den 8.5. berichtete der Daily Herald über die Unterredung eines seiner Vertreter mit Leon Blum. Dieser habe erklärt, dass es ein Trauerspiel wäre, wenn England die grosse Sache gerade in dem Augenblick aufgeben würde, in dem Frankreich England mit aller Macht unterstützen wolle. Frankreich werde künftig jede kollektive Aktion des Völkerbundes unterstützen. Sonnabend fuhr der Führer der Arbeiterpartei Attlee nach Paris, wo er eine zweistündige Unterredung mit Leon Blum hatte. Einem Artikel des Daily Herald zufolge, hat Leon Blum erklärt, dass die künftige franz[ösische]. Reg[ierung]. jede kollektive Massnahmen des Völkerbundes vorbehaltlos unterstützen werde. Zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Aussenpolitiker der Arbeiterpartei Dalton u. dem Aussenminister Eden kam es am Mittwoch, den 5.5. im Unterhaus. Dalton führte aus, dass die engl[ische]. Reg[ierung]. den ital[ienisch].-abess[inischen]. Krieg habe verhindern können, wenn sie nicht die abess[inische]. Reg[ierung]. zum Widerstand ermutigt hätte, indem sie ihr den Glauben beibrachte, dass der Völkerbund helfen würde. Dann aber habe die engl[ische]. Reg[ierung]. Abessinien seinem Schicksal überlassen, indem sie nicht für energische Hilfe sorgte. Der ital[ienische]. Sieg durfte nicht durch die Einstellung der Sanktionen anerkannt werden, Vielmehr müsste eine Verschärfung der Sanktionen erwogen werden. Dalton verbreitete sich dann noch über die beunruhigten [sic!] **Gerüchte über mögliche deutsche Angriffe auf die Tschechei u. Oesterreich. (Er meinte damit die vor einer Woche dementierten Gerüchte über deutsche Truppenansammlungen an der öst[er]-reich[ischen]. Grenze.) Von der Reg[ierung]. forderte er eine**

kategorische Versicherung, dass alle Gerüchte über die Gewährung einer Anleihe an Deutschland falsch seien. Weiterhin verlangte er die Bekanntgabe der Rückfragen an die deutsche Reg[ierung]. Eden erhob sich bleich u. warf Dalton mit zitternder Stimme vor, dass er ein völlig falsches Bild von den Ereignissen im ital[ienisch].-abess[inischen]. Streit entworfen habe. Die britische Reg[ierung]. habe während des Streites die Führung übernommen. Ob das richtig gewesen sei, bleibe dahin gestellt. Die einzige Sanktion, die eine sofortige Wirkung gehabt hätte, wäre die Schliessung des Sueskanals gewesen. Dies aber hätte unvermeidlich den Krieg bedeutet u. davor habe die Reg[ierung]. einen Abscheu. Die Völkerbundsaktion sei gescheitert u. England bitter enttäuscht. Trotzdem müsse der Völkerbund fortbestehen. Seine Lage müsse überprüft werden. Die Reg[ierung]. müsse um freie Hand bitten; sie könne keine Erklärung über ihre künftige Politik geben. Auch über die Rückfragen an Deutschland könne er sich nicht verbreiten, da sie in Berlin noch nicht überreicht worden seien. Im Verlaufe der Aussprache erklärte der Regierungsliberale Berusky [?] **noch, dass England in der Abessinienfrage eine der grössten Schlappen erlitten habe. Die Oppositionspresse bemerkte zu der Rede Edens, dass eine Schliessung des Sueskanals keinesfalls Krieg bedeutet haben würde. Mussolini wurde es nicht gewagt haben, England anzugreifen. Wertvolle Bundesgenossen hat die Opposition in ihrem Kampfe für die Beibehaltung u. Verschärfung der Sanktionen in den Dominions Südafrika u. Kanada gefunden. Im südafrikanischen Parlament erklärte der Ministerpräsident Hertzog am Mittwoch, den 6.5., dass die Sanktionspolitik fortgesetzt werden müsse, wenn nötig auf Jahre hinaus. Keine Nation könne auf die Dauer den Druck der Sühnemassnahmen aushalten. Auch General Smuts richtete an die engl[ische]. Reg[ierung]. einen Brief, in dem er erklärte, dass der Völkerbund zusammenbrechen müsse, wenn er im ital[ienisch].-abess[inischen]. Streitfall versage. Die Sanktionen müssten deshalb fortgesetzt werden. Die kanadische Reg[ierung]. sprach sich ebenfalls für die Fortsetzung der Sanktionspolitik aus.**

Die franz[ösische].Reg[ierung]. geht an das heisse Eisen der Abessinienfrage nur mit grösster Vorsicht heran, das Kabinett Sarraut weicht allen Entscheidungen aus. Es will die Klärung dieser Frage der neuen Reg[ierung]. überlassen. Ein Kabinettsrat Ende vergangener [Woche] **sprach sich für eine neue Politik der Verzögerung aus. Die glatte Annexion Abessiniens durch Italien wird nicht gebilligt. Mitte vergangener Woche sprach der franz[ösische]. Botschafter in Rom im Auswärtigen Amt vor u. riet von einer glatten**

Annexion ab. Frankreich, so erklärte er, könne sich höchstens mit einem italien[ischen]. Protektorat über Abessinien einverstanden erklären. Gegen den ital[ienischen]. Schritt vom Sonnabend legte die franz[ösische]. Reg[ierung]. Verwahrung ein. Die Presse hüllt sich über das weitere Vorgehen in der Abessinienfrage zum grössten Teil in Schweigen, allen voran die sozialistische, was freilich zu den Erklärungen Leon Blums in der engl[ischen]. Oppositionspresse schlecht passt. Offenbar wollen sich aber die Sozialisten im Voraus nicht festlegen. Lediglich das Petit Parisien brachte einen Aufsatz, in dem die Einstellung der Sanktionspolitik gefordert wurde. Da in Abessinien der Krieg beendet sei, so erklärte das Blatt, seien nunmehr auch die Sanktionen überflüssig geworden. Einige kleinere Linksblätter forderten dagegen die Verschärfung derselben.

Am Montag, den 11.5. trat der Völkerbundsrat zusammen. Nach langen Kulissenverhandlungen, bei denen sich der franz[ösische]. Vertreter Paul Boncour dahingehend ausgesprochen haben soll, dass nichts geschehen dürfe, um den Anschein einer Anerkennung der Annexion Abessiniens durch Italien zu erwecken, fand nachmittags eine nichtöffentliche Sitzung statt. Der abess[inische]. Vertreter hatte am Ratstisch Platz genommen. Der ital[ienische]. Vertreter Aloisi gab eine Erklärung ab, in der es hiess, dass die ital[ienische]. Abord-

nung die Anwesenheit eines sogenannten abess[inischen]. Vertreters am Ratstisch nicht dulden könne. Die einzige Organisation in Abessinien sei diejenige Italiens. Jede Diskussion über den abess[inischen]. Streitfall sei deshalb ohne Objekt u. der ital[ienische]. Vertreter könne nicht daran teilnehmen. Hierauf verliess Aloisi das Beratungszimmer. Der abess[inische]. Vertreter erklärte, dass Abessinien als Mitglied des Völkerbundes seinen Verpflichtungen treu bleibe u. forderte die volle Anwendung des Art. 16 der Völkerbundsatzung gegen Italien. Eden spach sich für eine Behandlung des abess[inisch].-ital[ienischen]. Streifalles aus u. der Rat beschloss demgemäss. Diesen Beschluss beantwortete Mussolini mit der Zurückberufung der ital[ienischen]. Abordnung. Von der Anweisung, Genf zu verlassen, machte Aloisi nur dem Völkerbundssekretär und Boncour Mitteilung. Eden wurde übergangen. Vor ihrer Abreise verbreitete die ital[ienische]. Vertretung noch ein Dokument, in dem England beschuldigt wird, die Abessinier mit Dumdumgeschossen beliefert zu haben. Die engl[ische]. Reg[ierung]. hat eine scharfe Antwort angekündigt. Die ital[ienische]. Presse erklärte, dass die Abreise der ital[ienischen]. Abordnung nicht den Austritt aus dem Völkerbund bedeute. Sie sei eine drastische Kundgebung gegen die Anwesenheit des abess[inischen]. Vertreters in Genf u. eine letzte Warnung an den Völkerbund, da der endgültige Austritt folgen werde, wenn der Völkerbund nicht den ital[ienischen]. Wünschen entspreche. Italien verzichte vorläufig auf jede Mitarbeit in Genf u. wolle eine Klärung der Meinungsverschiedenheiten auf diplomatischem Wege. Von den Ratsmitgliedern waren die Türken, Griechen, Rumänen, Jugoslawen u. Dänen für die Fortsetzung der Sanktionspolitik. Bei den Südamerikanischen besteht eine starke Neigung, aus der Sanktionsfront auszubrechen. Der chilenische Vertreter beabsichtigte, gegen die Fortsetzung der Sanktionspolitik zu stimmen, wurde aber von Eden dazu bewogen, hiervon Abstand zu nehmen. Er beantragte jedoch beim Völkerbundsekretär schriftlich, die Sanktionen einzustellen. Nach Meldungen der franz[ösischen]. Presse sollte sich auch Litwinoff bei den Kulissenverhandlun-

gen am Dienstag gegen alle Schritte des Völkerbundes ausgesprochen haben, die geeignet seien, die Spannung zu Italien zu verschärfen. Der eigentliche Unruhestifter in Europa, so soll er erklärt haben, sei Deutschland u. gegen dieses müssten alle Kräfte mobilisiert werden. Schliesslich trat der Rat am Dienstag nachmittag zu einer kurzen öffentl[ichen]. Sitzung zusammen u. nahm eine Entschliessung an, in der es heisst, dass den Mitgliedstaaten eine Frist gegeben werden müsse, um die durch die ernsten Initiativen der ital[ienischen]. Reg[ierung]. geschaffene Lage zu prüfen. Die Beratungen sollten am 15. Juni fortgesetzt werden. Es bestehe keine Veranlassung um die im [sic!] **gemeinschaftlichen Massnahmen zu ändern.**

Dienstag fand ausserdem noch eine Zusammenkunft der Locarnomächte statt. Italien war nicht vertreten. Eden, Boncour u. van Zeeland kamen überein, die Beratungen zu vertagen, bis die deutsche Antwort auf die Rückfragen vorliege.

Die engl[ischen]. Rückfragen an die deutsche Reg[ierung]. wurden Donnerstag, den 7.5. in Berlin überreicht. Es handelt sich um eine Instruktion für den. engl[ischen]. Botsohafter, wovon der deutschen Reg[ierung]. ein Abzug überreicht wurde. Die Instruktion sollte ursprünglich nicht veröffentlicht werden, jedoch entschloss sich die engl[ische]. Reg[ierung]. im letzten Moment, sie als Weissbuch zu verlegen. Als Grund für die Veröffentlichung gab die engl[ische]. Reg[ierung]. die Furcht vor Indiskretionen der franz[ösischen]. Presse an. In der Instruktion heisst es, dass die engl[ische]. Reg[ierung]. für einen Frieden eintrete, der auf Anerkennung der Gleichberechtigung u. Unabhängigkeit jedes Staates beruhe, wie auch darauf, dass jeder Staat die von ihm übernommenen Verpflichtungen beachte. Die engl[ische]. Reg[ierung]. bedauere, dass Deutschland keinen greifbaren Beitrag zur Wiederherstellung des Vertrauens geleistet habe. Auf folgende Fragen wünsche die brit[ische]. Reg[ierung]. eine Antwort:

1. Ob sich Deutschland nunmehr nach dem von ihm geschaffenen Zustand im Rheinland, in der Lage sehe, wirkliche Verträge abzuschliessen?

Seite 4.

In der Denkschrift vom 24. März seien Stellen enthalten, die anders ausgelegt werden könnten.

2. Wie denke die deutsche Reg[ierung]. über das weitere Inkraftbleiben der übrigen noch gültigen Bestimmungen des Versailler Vertrages u. aller Vereinbarungen, die darauf zurückgehen?

3. Anerkenne die deutsche Reg[ierung]. die bestehende gebietsmässige u. politische Ordnung Europas?

4. Ist die deutsche Reg[ierung]. bereit, einen Luftpakt, einschliesslich der Begrenzung der Luftstreitkräfte abzuschliessen?

5. Ist die deutsche Reg[ierung]. bereit, die für die Nordost- u. Südostgrenze vorgeschlagenen Nichtangriffspakte durch Abmachungen über gegenseitige Unterstützung zu garantieren

6. Ist die deutsche Reg[ierung]. bereit, auch mit Lettland, Estland u. der Sowjetunion solche Verträge abzuschliessen?

7. Welche Aufgaben solle das vorgeschlagene Schiedsgericht haben u. wie verhalte sich die deutsche Reg[ierung]. zum Ständigen intern[ationalen]. Gerichtshof im Haag?

Zu diesen Fragen bemerkte die Köln[ische]. Z[ei]t[un]g., dass sie sehr schwierig u. zum Teil sehr delikater Natur seien. Eine eingehende Prüfung sei notwendig u. dazu bedürfe es der Zeit. Die deutsche diplom[atische]. Korrespondenz schrieb: Es sei nicht üblich, dass solche Botschafterinstruktionen unverzüglich der Oeffentlichkeit übergeben würden. Die Instruktion enthalte manches, was sich aus einem sachlichen Aufklärungsbedürfnis allein nicht gut erklären lasse. Manche Fragestellungen berücksichtigten bestimmte Ereignisse u. Entwi-

oklungen nicht. Die Times schrieb, dass die Rückfragen kein armseliges Kreuzverhör darstellten, sondern den ganzen Umfang des deutschen Friedensangebotes feststellen sollten. Der Daily Herald meinte, dass der höfliche Ton der Formulierung die Tatsache nicht verdecken dürfe, dass die Anfragen sehr genau seien. Das News Chronicle erklärte, dass man die Rückfragen nur mit Entrüstung lesen könne. Die Instruktion sei so wenig präzis abgefasst, dass ein eindeutiger Sinn in der Masse höflicher Worte verloren gehe. Der franz[ösische]. Ministerrat Ende vergangener Woche beschäftigte sich auch mit den engl[ischen]. Rückfragen. Man war mit dem Inhalt der Anfragen zufrieden, hätte nur eine schärfere Formulierung gewünscht. Das Petit Parisien schrieb, dass die Fragen in geschickter Form gestellt seien. Das Echo de Paris meinte, dass die Anfragen Berlin in Verlegenheit bringen würden. Sie könnten aber nur wirksam sein, wenn als Sühnemassnahmen der Präventivkrieg in Aussicht gestellt werde.

In Frankreich haben nun die Verhandlungen der Volksfrontparteien über die Regierungsbildung begonnen. Mittwoch, den 6.5. veranstalteten die Kommunisten einen Presseempfang. Den Pressevertretern wurde erklärt, dass eine Beteiligung der Kommunisten an der Reg[ierung]. nicht in Betracht komme, jedoch würden die Kommunisten die demokratischen Kräfte im Lande rückhaltslos unterstützen. Die künftige Regierung würde vielleicht die dauerhafteste sein die Frankreich seit längerer Zeit gekannt habe. Der Reaktion werde keine Gelegenheit gegeben werden, allzuhäufige Krisen auszunutzen. Das Programm der künftigen Regierung sei natürlich nicht das eigentliche Programm der Kommunisten. Vom kommunistischen Standpunkt aus sei ein jedes Programm einer Volksfront-Reg[ierung]. unzureichend. Auf die Anfragen über die Stellung der Kommunisten zu den Militärkrediten antwortete der Abg[eordnete]. Duclos, dass Kredite, die imperialistischen Zwecken dienten, verweigert würden. Die Sorge gelte jedoch jetzt der Erhaltung der franz[ösischen]. Sicherheit u. Freiheit. Die Kommunisten würden die Kredite nicht blindlings bewilli-

gen, sondern wollten in jedem Falle wissen, wozu sie dienen sollten. Sarraut empfing Freitag, den 8.5. Leon Blum u. Daladier zu einer Aussprache, um die Oeffentlichkeit zu beruhigen. Nach dieser Aussprache erschien im Populaire ein Artikel Leon Blums, in dem ausgeführt wurde, dass die kommende Reg[ierung]. das Vertrauen in die finanzielle u. wirtschaftliche Kraft Frankreichs stärken wolle. Gewaltanwendung, Unruhen u. Tumulte würden dem Ziele der Volksfront-Reg[ierung]. entgegenarbeiten. Sonntag, den 10.5. tagte der Nationalrat der sozialistischen Partei. Blum sprach sich entschieden gegen eine Abwertung des Frankens aus. An die Kommunisten wolle er noch einmal herantreten, um sie zu einer direkten Teilnahme an der Reg[ierung]. zu bewegen. Die bisherigen Verhandlungen mit ihnen seien im gegenseitigen Vertrauen u. in Freundschaft geführt worden. Ausserdem werde er sich mit Persönlichkeiten aus den Reihen des allgemeinen Gewerkschaftsbundes [CGT] **in Verbindung setzen, um sie zur Teilnahme an der Reg[ierung]. zu bewegen. Im Populaire veröffentlichte Blum eine ~~Erklärung~~ Artikelserie, in der die Kommunisten ermahnt werden, die bisherige Zusammenenarbeit mit den Volksfrontparteien fortzusetzen u. in die Reg[ierung]. einzutreten. Auch in der sozialradikalen Presse erschien ein dringender Appell an die Kommunisten, sich an der Reg[ierung]. zu beteiligen. Die Humanité lehnte den Eintritt in die Reg[ierung]. mit der Begründung ab, dass ein Kabinett Blum kein Ministerium der Revolution sei u. dass sich die Kommunisten nur an einer aus dem revol[utionären]. Kampfe hervorgegangenen Reg[ierung]. beteiligen könnten. An der Pariser Börse u. am Devisenmarkt ist eine Beruhigung eingetreten. Die Kurse der**

Seite 5.

Staatsrenten u. Aktien gingen stark in die Höhe, der Franken festigte sich.

Aus Griechenland wird gemeldet: In Saloniki war ein Streik der Tabakarbeiter ausgebrochen. Zur Unterstützung der Streiken-

den wurde vom komm[unistischen]. Arbeitersyndikat der Generalstreik proklamiert. Die Parole wurde von den Arbeitern restlos befolgt. Die Reg[ierung]. setzte Militär mit Artillerie u. Tanks [Panzer] **ein. Es kam zu heftigen Barrikadenkämpfen. 12 Arbeiter wurden getötet, 50 schwerverletzt u. 250 leichtverletzt. Während der Kämpfe lagen vier Zerstörer im Hafen. Die Beerdigung der Opfer erfolgte ohne Störung.**

In Oesterreich wurde am Sonntag, den 10.5. ein Aufmarsch des christlich-sozialen Freiheitsbundes von Heimwehrleuten durch Gegenkundgebungen gestört. Wie die Presse mitteilt, erlangte die Reg[ierung]. schon vorzeitig Kenntnis von den geplanten Gegenkundgebungen u. dies veranlasste [Bundeskanzler] **Schuschnigg, sich an die Spitze des Zuges zu stellen. Der ehemalige Minister Fey befand sich unter den Gegenveranstaltern, erklärte aber, dies sei nur ein Zufall gewesen. Man vermutet jedoch in ihm den Organisator. In dem amtlichen Bericht über die Vorfälle heisst es, dass einige 100 Provokateure versucht hätten, den Anschein eines Gegensatzes im Lager der Regierungstruppen zu erwecken. In einer Verlautbarung Starhembergs wird zugegeben, dass die Störungsversuche von Heimwehrleuten ausgegangen sei, die über ein vom Freiheitsbund herausgegebenes Flugblatt erregt gewesen seien. Wenn sich Fey daran beteiligt habe, so sei dies seine Sache; die Heimwehrleitung habe mit Fey nichts zu tun. An Mussolini schickte Starhemberg ein Glückwunschtelegramm zur Proklamierung des römischen Imperiums. Darin ist die Rede von dem gewaltigen Sieg des Faschismus über die Barbarei u. der zivil**[is]**atorischen Mission des Faschismus in der Welt. Heute, Donnerstag, den 14.5. meldet die Presse, dass Starhemberg wegen Meinungsverschiedenheiten mit Schuschnigg aus der Reg[ierung]. ausgeschieden sei.**

In Spanien wurde Azana am Sonntag mit 754 Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Eine Umbildung des Kabinetts ist dadurch notwendig geworden; das alte Kabinett trat Montag zurück.

44 Anna Sander an Erich Sander 21.5.1936

Seite 1

Die Regierungsumbildung in Oesterreich wird allgemein als ein Sieg der christlich-sozialen Kreise über die faschistische Heimwehrführung angesehen. Eine Reihe von Blättern der Weltpresse sieht in den Vorgängen vom Donnerstag, den 14.5. den Anfang einer weitgehenden innerpolitischen Umgestaltung. Nach täglichen Kabinettsberatungen am Montag, Dienstag u. Mittwoch trat die Regierung Donnerstag zurück. Schuschnigg wurde sofort wieder mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt u. übernahm die Aemter des Bundeskanzlers, der auswärtigen Angelegenheiten u. der Landesverteidigung. Das Vizekanzleramt wurde Baar-Berenfels, der dem Heimatschutz angehört, übertragen. Ausserdem stellte die Heimwehr noch den Finanzminister. Ausgeschieden sind die Heimwehrminister Starhemberg (Vizekanzler), Berger-Waldenegg (Auswärtiges), Zuidwitsch (Arbeiterschutz). In das neue Kabinett wurde der Leiter des kath[olischen]. Schriftstellerverbandes Zernatto als Staatssekretär für besondere Verwendung berufen, ein Amt, das es bisher nicht gab. Schuschnigg übernahm gleichzeitig die Führung der Vaterländischen Front. Starhemberg wurde gezwungen, auch dieses Amt niederzulegen. Mit ihm musste der Generalsekretär Oberst Adam, der dem Heimatschutz angehört, zurücktreten u. Zernatto trat an dessen Stelle. Auch der zweite Generalsekretär, ebenfalls ein Mitglied des Heimatschutzes, musste seine Stellung quittieren. In der amtlichen Mitteilung über die Regierungsumbildung hiess es, dass sachliche Meinungsverschiedenheiten mit Starhemberg die Aenderungen im Kabinett notwendig gemacht hätten. Die politische Führung hätte vereinheitlicht u. das Verhältnis der Minister zur Vaterländischen Front klargestellt werden müssen. Eine Aenderung des politischen Kurses sei nicht geplant. Sofort nach der Regierungsumbildung sandte Schuschnigg ein Telegramm an Mussolini, in dem erklärt wurde, dass die neue Reg[ierung]. entschlos-

Gemeint sind die Römischen Protokolle vom 17. März 1937, in denen Italien, Österreich und Ungarn eine stärkere wirtschaftliche Kooperation anstrebten

sen sei, an der auf dem Römer Protokollen begründeten Politik festzuhalten. Anlass zu dem plötzlichen Vorgehen gegen die Heimwehrführung gaben die schon berichteten Vörfalle am Sonntag, den 10.5. bei der Kundgebung des christlich-sozialen Freiheitsbundes u. das Telegramm Starhembergs an Mussolini anlässlich der Proklamation des neuen römischen Imperiums. Schuschnigg hatte im Auftrag der Reg[ierung]. aus diesem Anlass an Mussolini ein sehr kühl gehaltenes Glückwunschtelegramm gesandt. Das Privattelegramm Starhembergs dagegen hatte folgenden Wortlaut: „Im Bewusstsein faschistischer Verbundenheit, an dem Schicksal des faschistischen Italiens innigen Anteil nehmend, beglückwünsche ich im Namen der für den faschistischen Gedanken in Oesterreich Kämpfenden, Euer Exzellenz zu dem ruhmvollen u. herrlichen Sieg der ital[ienisch].-faschist[ischen]. Waffen über die Barbarei, zu dem Sieg des faschistischen Geistes über demokratische Unehrlichkeit u. Heuchelei u. zu dem Sieg der faschist[ischen]. opferfreudigen u. disziplinierten Entschlossenheit über demagogische Verlogenheit. Es lebe der Sieg des faschistischen Gedankens in der Welt.“ Dieses Telegramm erregte in London, Paris u. Genf grosses Aufsehen. Der englische Botschafter legte in Wien schärfsten Protest ein. Die Entwicklung des Machtkampfes zwischen den christlich-sozialen Elementen u. der Heimwehrführung war damit für eine vorläufige Entscheidung reif geworden. Wie bekannt hatte Schuschnigg schon vor einiger Zeit die Entwaftnung der Heimwehr gefordert u. Starhemberg hatte darauf mit einer sehr scharfen Rede in Horn geantwortet. Noch am Mittwoch, den 13.5. waren in Wien Plakate mit Auszügen aus der Rede Starhembergs in Horn zu sehen, wobei die Worte: „Nur über meine Leiche kann die Heimwehr aufgelöst werden!“ in Fettdruck hervorgehoben worden waren. Donnerstag wären sämtliche Plakate entfernt. Es ist nunmehr beabsichtigt, die Heimwehr in einen unmilitärischen Verband umzugestalten u. in die Vaterländische Front einzugliedern. Das umgebildete Bundesheer soll alleiniger Waffenträger werden. Starhemberg ist vorläufig noch Führer des Heimatschutzes, wird es aber

sicher nicht mehr lange bleiben. Noch am Donnerstag reiste er nach Rom, angeblich nur [um] **einem Fussball-Länderkampf beizuwohnen, u. hatte am Wochenende eine Unterredung mit Mussolini. Die ital[ienische]. Presse sieht in der Verbreitung des Kabinetts durch Anhänger des christ[lich].-soz[ialen]. Freiheitsbundes eine Schwächung des faschistischen Einflusses in Oesterreich. Schuschnigg habe Starhemberg geopfert, um die Linkskreise zu gewinnen. Die demokratischen Klerikalen seien für eine Verbreitung der Aussenpolitik; Starhemberg sei ihnen zu sehr mit Rom verbunden. Austen Chamberlains Besuch in Wien stehe sicher in einem sehr engen Zusammenhang mit den Wiener Vorgängen. In Frankreich u. England wurde die Regierungsumbildung mit Wohlwollen begrüsst. Auch die engl[ische]. Presse wies auf den Zusammenhang der Aenderungen in Wien mit dem Besuche Austen Chamberlains hin. In welchem Masse hier materielle u. politische Zusicherungen eine Rolle spielen, kann nur vermutet werden.**

In Polen wurde am Freitag, den 15.5. die Reg[ierung]. ebenfalls umgebildet. Das Kabinett Koszialkowski trat unter dem Druck der Armeeführung zurück u. General Skladkowski wurde mit der Neubildung beauftragt. Der bisherige Innenminister, dem mangelnde Energie in dem Vorgehen gegen die Kommunisten u. die Opposition vorgeworfen wurde, schied aus der Reg[ierung]. aus. Skladkowski übernahm gleichzeitig das Innenministerium. Die Armeeführung forderte ausserdem vom neuen Kabinett eine rasche Beschleunigung der Aufrüstung. An der ersten Ministerratssitzung nahm der Generalinspekteur der Armee Rigdzsmigli [sic!] **teil u. hielt eine Ansprache. Ob mit der Regierungsumbildung auch eine Aenderung des aussenpolitischen Kurses beabsichtigt ist, muss noch abgewartet werden.**

Edward Rydz-Śmigły (1886-1941), polnischer General und Marschall

Mussolini gewährte am Donnerstag, den 14.5. einem Vertreter des Matin eine Unterredung. Er erklärte, dass die Ausrufung des römisch-abess[inischen]. Kaiserreiches unwiderruflich

sei. Rückständigen Völkern müsse man immer mit Gewalt den Willen aufzwingen. Auf diese Weise sei das grösste Imperium erobert worden. Italien habe einen totalen Sieg errungen, der ihm ein Reich eingebracht habe. Jede Verschärfung der wirtschaftlichen Sanktionen bringe die Gefahr einer Umstellung der europäischen Landkarte mit sich. Die Oueuvre berichtete, dass Italien Propaganda für einen Massenaustritt aus dem Völkerbund mache, falls die Sanktionen am 16. Juni verlängert würden. Auf Ungarn, Albanien u. andere Staaten werde entsprechend eingewirkt. Die ital[ienische]. Reg[ierung]. hat übrigens die dem Völkerbundssekretär übermittelte u. auf der letzten Ratstagung verteilte Note über den Gebrauch engl[ischen]. Dumdumgeschosse durch die abess[inische]. Armee zurückgezogen.

In England hat sich die italienfeindliche Stimmung weiter verschärft. Die Oppositionspresse sah in der Abreise der ital[ienischen]. Delegation aus Genf ein Ereignis, das schon lange fällig gewesen sei. Die Abreise hätte einem Zustande ein Ende gemacht, den man nur als schimpflich bezeichnen könnte. In dem ital[ienischen]. Sieg sieht die Sunday Times eine potentielle Drohung für die britische Stellung im Osten. Das Mittelmeer sei als Hauptweg nach Indien genau so wichtig, als der Kanal. In Abessinien hätten die Italiener das Material zur besten schwarzen Armee der Welt gewonnen. Die gesamte Presse bringt unaufhörlich Berichte über zahlreiche Erschiessungen von Abessiniern. Die Kriegsgerichtsverhandlungen seien nur sehr oberflächlich. Entrüstung rief die Ausweisung des Berichterstetters der Times aus Addis Abeba wegen italienfeindlicher Propaganda u. Spionage hervor. Die Zerfahrenheit in der Konservativen Partei macht wohl gerade wegen des Anwachsens der italienfeindlichen Stimmung Fortschritte. Im Unterhaus liegen nicht weniger als drei konservative Anträge vor. Der erste trägt 29 Unterschriften u. spricht sich für die Beibehaltung der Sanktionen aus, der zweite trägt 24 Unterschriften u. fordert die Aufhebung der Sanktionen u. der dritte verlangte, dass keine Massnahme

getroffen werde, die einen Krieg hervorrufen könnte. Bei einer Aussprache im Oberhaus am Donnerstag, den 14.5. setzte sich die Mehrzahl der Redner für die Aufhebung der Sanktionen ein. Vor seiner Abreise aus Genf hatte Eden noch eine Reihe von Unterredungen mit Vertretern der Ratsmächte. Hierbei kamen Eden u. die Vertreter Jugoslawiens, Griechenlands, Rumäniens u. der Türkei überein, die Verpflichtung zum gegenseitigen Beistand aufrechtzuerhalten, solange die Sanktionen andauern. Die Vertreter der kleinen Mittelmeerländer regten den späteren Abschluss eines Mittelmeerpaktes mit gegenseitiger Beistandsverpflichtung an, um den ital[ienischen]. Einfluss zu paralysieren. Auf der Rückreise machte Eden noch in Paris Station u. hatte da eine Besprechung mit Leon Blum. Am Montag, den 18.5. wurde im Unterhaus die Frage aufgeworfen, was die engl[ische]. Reg[ierung]. auf die ital[ienischen]. Beschuldigungen, dass brit[ische]. Firmen das abess[inische]. Heer mit Dumdumgeschossen beliefert hätten, zu antworten habe. Eden erklärte, dass engl[ische]. Firmen lediglich Weichspitzgeschosse für die Grosswildjagd geliefert hätten. Im März habe er dem ital[ienischen]. Botschafter eine freundliche Warnung zukommen lassen, dass die ital[ienische]. Botschaft mit einem Manne in Verbindung stehe, der ihr falsche Mitteilungen u. Dokumente zukommen lasse. Dieser Mann habe in zwei Fällen, am 19. Febr. u. 31. März falsche Dokumente geliefert, die die ital[ienische]. Presse veröffentlicht habe.

In Frankreich hat die Abreise der ital[ienischen]. Abordnung aus Genf starke Befürchtungen hervorgerufen, dass Italien aus dem Völkerbund austreten könne. Der Temps vom Mittwoch, d. 13.5. sieht zwei Blockbildungen in Europa entstehen: 1. die Mächte, die dem Völkerbund angehören u. 2. die Mächte, [die] **ausserhalb des Völkerbundes. In diesem Sinne wird die Reise des ital[ienischen]. Landwirtschaftsministers Rossini nach Deutschland, über die Rossini Mussolini Bericht erstattete, als deutsch-ital[ienische]. Annäherung bewertet. Am Montag, d. 8.5. brachte der Temps einen Leitartikel, in**

dem von einem grossen Durcheinander in der Politik die Rede ist. Der Völkerbund arbeite nicht mehr richtig, der Locarnopakt sei nicht mehr u. die Stresafront erledigt. Italiens Haltung sei die grosse Unbekannte. England schlucke mit Würde den Aerger ~~herunter~~ über den Ausgang des abess[inischen]. Feldzuges, da seine Flottenstärke nicht ausreichend sei. Deutschland sei der eigentliche Grund des Durcheinanders. Berauscht von seinen Erfolgen stelle es sich Aufgaben, die man nicht kenne. Indessen machten die Bemühungen Leon Blums um das Zustandekommen einer Volksfrontregierung Fortschritte. Das Büro der Sozialradikalen beschloss am Mittwoch, d. 13.5. dem Parteiexekutivausschuss den Eintritt in ein Ministerium Blum zu empfehlen. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund lehnte eine offizielle Teilnahme an der Regierung ab.

Seite 3

Persönlichkeiten, die sich an der Reg[ierung]. beteiligen würden, könnten dies nicht als Beauftragte des Bundes tun. Dafür fordert der Gewerkschaftsbund die Schaffung eines gewerkschaftlichen Kontrollorgans, das die Tätigkeit der Reg[ierung]. in sozialpolitischer Hinsicht überwache. Verlangt wird die Einführung der Vierzigstundenwoche, die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch kollektive Arbeitsverträge, die Verlängerung der Schulzeit u. die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Organisierung öffentlicher Arbeiten. Die Kommunisten fordern nunmehr die Schaffung von zentralen u. lokalen Ueberwachungsorganen, bestehend aus Vertretern der Volksfrontparteien. Die Rechtspresse sieht darin den Anfang der Schaffung eines Sowjetsystems in Frankreich.

In Mexiko brach am Montag, d. 18.5. ein Generalstreik der Eisenbahner aus. Sämtliche Linien stellten den Betrieb ein. Es handelt sich um einen Streik für die Erhöhung der Löhne. Ein Schiedsgericht hatte 50 % der Lohnforderungen bewilligt. Der Streik wurde als ungesetzlich erklärt u. die Arbeiter aufgefordert, innerhalb 24 Stunden die Arbeit wieder aufzunehmen,

andernfalls erfolgt fristlose Entlassung. Nach einem Generalstreik in La Paz wurde in Bolivien eine neue Regierung gebildet, an der die Sozialisten massgebend beteiligt sind. Die Regierung erklärte, schärfer gegen die Kapitalisten vorgehen zu wollen.

In Palästina haben die Araber den Steuerstreik erklärt u. einen Ungehorsamkeitsfeldzug eingeleitet. Sie fordern die Einstellung der jüdischen Einwanderung. In verschiedenen Städten kam es erneut zu Zusammenstössen zwischen Arabern u. Juden, die etliche Tote forderten. In Jerusalem wurde der Ausnahmezustand erklärt, Militär mit Tanks bewacht die Strassen.

Guatemala erklärte seinen Austritt aus dem Völkerbund. Als Begründung gab es das Versagen des Völkerbundes in abess[inisch].-ital[ienischen]. Streitfall an.

Kürzlich fand eine Konferenz des Balkanbundes (Tschechei, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland u. Türkei statt. Der türkische Schritt wegen der Wiederbefestigung der Dardanellen wurde als ein Akt friedlicher Vertragsrevision gebilligt. Der bulgarische Anspuch auf einen Ausgang zum ägäischen Meer wurde abgelehnt. Die Befestigung der griechischen Inseln Lemnos u. Samothrake soll gleichzeitig mit der Dardanellenfrage vorgenommen werden. Vor jeder Schliessung der Meerengen soll eine Beratung des Balkanbundes stattfinden. Rumänien wurde freie Schiffahrt auch im Kriegsfalle zugesichert. Im Anschluss daran fand eine Tagung des ständigen Rates des Kleinen Verbandes statt. Es wurde beschlossen, sich gegen jede Aenderung der Grenzen, der Restaurierung einer Dynastie u. der einseitigen Abänderung militärischer Vertragsbestimmungen zu widersetzen.

45 Anna Sander an Erich Sander 28.5.1936

1. Seite.

Die Kammerwahlen in Belgien am Sonntag, den 24.5. brachten folgendes Ergebnis: Katholiken 63 (79), Liberale 23 (24), Sozialisten 70 (73), Flämische Nationalisten 16 (8), Kommunisten 9 (3) u. Rexisten 21 (0) Abgeordnete. Die gleichzeitig stattfindenden Senatswahlen ergaben folgendes Bild: Katholiken 54, Liberale 11, Soz. 39, Fl[ämische]. Nation[alisten]. 5, Kommunisten 4 u. Rexisten 8 Abgeordnete. Das grösste Aufsehen erregte der Erfolg der Rexpartei, die aus einer von der Katholischen Union abgesplitterten Gruppe entstanden ist. Ihr Führer ist ein 29jähriger Abg[eordneter]. Sie führte den Wahlkampf unter der Parole: Gegen die parlamentarische Korruption. Finanziert wurde die Bewegung von einem kath[olischen]. Bankier. In einer Rede bezeichnete der Führer der Rexpartei Degrelle den Wahlsieg als den Beginn eines grossen Kampfes um die politische Macht. Die Rexpartei sei eine für alle Belgier offenstehende brüderliche Bewegung. Eine Teilnahme an der Reg[ierung]. komme nicht in Betracht. Die Rexpartei wolle die absolute Mehrheit erringen u. dann die Macht mit keiner Partei teilen. In einer Rede im Brüsseler Volkshaus führte Vandervelde aus, dass die Arbeiterpartei Stimmen an die Kommunisten abgegeben habe. Die Katholiken u. Liberalen hätten Stimmen an die von einem Demagogen geführte Rexbewegung verloren, dem es gelungen sei, die Klasse des Mittelstandes einzufangen. Die Demokraten müssten gegen diese Bewegung den schärfsten Kampf führen. Das Kabinett van Zeeland trat Dienstag zurück. Wahrscheinlich wird van Zeeland wieder mit der Regierungsneubildung beauftragt. Die Sozialisten fordern eine Verstärkung ihres Einflusses in Kabinett u. vor allem die Besetzung des Innenministerpostens mit einem der Ihrigen. Im Kreis Eupen-Malmedy gaben von 17 973 Abstimmenden 8880 ungültige Stimmzettel zugunsten der Heimattreuen Front ab.

Parti Rexiste = wallonische faschistische Bewegung unter Léon Degrelle

Émile Vandervelde (1866-1938), 1928 bis 1938 Vorsitzender der belgischen Sozialisten (Parti Ouvrier Belge)

In Frankreich stehen die Verhandlungen Leon Blums über die Zusammensetzung der Reg[ierung]. vor dem Abschluss. Der Parteiausschuss der Sozialradikalen Partei beschloss am Freitag, den 22.5. die Teilnahme an dem von Leon Blum geführten Volksfrontkabinett. Herriot lehnte jedoch die Uebernahme des Ministeriums des Auswärtigen ab u. begründete dies in einem Artikel in der Oeuvre damit, dass ihn die Vorsicht gegenüber der Finanzpolitik einer Volksfront-Reg[ierung]. davon abhalte dem Kabinett beizutreten. Blum hatte dann noch eine einstündige Unterredung mit den Kommunisten Thorez u. Duclos. Diese lehnten nochmals den Eintritt von Kommunisten in die Reg[ierung]. ab, versicherten aber, dass sie das Ministerium rückhaltlos unterstützen würden, wenn es ihre Forderungen durchführen wurde. Ueber die Zusammensetzung der neuen Reg[ierung]. wurde bisher bekannt, dass an ihr zehn Sozialisten, acht Sozialradikale u. zwei Unionisten teilnehmen sollen.

In Spanien stellte sich im Laufe der Woche das neue Kabinett Quiroga der Kammer vor. In der Regierungserklärung bezeichnete sich das Kabinett als eine VolksfrontReg[ierung]. Gegen den Faschismus, so hiess es, müsse entschieden Front gemacht werden. Gegen sie solle nunmehr die Offensive ergriffen u. sie sollten bis in ihre letzten Schlupfwinkel verfolgt werden. Unerhört sei es, dass von den Gerichten noch Faschisten freigesprochen würden. Die von Anhängern der Volksfront begangenen Gewalttätigkeiten seien unvermeidbar gewesen. Nunmehr solle die Bewegung in gesetzmässige Bahnen gelenkt werden. Der Führer der Katholiken Gil Robles führte aus, dass die Reg[ierung]. den Faschismus fördere, indem sie die Massen auf die Strasse gehen lasse, Gewalttätigkeiten dulde u. Tausende von Bürgern verhafte, die nicht der Volksfront angehörten. Der Reg[ierung]. wurde das Vertrauen mit 217 gegen 61 Stimmen ausgesprochen. Der Parteiausschuss der Soz[ialistischen]. Partei, in dem die Rechten die Mehrheit haben, beschloss den für Juni vorgesehenen Parteitag bis zum Oktober zu verschieben. Die Linken erho-

ben da gegen schärfsten Protest u. legten ihre Aemter nieder. Zusammenstösse zwischen Volksfrontanhängern u. Rechten ereignen sich fast täglich. Die Streikbewegung dauert an. Einige Offiziere, die sich weigerten den Befehlen des Kriegsministeriums nachzukommen, wurden zum Tode verurteilt.

Im Laufe der Woche wurde in Oesterreich ein neues Bundesgesetz über die Vaterländische Front erlassen. Danach ist die Vaterl[ändische]. Front der einzige Träger der politischen Willensbildung. Führer ist der Bundeskanzler. Ihm zur Seite steht ein Führerrat. Im Rahmen der Vaterl[ändischen]. Front wird eine uniformierte Frontmiliz geschaffen, die als einzige Organisation berechtigt ist Waffen zu tragen. Zum Führer der Frontmiliz

2. Seite.

wurde Baar-Barenfels ernannt. In den Kreisen des Heimatschutzes herrscht über die geplante Entwaffnung eine tiefe Erregung. Mittwoch, den 20.5. kehrte Starhemberg aus Rom zurück. Die Heimwehrleute bereiteten ihm unter den Rufen: Hoch der Faschismus! Heil Starhemberg! einen warmen Empfang. Ueber die Unterredung Starhembergs mit Mussolini werden die widersprechendsten Gerüchte verbreitet. Einige behaupten dass Mussolini Starhemberg Mässigung angeraten habe, andere wollen wissen, dass er ihn zu einem Putsch ermuntert habe. Soviel scheint jedenfalls festzustehen, dass Mussolini Starhemberg nicht fallen lässt. Am Montag, den 25.5. fand eine Tagung der Landesführer des Heimatschutzes statt. Es wurde beschlossen, eine Umorganisierung vorzunehmen u. die Leitung nach Linz zu verlegen. Von der Schaffung der Frontmiliz wurde in der Verlautbarung über diese Tagung keinerlei Notiz genommen. Der „Heimatschützer“, das Blatt des Heimatschutzes, veröffentlichte einen Artikel: „Bekenntnis zu Starhemberg“, in dem es hiess, dass Starhemberg u. der Heimatschutz einen unerschütterlichen Block bildeten, den wegzuräumen offenen u. versteckten Gegnern nicht gelingen werden.

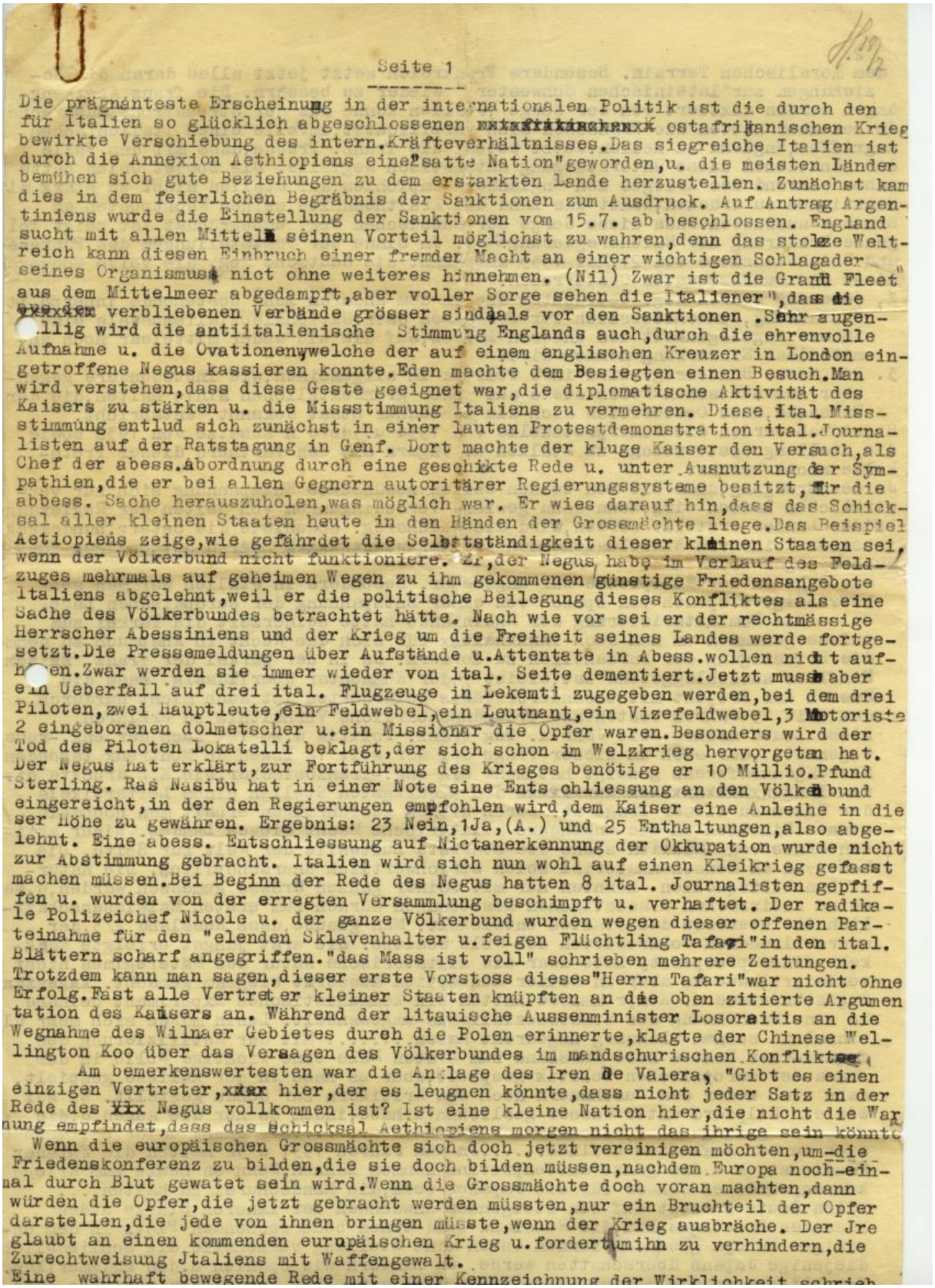
In Palästina hat der Ungehorsamkeitsfeldzug der Araber den Charakter eines Aufruhrs angenommen. Trotz der Forderung der Araber, die jüdische Einwanderung zu untersagen, hat die Mandats-Reg[ierung]. die Einwanderungsquote für Juden erhöht. In vielen Orten brachen daraufhin Unruhen aus, Barrikaden wurden errichtet u. die Polizei von Dachschützen angegriffen. Anschläge auf Brücken u. Eisenbahnen wurden unternommen. Viele bewaffnete Araber haben sich in die Berge zurückgezogen u. führen gegen Polizei u. Militär einen Kleinkrieg. Bei diesen Kämpfen am Freitag, Sonnabend, Sonntag, Montag u. Dienstag wurden die ersten englischen Soldaten verwundet. Bis Mitte vergangener Woche gab es bei den Unruhen 35 Tote u. 73 Verletzte. Verhaftet wurden bisher 814 Araber u. 53 Juden. Jede Person, die einer illegalen Organisation angehört, kann ohne Haftbefehl festgenommen werden. Die Hersteller, Verkäufer u. Träger von Dolchen werden mit drei Jahren Gefängnis bedroht. Das Tragen von Messern in der Oeffentlichkeit wird mit 1 Jahr Gefängnis bestraft. Eine Reihe von arabischen Zeitungen wurde verboten u. viele Araberführer verbannt.

In der italienischen Presse sind in der letzten Woche Stimmen für eine Verständigung mit England laut geworden. So brachte die Tribuna einen Artikel, in dem England zu einem Bündnis mit Italien ermuntert wurde. Darin hiess es, dass der hartnäckigste u. gefährlichste Feind Englands Deutschland sei, zumal diese Nation bis an die Zähne bewaffnet sei. Der ital[ienische]. Botschafter in Paris erinnerte anlässlich der Wiederkehr des Jahrestages des Eintritts Italiens in den Weltkrieg an die ital[ienisch].-franz[ösische]. Waffenbrüderschaft, was von der deutschen Presse übel vermerkt wurde. Die Morningpost schrieb über Mussolinis Pläne, dass Mussolini die Herstellung von guten Beziehungen zu England anstrebe. M[ussolini]. wolle Bürgschaften für die britischen Reichsinteressen in Afrika u. auch ausserhalb Afrikas übernehmen. Nach dem Abschluss eines Mittelmeerpaktes wolle Italien die

Truppenkontingente in Lybien [sic!] **u. Abessinien vermindern. Der Sueskanal solle dauernd neutralisiert werden. Falls England nicht zu einer Anerkennung der ital[ienischen]. Eroberung bereit sei, solle es sich zu einer Nichteinmischung verpflichten. Badoglio wurde aus Abessinien zurückberufen. Dafür hat Graziani die Regentschaft übernommen.**

In England trat der Kolonialminister Thomas zurück, der in eine Korruptionsaffaire verwickelt war. Einiges Kopfzerbrechen verursachte dem engl[ischen]. Kabinett die Reise des Negus nach England. Der offizielle Empfang als Kaiser von Abessinien wäre von den Italienern als Beleidigung aufgefasst worden, wie nun die ital[ienische]. Presse schrieb. Schliesslich haben die Engländer den Negus dazu bewogen inkognito zu reisen.

47 Anna Sander an Erich Sander 18.7.1936



Seite 1

Die prägnanteste Erscheinung in der internationalen Politik ist die durch den für Italien so glücklich abgeschlossenen ostafrikanischen Krieg bewirkte Verschiebung des intern.Kräfteverhältnisses.Das siegreiche Italien ist durch die Annexion Aethiopiens eine"satte Nation"geworden,u. die meisten Länder bemühen sich gute Beziehungen zu dem erstarkten Lande herzustellen. Zunächst kam dies in dem feierlichen Begräbnis der Sanktionen zum Ausdruck. Auf Antrag Argentiniens wurde die Einstellung der Sanktionen vom 15.7. ab beschlossen. England sucht mit allen Mitteln seinen Vorteil möglichst zu wahren,denn das stolze Weltreich kann diesen Einbruch einer fremder Macht an einer wichtigen Schlagader seines Organismus nicht ohne weiteres hinnehmen. (Nil) Zwar ist die Grand Fleet" aus dem Mittelmeer abgedampft,aber voller Sorge sehen die Italiener",dass die verbliebenen Verbände grösser sind,als vor den Sanktionen .Sehr augenfällig wird die antiitalienische Stimmung Englands auch,durch die ehrenvolle Aufnahme u. die Ovationen,welche der auf einem englischen Kreuzer in London eingetroffene Negus kassieren konnte.Eden machte dem Besiegten einen Besuch.Man wird verstehen,dass diese Geste geeignet war,die diplomatische Aktivität des Kaisers zu stärken u. die Missstimmung Italiens zu vermehren. Diese ital. Missstimmung entlud sich zunächst in einer lauten Protestdemonstration ital.Journalisten auf der Ratstagung in Genf. Dort machte der kluge Kaiser den Versuch,als Chef der abess.Abordnung durch eine geschickte Rede u. unter Ausnutzung der Sympathien,die er bei allen Gegnern autoritärer Regierungssysteme besitzt, für die abbess. Sache herauszuholen,was möglich war. Er wies darauf hin,dass das Schicksal aller kleinen Staaten heute in den Händen der Grossmächte liege.Das Beispiel Aetiopiens zeige,wie gefährdet die Selbstständigkeit dieser kleinen Staaten sei, wenn der Völkerbund nicht funktioniere. Er,der Negus habe im Verlauf des Feldzuges mehrmals auf geheimen Wegen zu ihm gekommenen günstige Friedensangebote Italiens abgelehnt,weil er die politische Beilegung dieses Konfliktes als eine Sache des Völkerbundes betrachtet hätte. Nach wie vor sei er der rechtmässige Herrscher Abessiniens und der Krieg um die Freiheit seines Landes werde fortgesetzt.Die Pressemeldungen über Aufstände u.Attentate in Abess.wollen nicht aufhören.Zwar werden sie immer wieder von ital. Seite dementiert.Jetzt muss aber ein Ueberfall auf drei ital. Flugzeuge in Lekemti zugegeben werden,bei dem drei Piloten,zwei Hauptleute,ein Feldwebel,ein Leutnant,ein Vizefeldwebel,3 Motoristen 2 eingeborenen dolmetscher u.ein Missionar die Opfer waren.Besonders wird der Tod des Piloten Lokatelli beklagt,der sich schon im Welzkrieg hervorgetan hat. Der Negus hat erklärt,zur Fortführung des Krieges benötige er 10 Millio.Pfund Sterling. Ras Nasibu hat in einer Note eine Entschliessung an den Völkerbund eingereicht,in der den Regierungen empfohlen wird,dem Kaiser eine Anleihe in dieser Höhe zu gewähren. Ergebnis: 23 Nein,1Ja,(A.) und 25 Enthaltungen,also abgelehnt. Eine abess. Entschliessung auf Nictanerkennung der Okkupation wurde nicht zur Abstimmung gebracht. Italien wird sich nun wohl auf einen Kleikrieg gefasst machen müssen.Bei Beginn der Rede des Negus hatten 8 ital. Journalisten gepfiffen u. wurden von der erregten Versammlung beschimpft u. verhaftet. Der radikale Polizeichef Nicole u. der ganze Völkerbund wurden wegen dieser offenen Parteinahme für den "elenden Sklavenhalter u.feigen Flüchtling Tafari"in den ital. Blättern scharf angegriffen."das Mass ist voll" schrieben mehrere Zeitungen. Trotzdem kann man sagen,dieser erste Vorstoss dieses"Herrn Tafari"war nicht ohne Erfolg.Fast alle Vertreter kleiner Staaten knüpften an die oben zitierte Argumentation des Kaisers an. Während der litauische Aussenminister Losoraitis an die Wegnahme des Wilnaer Gebietes durch die Polen erinnerte,klagte der Chinese Wellington Koo über das Versagen des Völkerbundes im mandschurischen Konflikt.

Am bemerkenswertesten war die Anklage des Iren de Valera, "Gibt es einen einzigen Vertreter,der hier,der es leugnen könnte,dass nicht jeder Satz in der Rede des Negus vollkommen ist? Ist eine kleine Nation hier,die nicht die Warnung empfindet,dass das Schicksal Aethiopiens morgen nicht das ihrige sein könnte

Wenn die europäischen Grossmächte sich doch jetzt vereinigen möchten,um die Friedenskonferenz zu bilden,die sie doch bilden müssen,nachdem Europa noch einmal durch Blut gewatet sein wird.Wenn die Grossmächte doch voran machten,dann würden die Opfer,die jetzt gebracht werden müssten,nur ein Bruchteil der Opfer darstellen,die jede von ihnen bringen müsste,wenn der Krieg ausbräche. Der Jre glaubt an einen kommenden europäischen Krieg u.fordert,ihn zu verhindern,die Zurechtweisung Jtaliens mit Waffengewalt.

Eine wahrhaft bewegende Rede mit einer Kennzeichnung der Wirklichkeit schrieb

Die prägnanteste Erscheinung in der internationalen Politik ist die durch den für Italien so glücklich abgeschlossenen ostafrikanischen Krieg bewirkte Verschiebung des intern[ationalen]. Kräfteverhältnisses. Das siegreiche Italien ist durch die Annexion Aethiopiens eine satte Nation geworden, u. die meisten Länder bemühen sich gute Beziehungen zu dem erstarkten Lande herzustellen. Zunächst kam dies in dem feierlichen Begräbnis der Sanktionen zum Ausdruck. Auf Antrag Argentiniens wurde die Einstellung der Sanktionen vom 15.7. ab beschlossen. England sucht mit allen Mitteln seinen Vorteil möglichst zu wahren, denn das stolze Weltreich kann diesen Einbruch einer fremden Macht an einer wichtigen Schlagader seines Organismus nicht ohne weiteres hinnehmen. (Nil) Zwar ist die „Grand Fleet" aus dem Mittelmeer abgedampft, aber voller Sorge sehen die Italiener dass die verbliebenen Verbände grösser sind als vor den Sanktionen. Sehr augenfällig wird die antiitalienische Stimmung Englands auch durch die ehrenvolle Aufnahme u. die Ovationen, welche der auf einem englischen Kreuzer in London eingetroffene Negus kassieren konnte. Eden machte dem Besiegten einen Besuch. Man wird verstehen, dass diese Geste geeignet war, die diplomatische Aktivität des Kaisers zu stärken u. die Missstimmung Italiens zu vermehren. Diese ital[ienische]. Missstimmung entlud sich zunächst in einer lauten Protestdemonstration ital[ienischer]. Journalisten auf der Ratstagung in Genf. Dort machte der kluge Kaiser den Versuch, als Chef der abess[inischen]. Abordnung durch eine geschickte Rede u. unter Ausnutzung der Sympathien, die er bei allen Gegnern autoritärer Regierungssysteme besitzt, für die abbess[inische]. Sache herauszuholen, was möglich war. Er wies darauf hin, dass das Schicksal aller kleinen Staaten heute in den Händen der Grossmächte liege. Das Beispiel Aethiopiens zeige, wie gefährdet die Selbstständigkeit [sic!] **dieser kleinen Staaten sei, wenn der Völkerbund nicht funktioniere. Er, der Negus habe im Verlauf des Feldzuges mehrmals auf geheimen Wegen zu ihm gekommene günstige Friedensange-**

bote Italiens abgelehnt, weil er die politische Beilegung dieses Konfliktes als eine Sache des Völkerbundes betrachtet hätte. Nach wie vor sei er der rechtmässige Herrscher Abessiniens und der Krieg um die Freiheit seines Landes werde fortgesetzt. Die Pressemeldungen über Aufstände u. Attentate in Abess[inien]. wollen nicht aufhören. Zwar werden sie immer wieder von ital[ienischer]. Seite dementiert. Jetzt muss aber ein Ueberfall auf drei ital[ienische]. Flugzeuge in Lekemti zugegeben werden, bei dem drei Piloten, zwei Hauptleute, ein Feldwebel, ein Leutnant, ein Vizefeldwebel, 3 Motoristen, 2 eingeborene Dolmetscher u. ein Missionar die Opfer waren. Besonders wird der Tod des Piloten Locatelli beklagt, der sich schon im Weltkrieg hervorgetan hat. Der Negus hat erklärt, zur Fortführung des Krieges benötige er 10 Millio[nen]. Pfund Sterling. Ras Nasibu hat in einer Note eine Entschliessung an den Völkerbund eingereicht, in der den Regierungen empfohlen wird, dem Kaiser eine Anleihe in dieser Höhe zu gewähren. Ergebnis: 23 Nein, 1 Ja (A.) und 25 Enthaltungen, also abgelehnt. Eine abess[inische]. Entschliessung auf Nichtanerkennung der Okkupation wurde nicht zur Abstimmung gebracht. Italien wird sich nun wohl auf einen Kleinkrieg gefasst machen müssen. Bei Beginn der Rede des Negus hatten 8 ital[ienische]. Journalisten gepfiffen u. wurden von der erregten Versammlung beschimpft u. verhaftet. Der radikale Polizeichef Nicole u. der ganze Völkerbund wurden wegen dieser offenen Parteinahme für den „elenden Sklavenhalter u. feigen Flüchtling Tafari“ in den ital[ienischen]. Blättern scharf angegriffen. „Das Mass ist voll“ schrieben mehrere Zeitungen. Trotzdem kann man sagen, dieser erste Vorstoss dieses „Herrn Tafari“ war nicht ohne Erfolg. Fast alle Vertreter kleiner Staaten knüpften an die oben zitierte Argumentation des Kaisers an. Während der litauische Aussenminister Losoraitis an die Wegnahme des Wilnaer Gebietes durch die Polen erinnerte, klagte der Chinese Wellington Koo über das Versagen des Völkerbundes im mandschurischen Konflikt.

Die Ja-Stimme kam von der abessinischen Delegation

Der bürgerliche Name von Kaiser Haile Selassie lautete Tafari Makonnen

Éamon de Valera (1882-1972), irischer Ministerpräsident und Präsident

Am bemerkenswertesten war die Anklage des Iren de Valera: „Gibt es einen einzigen Vertreter hier, der es leugnen könnte, dass nicht jeder Satz in der Rede des Negus vollkommen ist? Ist eine kleine Nation hier, die nicht die Warnung empfindet, dass das Schicksal Äthiopiens morgen nicht das ihrige sein könnte. Wenn die europäischen Grossmächte sich doch jetzt vereinigen möchten, um die Friedenskonferenz zu bilden, die sie doch bilden müssen, nachdem Europa noch einmal durch Blut gewatet sein wird. Wenn die Grossmächte doch voran machten, dann würden die Opfer, die jetzt gebracht werden müssten, nur ein Bruchteil der Opfer darstellen, die jede von ihnen bringen müsste, wenn der Krieg ausbräche. Der Ire glaubt an einen kommenden europäischen Krieg u. fordert, ihn zu verhindern, die Zurechtweisung Italiens mit Waffengewalt.

Eine wahrhaft bewegende Rede mit einer Kennzeichnung der Wirklichkeit schrieb die „K[ölnische].Z[eitung].“. Nur der Vertreter Oesterreichs stellte sich von den kleinen Staaten an die Seite Italiens. Jedoch der durch den siegreichen Krieg errungene Machtzuwachs ist entscheidend u. wiege darum weit schwerer, als der Verlust auf

2.

dem moralischen Terrain. Besonders Frankreich setzt jetzt alles daran die Beziehungen zur „lateinischen Schwester“ wieder zu bessern. Die franz[ösischen]. Anstrengungen werden diktiert von der Sorge, Italien könne aus der Stresafront ausbrechen. Im Dezember hatten die Franzosen sich verpflichtet, im Falle eines italienischen Angriffes, England zu helfen. Jetzt betont die franz[ösische]. Presse, dass mit dem Falle der Sanktionen diese Unterstützung automatisch wegfalle. Die Sowjet-Union hatte schon während des Krieges den Engländern empfohlen, auf Italien nicht zu stark mit Sanktionen zu drücken, damit das Land die Kraft behalte, seinen Wachtposten am Brenner auszuüben. Dass diese Sorge der russischen Reg[ierung]. unbegründet ist, zeigt folgende Er-

klärung der Reichsregierung:

> **1. Im Sinne der Feststellungen des Führers und Reichskanzlers vom 21. Mai 1935 anerkennt die deutsche Reg[ierung]. die volle Souveränität des Bundesstaates Oesterreich.**
>
> **2. Jede der beiden Reg[ierung]. betrachtet die in dem anderen Land bestehende innerpolit[ische]. Gestaltung, einschliesslich der Frage des öst[e]r[reichischen]. Nationalsozialismus, als eine innere Angelegenheit des anderen Landes, auf die sie weder mittelbar noch unmittelbar Einwirkung nehmen wird.**
>
> **3. Die. Öst[e]r[reichische]. Bundes-Reg[ierung]. wird ihre Politik im allgemeinen, wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reich stets auf jener grundsätzlichen Linie halten, die der Tatsache, dass Oesterreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht. Hierdurch werden die Römerprotokolle von 1934 u. deren Zusätze von 1936 sowie die Stellung Oesterreichs zu Italien u. Ungarn als den Partnern dieser Protokolle nicht berührt.**

In der Erwägung, dass die von beiden Seiten gewünschte Entspannung sich nur verwirklichen lassen wird, wenn dazu gewisse Vorbedingungen von Seiten der Regierung beider Länder erstellt werden, wird die Reichs-Reg[ierung]. sowohl wie die österr[eichische]. Bundes-Reg[ierung]. in einer Reihe von Einzelmassnahmen die hierzu notwendigen Voraussetzungen schaffen.

Das Echo in der Weltpresse war ungeheuer. Besonders in Italien war man sehr befriedigt u. sprach von sprach von [sic!] **einer Entspannung der europäischen Lage. Die Remilitarisierung der Rheinlande hatte seinerzeit die Türkei zum Anlass genommen um nun auch ~~ihrerseits~~ für sich das Recht in Anspruch zu nehmen, die Befestigung der Dardanellen zu fordern. Da in der Türkei der franz[ösische]. Einfluss ausschlag-**

gebend ist, bleibt jeder Kommentar überflüssig. Dass die Russen das Projekt mit besonderer Wärme befürworten ist auch nicht nur durch das seit 15 Jahren bestehende freundnachbarliche Verhältnis zu erklären. Diese Leute machen seit Jahr u. Tag franz[ösische]. Politik u. so ist auch der engl[isch].-russ[ische]. Gegensatz, der sich in dieser Frage auf der seit 14 Tagen in Montreux tagenden Meerengenkonferenz gezeigt hat, mehr ein engl[isch].-französischer. Die K[ölnische]. Z[eitung]. druckte die wichtigsten Stellen eines Leitartikels der Times zu dieser Frage ab. Durch diese Ausführungen erhält man nochmals einen Einblick in die ungeheure militärische Macht dieses Landes. „Einer aktiven Armee von 1 Million stehe die stärkste Luftwaffe der Welt zur Seite. Die Reserven an Menschenmaterial seien sprichwörtlich unerschöpflich. Die natürlichen Hilfsquellen könnten nur mit seiner ganzen Grösse gemessen werden, u. seine sibirischen u. asiatischen Besitzungen würden zum ersten Mal wissenschaftlich im Interesse des Staates entwickelt. Man glaube, dass Russland 2/3 der unerschlossenen Goldreserven der Welt besitze. Die erst jüngst erfolgte Rückkehr einer prosperity habe zwar die diktatorische Natur des Räteregimes nicht verändert, habe es aber in seiner Konzeption äusserst biegsam gemacht. Zugeständnisse u. Kompromisse hätten ein kommunistisches Experiment beinahe in eine Nachahmung des Staatssozialismus umgewandelt. Lenin müsse sich mehr als einmal in seinem Glassarg umgedreht haben ... Mit der Ratifizierung des franz[ösisch].-russ[ischen]. Paktes habe Russland zum ersten Male eine wichtige Rolle in dem Drama der europäischen Politik gespielt, aber es habe in der Kulisse gespielt, habe sich weder den Zuschauern noch den Kritikern zur Schau gestellt. Es sei wie ein Nilpferd unter Wasser geblieben u. habe, indem es nur die Augen u. die Schnauze gezeigt habe, umso stärker ausgesehen. … Der Grund dafür sei dass es sich in der Defensive befinde ... In den Jahren 1931 u 32 hätten die Japaner Wladiwostok u. die ganze Küstenprovinz nehmen können. Wenn es heute zum Kriege kommen [würde,] **würde es schwer für die Japaner sein, die Mandschu-**

rei zu halten ... Alles deute zurzeit auf ein steigendes Anwachsen der inneren Stärke u. des äusseren Prestiges hin, die Russland bald einen beherrschenden Platz in dem uneinigen Europa gebe u. im fernen Osten eine Stellung verschaffe, die schliesslich diejenige Japans überschatten werde. In Ländern wie Spanien u. den südamerikan[ischen]. Republiken, wo die Sowjet-Union keine diplomatischen Ambitionen verfolge, habe die Komintern freie Hand. In Frankreich dagegen führten die russ[ischen]. Parteiagenten Wunderdinge an Kasuistik auf bei einem Versuch, den Eifer der örtlichen kommu-

nistischen Führer, ohne ihn zu dämpfen, von Handlungen abzuhalten, die Russland bei seinen neuen Verbündeten kompromittieren würden. Das zaristische Russland hat immer das Bestreben gehabt, sich auszudehnen u. man dürfe nicht die, wenn auch entfernte Möglichkeit ausser Acht lassen dass die unendlich anpassungsfähigen Bolschewiken aus ihren ursprünglichen Missionsbestrebungen eine neue Technik des Imperalismus herausentwickelnen.“ Soweit die K[ölnische]. Z[eitung]. vom 9.7.

Tatsächlich könnte man bei Beobachtung der franz[ösischen]. Ereignisse sagen, sie hat recht. Im Anschluss an die Ratifizierung des franz[ösisch].-russ[ischen]. Paktes haben die franz[ösischen] Wahlen ja einen gewaltigen Linksruck gebracht. Die eingebildete Angst vor der „deutschen Gefahr“ hat die breite Masse der franz[ösischen] Arbeiter u. Kleinbürger den Linksparteien als den Machern dieses Paktes in die Armee getrieben. Die Arbeiter haben diese für sie vorteilhafte Mentalität der unteren Klassen ausgenutzt, um für sich etwas herauszuholen. Eine gewaltige Welle von Streiks ging über das ganze Land. Heute sind noch 200 000 Streikende in Frankreich, obwohl die Flut schon in rückläufiger Bewegung ist. Es wurde zu weit führen, wenn ich diese Kämpfe alle aufführen wollte. Generalstreiks sind fast allen grösseren Stadten gewesen. Das Bemerkenswerteste an diesen Streiks ist die

Besetzung der Betriebe. Die Zeitungen heben hervor wie durch diese Massnahmen die Regierung in ernste Schwierigkeiten gekommen ist. Leon Blum hat erklärt, dass die Besetzung der Betriebe ungesetzlich sei, aber die Regierung werde keine Machtmittel zur Durchsetzung ihres Willens anwenden. Dies steht in Widerspruch zu den Aeusserungen des Innenministers Salengro, der erklärte, die Reg[ierung]. habe zwischen Ordnung u. Anarchie zu wählen. Das war Anfang Juni zu Beginn der Streikwelle. Vor einigen Tagen aber wurde Salengro von einem Abgeordneten der Rechten in die Enge getrieben. Auf die Frage hin, ob die Reg[ierung]. weiterhin die Besetzung der Betriebe dulden werde, gab er die Antwort: „[Die] **Reg[ierung]. wird für Ordnung sorgen.“ darauf der andere „der Minister möge keine ausweichenden Redensarten machen, sondern konkret antworten, ob die Reg[ierung]. die Besetzung der Betriebe in Zukunft ruhig hinnehmen werde.“ Salengro antwortete „Nein, die Reg[ierung]. wird handeln.“**

Der Streik ist spontan ausgebrochen. Alle, auch die Kommunisten wurden von dem Streik überrascht. Sowohl die beiden Arbeiterparteien wie auch die Gewerkschaften wurden von den Massen förmlich überflutet. Die Erfolge der Streikenden sind sehr gross. Die Spontanität, der durch die Sympathie der gesamten unteren Schichten und der gleichzeitigen Schwäche der Reg[ierung]. gegebene Zustand verlieh der Bewegung eine gewaltige Stosskraft. Die total verängstigten Unternehmer liessen die Betriebsbesetzungen ruhig geschehen u. gaben den Forderungen der Streikenden überall nach. Ende Mai hatte die Arbeiterschaft der Metall-, Automobil- u. Flugzeug-Industrie mit der Forderung: 40 Stundenwoche, bezahlte Ferien, Lohnerhöhungen u. vor allem Einführung kollektiver Arbeitsverträge mit allgemeinen Lohntarifen den Kampf begonnen. Später kam noch die Forderung nach Betriebsvertretern hinzu. Alle diese Dinge stehen im Programm der Volksfront, auf das der Ministerpräsident feierlich geschworen hat. Der Höhepunkt war in der zweiten Juniwoche. Unter dem geschlossenen Druck fast der gesamten Industrie-Arbeiterschaft

wurde am 9.6. zwischen den Gewerkschaften, die ihre Mitgliedschaft verdoppelt hatten, u. den Unternehmern ein Normalvertrag abgeschlossen. Der Inhalt dieses Vertrages lässt sich kurz zusammenfassen: Die Arbeiterschaft erhält vertraglich das Koalitionsrecht. Die Löhne werden um 7-15 % erhöht und zwar kommt die stärkste Erhöhung den kleinen Löhnen zu Gute. In keinem der Betriebe darf das Gesamtniveau der Löhne mehr als 12 % steigen. 40 Stundenwoche und Ferien sollen durch Gesetz geregelt werden.

Natürlich weisen jetzt die Unternehmer auf die starke Belastung, welche der franz. Wirtschaft als Folge des Streiks erwachsen wird, hin. Und schon schreiben die Zeitungen, dass für Blum jetzt das Problem der Preiserhöhungen steht. Die Reg[ierung]. will keine Abwälzung der sozialen Lasten auf die Konsumenten in Form von Preiserhöhungen. Obwohl sie es nicht an Warnungen an die Adresse der Produzenten fehlen lasst, steigen die Preise ständig. Die ständige Angst Blums sich das Vertrauen der Massen zu verscherzen, ist berechtigt. Wenn die Reg[ierung]. keine Preiserhöhung will, bleibt letzthin nur noch der Ausweg der Abwertung des Franken. Ausser den Kommunisten gibt es auch im Lande keine Gegner der Devaluation. Diesen Leuten fehlen aber Persönlichkeiten von dem Format um im Lande eine Rolle zu spielen. Anders ist der Ausspruch Blums auf dem Pfingstkongress der Sozialisten: „Ich will kein Kerenski sein, denn wenn ich scheitern würde, in Frankreich würde mir kein Lenin folgen!“ wohl nicht zu verstehen. Wenn in den Renaultwerken Flugblätter dem kommunistischen Abgeordneten des Stadtviertels den Vorwurf der Verrats machten, so mag das vielleicht auf Konkurrenzneid irgendwelcher Syndikalisten zurückzuführen sein. Wenn aber Thorez, der wie der „W.B.“ vom 12.7. schreibt, immer mehr an Stelle des alternden Cachin der eigentliche Parteiführer wird, in einer Rede die Streiks als eine Schwächung der Wehrkraft Frankreichs bezeichnet, so kann man doch von einer wachsenden staatspolitischen Einsicht der Kommunisten sprechen. Die Bewegung dauert noch immer an.

Der WB (Westdeutsche Beobachter) war das Publikationsorgan der NSDAP im Bezirk Köln-Aachen

4.

In diesen gärenden Hexenkessel fiel nun das Nationalfest am 14. Juli. Morgens bei der Parade vor dem Präsidenten der Republik waren die Franzosen genau so begeistert wie nachmittags bei der Volksfrontdemonstration. Es sollen an zwei Umzügen 400 000 Menschen teilgenommen haben. Ausser den Arbeiterparteien, den Gewerkschaften, der der soz[ialistischen]. u. komm[unistischen]. Jugend u. den Vertretern kultureller u. antifasch[istischer]. Vereinigungen sah man auch rote Falken.

Inzwischen sind Verhandlungen im Gange um das Zustandekommen einer Konferenz der Restlocarnomächte, die aber noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Für die engl[ische]. Reg[ierung]. besteht die dringendste Frage darin, zu entscheiden, ob die Brüsseler Konferenz in der Art u. Weise, wie es die Franzosen wünschen nämlich als eine auf England, Frankreich u. Belgien beschränkte Konferenz abgehalten werden soll oder nicht. Die Mehrheit der engl[ischen]. Minister lehnt eine Konferenz ohne Italien u. Deutschland ab. Von franz[ösischer]. Seite wird auf London ein starker Druck ausgeübt, die Konferenz auf jeden Fall abzuhalten u. es wird darauf hingewiesen, dass die franz[ösische]. Reg[ierung]. bei den Londoner Locarnobesprechungen zu grossen Zugeständnissen veranlasst worden sei durch die erneuerten engl[ischen]. Bürgschaften, wie sie in dem Abkommen vom 19. März enthalten seien. Die engl[ische]. Reg[ierung]. scheint eine Lösung der Frage auf dem Wege eines Kompromisses zu suchen. Der Vorschlag geht dahin, dass England Frankreich u. Belgien in einer Erklärung ihre Hoffnungen für die Konferenz ausdrücken, nämlich 1. dass ein Pakt gegenseitigen Beistands in Westeuropa beraten werde, u. 2. dass Deutschland in den Völkerbund zurückkehre. Diesen Vorschlag haben die Franzosen insofern zu entkräften versucht, als sie eine solche Erklärung der vorbereitenden Konferenz, d.h. der engl[isch].-franz[ösisch].-belg[ischen]. Konferenz, vor der Hinzuziehung

Deutschlands übertragen wolle. Sollte keine Kompromisslösung zustande kommen die die sofortige Teilnahme Deutschlands ermöglicht, von der Italien seinerseits seine Beteiligung abhängig gemacht hat, so ist sicher, dass England auf eine Vertagung der Konferenz ohne Angabe eines neuen Zeitpunktes des Zusammentreffens drängen wird. Eden teilte heute Nachmittag im Unterhaus mit, dass die Zurückziehung bestimmter Einheiten aus dem Mittelmeer in keiner Verbindung mit den einseitigen u. vorläufigen Versicherungen eines gegenseitigen Beistandes stehe, die England gewissen Mittelmeermächten – Jugoslawien, Griechenland u. der Türkei – gegeben habe. Was Frankreich angehe, so betrachte die franz[ösische]. Reg[ierung]. die zwischen England u. Frankreich vereinbarten gegenseitigen Versicherungen mit Beendigung der Sanktionen als erledigt. Auf die Frage, ob die anderen Verpflichtungen weiterhin in Kraft blieben, antwortete Eden, die Lage bleibe, wie er sie in seiner Rede am 18.7. dargelegt habe. Damals erklärte der Minister, dass die diesen Ländern gegebenen Versicherungen für die Zeit der Ungewissheit, die nach der Beendigung der Sanktionen folgen müsse, weiterhin bestehen bleiben sollen. Mit dieser Erklärung ist eine Teilnahme Italiens an der Brüsseler Konferenz, deren Schicksal sich noch immer in der Schwebe befindet, ausgeschlossen. Mussolini hat den Standpunkt, dass Italien bei einem Fortbestand der engl[ischen]. Bürgschaft nicht nach Brüssel gehen werde, in einer Unterredung, die er mit dem amerik[anischen]. Journalisten Knickerbocker hatte, nochmals unterstrichen. In dieser Unterredung teilt Mussolini ferner mit, dass er auf Grund der Zurückziehung eines wesentlichen Teils der brit[ischen]. Flotte ans dem Mittelmeer sobald als möglich eine gewisse Zahl von Divisionen aus Libyen zurückziehen werde. Inzwischen hat Mussolini Befehl gegeben drei Divisionen aus Libyen zurückzuziehen.

Auf der Meerengenkonferenz in Montreux ist am Mittwoch eine vollständige Einigung zustande gekommen. Es wurde ein neuer Text ausgearbeitet (für Art. 16.) der von der

engl[ischen]., franz[ösischen]., den rätebündischen u. der griechischen Abordnung bereits vorbehaltslos angenommen [wurde]**. Dieser Text besagt im wesentlichen, dass in Kriegszeiten bei Neutralität der Türkei die Meerengen für Kriegsschiffe aller Nichtuferstaaten des Schwarzen Meeres geschlossen werden. Ausgenommen sind die Schiffe, die zur Durchführung von Hilfeleistungsverpflichtungen, die sich für Mitgliedsstaaten des Völkerbundes aus dem Völkerbundpakt ergeben, ins Schwarze Meer einlaufen wollen**

José Calvo Sotelo (1893-1936), Mitglied der monarchistischen Renovación Española. Seine Ermordung lieferte den Anlass für den Militärputsch vom 17. Juli 1936, mit dem der Spanische Bürgerkrieg begann

In Japan wurden 15 von den zum Tode verurteilten Führern der Februar-Revolte hingerichtet.

In Spanien wurde der Faschistenführer Calvo Sotelo ermordet. Eine Folge davon sind wieder grössere Unruhen und verschiedene Rachemorde.

In Addis Abeba tagte das Sondergericht, durch das drei Eingeborne zum Tode verurteilt wurden. Das Urteil wurde sofort vollstreckt. Sie hatten Waffen zur Fortsetzung des Kampfes gegen die Italiener gekauft. Jetzt sollen alle Verhandlungen u. Hinrichtungen öffentlich vollzogen werden. Zum abschreckenden Beispiel.

48 Anna Sander an Erich Sander 10-14.8.1936

– 1 –

Die Fülle der Ereignisse ist so reichhaltig, dass ich nur dann alles berichten könnte, wenn ich jedesmal 20 Seiten vollgeschrieben hätte. So muss ich manches nachholen, was schon nicht mehr ganz neu ist. Das Dichterwort: „Greift nur hinein ins volle Menschenleben ... wo ihr's packt, da ist es interessant" gilt heute mehr denn je. Spanien, Frankreich, Belgien, Griechenland, Palästina, Polen u. China sind die Länder über die je ein Bericht notwendig wäre, wollte man die dortigen Begebenheiten in ihrer ganzen Bedeutung erfassen u. behandeln. So kann man das aber nur stichwortartig machen.

In Palästina ist es zu einem offenen Krieg gegen die Staatsgewalt, zu Ueberfällen auf Juden u. Sabotageakten an jüdischen Besitz gekommen. Den Höhepunkt dieser Bewegung hatten wir Mitte Juni, wo in Palästina Belagerungszustand herrschte. Gewaltige Streiks legten den Betrieb in den grossen Hafenstädten lahm. Die Ausladung jüdischer Einwanderer wurde abgelehnt. Um diese Zeit ging im Lande alles drunter u. drüber. Jüdische Passanten, Automobilisten u.s.w. waren auf den Chausseen ihres Lebens nicht mehr sicher. Militär u. Panzerwagen jagten durch die Städte. Jedoch hat sich die britische Reg[ierung]. ganz als Herr der Lage erwiesen.

Die Araber forderten die Einstellung der jüdischen Einwanderung die von Jahr zu Jahr stärker wird. Sie stützen sich bei dieser Forderung auf einen Vertrag, den der Araber König Feisal im Jahre 1919 mit dem Zionistenführer Prof. Weitzmann abgeschlossen hatte. Da bei alledem auch der schon sagenhafte Oberst Lawrence (der im vorigen Jahr bei einem Motorradunfall ums Leben kam) seine Hand im Spiele hatte, ist die Sache noch älteren Datums. Als die Türken zugunsten der Centralmächte in den Weltkrieg eingriffen, hat bekanntlich jener Oberst die Araber gegen die Türken mit grossem Erfolg in Marsch gebracht. Dies war allerdings nur zu erreichen,

durch das Versprechen, ein gross-arabisches Reich zu schaffen. Dieses Versprechen wurde in der sogenannten Balfour-Deklaration niedergelegt. Als Gegenleistung gelobten die Araber der jüdischen Einwanderung keine Hindernisse in den Weg zu legen. In einer Fussnote des Vertrages machte aber Feisal die Bedingung: Inkrafttreten dieser arabischen Toleranz erst nach der Konstitution Gross-Arabiens. In der engl[ischen]. Übersetzung soll Lawrence nun diese Fussnote bis zur Sinnentstellung abgeschwächt haben. Jedenfalls fühlen sich die Araber mit Recht betrogen, denn aus dem Gross-Arabien ist nichts geworden, u. die moderne Produktionsweise der jüdischen Einwanderer bringt eine Konkurrenz, bei der die Araber nicht mitkommen. Die Engländer haben sich ganz auf die Seite der Juden gestellt. Man kann sich ja denken, wenn hier durch den blinden Eifer besonders der jüngeren Zionisten im Aktionsradius der Nilpolitik ein neuer Vasallenstaat modernster Qualität heranwächst, so ist für John Bull die Wahl nicht schwer. Durch die jüdische Siedlung wurde das Land kultiviert u. mit einem erstklassigen Strassennetz versehen. Gewinnbringende Orangenzucht ist jetzt dort, wo früher Wüste war. In den Städten hat sich eine hoffnungsvolle Industrie entwickelt. Und hier haben die Juden den ersten Fehler gemacht. Sie haben die Aufnahme arabischer Arbeiter in ihre Gewerkschaften verweigert. Durch diese falsche lohnpolitische Einstellung wurden diese arabischen Proletarier in die Arme der arabischen Feudalherren getrieben, denen die Industrialisierung des Landes ein Dorn im Auge ist. Die jüdischen Löhne sind 5 x höher als die arabischen und durch die Wirkung der hohen Industriearbeiterlöhne fingen auch die Löhne der Araber an schon langsam zu steigen. So geht denn auch diese panarabische Opposition hauptsächlich von den feudalen Grundherren aus. Die Arbeiter bilden die Massenkraft u werden zum Schaden ihrer eigenen Interessen eingesetzt.

John Bull ist eine Versinnbildlichung Großbritanniens, die auf eine Karikatur von 1712 zurückgeht

Wie die Zeitungen schreiben haben die Engländer jetzt den Plan, das Land in jüdische u. arabische Kantone einzuteilen.

Die Araber werden mit diesem Kompromiss nicht einverstanden sein. Inwieweit ital[ienische]. Gelder als Oel in diesem Feuer gebrannt haben weiss man nicht. Engl[ische]. Zeitungen haben die Vermutung ausgesprochen. Wie gesagt, wenn die Juden statt der nationalen Abgeschlossenheit das Band der sozialen Solidarität mit den arabischen Arbeitern knüpfen würden, so hätten die Feudalen die Massen bald

verloren u. mit dem Freiheitskampf wäre es bald aus.

Die Franzosen haben Syrien für unabhängig erklärt. Sie treffen damit eine Massnahme, wie sie England durch den Vertrag mit Irak realisiert haben. Dass dies der panarabischen Bewegung einen kolossalen Auftrieb geben wird ist klar. Dieses schäbige Syrien ist übrigens das einzige, was die Franzosen im nahen Osten als Kriegsbeute heimbringen. Das Land hat weder wirtschaftl. noch strategisch besonderen Wert. Frankreich hat dort zuerst den Araberkönig Faisal mit Waffengewalt hinauswerfen müssen u. hatte hinterher eine Reihe blutiger Aufstände.

Am 3. Oktober 1932 entließ Großbritannien das Mandatsgebiet Mesopotamien in die Unabhängigkeit.

Genau das Gegenteil haben die Italiener in Abessinien vor. Durch die Anlage eines grossen Strassennetzes soll das Land der Grosssiedlung zugänglich gemacht werden. Dazu gehört aber vor allem Geld – viel Geld u. Zeit, sowie Ruhe im Mittelmeer. Dies zu erhalten wird wohl Mussolinis nächste Sorge sein. Wichtige personelle Veränderungen sind wohl als Vorarbeit in diesem Sinne zu werten. Marschall Badoglio hat sein Amt als Vizekönig von Abessinien niedergelegt. Begründung: Damit er sein ~~Amt~~ […]higkeit als Chef des allgemeinen Generalstabs unverzüglich aufnehmen könne. An seine Stelle trat Marschall Graziani als Vizekönig. Mussolini selbst hat ~~wieder~~ mehrere Ministerien wieder abgegehen. Der wichtigste Mann im Aussenministerium Staatssekretär Suvich ist zurückgetreten. Graf Ciano der Schwiegersohn Mussolinis, ist Aussenminister geworden. An die Stelle Suvichs trat Bastiani, bisher

Botschafter in Warschau. Baron Aloisi, Italiens Vertreter beim Völkerbund, ist auch zurückgetreten.

In Polen scheint die innerpolitische Spannung einen hohen Grad erreicht zu haben. Im Dezember vorigen Jahres berichtete die Frankf[urter]. Z[ei]t[un]g schon von einem Parteitag der oppositionellen Bauernpartei. Auf diesem Kongress wurde die Enteignung des Grossgrundbesitzes verlangt u. für den Anschluss der Partei an die zweite sozialistische Internationale in Amsterdam plädiert. Aussenpolitisch verlangten die Bauern einen Kurs der los von Berlin sich nach Moskau orientiere. Die Frankfurter [Zeitung] **schrieb damals, diese Partei habe auf dem flachen Lande u. dort leben 2/3 der Einwoh[ner] Polens den ausschlaggebenden Einfluss. Im Zusammenhang damit ist es durchaus glaubhaft, wenn berichtet wird, dass man sich in polnischen Regierungskreisen mit dem Plane einer Lockerung des autoritären Regierungssystems trage.**

Jetzt bringt die „K[ölnische]. Z[ei]t[un]g" vom 18. [Juni] **(die Nachricht von einem Barrikadenkampf im Kaunas. Beim Begräbnis eines Arbeiters war es zu blutigen Zusammenstössen mit der Polizei gekommen. Darauf legten am folgenden Tage die Arbeiter sämtlicher privater Betriebe von Kaunas die Arbeit für 24 Std. nieder. In der Innenstadt kam nur es zu Zusammenrottungen der Streikenden, die aus Gartenbänken u. Müllkästen Barrikaden machten u. so den ganzen Verkehr unterbanden. Der Autobusverkehr, zunächst durch Nebenstrassen umgeleitet, musste nachher ganz eingestellt werden. Die Polizei ging mit Maschinengewehren, Karabinern u. Gummiknüppel vor. Am Neubau des Offizierskasinos bewarfen die Streikenden die Polizei mit Steinen. Die Polizei nahm ständig Verhaftungen von Rädelsführern vor. Gegen Mittag war es ihr geglückt, die Hauptstrassen zu räumen, doch hörte man gegen 15 Uhr immer noch Schiessereien. Die Menge rottete sich immer wieder in den Nebenstrassen zusammen. Bei den Ausschreitungen handelt es sich offensichtlich um kommunistische Einflüsse.**

Dass ein Land mit solch starken inneren Hemmungen versucht, dieselben durch aussenpolitische Attacken aufzuheben, ist nicht verwunderlich. Obwohl noch kürzlich in Genf Senatspräsident Greiser die Regelung der polnisch-deutschen Beziehungen durch Hitler u. Pilsudsky als vorbildlich dahinstellt, scheint den Polen an diesem Kompliment wenig zu liegen. Wenn nicht alles täuscht, tritt jetzt Polens Kampf um Danzig in sein entscheidendes Stadium. Sehr interessant ist in dieser Sache ein Abkommen von 5 Punkten, das als Ergebnis von Verhandlungen zwischen Greiser und dem diplom[atischen]. Vertreter Polens Du Papee veröffentlicht wurde. Sie lauten:

Arthur Greiser (1897-1946), 1934-39 Senatspräsident der Freien Danzig

Kazimierz Papée (1889-1979), 1932-36 Generalkommissar der Freien Stadt Danzig

– 3 –

1. Die aussenpolitische Lage der freien Stadt bleibt unberührt.

2. Polen ist kein grundsätzlicher Gegner einer Revision derjenigen Bestimmungen des Danzigstatuts, die sich auf die Garantie der Danziger Verfassung durch die Völkerbundsinstanzen beziehen.

3. Polen als Vertragspartner Danzigs verlangt jedoch an Stelle derjenigen Garantien, die durch den Völkerbund nicht mehr genommen werden sollen, neue u. erweiterte Garantien für sich selbst.

4. Polen wünscht die Verhandlungen mit Danzig hierüber unmittelbar zu führen. Polen behält sich vor, das Ergebnis dieser Verhandlungen im Rahmen des Völkerbundes behandeln zu lassen.

Laut „Fr[ank]f[ur]t[er]. Z[ei]t[un]g“ werden in der polni[schen]. Z[ei]t[un]g „Illustrawanny“ Kurjer Codzienny jetzt Mitteilungen gemacht über die Absichten, die man bei einer Revision des Danziger Statuts hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Bindungen der freien Stadt mit den Genfer Instanzen hegt. Es heisst da, dass man im Interesse einer Vereinfachung der be-

Ilustrowany Kuryer Codzienny war 1910-39 eine Krakauer Tageszeitung

Genf = Sitz des Völkerbundes

stehenden Probleme über diese oder jene Frage der Abhängigkeit der freien Stadt von Genf diskutieren könne u. zwar mit dem Ziel, dass Polen immer mehr der Mandator des Völkerbundes in Danzig werde. Diese Forderung wird mit dem Hinweis begründet, dass am Ende Polen u. nicht der Völkerbund Danzig zu schützen habe. Aber diese Vereinfachung des Verfahrens, so heisst es weiter bedeute durchaus nicht das Ende der gegenwärtigen ganzen Danziger Struktur, die zum Status quo Europas gehöre. Die Frage Danzig liege vielmehr gleichsam doppelt in den Händen Polens, da Polen einerseits als poln[ischen]. Staat gegenüber Danzig u. anderseits als Mandatar des Völkerbundes gegenüber dem Reich auftrete. In diesen Plänen sei auch mit einer befürwortenden Haltung Englands zu rechnen, da das Ausspielen der Danziger Frage im Interesse gewisser pol[itischer]. Männer Englands liege.

Am 17.7. fand auf dem alten Markt in Warschau eine Kundgebung statt. Veranstalter: See- u. Kolonialliga. Die Kundgebung stand unter der Parole: endgültige Festigung der historischen Rechte Polens in Danzig; Festigung der Sicherheitsgarantie; Stützung eines durch nichts gehinderten Handels durch den Danziger Hafen. Der Grundgedanke der riesigen Kundgebung war der Ausdruck, dass jede Revision des gegenwärtigen Danzig-Statuts nur in der Richtung einer Erweiterung der Rechte Polens in Danzig gehen könne. Seitdem haben sich diese Kundgebungen fortgesetzt u. der Senatspräsident Greiser nahm Gelegenheit dem poln[ischen]. Vertreter Papee seine Besorgnis auszudrücken. Amtlich wurde zu dieser Besprechung vom 22.7. mitgeteilt, dass Präsident Greiser gegen die von der poln[ischen]. See- u. Kolonialliga veranstalteten Demonstrationen Einspruch erhob. Auf Grund von Aeusserungen, die Minister Papee hierzu machte, konnte Greiser am Schluss der Unterhaltung die Erklärung abgeben, dass er die Kundgebungen nicht als eine Störung der guten Beziehungen zwischen Danzig u. Polen auffasse. Die Kundgebung auf dem altem Markt in Warschau verlief, wie die Deutsche Rundschau in Posen meldet in einer Atmosphäre, die eine äusserst hohe

Temperatur verriet. Der Hauptredner Tankienicz sprach in der vorbereitenden Sitzung des Vorstandes der Warschauer See- u. Kolonialliga von einem offensiven Charakter der Kundgebung, um zu schliessen: „Wir sind als Nation bewusst genug um die Erweiterung unserer Rechte in Danzig zu verlangen, um die Forderung aufzustellen, dass Danzig ein integraler Bestandteil der poln[ischen] Republik werde. Ohne die beiden Häfen Gdingen u. Danzig können wir uns den pol[nischen]. Staat nicht denken.“ Auf der Kundgebung selbst genügte ihm diese Formulierung nicht mehr, er betonte, dass aber in Zukunft auch zwei Häfen den Bedürfnissen Polens nicht genügen könnten“. Die Lodzer „Freie Presse“ weiss zu berichten, dass der Vertreter der Föderation der Verbände der poln[ischen]. Frontkämpfer auf der gleichen Kundgebung die Bereitschaft betonte, „in Reih u. Glied anzutreten u. dorthin zu gehen, wo es **nötig sein wird, um noch einmal mit unserem Blute unsere Rechte auf den freien Zugang zum Meer auf dem Gebiete der freien Stadt Danzig zu beweisen.“**

Aehnliche Kundgebungen fanden in Krakau, Zakogana [Zakopane?]**, Lublin u. Thorn statt. In Kattowitz wurden Rufe laut: „Es lebe die Republik Polen mit dem poln[ischen]. Danzig.“ Die Massen erwiesen sich als mit der Richtung der poln[ischen]. Aussenpolitik wenig vertraut“, schreibt die Deutsche** Rundschau

– 4 –

In Danzig selbst sah sich die Reg[ierung]. gezwungen, neue Bestimmungen zu erlassen. Die wichtigsten polizeilichen Verfügungen politischer Art unterliegen nicht mehr der gerichtlichen Nachprüfungen. Davon werden betroffen: Vereinsrecht, Presserecht, Waffenbesitz u. Schutzhaft. Die zulässige Höchstdauer der letzteren wird von 3 Wochen an [auf] **3 Monate erhöht. Verboten wurde die Danziger Volksz[ei]t[un]g. (Zentrum) 6 Monate u. die jüd[ische]. Wochenschrift „Danz[iger]. Echo“ auf 10 Mon.**

Am 15.8. vor 15 Jahren siegten die Polen über die vor den Toren Warschaus stehende Rote Armee. Die Oppositionsparteien planen an diesem Tage Kundgebungen, die zu einem Druck auf die Reg[ierung]. ausgenutzt werden sollen. Die Aufrufe der Oppositionsparteien wurden jedoch von der Reg[ierung]. beschlagnahmt, darunter auch der Aufruf des nationaldemokratischen Generals Haller, der schwere Angriffe gegen die Reg[ierung]. enthielt. Ueberall wo Oppositionskundgebungen stattfinden sollten, werden nunmehr offizielle Militärfeiern abgehalten. Die Bauernparteien haben daraufhin ihre Anhänger aufgefordert in grossen Festversammlungen zu erscheinen. In Warschau ist man über diese Störungen unangenehm berührt, weil gerade der franz[ösische]. Generalstabschef Gamelin, angeblich zwecks Teilnahme an den Feierlichkeiten dort eingetroffen ist.

Beim östlichen Nachbar der Polen ist auch allerhand Neues vorgefallen. Am 18.6. ist Maxim Gorki gestorben. Auch in der deutschen Presse erhielt der Dichter ehrenvolle Nachrufe wegen seines Auftretens gegen die Deutschenhetze während des Krieges. Die im Frühjahr 34 beschlossene neue Verfassung soll jetzt in Kraft treten. Gleichzeitig wird eine gewaltige Vermehrung der russischen Armee durch Herabsetzung des Einberufungsalters auf 19 Jahre [stattfinden]**. Dadurch wird eine Vergrösserung des Rekrutenkonti[n]g[ents]. von 50 % erreicht. Statt wie bisher 600 000 gehen von nun an 1 Million Rekruten unter die Fahnen. Zum ersten Mal nach dem Kriege geht eine engl[ische]. Militärkommission nach Russland zu den grossen Manövern. Wenn man bedenkt, welch ungeheure Stärkung des russ[ischen]. Kriegspotentials durch die Konferenz von Montreux (Recht des Auslaufs der Sowjet-Flotte ins Mittelmeer) u. nun auch durch die Verstärkung der Armee erreicht wird, so muss man sich erschreckt fragen: was wird das Ende sein? Auch die Engländer nehmen es mit ihrer Aufrüstung höllisch ernst. Sie bauen eine neue Flotte mit einer Gesamttonnage von 250 000 Tonnen. Sie haben einen Rüstungsminister der die ~~ganze~~ gesamte Industrie militärisieren**

soll. Auch an der Luftflotte wird Tag u. Nacht gearbeitet. Sie soll nach den Mitteilungen Hoares die gleiche Stärke wie die stärkste Luftmacht haben. Die Sowjet-Union hat auch von England einen Kredit von 10 Millionen Pfd Sterling erhalten. Wie der Handelsminister Runciman dem Unterhause mitteilte ist dies in Form einer Bürgschaft gedacht, die das Schatzamt für den Ankauf von Fertigwaren durch den Rätebund gewährt. Bis zum 30.9.37 wird der Rätebund die Aufträge in voller Höhe erteilt haben. Bei der Bürgschaft handelt es sich praktisch um einen Kredit von 5 Jahren. Mit dessen Durchführung wird die Räte-Reg[ierung]. nach Massgabe ihrer an die engl[ische]. Industrie erteilten Aufträge fortlaufend 5½prozentige fünfjährige Schuldverschreibungen ausstellen, denen automatisch oder im Wege der Gegenzeichnung bzw. durch Anhängen einer Bestätigung der engl[ischen]. Exportkredit-Garantieabteilung die Bürgschaft des Schatzamtes anhaften wird. Da es natürlich im heutigen Zeitpunkt möglich ist, Schuldverschreibungen mit engl[ischer]. Staatsgarantie wesentlich unter 5½ % zu diskontieren, wird die Exportkredit-Garantieabteilung die Begebung der russ[isch]. Schuldverschreibungen selbst vornehmen u. die Zinsspanne zwischen dem erzielten Diskontsatz u. 5½ % als Rücklage gegen etwaige Ausfälle bereitstellen. Der Erlös der verkauften Schuldverschreibungen abzüglich des Diskontgewinnes wird auf ein Konto der russ[ischen]. Handelsvertretung bei der Lloyd-Bank eingezahlt, so dass die Handelsvertretung die engl[ischen]. Lieferanten einfach mit ihren Schecks, auf die Lloyds-Bank bezogen, bezahlen kann.

Die U.S.A. haben einen neuen Deklarationszwang eingeführt. Die deutschen Exporteure erhielten eine Mitteilung amerikanischer Konsularvertretungen, wonach von nun an für jede Lieferung von bestimmten wichtigen Exportwaren eine Erklärung darüber abzugeben ist, ob in irgendwelcher Form unmittelbare oder mittelbare Exporterleichterungen in Anspruch genommen worden sind, die es den Exporteuren erlauben, billig

zu verkaufen, als es ihm ohne solche Hilfe möglich wäre. Wird diese Erklärung nicht abgegeben, so wird die bei den Konsulaten einzureichende Faktura nicht beglaubigt. Die deutschen Exporteure werden nicht in der Lage sein, die verlangte Erklärung abzugeben, denn die zuständigen Stellen finden das amerik[anische]. Ansinnen mit Recht als unangemessen u. haben den deutschen Firmen die Auskunftserteilung untersagt. „Wenn es dem Schatzamt in Washington darauf ankommt, dem geringen deutschen Aussenhandel, der die handelspolitischen u. sonstigen Hemmungen bisher überstanden hat, den Rest zu geben, so wird das angewandte Verfahren seinen Zweck auf das Beste erfüllen“ klagt die „Fr[an]kf[ur]t[er]. Z[ei]t[un]g“ in einem Artikel, den sie voller Grimm „der inquisitorische Kunde“ überschrieben hat. Der Deklarationszwang gilt für alle Waren, die seit dem 11.6. der Sonderbelastung durch Zuschlagszölle unterliegen. Es handelt sich dabei um Handschuhe, Porzellan, Spielwaren u. Christbaumschmuck, Photoapparate u. chirurgische Instrumente, alles Produkte, die zum eisernen Bestand der amerikanischen Bestellungen in Deutschland gehören. Da die Bedeutung des amerik[anischen]. Marktes für unsere Exportindustrie sehr gering ist, (deutsche Ausfuhr 1935: 170 Millionen RM 1932 281 Millio. 1929: 991), ist die ganze Sache wohl wenig Aufregung wert. Die Solinger Industrie soll schwer davon betroffen sein.

Vielleicht sind auch die Wahlen am 3.9. schuld an dieser Massnahme. Roosevelt stellt sich wieder zur Wahl. Als Gegenkandidat ein unbekannter Mann: Alf. Landon. Diesmal hat auch der kommunistische Kandidat, der Neger [Earl] **Browder im Radio reden können.**

Spanien steht natürlich noch immer am Mitteipunkt des Interesses. Der Bürgerkrieg tobt jetzt schon in der 7. Woche, ohne dass eine der Parteien Fortschritte gemacht hätte. In den letzten Tagen scheinen langsam Fortschritte der Volksfront zu

kommen. Zahlenmässig ist die Volksfront überlegen, während die bessere militärische Leistung beim Gegner ist. Auf beiden Seiten ist jetzt eine Scheidung der Geister zu verzeichnen. Während die Presse von Uneinigkeit unter den Generalen meldet, ist in Barcelona, wo Rätediktatur herrscht, der offene Kampf zwischen Kommunisten u. Anarchisten ausgebrochen. Die von der Volksfront eingesetzten Revolutionstribunale arbeiten mit Hochdruck. Täglich liest man von Erschiessungen rechtsstehender Bürger u. Offiziere. Durch ein geschicktes Manöver ist es dem General Franko gelungen 4000 Afrikaner zu landen. Der „W[estdeutsche]. B[eobachter]." meldet, dass die Mehrheit der Postbeamten in Sevilla wegen Sympathie mit der Reg[ierung]. entlassen wurde.

Während sich im Lande selbst nichts verändert hat, tobt unter den Mächten der Notenkrieg wegen der Nichteinmischung. Leidenschaftlich ergreift die ganze Welt Partei. Die diktatorisch regierten Länder für die Generäle, die Demokratien für die Volksfront. Eine Neutralitätserklärung nach der andern wird abgegeben, einer beschuldigt den andern der Einmischung. Heute Morgen meldet die Presse, dass sich 30 000 franz[ösische]. Marxisten als Freiwillige nach Spanien in Marsch gesetzt haben. Ausser[dem] **20 Schiffe mit Munition u. Waffen.**

In Breda (Holland) hat eine Konferenz zwischen Anhängern Trotzkys u. Vertretern der 3. Internationale stattgefunden. Mit dieser Konferenz sollte die Verschmelzung der Trotzkygruppe mit der Komintern angebahnt werden. Man wurde nicht einig u. verabredete eine neue Zusammenkunft in Belgien. Trotzky selbst war gegen die Konferenz. In der deutschen Presse war man sehr besorgt wegen Breda; man zog geschichtliche Vergleiche mit der Konferenz von Zimmerwald 1916.

Vom 5. Bis 8. September 1915 trafen sich Sozialisten aus zwölf Ländern im schweizerischen Zimmerwald, um über eine Reorganisation der Sozialistischen Internationale zu sprechen

In Oslo haben faschistische Politiker unter Amtsanmassung einfach in Trotzkys Wohnung eine Haussuchung abgehalten. Dabei soll belastendes Material gefunden worden sein.

Während so in allen Ländern die Wogen der Politik hoch gehen, nimmt in Deutschland die Olympiade in Berlin in friedlichem Wettbewerb der Jugend aller Völker einen glänzenden Verlauf. Durch wunderbare Leistungen haben sich verschiedene Länder hervorgetan u. die Ersten Preise für sich erobert. Deutschland steht wohl mit der Zahl von bis jetzt 19 Goldmedaillen an der Spitze. Im Film konnte man schon verschiedene Wettbewerbe sehen u. man wird unwillkürlich von der Begeisterung mitgerissen. Ein wahres Wunder an Gewandtheit u. Schnelligkeit ist der Neger Jesse Owens, der sich auch einige Goldmedaillen geholt hat. Am Sonntag ist Schluss der Olympiade.

Das war der 16. August 1936.